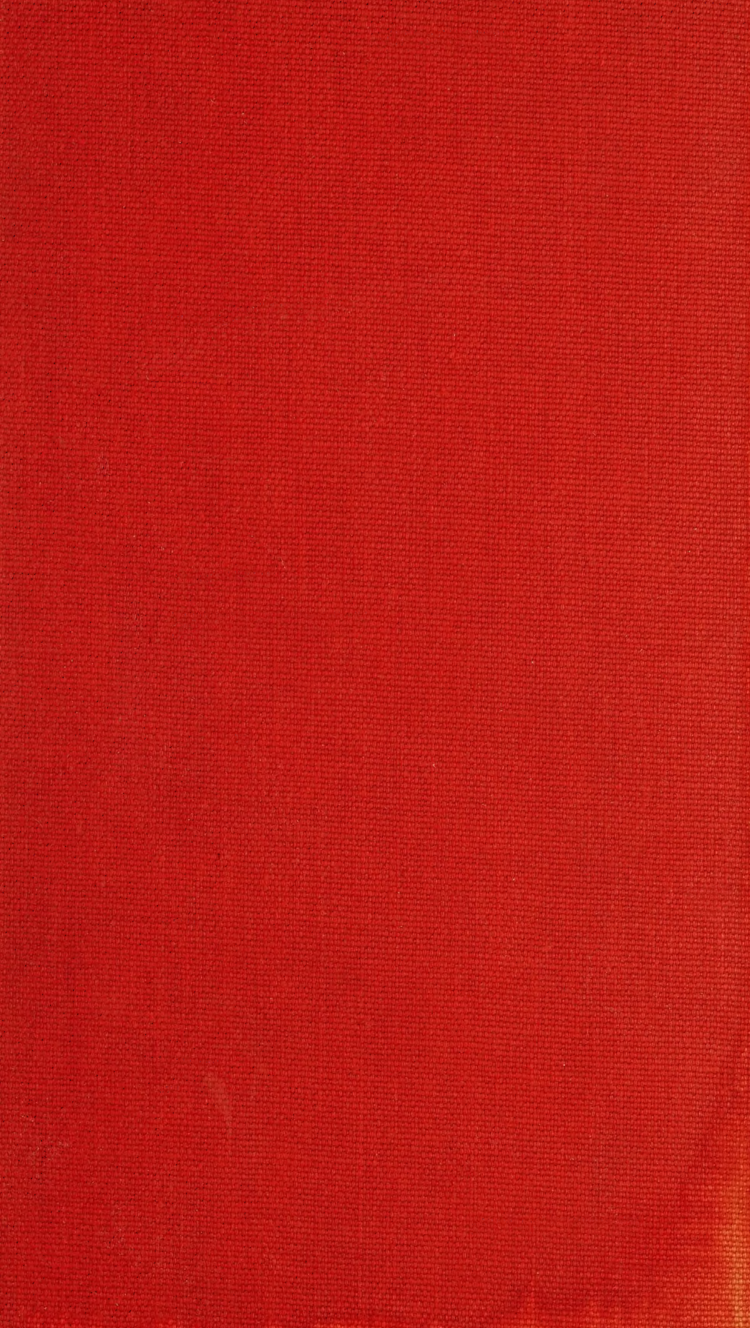


Kirchenrechtliche Abhandlungen

Herausgegeben

von

D. Dr. jur. et phil. Ulrich Stutz,

o. ö. Professor der Rechte an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn.

---

88. Heft:

Die kirchliche Steuerfreiheit in Deutschland

seit der Dekretalengesetzgebung.

Von der juristischen Fakultät der Universität Tübingen gekrönte Preisschrift

von

Dr. phil. EUGEN MACK,

Priester des Bistums Rottenburg, Stadtarchivar von Rottweil.



STUTTGART.

VERLAG VON FERDINAND ENKE.

1916.

Die kirchliche Steuerfreiheit in Deutschland

seit der Dekretalengesetzgebung.

Von der juristischen Fakultät der Universität Tübingen
gekrönte Preisschrift

von

Dr. phil. EUGEN MACK,
Priester des Bistums Rottenburg, Stadtarchivar von Rottweil.



STUTTGART.
VERLAG VON FERDINAND ENKE.
1916.

Druck der Union Deutsche Verlagsgesellschaft in Stuttgart.

DEM ANDENKEN MEINES VATERS

GEWIDMET.

Vorwort.

Die folgende Abhandlung wurde im Jahre 1905 von der juristischen Fakultät der Universität Tübingen mit dem Preise der fürstbischöflich von Speierschen Stiftung gekrönt. Ihre Ergebnisse zeigen, dass die päpstlichen Rechtsansprüche auf „eines der stolzesten Privilegien des Klerus“, wie Adolf Gottlob die kirchliche Steuerimmunität einmal nennt (Die päpstlichen Kreuzzugssteuern des 13. Jahrhunderts, Heiligenstadt-Eichsfeld 1892, S. 157), nicht verwirklicht worden sind. Die Darstellung der ganzen Entwicklung, die tief in das Gebiet der Verfassungs-, Rechts- und besonders Wirtschaftsgeschichte hineinführt, ist zugleich die Erklärung der Gründe, welche die Geschichte der kirchlichen Steuerimmunität bestimmen. Auf einem Gebiet, wo es sich um finanzielle Leistungen an den werdenden modernen Staat handelt, hat die vollständig neue Zustände heraufführende Geldwirtschaft auch deren Gang entschieden. Man könnte der Arbeit als Geleitwort mitgeben, was der Mönch Ulrich Stöckel, der Abgeordnete der Benediktinerklöster des Bistums Freising auf dem Basler Konzil, an seinen Abt Kaspar Aindorffer in Tegernsee schrieb: „Wo das gelt krachet, do brisst der sach der rugk

ab“ (Joh. Haller, Concilium Basiliense I, Basel 1896, no. 22, p. 88). Es sei aber auch an ein von H. Spangenberg (Vom Lehnstaat zum Ständestaat, München und Berlin 1912, S. 192) zitiertes Wort F. C. Dahlmanns erinnert: „Was das Lehen bei uns zertrennte, das haben in der zweiten Hälfte des Mittelalters die Steuern wieder zu verknüpfen getrachtet; an sie vornehmlich knüpfte sich der Gedanke, dass man auch in Friedenszeiten einem grossen Gemeinwesen, welches alle angeht, verbunden sei und Opfer zu bringen habe . . .; der geistliche Stand konnte sich, wenn er seine Lehre vor Augen hatte, kaum entziehen, wo ein wirkliches Bedürfnis nachgewiesen war“ (F. C. Dahlmann, Die Politik, auf den Grund und das Maass der gegebenen Zustände zurückgeführt, Bd. I, Göttingen 1835, S. 111). Dass dies erst recht gilt zur Zeit der legitima necessitas, in des Vaterlandes Not, das lehrt uns unsere schwerste und grösste Zeit. Aus ihr als unserem grossen Erlebnis heraus müssen wir erkennen, dass die Nichtverwirklichung der Immunitätsgesetzgebung eine Notwendigkeit war, wenn überhaupt ein Staatswesen sich entwickeln sollte, vor allem jener herrliche Bundesstaat, den wir mit grösstem Stolz nennen wie noch nie: Unser deutsches Vaterland.

Die Arbeit: Die Ursachen der Reformation (Reden, gehalten am 13. Mai 1916 bei der öffentlichen Feier der Uebergabe des Prorektorats der Universität Freiburg i. Br. 1916, S. 33—123) konnte leider nicht mehr verwertet werden. Ihrem Verfasser, Sr. Magnifizenz dem derzeitigen Prorektor der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Herrn Geh. Hofrat Professor Dr. Georg von Below, meinem hochverehrten Lehrer, aufrichtigsten Dank auszusprechen, ist mir angenehme Pflicht.

Pietätvoller Dank sei gesagt dem am 20. September 1912 verstorbenen Professor der Rechte an der Kgl. Eberhard-Karls-Universität Tübingen, Herrn Dr. Siegfried Rietschel. Er hat das Thema gestellt und die Arbeit begutachtet: Sie „zeugt von einer ausgezeichneten Beherrschung des Materials, gutem historischen Verständnis und hervorragendem Fleisse“ und „lässt für die Zukunft . . . noch tüchtige wissenschaftliche Leistungen erhoffen. Die Erteilung des Preises ist unbedingt gerechtfertigt“. Auf die Anregung des Herrn Professors Dr. Heinrich Günter in Tübingen, meines hochgeschätzten Lehrers und Vorgängers am Stadtarchiv der ehemaligen Reichs- und Hofgerichtsstadt Rottweil, hin wurde die Untersuchung nach dem Erscheinen des grundlegenden Werkes: G. von Below, Der deutsche Staat des Mittelalters, Ein Grundriss der deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. I, Leipzig 1914, ausgebaut. Besonders für den ersten Teil verdanke ich dem Referenten meiner Promotionsschrift, Herrn Professor Dr. Joh. Haller, wertvolle Winke und Anregungen, wofür verbindlichster Dank gesagt sei.

In schwerer Kriegszeit hat Herr Geh. Justizrat Professor der Rechte an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn, D. Dr. jur. et phil. Ulrich Stutz, „Die kirchliche Steuerfreiheit in Deutschland seit der Dekretalengesetzgebung“ in seine „Kirchenrechtlichen Abhandlungen“ aufgenommen und die ganze Drucklegung mit tätigstem Interesse begleitet. Auch dafür möchte ich an dieser Stelle meinem aufrichtigen Danke Ausdruck geben. Reich zu danken habe ich auch der Königl. Württembergischen Landesbibliothek Stuttgart, der Königl. Universitätsbibliothek Tübingen, dem Historischen Seminar und der Bibliothek des Königl. Wilhelms-

stifts daselbst, ebenso dem Verlag Ferdinand Enke in Stuttgart.

Die Arbeit wird hoffentlich als eine Frucht ernster Studien und Forschungen erfunden werden. Erschöpfend kann sie nicht sein. Um so dankbarer wird alles, was sie fördert, begrüsst werden.

Rottweil, den 6. August 1916.

Der Verfasser.

Berichtigungen.

Zu S. 4[3]: statt „J. Lancelotti" lies „J. P. Lancelottus".
„ S. 31, erste Zeile: statt „des zweiten" lies „des vierten Laterankonzils".
„ S. 41[1] vgl. besonders auch J. B. Sägmüller, Lehrbuch des kath. Kirchenrechts Bd. II[3] (Freiburg i. Br. 1914) § 194, S. 438 ff. und 440[1].
„ S. 58[2]: statt „Ramshofen" lies „Ranshofen".
„ S. 143[4] lies: „Reformationszeit".
„ S. 201[1]: statt „concinium" lies „concivium".
„ S. 208[4]: statt „Baustreitigkeiten" lies „Braustreitigkeiten".
„ S. 208[5]: statt „wenn sie . . ." lies „denn sie . . ."
„ S. 225, zweite Zeile: statt „cuuscumque" lies „cuiuscunque"; fünfte Zeile: nach „alioquin" streiche „ad"; elfte Zeile: lies „licite".
„ S. 250[3]: statt „Kramer" lies „Krammer".

Inhaltsverzeichnis.

Einleitung.

hindern [1]). Nicht handelt es sich um Freiheit von Abgaben und Leistungen, deren Rechtsgrund irgendein Lehensverhältnis bildet [2]). Sofort ist ersichtlich, dass die kirchliche Steuerimmunität mit jeder früheren Immunität im kanonischen Recht nur den Namen gemein hat [3]), den sie, aus der dem germanischen Eigenkirchenwesen entgegengesetzten spirituellen Immunität der Papstkirche [4]) fliessend, oft genug in der Urkundensprache mit der Bezeichnung kirchliche Freiheit vertauscht [5]).

---

[1]) A. Reiffenstuel, Jus canonicum universum, t. III (Antverpiae 1743) p. 49, § 1, no. 2; F. L. Ferraris, Prompta bibliotheca, canonica, juridica, moralis, theologica (Romae 1888) t. IV p. 170, art. I, 4.

[2]) Ganz scheidet aus der Untersuchung aus der Streit um die Fragen, die Gerhard Seeligers Werk: Die soziale u. politische Bedeutung der Grundherrschaft im früheren Mittelalter, Untersuchungen über Hofrecht, Immunität u. Landleihen (Abhandl. d. philos.-hist. Kl. d. Kgl. Sächs. Ges. d. Wiss. Bd. XXII, Nr. 1, Leipzig 1903) aufgeworfen und angeregt hat. Dazu vgl. v. Below, Der deutsche Staat I. S. 253 [2]; Derselbe, Hist. Zeitschr. 99 (1907) S. 345—350; J. Gröll, Die Elemente d. kirchl. Freiungsrechtes. Mit bes. Berücks. d. österr. Entwicklung dargestellt (Kirchenrechtl. Abh. von U. Stutz, H. 75 u. 76, Stuttgart 1911) S. 157 [1 u. 2].

[3]) Du Cange-Henschel-Favre, Glossarium ..., s. v. emunis, emunitas; M. Kroell, L'immunité franque (Paris 1910) p. 360 ss.; Handbuch d. röm. Altertümer v. J. Marquardt u. Th. Mommsen V [2] (Röm. Staatsverw. v. J. Marquardt Bd. II, 2. Aufl., Leipzig 1884) S. 107; VI [2] (dass. Werk Bd. III, 2. Aufl., 1885) S. 223 u. 223 [5]; Th. Mommsen, Röm. Staatsrecht Bd. III, 1. Abt. (Leipzig 1887, Handbuch d. röm. Altertümer Bd. III, 2. Abt.) S. 236; Bd. III, 2. Abt. (1888) S. 1211; A. Werminghoff, Gesch. d. Kirchenverfassung Deutschlands im Mittelalter Bd. I (Hannover u. Leipzig 1905) S. 62; J. Lancelotti, Institutiones iuris canonici im Corpus iuris canonici ed. Chr. H. Freiesleben (Coloniae Munatianae 1777) App. p. 75, § 1 I de immun II, 20.

[4]) A. Blumenstok, Der päpstliche Schutz im Mittelalter, Innsbruck 1890; Gröll, Elem. d. kirchl. Freiungsrechtes S, 154 [1] (reiche Literatur); Hirsch, Die Klosterimmunität S. 15, 42 ff.; Heilmann, Die Klostervogtei, an versch. Stellen; W. Kraaz, Die päpstliche Politik in Verfassungs- und Vermögensfragen deutscher Klöster im 13. Jahrh. (Leipziger phil. Diss. 1902) S. 7 ff., 15, 35, 43.

[5]) Vgl. Hirsch a. a. O. S. 28.

Jede frühere Immunität bildet für die kirchliche Steuerfreiheit nur einen Anknüpfungspunkt [1]). Der Anspruch auf Steuerfreiheit wird durch Konzilsbeschluss erhoben und erscheint im kirchlichen Recht als etwas geradezu Neues. Geschaffen wurde das durch die ganze Entwicklung der Verhältnisse, vor allem durch die Kreuzzüge und Kreuzzugssteuern [2]), die Kreuzfahrerprivilegien [3]), die rechtliche Ausnahmestellung des Zisterzienserordens und seines Besitzes [4]), durch den werdenden modernen Staat und seine finanziellen Bedürfnisse, die zuerst von den italienischen Städten geltend gemacht werden [5]). Der

[1]) Eine Geschichte der Immunität bis zur Dekretalengesetzgebung, die ich im Manuskript ausgearbeitet habe, bleibt besser ungedruckt. Die Aufgabe und ihre Ergebnisse sind undankbar, solange uns eine den heutigen Anforderungen genügende Darstellung der Geschichte des deutschen Lehens fehlt.

[2]) Ad. Gottlob, Die päpstlichen Kreuzzugssteuern des 13. Jahrh. Ihre rechtliche Grundlage, politische Geschichte und technische Verwaltung (Heiligenstadt 1892) S. 39 ff.; A. Werminghoff, Die deutschen Reichskriegssteuergesetze von 1422 bis 1427 und die deutsche Kirche. Ein Beitrag zur Geschichte des vorreformatorischen Staatskirchenrechts (Weimar 1916) S. 124 u. 124 [1] (Literatur).

[3]) Ad. Gottlob, Kreuzablass und Almosenablass. Eine Studie über die Frühzeit des Ablasswesens (Kirchenrechtl. Abh. von U. Stutz 30. u. 31. H., Stuttgart 1906) S. 140 ff., 144 (S. 141 „Gottesdienst adelt").

[4]) Jul. Ficker, Vom Reichsfürstenstande. Forschungen zur Geschichte der Reichsverfassung zunächst im 12. u. 13. Jahrh. Bd. I (Innsbruck 1861) S. 227, 328; Hirsch a. a. O. S. 108 und an verschiedenen Stellen; Heilmann a. a. O. S. 110, 113, 115; Gottlob, Kreuzzugssteuern S. 167, 172.

[5]) E. Mayer, Italienische Verfassungsgeschichte von der Gothenzeit bis zur Zunftherrschaft Bd. I (Leipzig 1909) S. 137. Die civitates beseitigten die seit Konstantin d. Gr. der von ihm in den Organismus seines Reiches eingefügten Kirche (Ed. Schwartz, Kaiser Konstantin u. d. christl. Kirche. Fünf Vorträge. Berlin 1913, S. 77; J. Wittig, Das Toleranzedikt von Mailand 313 in Konstantin d. Gr. u. seine Zeit. Ges. Studien. Festgabe zum Konstantinsjubiläum 1913 herausg. von Franz J. Dölger. Freiburg i. Br. 1913, S. 40—65, bes. S. 47, 56, 65; Alf. Müller, Lactantius de mortibus persecutorum oder die Beurteilung der Christenverfolgungen im Lichte des Mailänder Toleranzreskripts vom

Haushalt der letzteren wird typisch für die deutsche Stadt. Sie selbst führt für das späte Mittelalter „die bürgerliche Epoche des Kirchenwesens“ [1]) herauf.

Jahre 313 in dem gleichen Werk S. 66—88, bes. S. 70, 72 f.) allerdings nicht allgemein (wie O. Grashof, Die Gesetzgebung der römischen Kaiser über die Güter und Immunitäten der Kirche und des Klerus nebst deren Motiven und Prinzipien, im Arch. f. kath. Kirchenrecht Bd. 36, N. F. 3, 1876, S. 3—51, 321—325, bes. S. 321 ff. und L. Thomassin, Vetus et nova eccles. disc. p. III, Venetiis 1730, l. 1, c. 33, 3 annimmt), sondern nur zum Teil verliehene (E. Loening, Geschichte des deutschen Kirchenrechts Bd. I, Strassburg 1878, S. 229; E. Mayer, Deutsche und französische Verfassungsgeschichte vom 9. bis zum 14. Jahrh. Bd. II, Leipzig 1899, S. 82 [59]) und dem heidnischen Kultus ähnliche (dieser hatte keine prinzipielle Steuerfreiheit, Th. Mommsen, Römisches Staatsrecht III, 1, Abt. Leipzig 1887, S. 239, 226 [3], 234 [2]; III, 2. Abt. Leipzig 1888, S. 1120: Der Senat erteilt je auf Widerruf Personalimmunität) Steuerimmunität (H. Niese, Besprechung v. E. Mayer, Italien. Verfassungsgeschichte in der Zeitschr. d. Sav.-Stift. f. Rechtsgeschichte, Germ. Abt., Bd. 32, 1911, S. 365—419, 383: „Durchaus zu billigen ist die Einteilung in Steuer- und in Gerichtsimmunität. In Italien ist vor der fränkischen Zeit in der Tat nur die Steuerimmunität nachweisbar“), die dann einem grossen Wechsel unterworfen gewesen war (c. 15 Cod. Theod. XV, 2; c. 10 Cod. Theod. XI, 16; c. 18 Cod. Theod. XI, 16); E. Friedberg, Lehrb. d. kath. u. evang. Kirchenrechts, 6. Aufl., Leipzig 1909, S. 38; c. 21 Cod. Theod. XI, 16; c. 40 Cod. Theod. XVI, 2; c. 3 Cod. Theod. XV, 3; P. Hinschius, System d. kath. Kirchenrechts mit bes. Rücksicht auf Deutschland Bd. I, Berlin 1869, S. 123; c. 2, 8, 9, 10, 11, 14 Cod. Theod. XVI, 2 ff.; Rietschel, Art. Immunität a. a. O. S. 69; Richter-Dove-Kahl, Lehrb. d. kath. u. evang. Kirchenrechts, 8. Aufl., Leipzig 1886, S. 374; Nov. 131 c. 4 u. 5, vgl. A. Knecht, System des Justinianischen Kirchenvermögensrechts (Kirchenrechtl. Abh. von U. Stutz 22. H., Stuttgart 1905) S. 128 f.; Nov. Valent. III, 10; Joh. B. Sägmüller, Lehrbuch d. kath. Kirchenrechts, 3. Aufl., Freiburg i. Br. 1914, Bd. I S. 250 f.; II, S. 438 f.; H. Brunner, Deutsche Rechtsgeschichte Bd. II, Leipzig 1892, S. 288; „Volkswirtschaftliche und politische Gründe, nicht Kirchenfeindlichkeit drängten die Kaiser zur Beschränkung der kirchlichen Vermögensfreiheiten“, Knecht, System S. 122, vgl. Werminghoff, Geschichte der Kirchenverfassung I, S. 32.

[1]) K. Müller, Die Esslinger Pfarrkirche im Mittelalter. Beitrag zur Geschichte der Organisation der Pfarrkirchen, in den Württemb. Viertel-

Diese Arbeit untersucht die kirchliche Steuerimmunität auf deutschem Gebiet [1]). In Deutschland war sie kanonischrechtlich [2]) und reichgesetzlich [3]) gefordert. Die Personen und Einkünfte des Klerus und das ganze Kirchengut [4]) sollten

---

jahrsheften f. Landesgesch. N. F. XVI. Jahrg. (1907, S. 237—326) S. 295; Alfred Schultze, Stadtgemeinde und Kirche im Mittelalter. Sonderabdruck aus der Festschrift für Rudolph Sohm (München und Leipzig 1914) S. 105.

[1]) Besonders interessante Ergebnisse müsste eine Untersuchung der englischen Verhältnisse zeitigen (vgl. auch Gottlob, Kreuzzugssteuern S. 46 ff., 135 ff., 157), nicht weniger der französischen, vgl. S. Riezler, Die literarischen Widersacher der Päpste zur Zeit Ludwigs des Baiern (Leipzig 1874) S. IX. Für eine Vergleichung mit den deutschen Verhältnissen ist zu beachten: Nur „in der Hauptsache" begegnen wir in Frankreich und Deutschland „einer Uebereinstimmung der Entwicklung des Finanz- und Steuerwesens im Mittelalter"; aber im einzelnen zeigen sich grosse Differenzen, deren grösste dadurch bedingt ist, dass Frankreich „seit dem 12. Jahrhundert einen gleichmässigen Fortschritt der Expansion und der inneren Befestigung" durchmacht (v. Below, Der deutsche Staat Bd. I, S. 347; A. Wagner, Finanzwissenschaft Bd. III, Lehr- und Handbuch der politischen Oekonomie, 4. Hauptabt., Leipzig 1889, S. 31), sich also energisch zu einem zentralisierten Staatswesen zusammenfügt, während das deutsche Reich sich mehr und mehr in Territorialherrschaften spaltet (H. Spangenberg, Landesherrliche Verwaltung, Feudalismus und Ständetum in den deutschen Territorien des 13.—15. Jahrh., in Hist. Zeitschr. Bd. 103, 3. F. Bd. 7, 1909, S. 473 bis 526, S. 474; Hirsch, Die Klosterimmunität S. 62). Später erhält Karl IV. am französischen Hof für eine moderne zentralisierte Verwaltung Anregungen. H. Spangenberg, Vom Lehnstaat zum Ständestaat. Ein Beitrag zur Enstehung der landständischen Verfassung, Hist. Bibl., herausg. v. d. Red. d. Hist. Zeitschr. Bd. 29 (München und Berlin 1912) S. 124; Literatur über Steuern in England und Frankreich Werminghoff, Reichskriegssteuergesetze S. 126 [1], vor allem Hinweis auf J. Hatschek, Englische Verfassungsgeschichte bis zum Regierungsantritt der Königin Victoria (München und Berlin 1913) S. 318.

[2]) Siehe § 1 ff.

[3]) Siehe § 6.

[4]) Zur Scheidung des Kirchenvermögens vom sonstigen vgl. Hist. Zeitschr. Bd. 107, 3. F. Bd. 11 (1911) S. 188 mit Hinweis auf die Gierkefestschrift; Ad. Pischek, Die Vogteigerichtsbarkeit süddeutscher

steuerfrei sein, das war die grundsätzliche Forderung und der rechtliche Anspruch. In der Behandlung der Geschichte der Durchführung der kirchlichen Ansprüche scheidet das Reich als solches aus. Dieses hat es zu keiner allgemeinen Reichssteuer gebracht [1]). Auch nach dem 13. Jahrhundert kamen

---

Klöster in ihrer sachlichen Abgrenzung während des früheren Mittelalters (Tübinger jur. Diss. 1907) S. 4 f.

[1]) An Versuchen zur Erhebung einer Reichssteuer hat es nicht gefehlt. Am Schluss des Jahres 1084 wandte sich Heinrich IV. an die Städte und geistlichen und weltlichen Reichsfürsten um Bezahlung einer Reichssteuer („Fragment alter bairischer Annalen", W. von Giesebrecht, Geschichte der deutschen Kaiserzeit, Bd. IV [2], Braunschweig 1877, S. 513 ff.; Zeumer, Die deutschen Städtesteuern S. 161 f.; M.G. SS. XIII, p. 48 s.; vgl. Werminghoff, Reichskriegssteuergesetze S. 120 [1]; W. Küster, Beiträge zur Finanzgeschichte des deutschen Reichs nach dem Interregnum. I. Das Reichsgut in den Jahren 1273—1313. Leipziger phil. Diss. 1883, S. 9 ff.; Gottlob, Kreuzzugssteuern S. 6; v. Below, Der deutsche Staat, I S. 339 u. 339 [2]. An Reichssteuern dachten auch Heinrich V. und Otto IV. (Zeumer a. a. O. S. 100 u. 106 [2]; K. Zeumer, Zur Geschichte der Reichssteuern im früheren Mittelalter, in Hist. Zeitschr. Bd. 81, 1898, S. 26); allein die Pläne kamen nicht zur Ausführung. Vgl. v. Below, Der deutsche Staat, I. S. 338 f. — Nicht so sehr eine Reichssteuer als vielmehr eine Almosensammlung elemosine summa war die auf dem Reichstag zu Quedlinburg 1207 ausgeschriebene, vorher zu Nordhausen beschlossene. Die Steuer war zu Kreuzzugszwecken bestimmt; jeder Kleriker, der ein geistliches Benefizium inne hatte, sollte 6 Pfennige erlegen. Jeder Bischof sollte die Steuer fünf Jahre lang durch die ganze Diözese hin einziehen lassen. Weiteres wissen wir von dieser Steuer nicht. Vgl. M. G. Const. II, no. 13, p. 16 s. (edictum de collecta solvenda de terra sancta). Böhmer-Ficker, Reg. Imp. V (Bd. I, Innsbruck 1881—1882) n. 160; Ed. Winkelmann, Philipp von Schwaben und Otto IV. von Braunschweig (Jahrb. d. deutsch. Gesch.) Bd. I (Leipzig 1873) S. 425; Werminghoff, Reichskriegssteuergesetze S. 121 [1]; Zeumer, Reichssteuern, in Hist. Zeitschr. Bd. 81, S. 30; M.Bo. LIII, N. F. VII (Regensburger Urkundenbuch Bd. I, München 1912) n. 48 (1207, März 9); Friedr. Bothe, Die Entwicklung der direkten Besteuerung in der Reichsstadt Frankfurt bis zur Revolution 1612—1614 (Staats- u. sozialwissenschaftl. Forsch., herausg. von G. Schmoller und M. Sering, Bd. 26, H. 2, d. ganz. R. 121. H.-

Reichssteuern nicht zur vollen Ausführung. Die Territorien opponierten ihnen, erhoben sie nicht vollständig oder kreuzten sie mit eigenen Steuern [1]). Die Hussitensteuern, die nie vollständig einliefen [2]), wurden jüngstens [3]) durch Albert Werminghoffs neuestes Werk [4]) Gegenstand einer Spezialuntersuchung [5]). Als Reichsoberhaupt oder im Namen des Reiches bezieht der König Steuern nur in „denjenigen Städten, welche der königlichen Herrschaft unmittelbar untergeben waren, sowie da, wo dem Könige in der Stadt eines geistlichen Fürsten die Vogtei zustand" [6]). Eigentlich erhält der König von den

---

Leipzig 1906) S. 19; R. Schröder, Lehrbuch der deutschen Rechtsgeschichte [5] (Leipzig 1907) S. 553 ff.

[1]) S. Riezler, Geschichte von Baiern Bd. III (Gotha 1889) S. 285 u. 567; Schröder, RG.[5] S. 554; E. Baasch, Die Steuer im Herzogtum Baiern bis zum ersten landständischen Freiheitsbrief 1311 (Marburger phil. Diss. 1888) S. 3; v. Below, Der deutsche Staat Bd. I S. 331.

[2]) Wagner, Finanzwissenschaft III, S. 48.

[3]) Vgl. Hist. Zeitschr. Bd. 111 (1913) S. 428.

[4]) Den Titel siehe oben S. 5 [2].

[5]) Zur Hussitensteuer vgl. Deutsche Reichstagsakten unter Kaiser Sigmund, 3. Abt., herausg. v. D. Kerler, Bd. IX (Gotha 1887) S. III. Es „bietet die Geschichte der Erhebung der Reichskriegsteuer von 1427 im ganzen ein gar trauriges Bild". „Die Zerrüttung des deutschen Staatswesens, die Machtlosigkeit derjenigen, die zur Leitung berufen waren, der Sondergeist und die Unbotmässigkeit der hohen wie der niederen Reichsstände treten überall zu Tage", vgl. ebenda S. 225 ff., 231—284 (Werminghoff a. a. O. S. 87 ff., 100, bes. 114), S. 91—110 der offizielle (Werminghoff a. a. O. S. 61) Text des Reichskriegssteuergesetzes, Art. 1—4 S. 93 f. die Besteuerung der Geistlichen (Werminghoff a. a. O. S. 64 ff.), Art. 5—7 die Einziehung und Bestellung der Steuer von den Geistlichen (Werminghoff a. a. O. S. 67 f.). Wie schon der Reichstag von Nürnberg 1422 (Werminghoff a. a. O. S. 24 ff., 45: „Grundsätzlich von Wichtigkeit war die Tatsache der allgemeinen Besteuerung der Geistlichkeit"), so wird noch mehr „im Rahmen der deutschen Geschichte des 15. Jahrhunderts das Gesetz von 1427 trotz aller seiner unrühmlichen Gebrechen in Fassung und Durchführung von epochemachender Bedeutung" (Ebenda S. 126 f.).

[6]) Zeumer, Städtesteuern S. 99, bes. S. 34; Schröder, RG.[5] S. 554 f.; Küster, Reichsgut S. 10.

Reichsstädten, Städten und Klöstern, deren Vogt er ist[1]), in seiner Eigenschaft als Landesherr" [2]) die Steuer. So kommen für unsere Untersuchung vor allem die Territorien und Städte in Betracht[3]).

Die Territorien reissen gerade seit dem 12. und 13. Jahrhundert das, was das Reich an Bedeutung verliert, an sich[4]).

---

[1]) Vgl. S. Rietschel, Das Burggrafenamt und die hohe Gerichtsbarkeit in den deutschen Bischofsstädten während des früheren Mittelalters, Untersuchungen zur Geschichte der deutschen Stadtverfassung Bd. I (Leipzig 1905) S. 31 [1] u. 52. Der König als advocatus ac specialis sacrosancte Romane ecclesie defensor (Hirsch, Die Klosterimmunität S. 113; R. Zieschang, Die Anfänge eines landesherrlichen Kirchenregiments in Sachsen am Ausgange des Mittelalters, Leipziger phil. Diss. 1909, S. 11 ff.) konnte unter diesem Titel seinen Einfluss juristisch zur Geltung bringen.

[2]) G. v. Below, Zur Frage nach dem Ursprung der ältesten deutschen Steuer, in Mitteil. d. Inst. f. österr. Geschichtsforschung Bd. 25 (1904) S. 455; Küster, Reichsgut S. 7 ff.

[3]) Werminghoff a. a. O. S. 4 f., 6, 12 ff., 17 f.

[4]) Spangenberg in Hist. Zeitschr. Bd. 103 (1909) S. 474: „Die erstarkende Landesherrlichkeit, jene wichtige bis heute nachwirkende Umgestaltung der deutschen Reichsverfassung, die den Uebergang zu einer mehr föderativen Verfassung vollzogen hat"; Derselbe, Vom Lehnstaat S. 10 ff.; v. Below auf Grund seiner sieghaften Resultate, die für die Klarlegung der deutschen Verfassungsgeschichte von weittragendster Bedeutung sind, in Der deutsche Staat im Mittelalter Bd. I S. VIII (Vorwort): Das Mittelalter „hat einen Staat im vollen Sinn des Wortes und ein öffentliches Recht gekannt"; Derselbe, Art. „Bede" im Handwörterbuch der Staatswissenschaften, herausg. von W. Lexis, L. Elster, Edg. Loening II [3] (Jena 1909) S. 736: „Es sind die Landesherren, welche zuerst in Deutschland eine Steuer eingeführt haben. Die Versuche der Könige (Heinrich IV., V. u. Otto IV.) sind erfolglos geblieben; wo der König die Bede erhebt (in den Reichsterritorien), steht sie ihm zu, weil er hier über die landesherrlichen Rechte verfügt. In dieser Tatsache, dass es nicht der König, sondern die Landesherrn sind, welche sich des materiellen Machtmittels der Steuer bemächtigen, haben wir gewissermassen die ganze deutsche Verfassungsgeschichte in nuce". Die sicheren Ergebnisse v. Belows, die eine immer reichere (verzeichnet Handwörterbuch d. Staatsw. II [3], S. 738) und zum grössten Teil für diese Arbeit herangezogene Literatur zeitigen, konnten dieser Untersuchung als Grundlage dienen.

Indem in ihnen die Gerichtshoheit [1]) in hervorragender Weise den Rechtsgrund für die Steuererhebung abgibt [2]), bilden die Landesherrschaften das finanzielle als das für sie wichtigste Hoheitsrecht aus und schaffen sich dadurch auf lange Zeit eine starke Stellung gegenüber dem Reich und seinem Verband [3]).

Die Städte, auf dem Weg zur Blüte in Verfassung und bürgerlichem Leben [4]), zahlen Steuern, als Königsstädte dem König die Reichssteuer, als Landstädte die Steuer an den Landes- oder Stadtherrn. Jedenfalls erhalten sie wie auf anderen Gebieten, so auch im Finanzwesen eine ziemlich selb-

---

v. Below war vorgearbeitet durch die epochemachende, von ihm hocheingeschätzte (vgl. Hist. Zeitschr. Bd. 110, 1913, S. 235) Arbeit Zeumers, Die deutschen Städtesteuern. Vgl. Karl Zeumer, Ein Nachruf von Karl Hampe, im Literaturblatt der Frankfurter Zeitung, 3. Mai 1914, Nr. 122, S. 7 u. 8; Fritz Kern, Karl Zeumer, Nachruf in Hist. Zeitschr. Bd. 113 (1914. S. 540—553) S. 543 ff.; Mario Krammer, Karl Zeumer, Zeitschr. d. Sav.-Stift. f. Rechtsgesch., Germ. Abt., Bd. 35 (1914) S. IX bis XXXII.

[1]) v. Below, Der deutsche Staat I S. 243; H. Fehr, Die Entstehung der Landeshoheit im Breisgau (Leipzig 1904) an verschiedenen Stellen.

[2]) Siehe oben S. 3 [2], dazu G. v. Below, Besprechung v. Deutsches Wirtschaftsleben v. K. Lamprecht, in Hist. Zeitschr. Bd. 63 (1889, S. 294 bis 309) S. 196 ff.; Derselbe, Gesch. d. direkten Staatssteuern in Jülich und Berg bis zum Geldrischen Erbfolgekrieg. in Zeitschr. d. Berg. Gesch.-Ver. Bd. 26 (1890, S. 1—24 und Bd. 28, 1892, S. 1—105) S. 6; Baasch, Steuern in Baiern S. 9 ff., 20 ff.; E. Niepmann, Die ordentlichen direkten Staatssteuern in Cleve und Mark bis zum Ausgang des Mittelalters (Münsterische phil. Diss. 1891), S. 31 f.; H. Weis, Die ordentlichen direkten Staatssteuern von Kurtrier (Münsterische phil. Diss. 1893) S. 49 f.; Joh. Metzen, Die ordentlichen direkten Staatssteuern im Fürstbistum Münster (Münsterische phil. Diss. 1895) S. 33 ff.; Alfr. v. Wretschko, Das österreichische Marschallamt. Ein Beitrag zur Geschichte der Verwaltung in den Territorien des deutschen Reiches (Wien 1897) S. 40; v. Below in M.J.Oe. Bd. 25 (1904) S. 455 ff.

[3]) Im Unterschied vom Reich gerade bei den Landesherrschaften der Zug nach zentralisierter Verwaltung: Spangenberg, Vom Lehnstaat S. 21. Ebenda S. 22 „die verfrühte Erscheinung des ersten modernen Staates“ Friedrichs II. in Unteritalien als Vorbild.

[4]) Vgl. vor allem die Werke v. Belows.

ständige Stellung[1]). Entweder liefern sie ein bestimmtes Steuerquotum als Fixum, eine Jahrrente, ab und können dann die den einzelnen Bürger und Inwohner treffende Auflage zur Gesamtsteuer bestimmen, oder die Ablieferung der Steuer wird ihnen erlassen, sie erheben die erlassene aber für ihre Bedürfnisse weiter. Auch legen sie, bald ohne, bald aus eigener Machtvollkommenheit, ganz neue Steuern teils auf eine gewisse Zeitdauer, teils ständig um[2]). Gerade solche Erscheinungen und tatsächlich oder eigenmächtig erworbene Freiheiten der Städte sind wie nationalökonomisch von nie zu unterschätzender Bedeutung, so auch rechtliche Momente, die zur Untergrabung der kirchlichen Steuerfreiheit alle Möglichkeiten in sich bargen.

Die Untersuchung behandelt im ersten Teil die Gesetzgebung der Kirche und des Reiches rücksichtlich der Steuerimmunität[3]). Im zweiten, ausführenden Teil hält sie sich an die Methode der meisten steuergeschichtlichen Forscher und scheidet im allgemeinen zwischen den Territorien[4]) und den Städten. Mit Vorliebe werden die Landesherrschaften berücksichtigt, „welche ihre Landeshoheit einheitlich über ein grösseres geschlossenes Gebiet erstrecken“ [5]), sodann die „grösseren Ko-

---

[1]) Spangenberg, Vom Lehnstaat S. 27: „Die Selbstverwaltung ist mit Recht als das eigentümliche Gebiet der städtischen Autonomie bezeichnet worden.“ S. 29: „Die grösseren durch Reichtum und politische Selbständigkeit ausgezeichneten Städte blieben ihrem Ziele nicht fern, ein Staat im Staate zu werden.“

[2]) Zeumer, Städtesteuern an verschiedenen Stellen.

[3]) Ueber meinen Versuch, die Geschichte der Immunität allgemeinhin bis zur Dekretalengesetzgebung darzustellen, und die Gründe, weshalb er ungedruckt bleiben soll, siehe oben S. 5[1].

[4]) Da die Immunität, was ihre Geschichte betrifft, doch nur als Privileg an die Kirche in Erscheinung tritt, war deren Entwicklung in verschiedenen Herrschaften aufzuzeigen. In Fortführung von Rietschels, Pischeks, Heilmanns Arbeiten könnte eine Studie über die Steuerimmunität in geistlichen Territorien manches Ergebnis mehr illustrieren.

[5]) K. Th. v. Inama-Sternegg, Deutsche Wirtschaftsgeschichte

lonialgebiete an der Elbe" [1]). Zeitlich kommen in den Territorien vor allem das 13. und 14. Jahrhundert in Frage.

Sehr schwierig ist die Gliederung der Ergebnisse der Untersuchung in den Städten. Das von Stieda über die städtischen Finanzen überhaupt Gesagte gilt auch hier: „Der veröffentlichte Stoff ist gewaltig. Der Gesichtspunkte, von denen aus man an eine Verarbeitung gehen könnte, gibt es noch viele" [2]). Hier schien es zweckmässiger zu sein, grosse Gesichtspunkte herauszuheben, welche die Städte bei der Niederlegung und Beschränkung der kirchlichen Steuerfreiheit hatten, als auf die langen Immunitätskämpfe einzugehen [3]). Ueber letztere orientieren die einzelnen Städtemonographien; ihre Bedeutung tritt uns besonders in den rheinischen Bischofsstädten gegenüber. Ueber den Bamberger Immunitätenstreit haben wir sogar eine trefflich edierte Chronik eines Zeitgenossen [4]). Eine reiche Ausbeute für unser Thema

---

in den letzten Jahrhunderten des Mittelalters (Deutsche Wirtschaftsgeschichte III, 1, Leipzig 1899) S. 19.

[1]) Ebenda S. 150.

[2]) W. Stieda, Städtische Finanzen im Mittelalter, in Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik Bd. XII d. III. F. (Bd. LXXII) 1899 S. 1—54, S. 47.

[3]) Wie entgegen der Behauptung Seeligers (Grundherrschaft S. 172) die städtegeschichtlichen Forscher sich des Unterschiedes zwischen engerer und weiterer Immunität bewusst geworden sind (v. Below in M.J.Oe. Bd. 25, 1904, S. 464; Hirsch, Die Klosterimmunität S. 155), so hat besonders S. Rietschel das Verdienst, ausser in seinem Werk „Das Burggrafenamt", und in „Landleihen, Hofrecht und Immunität" in M.J.Oe. Bd. 27 (1906) den Begriff der engeren oder jüngeren Immunität klarer herausgestellt zu haben; vgl. A. Schultze, S. Rietschel. Eine Skizze seines Lebens und Wirkens (Zeitschr. d. Sav.-Stift. f. Rechtsgesch., Germ. Abt. Bd. 33, 1912, S. 1 ff.) S. 13 f., was Hirsch a. a. O. S. 156 noch sehr glücklich ergänzt durch den Hinweis auf R. Sohm, Die Entstehung des deutschen Städtewesens (Leipzig 1890) S. 54 ff. Vgl. auch K. Hofmann, Die engere Immunität in deutschen Bischofstädten im Mittelalter (Görres-Ges. Veröff. d. Sektion f. Rechts- u. Sozialw. 20. H., auch Tübinger phil. Diss.), Paderborn 1914 S. 95—151.

[4]) A. Chroust, Chroniken der Stadt Bamberg. Erste Hälfte:

bietet gewiss noch die Fortführung des Werkes von B. Harms über den Stadthaushalt Basels im ausgehenden Mittelalter [1]) und die Edition ähnlicher Werke von anderen Städten.

Das Material für die Arbeit liefern zum grössten Teil die Urkunden. „Weit geringere Ausbeute gewähren uns die schriftstellerischen Quellen“ [2]).

Monographien gibt es über die kirchliche Steuerimmunität nicht; es war daher nötig, eine reiche Literatur [3]), besonders die steuergeschichtliche [4]), beizuziehen.

Chronik des Bamberger Immunitätenstreites von 1430 bis 1435. Mit einem Urkundenanhang (Veröffentlichungen der Ges. f. fränkische Geschichte, 1. Reihe. Fränk. Chroniken Bd. I. Leipzig 1907).

[1]) Quellen und Studien zur Basler Finanzgeschichte. Mit Unterstützung der Hist.-Antiq. Gesellschaft zu Basel herausgegeben. Erste Abteilung. Bd. I. I. Abt.: Die Jahresrechnungen 1360—1525. Erster Band: Die Einnahmen. Tübingen 1909. — Das von G. v. Below in Hist. Zeitschr. Bd. 104 (1910) S. 593—595 zugleich mit dem epochemachenden Buch: G. Schönberg, Finanzverhältnisse der Stadt Basel im 14. u. 15. Jahrhundert (Tübingen 1879) gewürdigte Werk verzeichnet S. VII [1] u. XI [2] reiche neuere finanzgeschichtliche Literatur.

[2]) Zeumer, Städtesteuern S. 2. In der Geschichtsschreibung finden wir einige Notizen über Steuern, die aus dem Kloster Heiligkreuztal Hist. annor. 1264—79 MG. SS. IX, 653; Contin. Claustroneob. MG. SS. VI, 648, 653, 657; Annal. Basil. MG. SS. XVII, 201 mit ihren Notizen über die ausserordentlichen Steuern Rudolfs I. (vgl. O. Redlich, Rudolf von Habsburg. Das deutsche Reich nach dem Untergang des alten Kaisertums, Innsbruck 1903, S. 354 f. und Böhmer-Redlich, Regesta imperii VI, 1. Abt., Innsbruck 1898 S. 11) bilden Ausnahmen.

[3]) L. Felix, Der Einfluss von Staat und Recht auf die Entwicklung des Eigentums, 2. Hälfte, 1. Abt. Das Mittelalter, Leipzig 1899 (Entwicklungsgeschichte des Eigentums IV, 2, 1 wurde nicht benützt, vgl. die Kritik von S. Rietschel in Hist. Zeitschr. Bd. 84. 1900, S. 474 ff.).

[4]) Vgl. die angeführte Literatur bei v. Below, Art. „Bede“ im Handwörterbuch II [3] S. 735—738, bes. 738. — Die Geschichte der ausserordentlichen direkten (später landständischen) Steuern ist nur selten monographisch behandelt worden. Spangenberg, Vom Lehnstaat S. 83 [1], 150 [1]. — Für die ganze Arbeit gilt, dass auch hier das Einzelne zu berücksichtigen war, falls sie fruchtbar sein sollte. Vgl. G. v. Below, Landtagsakten von Jülich-Berg 1400—1610 II (Publ. d. Ges. f. rhein. Geschichtskunde XI, 2, Düsseldorf 1907) S. VIII.

Erster Teil.

Die Gesetzgebung.



Erstes Kapitel.

Die kirchliche Gesetzgebung.

§ 1.

Die Immunitätsgesetze des dritten und vierten Laterankonzils

Die Steuerimmunität, „eines der stolzesten Privilegien" des Klerus und der Kirche [1]), wird in ihrer strengen Form nicht durch das Gewohnheitsrecht, sondern durch Konzilsbeschluss geschaffen. Die Kirche nimmt zum erstenmal grundsätzlich Stellung zur Frage der Besteuerung ihrer Güter und Personen durch die öffentliche weltliche Gewalt [2]) auf dem dritten Laterankonzil (1179). Im Kanon 19 Non minus [3]) wird mit Hinweis auf die allgemeine Belastung

---

[1]) Gottlob, Kreuzzugssteuern S. 157; Werminghoff, Reichskriegssteuergesetze S. 122 f.

[2]) Wir gebrauchen diesen Begriff öfters nur als „Forschungsmassstab" (vgl. Schultze, Stadtgemeinde und Kirche im Mittelalter S. 108). Ob das Mittelalter diesen Begriff hatte, ist gleichgültig, Tatsache ist, dass es im Mittelalter ein öffentliches Recht gab (v. Below, Der deutsche Staat I S. III). Zur Wichtigkeit der Bestimmtheit der Begriffe ebenda S. 108 ff. mit dem Wort Brunners: „Für die Rechtsgeschichte bleibt totliegender Stoff, was sie dogmatisch nicht erfassen kann."

[3]) c. 4 X de immunitate eccl. III, 49; C. J. v. Hefele, Conciliengeschichte. Nach den Quellen bearbeitet, Bd. V, 2. Aufl., besorgt von A. Knöpfler (Freiburg i. Br. 1886) S. 515; U. Stutz, Kirchenrecht, 2. Aufl. in Enzyklop. der Rechtswissenschaft in systematischer Bearbeitung von Fr. v. Holtzendorff und Jos. Kohler, 7. Aufl., Bd. V, 1. Hälfte

dieser Güter durch die weltliche Obrigkeit deren fernere Besteuerung unter Anathem untersagt. Der Kanon richtet sich gegen consules[1]) civitatum[2]) et rectores nec non et alii qui potestatem habere videntur[3]). Er trifft praktisch

(München u. Leipzig 1914, S. 275—478) S. 331; G. Schreiber, Kurie u. Kloster im 12. Jahrhundert Bd. I (Kirchenrechtl. Abh., herausg. von U. Stutz, 65 u. 66. H. Stuttgart 1910), S. 235, bes. Anm. 3; A. Werminghoff, Verfassungsgeschichte der deutschen Kirche im Mittelalter in Meisters Grundr. der Geschichtswissensch. II, Abt. 6 (Leipzig u. Berlin 1913) S. 59.

[1]) Dem entspricht der deutsche Name Rat. Als älteste städtische Quellen sollen uns über die Tätigkeit der consules die Stadtrechte Heinrichs des Löwen für Lübeck, die Hagenstadt Braunschweig und Schwerin Aufschluss geben; vgl. S. Rietschel, Die Städtepolitik Heinrichs des Löwen, in Hist. Zeitschr. Bd. 102, 3. F. 6. Bd. (1909, S. 237—276) S. 234; siehe Hist. Zeitschr. Bd. 113 (1914) S. 193; Rietschels Behauptung wird aber sehr bestritten. vgl. neuestens G. v. Below. Besprechung des Werkes von H. Bretholz, Geschichte der Stadt Brünn Bd. I. Brünn 1911 in M. J. Oe. Bd. 35 (1914, S. 378—384) S. 381 ff. (zugleich Lit. zum Stand der Streitfrage Rietschel-H. Bloch); siehe E. Schiller, Bürgerschaft und Geistlichkeit in Goslar 1290—1365 (Kirchenrechtl. Abh., herausg. von U. Stutz, H. 77, Stuttgart 1912) S. 8; Mayer, Italien. Verfassungsgesch. II S. 532 ff.; Rietschel, Das Burggrafenamt S. 317 (der Rat verdrängt den Vogt).

[2]) Gegen die Städte, welche in den Besitz der Steuerautonomie gekommen sind (Mayer, Italienische Verfassungsgeschichte I S. 320, 328; II S. 432—586), richtet sich in erster Linie die Opposition der Kirche; vgl. Rietschel, Art. Immunität a. a. O. S. 70; H. Geffcken, Die Krone und das niedere deutsche Kirchengut unter Kaiser Friedrich II. 1210—1250 (Leipziger phil. Diss. 1890) S. 9 und dazu Werminghoff, Reichskriegssteuergesetze S. 4[2]; Schreiber, Kurie und Kloster S. 235[3].

[3]) Gemeint sind die Territorialherren und die mehr oder weniger autonomen Gewalten lokaler Natur. J. A. St. v. Riegger, Von dem Rechte der Landesfürsten geistliche Personen und Güter zu besteuern, Freiburg i. Br. 1769, S. 84 trifft nicht zu. Zu dem „in jeder Zeile unbrauchbaren und wertlosen Buch" von A. Stündeck, Historisch-juristische Abhandlung über die Steuerverfassung in deutschen Reichslanden mit besonderer Hinsicht auf die Steuerfreyheit der Klerisey und des Ritterstandes. Duisburg 1794, vgl. Werminghoff, Reichskriegssteuergesetze S. 126[1]. Zu dem Aufkommen der kleineren lokalen Gewalten siehe Spangenberg, Vom Lehnstaat S. 31 ff. und die dort angegebene Literatur. Gottlob, Kreuz-

die Besteuerung durch die italienischen Städte. Das Verbot beschränkt sich aber nicht auf eine bestimmte Region, sondern gilt ganz allgemein, gegen Bedrückungen in diversis mundi partibus. Der Satz: Sive quidem fossata, sive expeditiones, seu alia quaelibet sibi arbitrentur agenda, de bonis ecclesiarum et clericorum et pauperum Christi usibus deputatis volunt fere cuncta compleri, sowie das vorangegangene tot angariis eas (die Kirchen) affligunt zeigen die Arten der verbotenen Lasten. Der Kanon tritt in gleicher Weise ein für den Besitz der Kirchen wie der Geistlichen [1]. Das Gesetz hat nicht unbedingte Gültigkeit, gestattet im Falle echter Not oder gemeiner Wohlfahrt Subsidienzahlung durch die Kirchen [2]. Diese ausserordentliche [3] Besteuerung liegt dann nicht in der Macht der weltlichen Gewalt, sondern ist ein Entgegenkommen der Steuerzahler. Bischof und Klerus haben zu untersuchen, ob die Lage so

zugssteuern S. 14 will ein bestimmtes Land gemeint wissen und sucht das dadurch zu beweisen, dass es heisst: ne de cetero talia praesumant attentare, nisi episcopus (Singular!) et clerus . . . existiment conferenda und vorher: nisi episcopus et clerus aspexerint. Allein der Singular episcopus hier gegenüber dem vorangehenden iurisdictionem etiam et auctoritatem episcoporum et aliorum kann nicht auffallen. Wo der Klerus mit dem Bischof seine Zustimmung zur Besteuerung geben muss, kann doch nur der episcopus proprius in Betracht kommen.

[1]) Mit Recht auch von Gottlob, Kreuzzugssteuern S. 14[8] hervorgehoben: Ille quidem (Pharao) . . . sacerdotes suos et eorum possessiones in pristina libertate dimisit . . . Isti vero (civitatum consules) universa fere onera sua imponunt ecclesiis . . . bonis ecclesiarum, clericorum et pauperum Christi usibus deputatis.

[2]) subsidia per ecclesias conferenda Thomassin, p. III, l. 1, c. 42, 3; er betont auch die fatigatio durch civiles non raro magistratus. Diese verlangen quod omnia prope modum expensis ecclesiae fieri sive muniendae sint urbes, sive militares expeditiones, sive res quaepiam aliae difficiles expediendae; subsidia in Frankreich aides, Gottlob, Kreuzzugssteuern S. 7.

[3]) Aus qui tot onera frequenter imponunt kann eine Andeutung auf Verwerfung nur ausserordentlicher Steuern nicht entnommen werden, wie v. Riegger, Von dem Recht S. 85 meint.

ist dass sie den Laien zu Hilfe kommen sollen [1]). Der Klerus macht den Grundsatz geltend, dass er nur da mitleidet, wo er miträt [2]).

Der Schluss des Dekretes droht nochmals den Immunitätsverletzern und ihren Begünstigern und Helfern mit der Exkommunikation, für deren Behebung die vorher erfolgte Satisfaktion Bedingung ist.

Das vierte Laterankonzil (1215) bildet durch den 46. Kanon Adversus [3]) die zweite Etappe der kirchlichen Steuerimmunitätsgesetzgebung. Der Kanon verweist im Beginn auf den des dritten Laterankonzils. Er erneuert denselben im Wesentlichen und ist im Ausdruck präziser und schärfer. Dies zeigt sich schon in der Anführung von talliis seu collectis exactionibus aliis, womit Kirchen und kirchliche Personen beschwert werden. Die kollegiale Bewilligung durch Bischof und Klerus bei ausserordentlichen Steuern ist nicht ohne Grund deutlich hervorgehoben; statt episcopus et clerus heisst es nun episcopus simul cum clericis. Hier legt sich die Vermutung nahe, dass man nicht nur der einseitigen Bewilligung von Steuern durch den Bischof, sondern auch der nur unter Beiziehung des Kapitels, nicht des zu belastenden Klerus geschehenen Zustimmung entgegentreten wollte. Noch schärfer sind die Ausführungen gegen die Subsidienempfänger.

Wie Gottlob scharf hervorhebt [4]), galt es jetzt, die staat-

---

[1]) Quo circa sub anathematis districtione fieri de cetero talia severius prohibemus, nisi episcopus (Gottlob a. a. O. S. 14 „der Bischof") et clerus tantam necessitatem vel utilitatem adspexerint, ut absque ulla exactione ad relevandas communes utilitates vel necessitates, ubi laicorum non suppetunt facultates, subsidia per ecclesias existiment conferenda. — In einer Geschichte der Einungsbewegung wäre die Bedeutung dieser Forderung episcopus et clerus jedenfalls zu werten.

[2]) Richter-Dove-Kahl S. 375; Thomassin p. III, l. 1, c. 42, 3. Bischof und Klerus beraten, an suadeat utilitas, an iubeat necessitas.

[3]) c. 7 X de immun. eccl. III, 49.

[4]) Kreuzzugssteuern S. 39.

lichen Gewalthaber wie die Bischöfe in der Benutzung der kirchlichen Steuerkraft der Autorität des Papstes zu unterwerfen.

Als Steuerherren können sie nach dem ganzen Tenor des Kanons im Verhältnis zu den Kirchen und dem Klerus nicht mehr angesehen werden. Letztere sind zur Steuerzahlung nicht verpflichtet, die Laien haben sich also allen Zwanges zu enthalten[1]), sie können von den Kirchen und dem Klerus keine Steuern fordern: laici humiliter et devote recipiant [sc. subsidia] cum gratiarum actione. Dass diese Bewilligungen nicht besonders häufig vorkommen sollen, wird kurz angedeutet[2]).

Das ganz Neue im Dekret ist die vor Empfang der Hilfe erforderliche Konsultation des Papstes: Propter imprudentiam tamen quorundam Romanus Pontifex prius consulatur, cuius interest communibus utilitatibus providere. Dies kann hier im geschriebenen Recht nur als Prohibitivmassregel gebraucht werden. Es hat vorerst sicher den Sinn: der Papst ist zu Rate zu ziehen[3]), zu befragen[4]). Je mehr freilich der Papst als Obereigentümer des Kirchengutes das Alleinbesteuerungsrecht für sich in Anspruch nahm[5]), um so leichter konnte praktisch die

---

[1]) absque ulla coactione.

[2]) verum si quando forte episcopus cum clericis etc.

[3]) Gottlob, Kreuzzugssteuern S. 91.

[4]) v. Hefele, Conciliengeschichte Bd. VI², S. 292 „um Rat fragen“; Bd. VI², S. 294 „befragen“.

[5]) Dazu war er geradezu gezwungen. J. Haller, Heinrich VI. und die römische Kirche in den Mitteil. d. Inst. f. österreich. Geschichtsforsch. Bd. 35 (1914, S. 385—454 und 545—669) weist S. 644 auf das ernste Problem der Geldnot hin: „Mit dem Territorium zugleich waren auch die Einkünfte dahingeschmolzen, der Papst und sein Hof lebten in der Hauptsache von den Abgaben und Geschenken der auswärtigen Landeskirchen. Sie waren finanziell abhängig vom Ausland.“ Diesen Zustand erwägend machte in Anlehnung an ein ähnliches Anerbieten Friedrichs I. an Lucius III. (Haller S. 644) Heinrich VI. zwecks Verwirklichung seines Krönungsansinnens und Erbkaiserplans 1196 (S. 643) an

Forderung der päpstlichen Konsultation zu der römischer Bestätigung, Erlaubnis, werden [1]).

Strenge Massregeln dienen der Befolgung des Kanons. Ganz aus der damals blühenden plenitudo potestatis des Papsttums heraus werden alle mittelbar oder unmittelbar erlassenen, gegen die Steuerimmunität zielenden Konstitutionen und Sentenzen für nichtig und kraftlos erklärt. Die Verpflichtung des Immunitätsverletzers zur Satisfaktion wird verschärft. Auf den Amtsnachfolger gehen die kirchlichen Zensuren

---

Cölestin III. den kühnen Vorschlag (berichtet von dem wallisischen Geistlichen Gerald le Barry M.G. SS. XXVII, p. 418 ss., vgl. Haller, der das zum erstenmal klar herausstellt, S. 640 ff., 641 [3], 642 [1], was L. v. Heinemann, Heinrichs VI. angeblicher Plan einer Säkularisation des Kirchenstaates in M.J.Oe. IX, 1888, S. 134 f. zuerst beachtet hat, siehe K. Hampe, Deutsche Kaisergeschichte in der Zeit der Salier und Staufer, 3. Aufl., Leipzig 1916, S. 195), dass der Papst gegen eine durch ein Kirchengesetz sichergestellte Anweisung auf das Vermögen der Kirchen der ganzen Welt auf die zurzeit in fremdem Besitz befindlichen Teile des Kirchenstaates für immer verzichte (Haller S. 640 ff., 644, 662). Klug und vorsichtig leistete Cölestin III. gegen das Anerbieten, das allerdings „keine vollständige (Haller S. 643) Säkularisation" des Kirchenstaats (welche Hampe S. 195 annimmt; zur „Zwangsanleihe" bei der Kirche zwecks Beschaffung von Mitteln behufs Aenderung des Heerwesens bezw. Säkularisation grossen Stils durch Karl Martell siehe K. D. Hüllmann, Deutsche Finanzgeschichte des Mittelalters, Berlin 1805, S. 166, 114 ff.; R. Weyl, Das fränkische Staatskirchenrecht zur Zeit der Merowinger, Untersuchungen zur Staats- und Rechtsgeschichte, herausg. von O. Gierke, H. 27, Breslau 1888, S. 50, 72; Schröder, Rechtsgeschichte [5] S. 167; Loening, Kirchenrecht Bd. II S. 680 ff.; v. Inama-Sternegg, Wirtschaftsgeschichte Bd. I [2] S. 160; Säkularisation durch den bayrischen Stammesherzog Arnulf, weil die Ungarneinfälle fast alle Klöster zerstört haben, vgl. A. Schulte, Der Adel und die deutsche Kirche im Mittelalter. Studien zur Sozial-, Rechts- und Wirtschaftsgeschichte, Kirchenrechtliche Abhandl., herausg. von U. Stutz, H. 63 und 64, Stuttgart 1910, S. 65 [51]) darstellte, passiven Widerstand (Haller S. 647, 663).

[1]) J. Haller, Papsttum und Kirchenreform. Vier Kapitel zur Geschichte des ausgehenden Mittelalters Bd. I (Berlin 1903) S. 39.

über, falls er die Satisfaktion innerhalb von Monatsfrist nicht leistet[1]). „Denn wer in der Würde folgt, folgt auch in der Bürde“ [2]).

§ 2.

Die Immunitätsdekretalen des Liber sextus: Quia und Quamquam Alexanders IV. und Bonifatius VIII.

Papst Alexander IV. erliess am 28. März 1256[3]) die Immunitätsdekretale Quia nonnulli[4]). Wie die Pars decisa erkennen lässt, ist sie mit besonderer Beziehung auf Frankreich gegeben[5]) und wendet sich in erster Linie gegen die Kommunen, die Städte. Hier wurde der Versuch gemacht, die Güter der Kirchen und kirchlichen Personen zur Besteue-

---

[1]) Quia vero nec sic quorundam malitia contra Dei ecclesiam conquievit, adjicimus, ut constitutiones et sententiae, quae a talibus vel de ipsorum mandato fuerint promulgatae, inanes et irritae habeantur, nullo umquam tempore valiturae. Ceterum quia fraus et dolus alicui patrocinari non debent, nullus vano decipiatur errore, ut infra tempus regiminis sustineat anathema, quasi post illud non sit ad satisfactionis debitum compellendus.

[2] Nam et ipsum, qui satisfacere recusaverit, et successorem ipsius, nisi satisfecerit infra mensem, manere decernimus ecclesiastica censura conclusum, donec satisfecerit competenter, quum succedat in onere qui substituitur in honore.

[3]) Dies Datum bei De la Roncière et A. Coulon, Les registres d'Alexandre IV. (Paris 1892). Die Dekretale steht hier nur im Regest. Aus den alten Ausgaben des Corpus iuris canonici wurde vielfach das Jahr 1260 übernommen, so v. Hefele, Conciliengeschichte Bd. V[2] S. 293; Gottlob, Kreuzzugssteuern S. 148; Richard Scholz, Die Publizistik in der Zeit Philipps des Schönen und Bonifaz VIII. (Kirchenrechtl. Abh., herausg. von U. Stutz, H. 6—8, Stuttgart 1903 S. 248.

[4]) c. 1 in VIto de immun. eccl. III, 23.

[5]) quod in regno Franciae communiae, scabini seu consules et alii domini temporales et ii, qui iurisdictionem in ipsis communiis, civitatibus, castris et villis temporalem exercent, vel quibus in illis com missa est executio iustitiae saecularis . . .

rung heranzuziehen oder im Falle Fehlschlags bei ihnen auf Veräusserung steuerfreier kirchlicher Güter zu dringen.

Demgegenüber verbietet Papst Alexander die Besteuerung von bereits steuerfreien kirchlichen Gütern und den Verkauf der steuerfrei gewesenen oder durch Uebergang in kirchlichen Besitz steuerfrei gewordenen.

Das erste Verbot untersagt die Besteuerung[1]) von Kirchengütern und Gütern kirchlicher Personen. Das diese Dekretale von den Laterangesetzen Unterscheidende besteht darin, dass Alexander IV. allen kirchlichen Gütern Steuerimmunität zuerkennt, denen, welche schon in kirchlichem Besitz sind oder künftig in ihn übergehen, auch wenn sie innerhalb des Stadtbezirkes oder Territoriums liegen, in welchem sonst von anderen Gütern Steuern gefordert werden[2]).

Das zweite Verbot wendet sich gegen die Amortisationsgesetzgebung. Es ist die erste hierüber ergangene kanonischrechtliche Entscheidung[3]). Auf die Verletzung des Dekrets ist in ihm eine bestimmte Strafe nicht festgesetzt.

---

[1]) Vgl. G. Phillips, Kirchenrecht Bd. III (Regensburg 1845) S. 247; Thomassin III, l. 1, c. 42, 3; Reiffenstuel l. c., c. III, 49, § 9, no. 229; Ferraris I (bona) art. II, no. 11 ss., p. 692; v. Hefele, Conciliengeschichte Bd. VI[2] S. 293 hält den Begriff Steuer und lehensrechtliche Abgaben nicht auseinander und macht unnütze Unterscheidungen.

[2]) Decernimus non licere prefatis communiis etc. tallias vel collectas seu exactiones quascumque ecclesiis vel personis ecclesiasticis imponere vel exigere ab eisdem pro domibus, praediis vel quibuscunque possessionibus ab eisdem ecclesiis vel personis ecclesiasticis legitime hactenus acquisitis vel in posterum acquirendis, etiamsi ipsae ecclesiae vel personae vel res huiusmodi sint infra illorum districtum vel territorium constitutae. Die Uebersetzung hactenus (Gottlob S. 148) mit „erst" = kürzlich „seit dem vierten Laterankonzil" ist gesucht; hactenus will einfach das schon Erworbene gegenüber dem noch zu Erwerbenden anzeigen.

[3]) Nec etiam liceat illis (communiis etc.) ipsas ecclesias vel personas ad distrahendum vel alienandum aut extra manum suam ponendum acquisita iam, vel quae deinceps acquirent, aliquatenus coarctare. Hinschius, Kirchenrecht Bd. V S. 216[6].

Die Dekretale Quamquam pedagiorum exactiones[1]) stammt von Papst Bonifaz VIII. Sie verbietet, von kirchlichen Personen und Sachen Durchgangs- und Geleitsabgaben zu fordern. Sie verweist darauf, dass schon Alexander IV. die Nichtverpflichtung zur Zahlung solcher Abgaben für Kirchen und kirchliche Personen für den Fall ausgesprochen hatte, dass sie mit ihren eigenen Sachen nicht Handel treiben[2]). Die solche Abgaben fordernden Personen, ob sie es in ihrem oder einem fremden Namen tun, trifft die Exkommunikation, Kollegien, Korporationen und Städte das ipso facto eintretende Interdikt. Die Strafen werden erst nach Zurückerstattung des Abgeforderten wirkungslos[3]).

---

[1]) c. 4 in VIto de censibus III, 20; Joh. Friedr. Schannat und Jos. Hartzheim, Concilia Germaniae t. IV (Coloniae Augustae Agrippinensium 1761) p. 84.

[2]) qui (Alexander) statuit, ecclesias et personas ecclesiasticas ad pedagia et guidagia penitus non teneri, nec ad exhibendum vel solvendum talia pro rebus suis propriis, quas non causa negotiandi deferunt vel deferri faciunt seu transmittunt.

[3]) adjicimus districtius inhibendo (contraria consuetudine quorumcunque, quae dicenda est corruptela verius, non obstante) ut nec collegium nec universitas, nec aliqua etiam singularis persona — a praefatis ecclesiis aut personis pro personis ipsis aut rebus praedictis talia exigat vel extorqueat per se vel per alium, suo nomine vel etiam alieno, aut eas ad huiusmodi persolvenda compellat. Qui vero contra fecerint, si personae fuerint singulares, excommunicationis, si autem collegium vel universitas civitatis etc. interdicti sententias ipso facto incurrant. Vgl. H. Fliedner, Die Rheinzölle der Kurpfalz, am Mittelrhein, in Bacharach und Kaub (Münsterische phil. Diss. 1908) S. 10. In den Dekretalen Gregors IX. finden sich noch keine Verordnungen darüber. Hier ist nur die Festsetzung neuer pedagia ohne die Genehmigung der Könige und Fürsten untersagt. c. 10 X de cens. III, 39: Nec quisquam alicui novas pedagiorum exactiones sine auctoritate et consensu regum et principum statuere aliquo modo praesumat. Si quis autem contra hoc fecerit et commonitus non destiterit; donec satisfaciat, communione careat christiana. Vgl. E. Berger, Les Registres d'Innocent IV. (Paris 1881—97) no. 5181 (1251 III. 18): mandamus quatinus in tholonerios — wegen Belastung clericorum et peregrinorum per censuram ecclesiasticam — compescatis vgl.

Die beiden Dekretalen Quia nonnulli und Quamquam pedagiorum exactiones wurden in den am 3. März 1298 herausgegebenen Liber sextus aufgenommen. Sie sind in der Geschichte der Steuerimmunität von hoher Bedeutung; die zweite ging erneuert in die Clementinen über [1].

§ 3.
Die Bulle Clericis laicos.

Die letzte grosse Etappe in der Geschichte der kirchlichen Steuerimmunitätsgesetzgebung bildet unstreitig die Bulle Clericis laicos, am 25. Februar 1296 [2]) von Bonifaz VIII. erlassen, von dem „Juristen auf dem päpstlichen Thron" [3]), „dem Manne der beginnenden Renaissance" [4]), über den Arnold von Villanova das Urteil der Zeitgenossen zusammenfasst: „Ueber die Persönlichkeit des Papstes äusserte sich jedermann, dass sein

---

A. Potthast, Regesta pontificum Romanorum inde ab 1198 ad a. 1304 (Berol. 1874 und 1875) no. 17390 (1258 XI. 1). Alexander IV. beauftragt die Erzbischöfe, Bischöfe, Aebte und andere Kirchenprälaten, ihren Parochien unter Anathem zu verbieten, a fratribus domus S. Mariae Theut. Jerus. vel eorum hominibus vel de victualibus, vestimentis, pecudibus vel de aliis rebus eorundem usibus deputatis concagium, pedagium, vendam, passagium zu fordern.

[1]) c. 3 in Clem. de cens. III, 13; v. Hefele, Conciliengeschichte Bd. VI² S. 532 ff.

[2]) Wegen des Datums der Bulle c. 3 in VI^to de immun. eccl. III, 23; v. Hefele, Conciliengeschichte Bd. VI² S. 290. Das Datum hat Böhmer gefunden Codex diplomaticus Moenofrancofurtanus. Urkundenbuch der Reichsstadt Frankfurt, herausg. von Joh. Friedr. Böhmer, T. I (Frankfurt 1836) S. 298; 2. Aufl. von Friedr. Lau T. II (Frankfurt 1901) p. 340, no. 889; v. Hefele, Conciliengeschichte Bd. VI² S. 290; Böhmer, Regesta imperii 1246—1313 (neue Bearbeitung Stuttgart 1844) S. 339, no. 281; Potthast no. 24291; R. Bader, Der Klerus und sein Recht nach dem Zürcher Richtebrief (Zürich 1901) S. 21³.

[3]) Stutz, Kirchenrecht² S. 317.

[4]) H. Finke, Aus den Tagen Bonifaz' VIII. Funde und Forschungen, Münster i. W. 1902 (Vorreformationsgeschichtl. Forsch. I) S. 293.

Verstand den Scharfblick des Adlers besass, eine hervorragende Kenntnis der Wissenschaften, eine ausgesuchte Klugheit in politischen Dingen, bei schwierigen Unternehmungen Löwenkühnheit und beharrliche Stetigkeit ihn zierten"[1]). Durch ihn „wurde die Frage, die vor achtzig und vor hundertsiebzehn Jahren die beiden Laterankonzilien beschäftigt hatte, die nach dem staatlichen Besteuerungsrechte über die Kirchengüter, von neuem auf die Tagesordnung gesetzt. Sie hatte durch die päpstlichen Kirchenbesteuerungen des 13. Jahrhunderts die Form erhalten, ob bloss der Papst das Recht der Geistlichenbesteuerung habe, oder ob dieses Recht auch dem Landesherrn zustehe. Wenn man erwägt, was auf der einen Seite ein unabhängiges Steuerrecht für den eben sich erhebenden Staat, was auf der anderen die päpstlichen Besteuerungen für die lange geübte politische Hegemonie der Kurie bedeuteten, so ist offenbar: es stand eine weltgeschichtliche Entscheidung bevor"[2]).

Veranlasst wurde sie durch die Besteuerungen des Klerus durch Philipp den Schönen von Frankreich und Eduard I. von England[3]), näherhin durch eine Beschwerdeschrift mehrerer

---

[1]) Finke a. a. O. S. 290 f.

[2]) Gottlob, Kreuzzugssteuern S. 1 ff., bes. 134; vgl. Derselbe, Kreuzablass S. 187[1].

[3]) Weitere Ausführungen in der bei Phillips, Kirchenrecht Bd. III, S. 243 f., no. 5 angegebenen Literatur; Luigi Tosti, Storia di Bonifacio VIII., 2 vol. Montecassino 1846, deutsch 1848; v. Hefele, Conciliengeschichte Bd. VI[2], § 685, S. 289 ff.; Gottlob, Kreuzzugssteuern passim, bes. S. 123 ff., 135 ff.; J. Hergenröther, Katholische Kirche und christlicher Staat (Freiburg i. Br. 1872) S. 260 ff.; Scholz, Publizistik S. 2[1]; Rob. Holtzmann, Französische Verfassungsgeschichte von der Mitte des 9. Jahrhunderts bis zur Revolution (Handb. d. mittelalterl. u. neueren Geschichte, herausg. von G. v. Below und F. Meinecke, Abt. III, Verfassung, Recht und Wirtschaft, München und Berlin 1910) S. 261 f.; R. Lossen, Staat und Kirche in der Pfalz im Ausgang des Mittelalters (Vorreformationsgeschichtl. Forsch., herausg. von H. Finke Bd. III, Münster i. W. 1907) S. 114; Haller, Papsttum und Kirchenreform S. 41 f.; Fr. X. v. Funk.

französischer Prälaten über die willkürliche Besteuerung[1], besonders die Maltôte[2], den fünfzigsten Teil des Besitzes. Auch von England liefen durch Robert Winhelsea, Erzbischof von Canterbury, Klagen ein. In Frankreich war die Erbitterung gesteigert worden durch die 1294 von dem Erzbischof von Bourges und seinen Suffraganen sua propria auctoritate und nach dem Zeugnis des Königs ex sola gratia et mera liberalitate[3] bewilligten zweijährigen Kirchenzehnten[4]. Die Zustimmung des Papstes war zwar vorbehalten, ob sie aber von Philipp eingeholt wurde, ist zweifelhaft[5]. Um die Rechte des römischen Stuhles zu wahren, erliess der als Legat Gaetani

---

Lehrbuch der Kirchengeschichte, 6. Aufl., herausg. von K. Bihlmeyer (Paderborn 1911) S. 476 f.; Werminghoff, Reichskriegssteuergesetze S. 121[1]; Hatschek, Englische Verfassungsgeschichte S. 171.

[1]) Gottlob, Kreuzzugssteuern S. 134[5]; Hergenröther a. a. O. S. 261[3] (hier ein grosser Teil der Beschwerdeschrift, die sich fast durchweg hält an c. 4, 7 X de immun. eccl. III, 49).

[2]) Du Cange, Glossarium s. v. Tolta; L. Auvray, Les Registres de Grégoire IX, recueil des bulles de ce pape (Paris 1896) no. 1634 (1233 XII. 10).

[3]) Gottlob S. 143.

[4]) Zu unterscheiden von den Zehnten allgemeinhin. Die Kirchenzehnten sonst sind im Unterschied von den Markt- und Rottzehnten jedenfalls als öffentlichrechtliche, auf Grund des Kirchenrechtes geforderte Steuern anzusehen (vgl. F. Philippi in M.J.Oe. Bd. 33, 1912, S. 393 ff.), als „Vorläufer der heutigen Kirchensteuern. Doch hat der Zehnte im Laufe der Entwicklung seinen kirchensteuerlichen Charakter gänzlich abgestreift, indem er zu einer privatrechtlichen Abgabe, zu einer Reallast geworden ist, die dem Besitzer eines Grundstücks ohne Rücksicht auf seine Kirchengemeindeangehörigkeit obliegt." Friedr. Giese, Deutsches Kirchensteuerrecht (Kirchenrechtl. Abh., herausg. von U. Stutz H. 69—71, Stuttgart 1910) S. 9 und Anm. 3.

[5]) Gottlob S. 143: Provinzialkonzil zu Aurillac: Hoc autem facimus et concedimus salvo in his domini nostri summi pontificis beneplacito voluntario, nisi forte tanta et tam evidens regni eiusdem immineret necessitas, quod absque grandi ipsius periculo non posset voluntas ipsius pontificis exspectari. Zur Sache vgl. v. Hefele, Conciliengeschichte Bd. VI[2], S. 293.

schon vorher in ähnlichem Kampf zwischen Königtum und Kirche in Portugal siegreiche [1]) Bonifaz VIII. die schon durch ihre Anfangsworte den Widerstand der Getroffenen herausfordernde Bulle [2]). Extrem war auch der Inhalt der Bulle selbst mit dem Verbot von Annahme, Forderung und Leistung von Steuern vom Klerus.

Die Bulle nennt die collectas vel tallias als die unrechtmässig geforderten Abgaben, kurz die neuen ausserordentlichen Auflagen, die Steuern [3]), und legt das unter diesen Begriff Fallende im Folgenden auseinander: dimidium decimam vicesimam seu centesimam suorum (nämlich der praelati ecclesiasticaeque personae) et ecclesiarum proventuum vel bonorum, also den Zehnten, Zwanzigsten oder Hundertsten von ihren und ihrer Kirchen Einkünften und Gütern, aut quamvis aliam quantitatem, portionem aut quotam, ob unter dem Namen einer Hilfe, eines Darlehens, einer Unterstützung, eines Geschenkes oder unter irgendeinem anderen Titel gefordert [4]).

---

[1]) Finke a. a. O. S. 14 und S. 14 [1], wo er mit Recht eine Geschichte der portugiesischen Kirchenpolitik als „sehr erwünscht" bezeichnet. „Sie würde viele Analogien in der englischen und französischen Kirchenpolitik haben, aber auch manches Eigenartige."

[2]) c. 3 in VIto de immun. eccl. III, 23. M. Bo. XXXVIII p. 131. Wegen der Anfangsworte v. Hefele, Conciliengeschichte VI² S. 291; 1258 die Synoden von Ruffac und Nantes, 1268 von Chateau-Gontier; Gottlob S. 144 [1], vgl. auch c. 1 in VIto de immun. eccl. III, 23: molesti sunt nimium ecclesiis super pluribus; in der späteren Zeit die Klage des Lützower Kapitels 1358: ecclesiis ecclesiasticisque personis laycos esse infestos temporum experimenta manifeste declarant. Mecklenburgisches Urkundenb. Bd. XIV, no. 8525 (M. Brennecke, Die ordentlichen direkten Staatssteuern Mecklenburgs, Marburger phil. Diss. 1900), S. 49.

[3]) Vgl. F. J. Buss, Urkundliche Geschichte des National- und Territorialkirchentums in der katholischen Kirche Teutschlands (Schaffhausen 1851) S. 30; v. Hefeles Unterscheidung, Conciliengeschichte Bd. VI² S. 291 f., ist gegenstandslos.

[4]) sub adjutorii, mutui, subventionis, subsidii vel doni nomine seu quovis alio titulo. Besonders verboten ist auch die Beschlagnahme der

Was ist das Neue der Bulle? Gegenüber den Dekreten der Laterankonzilien formell eine umfassendere Nennung jener Laien, welchen die kirchliche Besteuerung untersagt ist: imperatores, reges seu principes, duces, comites vel barones, potestates, capitanei vel officiales vel rectores . . . civitatum castrorum.

Die kleineren autonomen Gewalten sind freilich diesmal erst an zweiter Stelle genannt. Dass aber den ersteren nicht nur allein die kirchliche Besteuerung untersagt wurde, ist schon hervorgehoben[1]) und wird auch durch die Tatsache bestätigt, dass in einzelnen Fällen auch durch Könige vom Papst ein subsidium pecuniarium erbeten wurde[2]).

Ganz neu ist die Klausel: sedis apostolicae auctoritate seu licentia non obstante. Hier liegt die Steigerung des Anspruches Roms: 1179, die Besteuerung ist ein Entgegenkommen des Bischofs und des zustimmenden Klerus[3]); 1215, die Steuerleistung ist abhängig von vorausgegangener Konsultation des Papstes und kollegialer Beratung des Bischofs und des Klerus[4]); 1296, die Steuerleistung darf nicht geschehen „ohne die Erlaubnis des apostolischen Stuhles dazu“[5]).

Bonifaz hat dadurch die praktische Konsequenz der

---

apud aedes sacras deposita, z. B. des Peterspfennigs, v. Hefele, Conciliengeschichte Bd. VI² S. 290. — dimidium vgl. Gottlob a. a. O. S. 145 mit Rücksicht auf die englische Besteuerung im Jahre 1294 (Gottlob S. 142 und 142²).

[1]) Abzulehnen ist die Ansicht v. Hefele, Conciliengeschichte Bd. VI² S. 293. „Die älteren Verordnungen waren nur gegen die weltlichen Beamten gerichtet; von den Königen und Kaisern selbst war geschwiegen und so ein direkter Konflikt mit ihnen vermieden.“ Vielmehr richtete sich die erste Immunitätsdekretale c. 4 X de immun. eccl. III, 49 praktisch gegen die Besteuerung durch die italienischen Städte, wofür eben unsere Stelle mit als Beweis dienen kann.

[2]) v. Hefele, Conciliengesch. Bd. VI² S. 293.

[3]) c. 4 X de immun. eccl. III, 49.

[4]) c. 7 X de immun. eccl. III, 23.

[5]) c. 3 in VIto de immun. eccl. III, 23. Zur Steigerung vgl. Schiller, Bürgerschaft und Geistlichkeit in Goslar S. 148.

Forderung des Dekrets des zweiten Laterankonzils[1]) Romanus pontifex prius consulatur, welche die päpstliche Befragung oder das päpstliche Zuratezieben zur römischen Bestätigung und Erlaubnis gesteigert hatte[2]), in die Gesetzgebung übertragen und dem geschriebenen Recht eingefügt[3]). Die Prohibitivmassregel war volles Gesetz geworden, das propter imprudentiam quorundam hatte dem vollen päpstlichen Anspruch weichen müssen, wie er bereits durch Innozenz IV. vorbereitet war[4]). Dabei war man sich aber noch zu Bonifazens Zeit bewusst, dass der Papst prinzipiell nur zu Rate gezogen werden sollte; man machte das geltend[5]).

Auffallenderweise wird die einschneidendste Bestimmung der Bulle Clericis laicos, welche mit der Forderung des päpstlichen Konsenses bei der kirchlichen Besteuerung im Zusammenhang steht, nicht immer genau beachtet[6]). Die Bulle

[1]) c. 7 X de immun. eccl. III, 49.

[2]) Siehe oben; nur das Zurateziehen war in der Intention des Gesetzgebers gelegen.

[3]) Gottlob, Kreuzzugssteuern S. 147. Die Neuerung „erstreckte sich im allgemeinen bloss auf das geschriebene Recht; auf die Praxis nur in so fern, als dieses dann auch überall durchgeführt werden sollte. Aus dem beneplacitum voluntarium Innozenz III. machte Bonifatius sedis apostolicae auctoritas. Damit war die Praxis in die Gesetzgebung übertragen." Ebenda S. 148.

[4]) Berger, Registres d'Innocent IV, no. 4835 (1250 IX. 19). Landulfo marescalco civi Ferentinati et Matthaeo clerico nato eius, ad preces plebani de Vico capellani sui, indulget, ut ad collectas vel exactiones aliquas aut angarias seu parangarias, quae a communi eorum aliquando imponuntur, quamdiu vixerint, minime teneantur, nec ad id cogi possint absque speciali mandato sedis Apostolicae; vgl. auch no. 2458 (1247 II. 22). Vgl. Hergenröther S. 263[5].

[5]) Gottlob S. 41 f., 148 In der Beschwerdeschrift (Scholz, Publizistik S. 4) gegen die Bulle: ipsi (sc. principes) humiliter et devote recipere debeant cum gratiarum actione, quae eis pro communi utilitate de bonis ecclesiae conferuntur, prius tamen interveniente Romani pontificis consilio, cujus interest communibus utilitatibus providere (Gottlob S. 42); vgl. c. 7 X de immun. eccl. III, 49.

[6]) J. Loserth, Geschichte des späteren Mittelalters (Handb. d. m.

geht bedeutend weiter als die Immunitätsdekretalen von 1179 und 1215. Sie untersagt den in ihr Genannten nicht nur die Forderung von Steuern, sondern auch deren Annahme [1]) und verbietet den Prälaten, solche zu geben oder zu versprechen [2]). Die jetzt verschärften Strafen zeigen dies noch deutlicher. Prälaten und kirchliche Personen, Regular- und Säkularkleriker, welche Abgaben leisten, alle diejenigen, welche sie auflegen und die zu den Auflagen mit Rat und Tat mitwirken, trifft eo ipso die Exkommunikation; auf die Kommunitäten fällt das Interdikt [3]). Prälaten und alle kirchlichen Personen dürfen sich solche Auflagen ohne Zustimmung des apostolischen Stuhles absolut nicht gefallen lassen; selbst wenn sie schon vor Kenntnis des Ediktes ein Versprechen zu derartigen Abgaben gegeben hätten, dürfte dieses keine bindende Kraft haben. Die Exkommunikation, welche die Geistlichen bei Bezahlung, die Laien bei Entgegennahme von Abgaben trifft, ist die excommunicatio maior. Die Absolution von Bann und Interdikt steht ausser in articulo mortis einzig und allein beim römischen Stuhl, „da wir solchen schrecklichen Missbrauch der weltlichen Gewalten in keiner Weise mehr mit Stillschweigen übergehen wollen“. Zugleich wurden in der Bulle alle und jede Privilegien aufgehoben, welche unter irgendeiner Form Kaisern, Königen und anderen in Betreff der Kirchengüter verliehen worden waren. In der Fassung vom

u. n. G. von G. v. Below und F. Meinecke Abt. II, Polit. Gesch., München und Berlin 1903) S. 223 spricht der Bulle unrichtig jede Neuheit ab. Phillips, Kirchenrecht Bd. III S. 248 sieht in der Bulle lediglich eine durch die Zeitumstände gegebene Veranlassung, „das geltende Recht nur auf diese speziellen Verhältnisse unter Schärfung der kirchlichen Strafen zur Anwendung“ zu bringen.

[1]) qui talia imposuerint, exegerint vel receperint.

[2]) quod quicumque praelati ecclesiasticaeque personae religiosae vel saeculares: solverint vel promiserint vel se soluturos concesserint; sehr betonen dies Hinschius, Kirchenrecht Bd. V S. 216[6], v. Hefele Bd. VI[2] S. 293 und v. Funk-Bihlmeyer, Kirchengeschichte[6] S. 477.

[3]) c. 3 in VI[to] III, 23, § 2.

25. Februar 1296 wurde sie 1298 in den Liber sextus aufgenommen und so gemeinrechtlich, nachdem sie ohnehin auch in deutschen Ländern schon verkündet worden war[1]).

§ 4.

Die Milderung der Bulle Clericis laicos durch Benedikt XI. und ihre Aufhebung durch Klemens V.

Bonifaz VIII. beanspruchte in päpstlicher Machtvollkommenheit „höchster Richter in geistlichen und weltlichen Dingen zu sein“ [2]). Ein Beweis dessen ist die Bulle Clericis laicos. Der Papst dehnte ihre Gültigkeit auf die ganze Christenheit aus[3]). Mit Frankreich und England musste Bonifaz VIII. wegen der Bulle in einen schliesslich für die Könige siegreichen Kampf eintreten, in dem es sich im Grunde um die Frage gehandelt hatte, ob die alte theokratische und universalistische oder die nationale Staatsauffassung zum Siege gelangen werde[4]). Noch einmal kam es zum Streit[5]). Die Verantwortung hat allerdings Philipp der Schöne. „Der prinzipielle Streit war diesmal gewaltiger und von höherer Bedeutung. Es handelte sich um das gesamte Verhältnis zwischen Staat und Kirche. Macht stand gegen Macht, ein Uebermass

[1]) Siehe unten § 8 und 11.

[2]) K. Wenck, War Bonifaz VIII. ein Ketzer?, in Hist. Zeitschr. Bd. 94 (N. F. Bd. 58, 1905, S. 1—66) S. 52.

[3]) Bader, Der Klerus und sein Recht S. 93.

[4]) Scholz, Publizistik S. 1 und die S. 1[2] angegebene Literatur. Rückzug des Papstes 25. September 1296 Ineffabilis, siehe Potthast no. 24398, 24404; v. Hefele Bd. VI[2] S. 297 ff.; Gottlob, Kreuzzugssteuern S. 151 ff. 7. Februar 1297 Romana mater vgl. Thomassin p. III, l. 1, c. 43, 9; v. Hefele Bd. VI[2], S. 303. Der 22. Juli 1297 mit Etsi statu bedeutet die Vollendung von Philipps Sieg im ersten Streit; Hatschek, Englische Verfassungsgeschichte S. 171; Holtzmann, Französische Verfassungsgeschichte S. 261 f.; v. Hefele Bd. VI[2] S. 304; Hergenröther S. 266.

[5]) 4. Dezember 1301 Widerruf aller Zugeständnisse durch Bonifaz. Salvator mundi Potthast no. 25096; L. Neser, Studien zur Biographie Karls von Valois (Freiburger phil. Diss. 1912) S. 11.

von Forderungen, von Herrschsucht und Leidenschaft auf beiden Seiten" [1]). Der geradezu tragische Tod des „ausgezeichneten Kanonisten auf Petri Thron" [2]) machte seine in ihrer ersten Form in den Liber sextus aufgenommene Bulle [3]), die 1301 aufs neue auch für Frankreich gültig erklärt worden war [4]), lediglich zu einem Denkmal rechtlicher Ansprüche.

Am 12. Mai 1304 milderte Benedikt XI. die Bulle. Ad perpetuam rei memoriam, lautet die Verfügung betreffend die Verordnung Bonifaz VIII., restringimus ad exigentes tantummodo et ad exigendum dantes auxilium, consilium vel favorem, non autem quoad easdem penas in solventibus aut recipientibus a sponte dantibus deinceps vendicet sibi locum [5]). Nach vorausgegangener Konsultation, Zurateziehung des Papstes, bleiben in Notfällen Beiträge des Klerus zu Staatszwecken erlaubt. Die Immunitätsbestimmungen des dritten und vierten Laterankonzils werden wieder eingeschärft. Bei Entäusserung von Kirchenvermögen hat der Klerus stets den Zustand der Not im Auge zu behalten. Dies ist der Inhalt der Bulle Quod olim [6]).

Klemens V. ging noch weiter. Durch die Bulle Quoniam vom 1. Februar 1306 hob er die Bulle Clericis laicos und alle darauf ergangenen Deklarationen auf und widerrief sie, „weil sie einige Aergernisse gegeben, grosse Gefahren und schwere Nachteile zur Folge hatte, und weil noch weitere folgen können" [7]). Es bleibt bei der Laterangesetzgebung. Der

---

[1]) Gottlob, Kreuzzugssteuern S. 160.

[2]) Wenck a. a. O. S. 52.

[3]) c. 3 in VIto de immun. eccl. III, 23.

[4]) Potthast no. 25096.

[5]) Ch. Grandjean, Les Registres de Bénoit XI (Paris 1883 s.) no. 1269 . . . Pastoralis cura solicitudinis super cunctas populi christiani nationes, invigilare remediis subiectorum, eorundem periculis obviare ac scandala removere compellit. Vgl. Potthast no. 25424, 25427; zur Bulle v. Hefele, Conciliengeschichte Bd. VI² S. 388; Hergenröther S. 321; Phillips, Kirchenrecht Bd. III S. 261 ff.

[6]) c. un. Extrav. comm. III, 13.

[7]) c. un. in Clem. III, 17: Quoniam ex constitutione Bonifacii

Papst liess die Bulle in seine authentische Sammlung von Dekretalen aufnehmen. Die Bulle Quod olim findet sich in den Extravagantes communes.

Zusammenfassend kann gesagt werden: Innerhalb eines Zeitraumes von rund 140 Jahren wurde die kirchliche Gesetzgebung betreffend die Steuerfreiheit der kirchlichen Güter und Personen abgeschlossen. Die Kirche ging von da an über ihre schroffe Forderung nicht mehr hinaus und von ihrer mildesten nicht mehr zurück. Die Päpste beanspruchten die Steuerimmunität als Obereigentümer des Kirchengutes auf Grund der iurisdictio suprema[1]. In der Blüteperiode der Immunitätsgesetzgebung tritt die Wendung, quod laicis nulla super clericis sit

---

papae VIII. praedecessoris nostri, quae incipit Clericis laicos et ex declaratione seu declarationibus ex illa postmodum subsecutis nonnulla scandala, magna pericula et incommoda gravia sunt secuta et ampliora . . . sequi praesumitur verisimiliter in futurum: Nos de consilio fratrum nostrorum constitutionem et declarationem seu declarationes praedictas et quidquid ex eis secutum est vel ob eas, penitus revocamus et eas haberi volumus pro infectis. Volentes et firmiter statuentes illud . . . inviolabiliter observari, quod super his a praedecessoribus nostris in Lateranensi et generali conciliis, quae nos sub obtestatione divini iudicii praecipimus observari districte, salubriter est provisum.

[1]) Schon darum fallen alle Abgaben nicht unter die Forderung, die vi directi dominii und nicht ex potestate et iurisdictione suprema erhoben werden. Vgl. Reiffenstuel III, tit. 49, § 10, no. 238, zur Gegenüberstellung c. 1 in VIto de immun. III. 23: quia nonnulli habentes temporale dominium und intra illorum districtum vel territorium. Was Fr. X. Künstle, Die deutsche Pfarrei und ihr Recht zu Ausgang des Mittelalters auf Grund der Weistümer (Kirchenrechtl. Abh., herausg. von U. Stutz, H. 20, Stuttgart 1905) S. 29 ausführt, ist nur mit Beziehung auf die Weistümer gesagt. Die genaue Scheidung zwischen öffentlichrechtlichen und privaten Abgaben und die Beachtung ihres Rechtsgrundes, worauf die v. Belowsche Literatur immer aufmerksam macht, wird vor missverständlicher Auffassung bewahren. Dasselbe gilt auch für A. Schulte, Geschichte der Habsburger in den ersten drei Jahrhunderten (Innsbruck 1887) S. 38 ff. Zu den Theorien vom Eigentümer am Kirchengut Gottlob, Kreuzzugssteuern S. 28 ff.

attributa potestas[1]), als stehende Formel auf. Parallel mit dem Versuch der Besteuerung der Kirche durch die staatliche Gewalt ging die Ausbildung und Erstarkung des päpstlichen Alleinbesteuerungsrechtes der Kirche gegenüber[2]). Mit dem Sinken der plenitudo potestatis kam die Wendung. Die Kirche musste zu ihren ursprünglichen Forderungen zurückkehren; sie nahm aber alle grossen in der Frage ergangenen Dekrete in das kanonische Recht auf. Diese beweisen als solche einerseits die Niederlage der gegen den Staat ringenden Kirche, anderseits ihren starren Rechtsanspruch auf Steuerimmunität, den sie im Prinzip nicht aufgegeben hat. In so fern ist die Frage nach dem Ursprung derselben nicht bedeutungslos.

Worauf gründet sich also der prinzipielle, seit dem 12. Jahrhundert erhobene Anspruch der Kirche? Für den Ursprung ihrer Steuerimmunität gelten die Translations-[3]) und Privilegientheorie[4]) nicht.

---

[1]) Berger, Les Registres d'Innocent IV no. 4892; E. Langlois, Les Registres de Nicolaus IV (Paris 1886—1893) no. 1538, 1539, 2050; Fr. J. Bodmann, Rheingauische Altertümer oder Landes- und Regimentsverfassung des westlichen oder Niederrheingaues im mittleren Zeitalter (Mainz 1819) S. 758; die vielen Spezialbefreiungen seitens der Päpste gegenüber weltlicher Besteuerung heben den Anspruch des Papstes auf das kirchliche Alleinbesteuerungsrecht nicht auf, sondern wollen das Kirchengut nur nach allen Seiten sichern. Zur Rechtsanschauung vom Alleinbesteuerungsrecht des Papstes über die Kirche vgl. Franz Freih. v. Mensi, Geschichte der direkten Steuern in Steiermark bis zum Regierungsantritt Maria Theresias Bd. I (Forsch. z. Verf.- u. Verwaltungsgeschichte d. Steiermark Bd. VII, Graz u. Wien 1910) S. 9.

[2]) S. Steinherz, Besprechung von Gottlob, Kreuzzugssteuern, M.J.Oe. Bd. XIV (1893, S. 500—507) S. 503 f.

[3]) Vgl. bes. Gröll, Elemente des kirchlichen Freiungsrechtes S. 255, 254 ff..

[4]) Die Kirche anerkannte seit dem 12. Jahrhundert kein ihr vom Staat in dieser Hinsicht gegebenes Privileg, wohl aber betrachtete sie die Steuerimmunität ihrer Personen als ein verliehenes Privileg ihrerseits an diese. In diesem Sinn haben wir ein Analogon in den Privilegien der crucesignati, vgl. Gottlob, Kreuzablass S. 141, 144 ff., 151, 159 f. Die Privilegien kommen den einzelnen Klerikern (tonsurati, Hinschius,

Die Dekretalen sprechen dafür, dass die Kirche so gut wie tatsächlich die Immunität auf Grund des göttlichen Rechtes beansprucht hat. Schon der Tenor des ersten Immunitätsgesetzes[1]) legt diese Auffassung nahe. Auch fehlte es nicht an Belegstellen aus der Heiligen Schrift dafür[2]). Das treffendste Zeugnis für die Ableitung der Immunität aus göttlichem Recht scheint die Dekretale Bonifaz VIII. Quamquam pedagiorum exactiones[3]) zu sein: Cum igitur ecclesiae ecclesiasticaeque personae ac res ipsarum non solum iure humano, quinimo et divino, a saecularium personarum exactionibus sint immunes. Hergenröther hat mit guten Gründen darauf hingewiesen, dass dieser Satz keine dogmatische Definition bedeutet, die Aeusserung gehöre nur zu den sogenannten obiter et incidenter dicta in Nebensätzen. Wäre eine dogmatische Definition erfolgt, so hätte sich eine Kontrovers-

---

Kirchenrecht Bd. V S. 419; Bd. I S. 119) nur bei standesgemässem Leben zu. Thomassin p. III, l. 1, c. 42, 4: Clerici non talliabuntur occasione eciam haereditatis, etiamsi per successionem eis venerit, nisi sint mercatores, vel uxorati; vgl. v. Hefele, Conciliengeschichte Bd. V² S. 987 f. Synode von Compiègne 1304, wo das Vorgehen weltlicher Herren gerügt wird, welche Kleriker, die klerikal leben, unter dem nichtigen Vorwand, dass sie Kaufmannschaft treiben, mit Abgaben belasten. Auch Bonifaz VIII. erklärte am 7. Februar 1297 in der Bulle Romana mater ausdrücklich, dass die Konstitution Clericis laicos auf verheiratete Kleriker und solche, welche, nur um den Abgaben zu entgehen, in den geistlichen Stand eintreten, sich nicht erstrecke. Thomassin p. III, l. 1, c. 43, 9. Nur pro rebus suis propriis und wenn sie nicht Handel treiben: quas non causa negotiandi deferunt vel deferri faciunt seu transmittunt, sind geistliche Personen von Durchgangs- und Geleitabgaben frei. c. 4 in VIto de cens. III, 20.

[1]) c. 4 X de immun. eccl. III, 49; vgl. Richter-Dove-Kahl, Kirchenrecht S. 374; Fr. X. Wernz, Jus decretalium, ed. 2, II 1 (Romae 1906) p. 256 ss., III 1 (Romae 1908) p. 167 ss.

[2]) Matth. 17, 14—26; F. J. Mone, Ueber das Steuerwesen vom 14.—18. Jahrhundert in Baden, Hessen und Bayern, in Zeitschr. f. Gesch. d. Oberrheins Bd. VI (1855, S. 1—37) S. 18.

[3]) c. 4 in VIto de cens. III, 20.

literatur nicht mehr anschliessen können[1]). Die Dekretalen halten jedenfalls den göttlichen Ursprung der Immunität fest, so dass die Grundlage iuris divini, die Ausbildung aber iuris humani wäre. Die tatsächliche Entwicklung fordert, dass diese Unterscheidung gemacht wird. Wie beim Asylrecht lehrt uns die Rechtsgeschichte auch hier ein Doppeltes. Die kirchliche Gesetzgebung hat ratione temporum habita die Forderung auf Steuerimmunität gesteigert oder gemildert[2]); die päpstliche Gesetzgebung näherhin zeigte sich zur Zeit des Konziliarismus gegen einzelne Landesherrschaften und das Bürgertum entgegenkommend[3]), wenngleich die Aenderung der Politik kein Aufgeben des Prinzips bedeutet[4]). Die weltliche Gesetzgebung hat die kirchliche Immunität, auch wenn sie nur als Privileg anerkannt war, immer mehr beschränkt oder gar aufgehoben.

Die Auffassung der Dekretalen hat in den Urkunden und Beschlüssen der Synoden ihren Niederschlag gefunden. 1240 garantierte Herzog Otto von Bayern dem Bischof Konrad von Freising die Immunität mit den Worten: Porro clericorum libertas et ecclesiarum emunitas a Deo primum et principaliter, secundario et consequenter ab imperio sequente Deum et a cunctis catholicis retro principibus concessa clericis et ipsis ecclesiis et infinitis auctoritate Romanorum pontificum quam et secularium principum confirmata privilegiis, interdum exigentibus aliquorum clericorum excessibus, interdum sola laicorum malicia faciente in tantum conculcata succubuit et fere prorsus evanuit, adeo ut inter divinum publicumque ius et privata commoda nichil videatur differentie remansisse, cum in angariis et perangariis equales sint hodie sicut populus sic sacerdos[5]).

---

[1]) Hergenröther, Katholische Kirche und christlicher Staat S. 760 ff., 837 ff.

[2]) Vgl. Gröll a. a. O. S. 266 f.

[3]) Siehe unten.

[4]) Chroust, Immunitätenstreit S. LXV.

[5]) Monumenta Wittelsbacensia, Urkundenb. z. Gesch. d. Hauses

In einer Abfindung des Klosters Varlar mit der Stadt Koesfeld heisst es: Predictam pensionem trium solidorum dat ecclesia in favorem et dilectionem nostri oppidi, non iure communi; nam iure communi immunis est omnis ecclesia ab omni onere personarum et rerum, quia primo sub lege Mosaica, postea sub tempore gratie firmissime est liberata. Solvit etiam ad cautelam. Dicit enim sacra scriptura: plus solet vereri, quod specialiter pollicetur, quam quod generali sponsione concluditur[1]).

Kanon 17 der Magdeburger Synode von 1266 zitiert den Satz Cum igitur der Bulle Quamquam pedagiorum exactiones[2]) wörtlich[3]).

Die Auffassung der Dekretalen macht sich allem nach die erweiterte Carolina vom 12. Dezember 1376 zu eigen[4]).

Dass sich die Geistlichkeit in den Immunitätskämpfen auf den strengsten kirchlichen Rechtsstandpunkt zu stellen suchte, ist klar; besonders der Konziliarismus tat das. Ein beim Reformausschuss des Konzils von Basel eingereichter Antrag privaten Ursprungs enthält Vorschläge zur Wahrung der libertas ecclesiastica. Die Vorschläge (1435) des Andreas von Escobar in dieser Hinsicht zielen auf eine volle Rückkehr zum Standpunkt der Bulle Clericis laicos: Item ut laici retrahantur a tanta subiugacione cleri, quantam hiis temporibus habent, statuatur perpetuo, quod nullus laicus, eciamsi imperiali

Wittelsbach, herausg. von F. M. Wittmann Bd. I (1204—1292), in Quell. u. Erörterungen z. bayer. u. deutsch. Geschichte Bd. V (München 1857) no. 31, S. 69 ff. (1240, VIII. 28.)

[1]) R. Wilmans, Die Urkunden des Bistums Münster von 1201 bis 1250 (Westfälisches Urkundenb. Bd. III, Münster 1859) no. 489, S. 262 f. (1248, IV. 25).

[2]) c. 4 in VIto de cens. III, 20.

[3]) Schannat-Hartzheim, Conc. Germ. III p. 798 ss.; vgl. Hinschius, Kirchenrecht Bd. I S. 127[1]; dieselbe Auffassung 1450, vgl. Metzen, Staatssteuern in Münster S. 63.

[4]) Th. Lindner, Urkunden Günthers und Karls IV., im Neuen Archiv d. Gesellsch. f. ält. deutsche Geschichtskunde Bd. VIII (1883, S. 132—145) S. 142—145; A. Chroust, Unedierte Königs- und Papsturkunden, im Neuen Archiv Bd. XVI (1891) S. 137—168.

aut regali prefulgeat dignitate, seu nulla communitas castrum seu civitas infringat libertates ecclesiasticas aut exigat quoquo modo sine auctoritate pape vel concilii generalis a clero dominii sui aliquas decimas vel pecuniarum contribuciones nec exigi faciat, nec gabellas aut pedagia seu sisias aut quocunque nomine nominentur clerum dominii sui solvere compellat, non solum novas et imponendas, sed eciam antiquas et impositas, nec aliquam personam ecclesiasticam coram se in iudicio respondere faciat nec eam in suis carceribus detineat nec detinere faciat nec ad sua servicia compellat. Quodsi aliquis princeps laicus, communitas vel dominus predicta et hiis similia facere attemptaverit, ipso facto sit maiori excommunicacione innodatus et declaratus, a qua nisi per papam non possit absolvi, et ipsa civitas seu communitas ecclesiastico sit supposita interdicto ipso facto[1]).

Am 11. September 1431 appelliert das Domkapitel von Bamberg an das Konzil von Basel unter Ablehnung einer Bulle Sigmunds, zu der er doctrinis aliquorum ecclesiasticorum libertatem detestancium peregrinis bewogen worden sei. Der Prokurator des Domherrn Nikolaus de Indagine musste sogar vor dem Konzil ausführen, es handle sich bei dieser Rechtsfrage die Immunität betreffend in der Folge um den weltlichen Besitzstand aller Kirchen, Klöster, Prälaturen in ganz Deutschland, ja überhaupt bei allen Nationen. Selbst die Kurfürsten werden aufgerufen, um gemeinsam mit den Vätern des Konzils auf Mittel und Wege zu sinnen, den Gefahren, welche den kirchlichen Rechten drohen, zu begegnen[2]).

Als Ergebnis unserer Nachforschungen nach dem Ursprung der kirchlichen Steuerimmunität dürfte festgelegt werden, dass die historische Theorie richtig ist. Prinzipiell hat die Kirche ihre Ansprüche durch das ganze Mittelalter hindurch bis heute

---

[1]) J. Haller, Concilium Basiliense I (Studien u. Dokumente zur Geschichte der Jahre 1431—1437, Basel 1896) p. 231.

[2]) Chroust, Immunitätenstreit S. L f. u. 238 (Beil. no. 31); Werminghoff, Reichskriegssteuergesetze S. 209 f., 210[3].

festgehalten[1]). Der dem ius divinum angehörige Kern der Immunität entfaltet sich erst durch eine lange geschichtliche Entwicklung unter dem Zusammenwirken von Gewohnheit, kirchlicher und weltlicher Satzung zu einem Rechtsinstitut[2]). Wenn dann Streitfragen entstanden, so gehörten sie zu den Fällen, wo vollgültige Rechtstitel der im Besitz Befindlichen, unterstützt durch ein Jahrhunderte altes treu gewahrtes Herkommen, in Konflikt geraten. „Solche Konflikte können entweder durch friedlichen Vergleich oder durch Gewalt ihre Lösung finden, nie aber auf dem Wege des formalen Rechtes“[3]).

---

[1]) Wie das Asylrecht, will sie die Steuerimmunität quoad substantiam anerkannt wissen. Die Lehre, die Immunität entstamme nur dem bürgerlichen Recht, hat Pius IX. verworfen. Syllabus vom 8. Dezember 1864, error 30 u. 32, wo besonders der persönliche Militärdienst der Kleriker getroffen ist, mit dem sich diese Arbeit nicht befasst, Wernz[2] II 1 p. 258, III 1, p. 169; J. Tosi, Vorlesungen über den Syllabus (Wien 1865) S. 91; Buss, Privilegien des Klerus, in Wetzer u. Weltes Kirchenlexikon Bd. X[2] (Freiburg i. Br. 1897) Sp. 442 ff.

[2]) Gröll, Elemente des kirchlichen Freiungsrechtes S. 274; Hinschius Bd. IV S. 381.

[3]) Chroust, Immunitätenstreit S. XCIX.

Zweites Kapitel.

Die Reichsgesetzgebung.

§ 5.

Zusammenhang zwischen der Gesetzgebung der Kirche und des Reiches [1]).

Der volle Sieg der kirchlichen Steuerimmunität hätte den Staat in seinen Grundlagen bedroht, ein wahres Kirchenstaats-

[1]) Die Einzelheiten der päpstlich-kaiserlichen Wechselbeziehungen werden eigentlich erst im vollen Zusammenhang des Geschehens ganz klar. Das zeigt vor allem Hallers Arbeit, Heinrich VI. und die römische Kirche in M.J.Oe. Bd. 35 (1914) S. 385 ff. und 545 ff., welche Paul Scheffer-Boichorsts ausgezeichnete (Haller S. 386, Hampe, Kaisergeschichte[3], 1916, S. 178[1]) Doktordissertation, Kaiser Friedrichs I. letzter Streit mit der Kurie, Berlin 1866 wesentlich ergänzt. Ein typisches Beispiel eines höchsten kaiserlichen Angebots mit der Aussicht, dass es bei den Fürsten auf keinen Widerstand stösst (Haller S. 655, zu S. 653 auch Werminghoff, Reichskriegssteuergesetze S. 11 ff.), eines Ansinnens, das nur aus den ihm gesetzten höchsten Zwecken (dauernder Friede mit der Kirche und Erbkaiserplan, Derselbe S. 656 ff., Hampe S. 190 u. 191[1]; A. Dopsch, Der deutsche Staat des Mittelalters, Besprechung des gleichnamigen Werkes v. Belows, in Mitteil. d. Inst. f. österr. Geschichtsforsch. Bd. 36, 1915, S. 1—30, S. 29 f.) erklärbar ist, bildet die Bitte Heinrichs VI. an Cölestin III. um formelle Belehnung oder Investitur mit dem Kaisertum mit dem Sinnbild einer goldenen Kugel (überliefert durch Innozenz III. in Deliberatio super facto imperii de tribus electis, siehe Haller, der das Schriftstück für die Investitur mit dem Kaisertum zum erstenmal würdigt S. 648 ff., 648 [1] mit Hinweis auf Registrum de negotio imperii no. 29, Migne, Patrologia lat.. Parisiis 1844 ss. t. 216, p. 1025). In klarem Blick in die ganze (Haller S. 657) Wirklichkeit (Derselbe S. 656 ff.), ohne sich von der Theorie täuschen zu lassen, hat der bisher verzeichnete (Haller S. 571, 619 ff., 647 f., 662, 666; zum Umschwung

tum schaffen müssen. Das hatten Frankreich und England klar erkannt. Darum hatte vor allem das erstere den zielbewussten Kampf gegen die prinzipiellen Ansprüche des Papsttums aufgenommen und gesiegt. In Deutschland aber haben wir die Tatsache, dass die Reichsgesetzgebung der kirchlichen Gesetzgebung bezüglich der Steuerimmunität zur Seite getreten ist. Die Erklärung dafür führt in die schwierigsten Fragen der Verfassungsgeschichte hinein. Hier sollen die Hauptpunkte nur skizziert werden. Einmal ist darauf hinzuweisen: „auf der Verbindung mit der römischen Kirche hatte das deutsche Kaisertum von Anfang an beruht"[1]. Und dann muss wohl beachtet werden: die Entwicklung der Eigenkirche[2], welche die Interessengemeinschaft des Königstums unter Otto dem Grossen mit der Kirche gestützt und ge-

---

in der Charakterzeichnung des Papstes Hampe S. 187 [1]) Cölestin III. als Grossmacht nicht abdankend die kaiserliche Politik, die, wenn sie gelungen wäre, einen „Brennpunkt in der Geschichte des Kaisertums" (Haller S. 619) bedeutet hätte, durch passiven Widerstand abgelehnt (Derselbe S. 657, 661 ff.). Er hat so in jenen Tagen, als „die Lage des Papsttums eine der schwierigsten aller Zeiten" (Hampe S. 187 [1]) war, als „das Papsttum am Scheideweg stand" (Haller S. 657), „in einer der wichtigsten Stunden, die die Geschichte des Papsttums kennt, durch seine zähe Festigkeit den Lauf der Dinge für Jahrhunderte bestimmt" (Derselbe S. 662).

[1]) J. Haller, Kaiser Heinrich VI., in Hist. Zeitschr. Bd. 113 (1914, S. 473—504) S. 491. — Es kann auch erinnert werden, dass die Forderungen der Kirche bezüglich der geistlichen Gerichtsbarkeit durch Friedrich II. 1220 reichsgesetzliche Sanktion erhalten haben, MG. Const. II no. 73; vgl. auch O. R. Redlich, Jülich-Bergische Kirchenpolitik am Ausgange des Mittelalters und in der Reformationszeit Bd. I (Publik. d. Ges. f. rhein. Geschichtskunde XXVIII, 1, Bonn 1907) S. 1* u. Anm. 2.

[2]) U. Stutz, Die Eigenkirche als Element des mittelalterlich-germanischen Kirchenrechts, Berlin 1895; Derselbe, Art. Eigenkirche, Eigenkloster in Hauck-Herzogs Realenzykl. f. prot. Theol. u. Kirche Bd. 23 (1913) S. 364 ff.; Derselbe, Das Eigenkirchenvermögen. Ein Beitrag zur Geschichte des altdeutschen Sachenrechtes auf Grund der Freisinger Traditionen, Festschrift Otto Gierke zum 70. Geburtstag dargebracht (Weimar 1911) S. 1188—1268; Werminghoff, Verfassungsgesch. d. deutschen Kirche [2] S. 24.

fördert hatte[1]), hatte unter Heinrich III. ihren Höhepunkt erreicht[2]). Der festgefügten Reichskirche gegenüber suchen die Päpste von Leo IX. an ein päpstliches Eigenkirchenregiment zu begründen[3]). In Anlehnung an die lokalen Gewalten führen sie den Investiturstreit gegen das Königtum, das sich auf die Bischöfe und Reichsäbte stützt. Durch Mehrung der territorialen Gewalten leistet das Papsttum der inneren Auflösung des Reiches und der Gefährdung seines Bestandes Vorschub. Das Papsttum macht mit seiner Politik Fiasko; denn das Erbe der germanischen Eigenkirche tritt nicht Rom, sondern die Vogtei an, die sich zur hohen Vogtei ausgebaut hat[4]). Der von der Kirche heraufgeführte Prozess richtet sich in seiner vollen Schärfe gegen die Kirche selbst. Sie hatte dem Königtum die Gewalt über die Kirchengüter, die vielfach von Haus aus dem Reich zu eigen gewesen waren, zu entwinden gesucht. Jetzt kamen sie zum Teil in die Hand lokaler Gewalten[5]), die sich des „ausser-

---

[1]) A. Hauck, Die Entstehung der bischöflichen Fürstenmacht (Leipzig 1891) S. 44 ff.; J. Ficker, Ueber das Eigentum des Reiches am Reichskirchengut (Wien 1873) S. 110; D. Schäfer, Deutsche Geschichte Bd. I[8] (Jena 1913) S. 159 f.; A. Meister, Deutsche Verfassungsgeschichte von den Anfängen bis ins 14. Jahrhundert (Grundr. d. Geschichtswissensch. II, 3, Leipzig u. Berlin 1913[2]) S. 128; v. Below, Der deutsche Staat Bd. I S. 258 f.

[2]) Hirsch, Klosterimmunität S. 26 ff. Zur finanziellen Ausnützung Ficker-Puntschart, Vom Reichsfürstenstande (Forschungen zur Geschichte der Reichsverfassung, zunächst im 12. und 13. Jahrhundert von J. Ficker), Bd. II, herausg. u. bearb. von P. Puntschart, 1. Teil (Innsbruck 1911) Kap. XXIV.

[3]) Zur Literatur S. 4; Heilmann, Klostervogtei S. 40; Hirsch a. a. O. S. 28; Schreiber, Kurie und Kloster Bd. I S. 7 ff.

[4]) v. Below, Der deutsche Staat Bd. I S. 254 ff.; Meister, Deutsche Verfassungsgeschichte S. 127 f.; Heilmann a. a. O. S. 93 ff. und die S. 93[1] verzeichnete Literatur; Pischek, Vogteigerichtsbarkeit S. 9 ff. gegen Seeliger, Grundherrschaft S. 108 u. 171; vgl. bes. Rietschel, Burggrafenamt S. 4, 30, 295 ff., 306; Redlich, Jülich-Bergische Kirchenpolitik Bd. I S. 2*.

[5]) H. v. Schubert, Kirchengeschichte Schleswig-Holsteins auf

ordentlich elastischen" kaiserlichen Rechtes der advocatia ecclesiae[1]) bedienen[2]) und die aus der Gerichtshoheit fliessende Steuerhoheit[3]) über Kirchengüter und kirchliche Personen geltend machen[4]). An diese aufkommenden lokalen Gewalten, die sich zu Territorien konsolidieren, treten die Aufgaben des werdenden modernen Staates heran[5]).

Die Kirche führt jetzt gegen die Landesherrlichkeit und das Bürgertum den Immunitätsstreit[6]), zumal sie im Kampf und in der Reaktion gegen die Feudalisierung der Vogtei nicht durchgedrungen ist. Im Immunitätsstreit schliesst sie sich an das Königtum an, indem sie von ihm ihre Ansprüche reichsgesetzlich regeln lässt. Das Königtum kann der ideal gedachten Gesetzgebung der Kirche nur pergamentene Garantie leisten. Tatsächlich vermag der König diese als Landesherr selbst nicht wahrzumachen. Der werdende moderne Staat lässt sich in seiner

---

Grund der Vorlesungen an der Kieler Universität (Schriften d. Ver. f. schlesw.-holst. Gesch. Bd. I, H. 3, Kiel 1907) S. 224.

[1]) Hirsch a. a. O. S. 113; Zieschang, Anfänge eines landesherrlichen Kirchenregiments S. 11 ff.; Redlich a. a. O. S. 37* u. Anm. 1.

[2]) J. Weissbach, Staat und Kirche in Mecklenburg in den letzten Jahrzehnten vor der Reformation, in Jahrb. d. Ver. f. mecklenb. Gesch. (75. Jahrg. 1910, S. 29—130) S. 38 u. 40; Lossen, Staat und Kirche in der Pfalz S. 65.

[3]) Siehe oben S. 3[2], 11[1].

[4]) Der Entwicklungsprozess hat seine Analogie nachher in der ständischen Bewegung, die unter herrschaftlichem Schutz gewachsen, zur drohenden Gefahr für den Schutzherrn wird; vgl. Spangenberg, Vom Lehnstaat S. 34.

[5]) Das Vorbild dazu die „verfrühte Erscheinung des ersten modernen Staates", wie ihn Kaiser Friedrich II. in Unteritalien geschaffen, Spangenberg, Vom Lehnstaat S. 22 und die S. 22[3] angegebene Literatur, bes. Ficker-Puntschart, Vom Reichsfürstenstande Bd. II, 1 S. XIII; dazu noch Haller, Kaiser Heinrich VI. a. a. O. S. 478 und die Bemerkung S. 498; das deutsche Landesfürstentum löst Aufgaben, die das Königtum nicht durchführen konnte, vgl. Dopsch a. a. O. S. 29; Schäfer, Deutsche Geschichte I[3] S. 351 ff.; Ad. Lasson, Deutsche Art und deutsche Bildung (Deutsche Reden in schwerer Zeit 4, Berlin 1914) S. 15 ff., 40 ff.

[6]) Böhmer-Ficker, Reg. Imp. V, 1 u. 2 (Vorbemerkung, Zur neuen Ausgabe von J. Ficker p. VII—LIV) p. XXIII s., XXIX.

Entwicklung nicht aufhalten. Der König selbst muss das wohl wissen. Auch er ist um so mehr auf die Steuern angewiesen, je mehr die Naturalwirtschaft durch die Geldwirtschaft, die Verlehnung von Hoheitsrechten durch Verpfändungen abgelöst wird[1]), ganz besonders je mehr der Reichsbesitz schwindet[2]), so dass die Sicherung einer starken Hausmacht von nicht zu unterschätzender Bedeutung wird. Die Kirche konnte ihre ersten Immunitätsgesetze durch den König oder Kaiser als ihren Universalvogt bekräftigen lassen, weil sich diese praktisch gegen die Städte, näherhin die italienischen, und gegen die lokalen Gewalten richteten. Nirgends aber zeigt sich die Verschiebung der Verhältnisse deutlicher als in der ursprünglichen Sonderstellung des Zisterzienserordens und der jetzt zutage tretenden Entwicklung. Dies Verhältnis wurde in der Einleitung angedeutet[3]). Es kann nicht hoch genug gewertet werden. Der Zisterzienserorden, dessen Entfaltung zum Teil noch in den Investiturstreit fällt, nahm den Reformfreiheitsbegriff auf und forderte der weltlichen Gewalt gegenüber eine grundsätzliche Ausnahmestellung: secundum consuetudinem nec fundator nec ullus successorum eius aut heredum aliquid iuris advocatiae habeat[4]). Prinzipiell inkonsequent, aber praktisch durch die Verhältnisse gezwungen, waren im Kampf gegen die Vogtei viele seiner Niederlassungen unter den Schutz des Königshauses der Staufer gekommen. Die Bevogtung war in erster Linie von den Hohenstaufen ausgegangen in Verfolgung

[1]) W. Arnold, Studien zur deutschen Kulturgeschichte, Aufsatz: Die Rezeption des Römischen Rechts und ihre Folgen (Stuttgart 1882) S. 315; vgl. G. v. Below, Die Ursachen der Rezeption des römischen Rechts (München u. Berlin 1905) S. 10; Spangenberg, Vom Lehnstaat S. 35, 45 f.

[2]) v. Below, Der deutsche Staat Bd. I S. 241.

[3]) Siehe oben S. 5[4]; Schreiber, Kurie und Kloster Bd. I S. 83 ff., 235, 256 ff. — Die reichen Einzelprivilegierungen, die der König gab, waren gewiss keine unentgeltlichen.

[4]) A. Meister, Die Hohenstaufen im Elsass. Mit besonderer Berücksichtigung des Reichsbesitzes und des Familiengutes derselben im Elsass 1079—1255 (Strassburger phil. Diss. 1890) S. 30; F. Winter, Die Zisterzienser des nordöstlichen Deutschlands Bd. I (Gotha 1868) S. 33.

ihrer Kirchen- und Hauspolitik, weshalb wir sie besonders in Schwaben[1]) und im Elsass[2]) antreffen. Wenn nun die Kirche gerade den Immunitätsbegriff der Zisterzienser ins Dekretalenrecht übernahm[3]), so war es für die Hohenstaufen, soweit sie ihre Hausmacht[4]) begründeten, gegeben, dass sie dieser Immunität, die wesentlich Steuerimmunität war, reichsgesetzliche Garantie gaben. Die winkenden Vorteile der Garantie haben die Gefahren des Garantierten übersehen lassen. Die Kirchen- und Hauspolitik der Hohenstaufen ist nicht unbeteiligt an der reichsgesetzlichen Regelung der kirchlichen Steuerimmunität.

§ 6.
Die Reichsgesetze.

Quellen des Reichsstaatsrechtes, Reichsgesetze und Urteile des Reichshofes mit reichsgesetzlicher Geltung haben wir im eigentlichen Sinne erst seit der Staufenzeit[5]). Die deutsche Reichsgesetzgebung im Mittelalter entwickelt sich aus der Landfriedensgesetzgebung.

Friedrich I. handelte im zweiten Reichslandfrieden, auf dem Ronkalischen Reichstag, gültig für das ganze Herrschaftsgebiet des Kaisers mit Einschluss Italiens[6]), als Schutzherr und oberster Vogt der Kirche[7]) und garantierte die kirchliche

[1]) Heilmann a. a. O. S. 110 ff., 115.

[2]) Meister a. a. O. S. 22 ff., bes. S. 29 u. 31; Heilmann hat das Elsass zu wenig beachtet. Zur Sonderstellung des Elsasses Spangenberg, Vom Lehnstaat S. 181 ff.; vgl. K. Kretschmer, Historische Geographie von Mitteleuropa (Handb. d. mittelalterl. u. neueren Geschichte von G. v. Below u. F. Meinecke Abt. IV. München u. Berlin 1904) S. 267 ff.

[3]) Hirsch, a. a. O. S. 150.

[4]) „Hausmacht bezw. ein unmittelbar königliches Gebiet, d. h. eben ein Gebiet, das, durch Beamte verwaltet, nicht zu Lehen gegeben wurde“. v. Below, Der deutsche Staat Bd. I S. 154.

[5]) K. Zeumer, Quellensammlung zur Geschichte der deutschen Reichsverfassung in Mittelalter u. Neuzeit 2. Aufl. (Quellensamml. z. Staats-, Verwaltungs- u. Völkerrecht, herausg. von H. Triepel Bd. II, Tübingen 1913) S. V.

[6]) Zur Constitutio pacis 1158 v. Below, Der deutsche Staat Bd. I S. 150 ff., 154; Hampe, Deutsche Kaisergeschichte[3] S. 140 ff.

[7]) R. Sohm, Kirchenrecht Bd. I (Leipzig 1892) S. 560.

Immunität reichsgesetzlich, indem die unerlaubte Besteuerung von Kirchen durch die Städte unter Strafe doppelter Zurückerstattung des Abverlangten verboten wurde [1]).

Eine Beschwerde der Wormser Kirche über Verletzung der Steuerimmunität veranlasste Friedrich I. zu einem Fürstenspruch [2]). Nach dem ganz allgemein gehaltenen Urteil vom 31. Mai 1182 sind steuerfrei sämtliche Diener der Kirchen. Als solche gelten die zu täglichen persönlichen Diensten Verpflichteten, aber nur dann, wenn sie nicht Handel treiben, sich nicht am Marktverkehr beteiligen und sich nicht, um der Steuerpflicht zu entgehen, in das genannte Dienstverhältnis begeben. Unter Voraussetzung der Gültigkeit dieser Grundsätze wird für Worms die Spezialsentenz gegeben. Alle wirk-

[1]) M. G. Const. I p. 246, no. 176, c. 9: Illicitas etiam exactiones maxime ab aecclesiis, quarum abusio iam per longa tempora inolevit, per civitates et castella omnimodis condempnamus et prohibemus; et si facte fuerint, in duplum reddantur, Zeumer a. a. O. S. 16; Schiller, Bürgerschaft und Geistlichkeit in Goslar S. 147 betont mit Recht die offensichtliche Bezugnahme auf die Steuerforderungen der Städte. Es ist auch zu beachten, dass die Forderung 21 Jahre vor dem dritten Laterankonzil gestellt wurde. Uebrigens wollen diese Bestimmung und die folgenden kaum ein neues Recht schaffen, sondern die alte Freiheit gegen neue Forderungen schützen. Das Fremde ist das Neue. Vgl. Spangenberg, Vom Lehnstaat S. 15 und Anm. 1.

[2]) Const. I p. 389, no. 283 (Sententia de immunitate clericorum a collectis civitatis). Quod universi ecclesiarum ministri ab huiusmodi exactionibus liberi esse debeant et immunes, hii videlicet, qui fratribus et ecclesie cottidie in propria persona deserviant nec mercimoniis operam dant nec foro rerum venalium student nec pro subterfugio nostre collecte obsequio fratrum se applicant. Nos itaque omnes huiusmodi ecclesie Wormaciensis ministros, qui certi et publici mercatores non sunt, ab omnibus angariis et parangariis, ab exactionibus et collectis auctoritate imperiali absolvimus et, ut ecclesie ac fratribus libere servire possint ac devote, immunes esse decernimus. Text auch H. Boos, Quellen zur Geschichte der Stadt Worms, Urkundenb. der Stadt Worms Bd. I (Berlin 1886) no. 89; F. Keutgen, Urkunden zur städtischen Verfassungsgeschichte (Ausgew. Urkunden zur deutschen Verfassungsgeschichte von G. v. Below und F. Keutgen Bd. I, Berlin 1901) S. 7, no. 13; vgl Werminghoff, Kirchenverfassung Bd. I S. 280.

lichen, nicht handeltreibenden Diener der Wormser Kirche sind steuerfrei. Die Uebertretung der Sentenz wird mit Geldstrafe belegt, die hälftig dem kaiserlichen Fiskus sowie der Kirche und den Domherren zufällt. „Es ist gewiss für die Folgezeit von der höchsten Bedeutung, dass dieser Entscheid von der obersten Autorität im Reiche, dem Fürstengerichte des Reichstages unter Vorsitz des Kaisers, getroffen wurde und gerade so formuliert war, dass er das Ansehen eines für alle Städte erlassenen Reichsgesetzes erlangen musste“ [1]).

In hervorragender Weise kam Friedrich II. den kirchlichen Forderungen entgegen [2]). In der Confoederatio cum principibus ecclesiasticis vom 26. April 1220 [3]) wurden die Kirchengüter vor Schädigung occasione advocati unter Strafe doppelter Rückerstattung und Zahlung von 100 Mark Silber in die kaiserliche Kammer gesichert [4]). Wichtiger war, dass Friedrich hier dem kirchlichen Bann bürgerliche Wirkung zuerkannte [5]), ein von Philipp von Schwaben gegebenes Versprechen [6]) in die Tat umsetzte und dem geistlichen Schwert die Hilfe des weltlichen lieh [7]).

---

[1]) Zeumer, Städtesteuern S. 74; vgl. ausserdem S. 48, 52, 55, 78 (dazu auch Pischek, Vogteigerichtsbarkeit S. 90, 87 und 73 (unter den zum täglichen persönlichen Dienst Verpflichteten sind die „Dageskalken“ wie die Ministerialen zu verstehen); Hofmann, Engere Immunität S. 18 f., 19 [1], 47 ff., 53, 101, 106; Schiller, Bürgerschaft und Geistlichkeit in Goslar S. 147; H. Simonsfeld, Jahrbücher des deutschen Reiches unter Friedrich I. Bd. I, 1152—1158 (Leipzig 1908) S. 238 ff.; zu letzterem Werk vgl. Histor. Zeitschr. Bd. 102, 3. F. Bd. 6 (1909) S. 106—114. Betreffend Bestimmungen Friedrichs I. zugunsten der Immunität: O. Franklin, Sententiae curiae regiae, Rechtssprüche des Reichshofes im Mittelalter (Hannover 1870) p. 42, 53 (für die Geistlichkeit des Bistums Minden).

[2]) Zumal er nach seinen eigenen Worten an den Städten seinen Vater und Grossvater rächen wollte (E. Winkelmann, Kaiser Friedrich II. Bd. I, Leipzig 1889, S. 115) und die städtefeindliche Politik fortsetzte (Meister, Hohenstaufen im Elsass S. 13).

[3]) M. G. Const. II no. 73, p. 89—91; Zeumer, Quellensammlung [2] S. 42 ff., no. 39; vgl. Winkelmann a. a. O. S. 64 ff. und S. 101.

[4]) M. G. Const. II no. 73, c. 4. [5]) c. 6 und 7.

[6]) Böhmer-Ficker, Reg. Imp. V, no. 79.

[7]) c. 7, vgl. Schröder, RG. [5] S. 495.

Et quia gladius materialis constitutus est in subsidium gladii spiritualis, excommunicationem, si excommunicatos in ea ultra sex septimanas perstitisse predictorum modorum aliquo modo constiterit, nostra proscriptio subsequatur, non revocanda, nisi prius excommunicatio revocetur. Zu den auf dem vierten Laterankonzil auf die Immunitätsverletzung gesetzten Strafen waren damit die des Reiches gefügt [1]). Am 24. September 1220 schrieb Friedrich II. an die städtischen Obrigkeiten in Italien, dass er die von einigen unter ihnen aus blinder Gier und ketzerischen Gelüsten zum Nachteil der Kirchenfreiheit gemachten Verordnungen kassiere und deren Vollzug bei schwerer Strafe verboten habe [2]). Im Krönungsgesetz vom 22. November 1220, gegeben in der Basilika des heiligen Petrus zu Rom (Constitutio in basilica Beati Petri), ging Friedrich II. in Beschirmung der kirchlichen Freiheiten am weitesten. Er gab die „Magna Charta der deutschen Kirchenfreiheit" [3]). Item nulla communitas vel persona publica vel privata collectas vel exactiones, angarias vel parangarias ecclesiis aliisque piis locis aut

[1]) Eduard Eichmann, Acht und Bann im Reichsrecht des Mittelalters (Görresges. zur Pflege der Wissensch. im kath. Deutschland, Sektion für Rechts- und Sozialwissenschaft) H. 6, Paderborn 1909; vgl. Besprechung von R. Köstler in Zeitschr. d. Sav.-Stift. f. RG., Germ. Abt., Bd. 31 (1910) S. 512—516; dazu, dass auf die Reichsacht die Exkommunikation folgte, ist es nicht gekommen. 1338 zu Rense hat sich der Staat von der Kirche unabhängig gemacht. J. Poetsch, Die Reichsacht im Mittelalter und besonders in der neueren Zeit, H. 105 der Unters. z. deutsch. Staats- u. Rechtsgesch., herausg. von O. v. Gierke (Breslau 1911), vgl. Hist. Zeitschr. Bd. 107 (1911) S. 421; A. Coulin in Zeitschr. d. Sav.-Stift. f. RG., Germ. Abt., Bd. 32 (1911) S. 519, 521; Eberhard Freih. v. Künssberg, Acht. Eine Studie z. ält. deutsch. Rechtssprache, Weimar 1910, bespr. von Cl. v. Schwerin in Zeitschr. d. Sav.-Stift., Germ. Abt., Bd. 31 (1910) S. 594f.

[2]) Winkelmann, Kaiser Friedrich II. Bd. I S. 113; Böhmer-Ficker, Reg. Imp. V, no. 1171.

[3]) E. Friedberg, Die Gränzen zwischen Staat und Kirche und die Garantien gegen deren Verletzung. Historisch-dogmatische Studie (Tübingen 1872) S. 52; Derselbe, Der Missbrauch der geistlichen Amtsgewalt und der Recurs an den Staat, in Zeitschr. f. Kirchenrecht Bd. VIII (1869, S. 280—337 und 391—420) S. 281.

ecclesiasticis personis imponant aut invadere ecclesiastica bona presumant; quod si fecerint et requisiti ab ecclesia vel imperio emendare contempserint, triplum refundant et nichilominus banno imperiali subiaceant, quod absque satisfactione debita nullatenus remittatur [1]). Jede Gemeinde oder einzelne Person, die ein Jahr lang im Kirchenbann verharrt, soll auch der kaiserlichen Acht verfallen sein. Diese tritt ipso iure ein; die Lösung von ihr erfolgt nur mit der Absolution vom Kirchenbann [2]). Die Konstitution deckt sich geradezu mit den Kanones der Laterankonzilien, soweit sie die kirchliche Steuerfreiheit betreffen. Das Steuerverbot gilt auch diesmal für jede städtische Steuer [3]). Alle die verschiedenen Namen der angeführten Steuer treffen eine und dieselbe Sache, eben eigentlich die Steuer, die als etwas Ausserordentliches auftritt und im Begriff ist, eine ordentliche Leistung zu werden. Item nulla richtet sich in erster Linie gegen die Städte [4]), aber nicht ausschliesslich gegen sie, geradeso wie die ersten Immunitätsdekretalen kirchliche Gesetze gegen die Städte und lokalen Gewalten sind.

Durch Item nulla hatte die kirchliche Immunität einen festen Stützpunkt erhalten. Der Satz gladius materialis constitutus est in subsidium gladii spiritualis kam in Beziehung auf sie zur Geltung.

In der Folgezeit vermochte das Reich an Zugeständnissen gegenüber den kirchlichen Freiheiten nicht weiter zu gehen;

---

[1]) M. G. Const. II p. 108, no. 85, c. 2. Die Authentica Item nulla im Codex Justinianeus ed. P. Krüger (Berolini 1877) p. 512; vgl. Werminghoff, Kirchenverfassung I S. 279 [2]; Geffcken, Niederes Kirchengut S. 62 ff., 67 ff.; Gottlob, Kreuzzugssteuern S. 15; O. Raspe, Die Immunität der Kirchendiener und des Kirchenguts in Mecklenburg. Von der Reformation bis zum Ausgang des 18. Jahrh., im Jahrb. d. Ver. f. mecklenb. Gesch. u. Altertumskunde, Jahrg. 72 (1907, S. 271—232 ff.) S. 271 [1]; Stutz, Kirchenrecht [2] S. 317.

[2]) Näheres Hinschius, Kirchenrecht Bd. V S. 393 f.

[3]) Vgl. Zeumer, Städtesteuern S. 72.

[4]) In den Reichsstädten hat sich Friedrich II. durchaus nicht immer auf den in Item nulla vertretenen Standpunkt gestellt, Zeumer, Städtesteuern S. 80, 110, 114 ff.

es konnte sich nur um Bestätigungen des einmal Festgelegten handeln. Auf einzelne Landfriedensbestimmungen, welche sich damit befassten, einzutreten, ist hier nicht der Ort. Wichtiger als sie waren die grossen Privilegien Karls IV. für den Schutz der kirchlichen Freiheiten [1]. Mit den Konstitutionen Friedrichs II. können sie „als die Grundsäule der kirchlichen Freiheit betrachtet“ [2] werden. Sie sind die letzte grosse Erneuerung der Gesetze Friedrichs und tun dar, dass jedenfalls prinzipiell „die Kaiser die Stützpunkte der klerikalen Forderungen“ [3] waren. Tatsächlich konnte wie Friedrich II., so auch der „genaue Rechner“ [4] Karl IV. seine kirchenfreundlichen Gesetze nicht einhalten. Die Kaiser und die Reichsgesetzgebung hätten von der Entwicklung, die der werdende moderne Staat nahm, gleichviel ob er in Landesherrlichkeit oder Stadtverfassung durchschimmert, unberührt bleiben müssen, wenn ihre Garantie der kirchlichen Steuerimmunität mehr als eine pergamentene gewesen wäre. Im Grunde war das Entgegenkommen der Kaiser gegenüber den kirchlichen Freiheitsansprüchen Kirchenpolitik.

---

[1] Lindner, Urkunden Günthers und Karls IV. (Neues Archiv Bd. VIII, 1883) S. 140 ff.; Chroust, Unedierte Königs- und Papsturkunden (Neues Archiv Bd. XVI, 1891) S. 143 ff.: die sog. Karolina de ecclesiastica libertate (vgl. Mecklenburg. Urkundenbuch XIII no. 7873 und XIV no. 8670) in vollem Wortlaut mitgeteilt. Als verstossend contra legittimas civiles et canonicas sancciones werden als geschehen Dei timore postposito genannt die Verordnungen, quod nulla bona temporalia in potestatem ecclesiasticam transferantur neve clerici in sacris constituti ad agendum seu testificandum in civilibus et maxime in piis causis aliquatenus admittantur, ebenso die unerlaubte Besteuerung durch domini temporales, consules et rectores per secularem potestatem, die Uebergriffe in Auflegung von Gastung, Herberge und Dienst. Bestätigung der gleichen (Lindner a. a. O. S. 140) von Karl IV. aller pfaffheid der stad und stifte zu Mencze verliehenen pfefflicher friheid durch Kaiser Sigmund vgl. Deutsche Reichstagsakten unter Kaiser Sigmund, 1. Abt. 1410—1420, herausg. von D. Kerler Bd. VII (1878) S. 107.

[2] Lindner a. a. O. S. 140 f.

[3] Friedberg, Missbrauch der geistlichen Amtsgewalt a. a. O. S. 280.

[4] Schäfer, Deutsche Geschichte Bd. I^{3} S. 375.

Das Urteil von Aloys Meister über die Politik der Staufer im Elsass [1]) kann auch die Politik der folgenden Herrscherhäuser ins

[1]) Meister, Hohenstaufen im Elsass S. 12: „Unter den ersten Staufern bemerken wir eine grosse Begünstigung und Bereicherung der Kirchen und Klöster im Elsass, die ihre ursprüngliche Veranlassung ja gewiss in der Frömmigkeit ihrer Geber findet. Im weiteren Verlauf aber mussten die Staufer wohl auch den Vorteil dieses Verfahrens eingesehen und dies sie zum Festhalten an demselben bewogen haben. In diesem Sinne glaube ich von einer Kirchenpolitik derselben im Elsass reden zu können. Dass sie nicht allein Motive der Milde und Güte gegenüber der Kirche im allgemeinen leiteten, darauf dürfte der Umstand hinweisen, dass ihre Schenkungen zum wenigsten den Klöstern fremder Herren galten. Wenn auch jede Schenkung und Klostergründung eine Schwächung des Gründers an direktem Besitz von Grund und Boden sein mag, so wurde dies durch Abgaben, Erweiterung des staufischen Einflusses und andere Erwägungen wohl aufgewogen. Mit dem politischen Gesichtspunkt waren doch nicht zum wenigsten wirtschaftliche Interessen verbunden. Eine ganze Anzahl von Klöstern gehörte ja den Staufern selbst; über andere hatten sie die Vogtei und damit eine vorzügliche Einnahmequelle . . . Die Staufer gaben daher einerseits im gewissen Sinne nichts von ihrem Gute her und erwarben anderseits durch fremde Schenkungen noch hinzu. Da sie mit den elsässischen Herren und Grafen auf friedlichem Fusse zu leben bestrebt waren, so war es kaum anders möglich, auf andere Weise ihren territorialen Einfluss immer noch zu erweitern, als durch Gewinnung blühender Kirchen und Klöster." S. 13: „Und auf Gründung einer Territorialmacht im Elsass schien doch ihr ganzes Streben gerichtet. Der grosse Vorteil aber lag darin, dass diese Kirchenpolitik nur ein Anfangs- und Durchgangsstadium zu einem anderen wurde, zur Städtepolitik unter den letzten Staufern. Das neue Herzogtum und das Geschlecht der Staufer überhaupt hatte sich durch den engen Anschluss an die Kirche einen wesentlichen Teil seiner Macht im Elsass verschafft; wie es aber dann auf der Höhe war, da konnte die Politik wechseln. Sie schlug nicht ins Gegenteil um, aber es trat ein neues Moment hinzu . . . Erst recht Friedrich II., der aus Italien, dem Lande der Städte, kam, er erkannte in den elsässischen Städten die Grundpfeiler für eine gesicherte Hausmacht im Elsass." (Vgl. Redlich, Rudolf von Habsburg S. 52.) S. 14: „Hier im Elsass hat er entschieden eine städtefreundliche Politik geführt. Der Grund, warum Friedrich hier ganz anders handelte, als im übrigen Reich, war kein anderer, als dies Land eng an seine Person zu ketten, zur Befestigung seiner Hausmacht."

rechte Licht stellen. Die Kirchenpolitik hat die Gründung einer Territorialmacht zum Ziel; sie ist aber nur ein Anfangs- und Durchgangsstadium zu einem anderen, zur Städtepolitik. Die Politik wechselt; sie schlägt allerdings nicht ins Gegenteil um, aber es tritt ein neues Moment hinzu. Dies eröffnet einen Blick in den Gang der Ereignisse. Ob die Forderungen der Kirche auf Steuerimmunität in den Territorien und Städten siegten, oder ob sie nicht schon im Prinzip den Keim der Undurchführbarkeit trugen, ob die Kirche, die in Ansprüchen so rein weltlicher Art zu deren Schutz sich an weltliche Gewalt anschliessen musste, nicht eben dadurch bei der ganzen Entwicklung, freilich ungewollt, einen Zustand mit heraufführte, der allerdings noch nicht ein Landeskirchentum begründete [1]), der aber „die Vorbereitung der sich erst infolge der Reformation ausbildenden Landeskirchen" [2]) bedeutet?

---

[1]) Gegen W. Kahl, Lehrsystem des Kirchenrechts und der Kirchenpolitik. 1. Hälfte: Einleitung und allgemeiner Teil (Freiburg i. Br. und Leipzig 1894) S. 263 ff.; K. Rieker, Die rechtliche Stellung der evangelischen Kirche Deutschlands in ihrer geschichtlichen Entwicklung bis zur Gegenwart (Leipzig 1893) S. 37; K. Wenck, Kirche und Staat am Ausgang des Mittelalters, in Zeitschrift für allgemeine Geschichte Bd. I (1884, S. 592—606) S. 601; — zum Teil gegen v. Schubert, Kirchengeschichte Schleswig-Holsteins S. 217 ff., 220 (S. 230 a. a. O. wird die Ansicht vertreten, „die erste Hälfte des 15. Jahrhunderts hat recht eigentlich die Landeskirchen geschaffen"). Sohm, Kirchenrecht Bd. I S. 560; Spangenberg, Vom Lehnstaat S. 20 und 120.

[2]) J. Weissbach, Staat und Kirche in Mecklenburg S. 1 [3] und die dort angegebene Literatur; vgl. bes. auch A. Werminghoff, Neuere Arbeiten über das Verhältnis von Staat und Kirche in Deutschland während des späteren Mittelalters, in Hist. Vierteljahrsschrift, XI. Jahrg. (1908, S. 153—192) S. 175; Lossen, Staat und Kirche in der Pfalz S. 5, 66, 182; A. Werminghoff, Nationalkirchliche Bestrebungen im deutschen Mittelalter (Kirchenrechtl. Abh., herausg. von U. Stutz, H. 61, Stuttgart 1910) S. 92 sagt, dass das Papsttum durch seinen Bund mit dem Fürstentum den Episkopat für seinen Reformeifer strafte und zugleich die Ansätze landeskirchlicher Bildungen förderte. Derselbe, Reichskriegssteuergesetze S. 3 ff., 5 ff.

Zweiter Teil.

Die Praxis.

Erste Abteilung.

Die kirchliche Immunität in einzelnen Territorien. Ordentliche und ausserordentliche Besteuerung der kirchlichen Güter und Personen.

Drittes Kapitel.

Bayern.

§ 7.

Die ordentlichen Steuern und der Dienst.

Die östlichen Territorien des Reiches sind durch eine raschere Ausbildung der Landeshoheit und einen schnelleren Uebergang vom Feudalstaat zum Ständestaat charakterisiert[1]). Wir haben hier ein einheitlicheres Gefüge, festere territoriale Grundlagen, eine planmässige Verwaltungsorganisation und damit die Grundlagen des modernen Staates. Die geistlichen Territorien gelangen nicht zu umfassend selbständiger Stellung[2]).

---

[1]) Ed. Rosenthal, Geschichte des Gerichtswesens und der Verwaltungsorganisation Baierns Bd. I (Würzburg 1889) S. 344 ff.; Bd. II (1906) S. 87; vgl. die Besprechung von S. Adler in Zeitschr. d. Sav.-Stift. f. Rechtsgesch., Germ. Abt., Bd. 28 (1907, S. 465—472) S. 466; v. Below, Territorium und Stadt S. 172 [1]; Riezler, Geschichte von Baiern Bd. III S. 159 ff.; v. Inama-Sternegg, Deutsche Wirtschaftsgeschichte III, 1 S. 154 f., 193; Spangenberg, Vom Lehnstaat S. 166 ff., 181.

[2]) v. Inama-Sternegg a. a. O. III, 1 S. 19; Zieschang, Anfänge eines landesherrlichen Kirchenregiments in Sachsen S. 9 ff.

Wie verwirklichen sich in diesen Landesherrschaften die kirchlichen Immunitätsforderungen? Wir beginnen mit Bayern[1]), und zwar mit der Immunität im Verhältnis zur ordentlichen Steuer und Dienstleistung.

Die Menge und Formulierung der Steuerprivilegien in den Monumenta Boica beweist, dass eine grundsätzliche und durchgreifende Immunität gegenüber der ordentlichen Besteuerung[2]) nicht bestand. Sie konnte nur durch Spezialprivilegien, die aus besonderer Gnade gewährt wurden, erhalten werden. Bei Dotationen und Schenkungen pflegt die Steuerbefreiung oft ausdrücklich genannt zu werden[3]). Die Befreiung kann das Entgelt für eine vom befreiten Kloster übernommene Verpflichtung sein[4]). Sie wird zum Teil auf bestimmte Zeit gegeben[5]), besonders wenn erlittener Schaden, Brandschatzung

[1]) Dies hatte auch weniger Krisen durchzumachen, welche „den territorialen Umfang des Staates veränderten". L. Hoffmann, Geschichte der direkten Steuern in Baiern vom Ende des XIII. bis Ende des XIX. Jahrh., Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen von G. Schmoller Bd. IV, H. 5 (19. H. Leipzig 1883) Einl. Weniger geeignet wäre Schwaben, wo Friedrich II. und Rudolf I. vergebliche Versuche zur Bildung eines selbständigen Territoriums gemacht haben (G. Kallen, Die oberschwäbischen Pfründen des Bistums Konstanz und ihre Besetzung 1275—1508, Kirchenrechtl. Abh., herausg. von U. Stutz H. 45 u. 46, Stuttgart 1907, S. 152), und Franken, vgl. Spangenberg, Vom Lehnstaat S. 23. Uebrigens weder in Bayern noch in anderen Territorien geschehen die Einzelprivilegierungen oder deren Bestätigung unentgeltlich.

[2]) Der Name Bede ist selten. J. A. Schmeller, Bayerisches Wörterbuch, bearb. von G. K. Frommann Bd. I (München 1872) Sp. 300; Baasch, Steuer in Baiern S. 5 u. die Anm. 15 u. 17; M. Bo. XXXV b p. 28 bete: betfri, vgl. Urkundenbuch des Landes ob der Enns Bd. VI S. 518 (f. Kl. Ramshofen): von aller pet, steuer und voderung; Zeumer, Städtesteuern S. 36 ff., besonders S. 38. Die Grundlagen der Privilegien liegen vielfach in der Zeit vor der Ausbildung der Landesherrlichkeit, vgl. Spangenberg, Vom Lehnstaat S. 24.

[3]) M. Bo. XVII p. 343.

[4]) K. H. v. Lang, Regesta sive rerum Boicarum autographa (Monaci 1822 ss.) vol. II p. 238.

[5]) M. Bo. XI p. 369 (1293 auf drei Jahre). J. Fr. Böhmer, Wittels-

Anlass werden[1]). Sie wird eingeschränkt auf die mit eigenem Pflug bebauten Güter[2]), also auf den Eigenbau, auf die mit Tür und Tor beschlossenen Leute[3]), also auf die engere Immunität.

Für die geistlichen Güter wurde allerdings immer wieder Anspruch auf Steuerfreiheit erhoben, der auf grundsätzliche umsonst. Nahm der Landesherr ein Kloster in Schutz, so war dieses damit mehr gegen die bei der Nichtfixierung der Steuer[4]) möglichen vogteilichen Uebergriffe als gegen die Abgaben an denselben gesichert[5]).

Neben den ordentlichen Steuern bestehen in Bayern auf den geistlichen Gütern mehrere Dienstpflichten öffentlichrechtlicher Natur[6]). Auch hier ging die Tendenz der Güterinhaber dahin, sich ihrer zu entledigen. In dieser Hinsicht konnten die Landesherren ihre Schutzpflicht über die Klöster gegenüber den Untervögten betätigen[7]). Wurden geistliche Güter von Steuer befreit, so wurde oft zugleich die Befreiung vom Dienst in die Urkunde mit aufgenommen[8]). Ganz be-

---

bachische Regesten von der Erwerbung des Herzogtums Baiern 1180 bis zu dessen erster Wiedervereinigung (Stuttgart 1854) S. 66 (auf zwei Jahre); auch nur einige Güter werden befreit. Ebenda S. 121 (1334, 4 Höfe).

[1]) M. Bo. XI p. 369; XIII p. 64.

[2]) J. F. Böhmer, Regesta imperii 1314—1347, die Urkunden Kaiser Ludwigs des Baiern, König Friedrichs des Schönen und König Johanns von Böhmen (Frankfurt a. M. 1839 ff.) no. 2134.

[3]) Reg. Boica VII p. 359.

[4]) Monumenta Wittelsbacensia I p. 161; Baasch S. 3 (M. Bo. X p. 482; XXXVII p. 474).

[5]) Mon. Witt. I p. 73; Reaktion der Klöster gegen die Vögte; vgl. Riezler III S. 816 f.

[6]) v. Below, Territorium und Stadt S. 2 und 3[1] zur öffentlichrechtlichen Natur des Dienstes; Derselbe, Landtagsakten von Jülich u. Berg I (Publ. d. G. f. Rhein. Geschichtsk. XI, 1, Düsseldorf 1895) S. 152 ff.

[7]) Mon. Witt. I p. 73.

[8]) M. Bo. IX p. 125 (1311 f. Kloster Fürstenfeld); vgl. v. Below, Territorium und Stadt S. 126 ff. und 126[5]. Das in anderen Territorien vorkommende Tagwerk auch in Bayern, M. Bo. XVII p. 29 (1292).

sonders wurden die Widem-[1]) und Klostergüter von der sogenannten Nachtselde-[2]) oder Herberge-[3]) oder Gastungs-[4]) pflicht betroffen. Die häufige und starke Plage war um so drückender, als sie auch von den Falknern und Jägern des Landesherrn kam[5]). Die Landfrieden enthielten Bestimmungen gegen Uebergriffe[6]). Sonst suchten sich die Klö-

---

[1]) Schmeller II Sp. 859.

[2]) Dieser Name erscheint am häufigsten. Schmeller I² Sp. 1716 (Nachtseld), 223 f. sedel, nahtsedel, 261 die seld; S. Riezler, Nachtselden und Jägergeld in Bayern, in Abhandl. der historischen Klasse der kgl. bayerischen Akademie der Wissenschaften Bd. XXIII, 3. Abt. (München 1906, S. 537—588 mit Anhang: Jägerbücher Herzog Ludwigs im Bart von Bayern-Ingolstadt 1418—1433, S. 588—631) S. 546 f.; Heilmann, Klostervogtei S. 101 f.; zur Nachtselde in verschiedenen deutschen Territorien vgl. das von Riezler S. 542⁶ genannte Werk Chr. G. Riccius, Zuverlässiger Entwurf von der in Teutschland üblichen Jagdgerichtigkeit², 1772, S. 209 f. Als königliche Herbergspflicht war die Gastung seit der Karolingerzeit zurückgegangen, vgl. K. Lehmann, Die Gastung der germanischen Könige, in Abhandl. zur germanischen, insbesondere nordischen Rechtsgeschichte (Berlin und Leipzig 1888. S. 1—96) S. 84 ff., bes. S. 89; dazu Riezler a. a. O. S. 555 S. 552 ff. die Frage nach dem Ursprung der Nachtselden.

[3]) herberga M. Bo. VIII p. 64; albergaria M. Bo. XXIV p. 65; vgl. Riezler a. a. O. S. 556; Lehmann S. 87; Baasch S. 49.

[4]) Mon. Witt. II p. 187, § 14; Lossen, Staat und Kirche in der Pfalz S. 110, 147.

[5]) Riezler III S. 785; Lehmann S. 89; J. J. Moser, Von der Landeshoheit im Geistlichen (Frankfurt und Leipzig 1773) S. 306; A. Schwappach, Handbuch der Forst- und Jagdgeschichte Deutschlands in 2 Bänden (Berlin 1886) berührt die Gastung nicht; Lossen, Staat und Kirche in der Pfalz S. 147.

[6]) L. von Rockinger, Denkmäler des baierischen Landesrechts vom 13. in das 16. Jahrh. Bd. II, 1 (München und Leipzig 1891) S. 41: 1255 Landfriede beschworen von Herzog Heinrich I. (1253—1290) von Niederbaiern. den Bischöfen von Passau, Freising und Bamberg (Mon. Witt. I p. 145, § 23; p. 147, § 42: Ez sol chain graf in siner graschaf uber der lute willen mer herbergen, danne dristunt in dem iar, ze einem mal in dem winter und zwir in dem summer und sol danne ein hub — vgl. F. Gutmann, Die soziale Gliederung der Bayern zur Zeit des Volksrechts, Abhandl. aus dem staatswissenschaftl. Seminar zu Strassburg,

ster[1]) von der lästigen Pflicht, die „ihren materiellen Ruin und den Zerfall der Disziplin“ [2]) herbeiführen konnte, durch besondere Abgaben, die Herbergsteuer[3]), zu befreien. Die receptio herbergarum[4]), in Geld und Naturalien geleistet, erreichte oft eine bedeutende Höhe. Gegen allzu hohe Forderungen konnten sich die Klöster nur privilegieren lassen[5]). Einzelbefreiungen von der Nachtselde werden als besondere Gnaden und gewöhnlich auf Zeit erteilt mit dem Vorbehalt des persönlichen Herbergerechts des Landesherrn[6]). Als Gnade findet die Befreiung

herausg. von G. F. Knapp u. W. Wittich, H. 20, Strassburg 1906, S. 38 ff., 49. — ein pfert futern, und der mairhof oder din mul zwai. Swer daz ubergriffet, der ist fridebraeche; auf dem ersten bayerischen Landfrieden von 1244, beschworen von Herzog Otto II. (1231—1253), dem Erzbischof von Salzburg und seinen Suffraganen in Baiern, sowie den Bischöfen von Eichstätt und Bamberg. Mon. Witt. I p. 85, § 49 de pernoctationibus: Item nullus comes vel iudex in suo iudicio sepius preter voluntatem inhabitantium, nisi ter in anno, semel in hieme, bis in aestate, ita ut in villicatione duo, in huba unus equus pabuletur, si magis, pacem violat.

[1]) „Weil auf dem Lande die Klöster und Pfarrer die leistungsfähigsten waren, weil sie die angenehmsten Quartiere und beste Verpflegung boten“ (Riezler a. a. O. S. 569), wurden sie vorzugsweise belastet.

[2]) G. Ratzinger, Geschichte der kirchlichen Armenpflege, 2. Aufl. (Freiburg i. Br. 1884) S. 315.

[3]) Vgl. K. Lamprecht, Deutsches Wirtschaftsleben im Mittelalter I, 2 (Leipzig 1886) S. 1026; Baasch S. 49 ff.; Riezler, Nachtselden S. 548 ff., 564; M. Bo. V p. 434 (Riezler S. 567).

[4]) Baasch Anm. 213; Befreiung ebenda S. 49, Anm. 211 f.: M. Bo. XXXVI a p. 583 nachtseldpfenninge; dazu Riezler a. a. O. S. 565[5].

[5]) Vgl. Urkundenb. ob der Enns VI S. 397 (1341); M. Bo. XXIV p. 65 (1316 Kl. Ensdorf von Ludwig d. B. der Scharwerke und Jäger mit Hunden überhoben, hat aber jedesmal eine Mai- und Herbststeuer von 8 Pfund für die Befreiung zu geben; Ratzinger a. a. O. S. 315 und die hier aufgeführten Gastungsprivilegien: M. Bo. III p. 373; IV p. 176, 493; V p. 204, 434; VIII p. 565; XII p. 244; XIII p. 275; XIV p. 66.

[6]) Urkundenb. ob der Enns VIII S. 294 (1366): der Herzog von Bayern für Kloster Ranshofen auf zwei Jahre: ausgenomen wan wir mit unser selbers leib dasein; vgl. Riezler a. a. O. S. 555 ff.

Aufnahme in die Freibriefe, so in die Ottonische Handfeste[1]). Trotz aller Privilegien dauerten aber die Bedrückungen fort[2]). In einzelnen Fällen waren diese so stark, dass die geistlichen Personen die Klöster verlassen mussten[3]).

§ 8.

Die ausserordentliche Besteuerung.

Zu der ersten ausserordentlichen Landessteuer in Bayern 1215, von Armen und Reichen, Edeln und Niedrigen erhoben, um den Herzog Ludwig aus der Gefangenschaft[4]) der Grafen von Limburg und Jülich zu lösen, zahlte Kloster Scheiern 100 Pfund. Näheres über die Steuer wissen wir nicht[5]).

---

[1]) W. Altmann und E. Bernheim, Ausgewählte Urkunden zur Erläuterung der Verfassungsgeschichte Deutschlands im Mittelalter ^{4} (Berlin 1908) S. 353, § 14 (Erster Freiheitsbrief für die bayerischen Stände, 1311, VI. 5); vgl. Mon. Witt. II p. 187, § 14.

[2]) Vgl. unten § 8 und Riezler a. a. O. S. 578 ff.: „Schon der Mangel einer Definition dessen, was die Leistung einer Nachtselde in sich begreife", konnte „leicht masslose Forderungen der Jäger und Beschwerden der Klöster hervorrufen" (Riezler a. a. O. S. 548). Zu den Klagen bayerischer Kirchenvorstände beim Konzil von Basel (1433, II. 21) Riezler a. a. O. S. 539, bes. 540, 542. Die gesetzliche Aufhebung des Jägergeldes erfolgte erst im Zusammenhange mit der grossen Steuerreform vom 8. Juni 1808, Riezler a. a. O. S. 587 u. 587 [10].

[3]) M. Bo. VII p. 163; W. Hund-Chr. Gewold, Metropolis Salisburgensis II ^{2} (Monachii 1620) p. 163 s.; Ratzinger, Armenpflege ^{2} S. 315.

[4]) Gefangenschaft gehörte zu den Fällen, die Bedefreiheit bedingten. v. Below, Berg. Zeitschr. Bd. 26, 1890 S. 5 f., 22 und die oben S. 10 [2] u. 10 [4] angegebene Literatur; L. Rockinger, Einleitung zu Freih. G. v. Lerchenfeld, Die altbaierischen landständischen Freiheitsbriefe (München 1853, S. 1—350) S. 176, Note 434. Der Landesherr erbat hier eine Bede oder konnte sie verlangen; die Bitte bedeutete geradezu Befehl; E. Gaupp, Deutsche Stadtrechte des Mittelalters. Mit rechtsgeschichtlicher Erläuterung II (Breslau 1852) S. 223, Stadtrecht von Enns 1122, § 28: petitio namque dominorum pro mandato habetur.

[5]) Riezler II S. 44; Baasch S. 45, Anm. 198; Hoffmann S. 5 f.; Rosenthal I S. 399.

Otto II. der Erlauchte hatte die Rechte und Freiheiten der Freisinger Kirche verletzt. Auf die Drohungen von Papst Gregor IX. mit den kirchlichen Zensuren[1]) hin gab er 1240 den Revers: promittimus, quod deinceps a clericis vel ecclesiis aut possessionibus earundem nichil exigemus nec a nostris exigi permittemus indebitum[2]). Nach der Teilung des Herzogtums (28. März 1255)[3]) wird die Immunität nicht streng gewahrt. Die Heranziehung des Kirchengutes zu Steuern wird häufiger[4]), gewiss auch unter dem Einfluss des unseligen Teilungsprinzips. Grosse Gefahr droht der Immunität am Schluss des 13. Jahrhunderts durch den Plan einer ausserordentlichen Steuer der Herzoge Otto III., Ludwig III. und Stephan I. von Niederbayern. 13. Juli 1295 versprechen sie dem Bischof Heinrich von Regensburg, von ihr abzustehen[5]). Es hat seinen guten Grund, wenn die Bulle Clericis laicos noch im Jahre 1296 in der Diözese Passau sicher verkündet wurde[6]) und Rom da-

---

[1]) Mon. Witt. I p. 52 s. (1231 XI. 26); Böhmer-Ficker-Winkelmann, Reg. Imp. V no. 6880.

[2]) Mon. Witt. I p. 69 ss. (1240 VIII. 28). Die Einleitung der Urkunde siehe oben § 4, S. 38 f.

[3]) Riezler Bd. II S. 507 ff.; M. Doeberl, Entwicklungsgeschichte Bayerns Bd. I (München 1906) S. 246 ff., 297; Spangenberg, Vom Lehnstaat S. 49.

[4]) Vgl. Rockinger Einleitung S. 125.

[5]) Th. Ried, Codex chronologico-diplomaticus Ratisbonensis I (Ratisbonae 1816) p. 678; Riezler II S. 507 ff.; Baasch S. 46 (Zeumer S. 17); Hoffmann S. 6. Rockinger, Einleitung S. 144, Anm. 259; zu den Verhältnissen am Schluss des 13. Jahrhunderts Mon. Witt. II p. 133 ss. (1294 II. 1, Testament Ludwigs des Strengen: allen Klöstern in seinen Landen sollen die ihnen von ihm zugefügten Schäden ersetzt werden). 1290 hatte Otto III. von Bayern in einem Befehl, das Kl. Ranshofen in Rechten und Freiheiten nicht zu beirren, noch ausgesprochen: nos enim ecclesiarum condicionem et libertatum diebus nostris non intendimus minui, sed augeri Urkundenb. ob der Enns IV S. 136; vgl. VI S. 239.

[6]) Urkundenb. ob der Enns IV S. 234: 1296 II. 24 (!) vgl. oben S. 26[2] zum richtigen Datum. Aus einem Transsumpt des Bischofs Wernhart von Passau. Urkundenb. ob der Enns IV S. 248 (1296 XII. 19): Wernhart Bischof von Passau befiehlt im Auftrag des Metropoliten, dem Propst zu Rans-

durch aufs neue[1]) die Immunitätsansprüche geltend gemacht hat. 1302 schlossen der Erzbischof von Salzburg und der Bischof von Regensburg einen Bund zum Schutz der kirchlichen Immunität[2]); 1294 war bereits ein solcher, Freising mit einbegriffen, zustande gekommen[3]). 1306 folgte ein Bund der Regensburger und Freisinger Kirche pro conservanda et tuenda libertate et emunitate ecclesie[4]).

Von der grösseren ausserordentlichen Besteuerung, der Vieh- und Klauensteuer vom Jahre 1302, wurden die Geistlichen und Klöster jedenfalls in ihrer Gesamtheit nicht betroffen. Diese partikuläre Vermögenssteuer wurde den Herzogen Rudolf und Ludwig auf dem Rittertag zu Schnaitpach zugestanden[5]). 1307 dann bewilligten neben den beiden anderen

---

hofen als Archidiakon die Bekanntmachung der Bulle; die Berufung einer Provinzialsynode nach Salzburg, 1286 VIII. 21 (Urkundenb. ob der Enns IV S. 46) zum Schutz der Immunität. Die Synode ist zwar hauptsächlich durch österreichische ausserordentliche Besteuerung veranlasst; sicher haben auch die Verhältnisse in Bayern dazu beigetragen. 1250 begegnet bereits ein Bund des Erzbischofs von Salzburg mit seinen Suffraganen zum Schutz der kirchlichen Freiheit gegen weltliche Exaktionen. Ried, Cod. dipl. Ratisb. I p. 460.

[1]) Früher vgl. Mon. Witt. I p. 52 s. (1231), 54, 60, 69; Potthast no. 14997 (1253 VI. 4, Innocenz IV.).

[2]) Ried, Cod. dipl. Ratisb. II p. 734.

[3]) contra oppressores libertatis ecclesiasticae et eos, qui clero et ecclesiasticis personis exactiones, collecta et alia onera imponunt. Drohung mit Exkommunikation, Interdikt und Zensuren bei J. von Sartori, Geistliches und weltliches Staatsrecht II, 2, 1. Abt. (Nürnberg 1790) S. 827, von H. v. Srbik, Die Beziehungen von Staat und Kirche in Oesterreich während des Mittelalters (Forschungen zur inneren Geschichte Oesterreichs, herausg. von A. Dopsch, Bd. I, H. 1, Innsbruck 1904) S. 12, Anm. 7 als Original vermerkt. Charakteristisch für diese Zeit, dass die Herzoge Otto, Ludwig und Stephan für den Fall, dass sie ein Versprechen nicht erfüllen, dem Kloster Niederaltaich alle Steuern erlassen, Mon. Witt. II p. 63 (1295 IV. 23).

[4]) Ried, Cod. dipl. Ratisb. II p. 749.

[5]) Mon. Witt. II p. 131; Riezler II S. 518; J. Rudhart, Die Geschichte der Landstände in Baiern Bd. I (Heidelberg 1816) S. 55 f.;

Ständen auch die Geistlichen den Herzogen eine Viehsteuer[1]).

Derartige Bewilligungen begründeten wie anderwärts so auch in Bayern nicht ein Bewilligungsrecht, sondern bezweckten den Schutz der Steuerfreiheit der Leistenden[2]). Für den besteuerten Teil konnte die Steuer der Titel zum Erwerb neuer Privilegien und Rechte werden[3]). Otto III. musste am 15. Juni 1311 den drei ihm eine Notsteuer bewilligenden Ständen[4]) einen Freiheitsbrief ausstellen, die sogenannte Ottonische Handfeste[5]). Ihr entnehmen wir Näheres über die Besteuerung.

Hoffmann S. 6; aber Rockinger, Einleitung S. 126, Anm. 328 (dazu Baasch S. 47) führt eine Befreiung des Klosters Formbach von der Viehsteuer an (1304 VII. 24): a steura pecorum vulgariter vichsteuer nuncupata et ab aliis quibuslibet steuris insoletis; Spangenberg, Vom Lehnstaat S. 50.

[1]) Riezler II S. 518 (III S. 735 Viehsteuer als partikulare Vermögenssteuer); Rockinger, Einleitung S. 130; vorausgegangen war das gefährliche, aber von den Herzogen zur Hebung ihrer finanziellen Not oft angewandte Mittel einer Münzverschlechterung, Spangenberg a. a. O. S. 51, vgl. S. 81 und A. Luschin v. Ebengreuth, Allgemeine Münzkunde und Geldgeschichte des Mittelalters und der neueren Zeit, Handb. d. mittelalt. u. neu. Gesch., herausg. von G. v. Below u. F. Meinecke, Abt. V (München u. Berlin 1904) S. 220 f.

[2]) Spangenberg, Vom Lehnstaat S. 53 ff., 55, 140, Besprechung des Buches durch F. Hartung, Hist. Zeitschr. Bd. 113 (1914) S. 350; vgl. v. Below, Zeitschr. d. Berg. Geschichtsvereins Bd. 21 S. 235, Anm. 242.

[3]) v. Below, Territorium und Stadt S. 168 ff.; vgl. Derselbe, Landtagsakten von Jülich und Berg Bd. I S. 8, 58; Rockinger, Einleitung S. 124 f.; bes. Spangenberg, Vom Lehnstaat S. 49 f., 82.

[4]) Hoffmann S. 7 ff.; Riezler Bd. II S. 511 ff.

[5]) Text Mon. Witt. II no. 138, p. 183—193; Altmann u. Bernheim Ausgewählte Urkunden[4] no. 172, S. 350—357; Riezler Bd. II S. 511 ff.: Die Ottonische Handfeste ist „besonders lehrreich für die Wirkung, die das Einungswesen als Mittel zur Erwerbung ständischer Vorrechte übte". Spangenberg a. a. O. S. 49 f., 84 (derartige Schadlosbriefe mit der Versicherung, dass die Steuer freiwillig gegeben sei und bestehenden Privilegien keinen Eintrag tue, werden fast mit der Auflage einer ausserordentlichen Steuer zur Regel) S. 94, 101, vgl. S. 114 ff., 133; vgl. v. Mensi, Geschichte der direkten Steuern in Steiermark I S. 12.

Es handelt sich um[1]) eine Grundsteuer, eine Besteuerung des gesamten Herrenzinses[2]) und einzelner Naturallieferungen[3]). Steuerfreiheit von der Grundsteuer besteht für die Weltgeistlichen nicht, die „Grund und Boden eigentumsgleich nutzen“[4]). Sie werden also wie andere Grundeigentümer besteuert. Eine bedingte Immunität ist den Aebten, Pröpsten, Prälaten und Klöstern, ähnlich den landesherrlichen Dienstmannen, als gnad zugestanden: swas ir iglicher mit sein selbes pflug pauet zu sinem prot, da sol uns niht von gevallen[5]). Die gnad hinwider für die bewilligte Steuer bestand in der Verleihung der Testierfreiheit an den Klerus[6]), in erster Linie aber in der Uebertragung der niederen Immunitätsgerichtsbarkeit[7]), welche eine Reihe nachgiebiger Klöster erhielt[8]).

Die hohe Geistlichkeit war aber der Steuer direkt entgegen, die niedere nicht geschlossen mit ihr einverstanden[9]). In der Voraussicht, dass mit der Kirche, welche die Immunitätsdekretalen für sich hatte, ein Konflikt entstehen könne, wurden Präventivverordnungen getroffen. An die Besiegelung des Briefes durch den Erzbischof von Salzburg, die Bischöfe von Freising, Regens-

[1]) Vgl. Hoffmann S. 9.

[2]) Der Herrenzins ist privatrechtliche Leistung, die Steuer davon aber öffentlichrechtliche Abgabe.

[3]) Besonders auch Steuern auf Schweinegülten und Käse, also die hauptsächlichste lokale Einnahme, vgl. Zeumer S. 89 f.

[4]) Hoffmann S. 9, O. H. § 17: wir wellen auch, daz man daz gůt abnemen sol von dem widem, di di pfaffen pauent, und § 18.

[5]) O. H. § 19.

[6]) O. H. § 17.

[7]) O. H. § 1 ff.

[8]) Riezler Bd. II S. 515, vgl. S. 704; Rockinger, Einleitung S. 145, Anm. 357; Riezler Bd. II S. 511; Fontes rer. Austr. II. Abt., Bd. 49 (Quellen z. Gesch. d. Stifts und der Herrschaft Mattsee, herausg. von W. Erben, Wien 1896) S. 77, 26.

[9]) Rockinger, Einleitung S. 147; Ferd. Janner, Geschichte der Bischöfe von Regensburg Bd. III (Regensburg 1886) S. 134; Riezler Bd. II S. 515; auf den ständischen Versammlungen war bis Mitte des 14. Jahrhunderts wie anderwärts so in Bayern mehr der niedere Klerus als die hohe Geistlichkeit vertreten, vgl. Spangenberg, Vom Lehnstaat S. 39 u. 16.

burg und Passau wurde gedacht, bereits aber bestimmt, falls sie nicht geschehe, solle dies der Handfeste keinen Schaden tun[1]). Alle Landherren verpflichteten sich zur Mithilfe am Zustandekommen der Steuer gegen jedermann, pfaff oder lei oder swi er genant sei. Man rechnete selbst mit der Möglichkeit des Bannes[2]). Den Bischöfen wollte man durch ein Angehen des Papstes in der Steuersache der Berufung auf die kirchliche Freiheit zuvorkommen[3]). Eine sehr interessante Bestimmung, deren Verwirklichung das päpstliche Alleinbesteuerungsrecht über die Bischöfe hinweg zur Erlangung der Steuer benützt hätte. Der Erzbischof von Salzburg, die Bischöfe von Freising und Passau siegelten in der Tat die Handfeste nicht[4]). Herzog Otto wurde ge-

---

[1]) O. H. § 32: daz sol auch diser hantvest niht schad sein ... Nement auch si di sach fůr gůt, swi getan půnd si darůber vodernt und di wir in geben, swaz di mer dann chreft und půnd habent, daz sol diser hantvest hilflich sein. Naemen aber sie chrencher und ringer půnd von uns fůr gůt, daz sol der hantvest niht schad sein. Wolden aber die bischôlf an den půnden ze vest oder ze ring sein, so gebn wir unsern lantherren graven frein und dienstmannen den gewalt, daz si di ringen oder swaerer machen nach ir willen.

[2]) O. H. § 27: Als verre ob es ze panne chôme, den sůln si mit uns tragen, doch sůln des lant und laůt und alle, di es tragent, an dhainen vorgeschriben gnaden niht engelten.

[3]) O. H. § 34: Wir sůln auch von dem pabst mitsampt in werben an gevaer.

[4]) Rockinger, Einleitung S. 148 f. glaubt, die Opposition eines Teils der Geistlichkeit durch den Hinweis auf die Bulle Quod olim (c. un. Extrav. comm. III, 13) begründen zu können. Weder sie noch Clericis laicos bot jetzt noch eine juristische Handhabe. Die Bulle Quoniam Klemens V. (c. un. in Clem. III, 17) und damit die Widerrufung der Bulle Clericis laicos, die nicht „neuerlich eingeschärft“ (so v. Srbik, Staat und Kirche S. 136[4]) wurde, ist auf dem Salzburger Provinzialkonzil 1310 verkündet worden (vgl. Fl. Dalham, Concilia Salisburgensia, provincialia et dioecesana, Augustae apud Vindelicos 1738 p. 150; A. J. Binterim, Pragmatische Geschichte der deutschen National-, Provinzial- und der vorzüglichsten Diözesankonzilien vom 4. Jahrhundert bis auf das Konzil von Trient, Mainz 1835 ff., Bd. V S. 134). Auf

bannt[1]). Erst kurz vor seinem Tode erfolgte die Aussöhnung mit den Bischöfen[2]).

1322—23 spielt sich in Niederbayern der grosse Konflikt ab. Ab der pfaffheit gut und leuten forderten die Herzoge eine Klauensteuer[3]). Die Steuer traf die Diözesen Salzburg, Regensburg, Freising, Passau, Chiemsee[4]). So eigenmächtig die Auflage geschehen war, so geschlossen opponierte gegen sie die Geistlichkeit. Erzbischof Friedrich von Passau verhängte den Kirchenbann über die Herzoge und das Interdikt über das Land[5]) und forderte seine Suffragane zur Verkündung der Bulle auf, in der ein dreifacher Schadenersatz[6]) verlangt wurde. Die Härte der Strafen bestimmte die Herzoge schon 1323 zum Einlenken. Sie gestanden, dass sie der pfaffen freitum überfaren[7]) haben. Die Immunitätsdekretalen wurden in diesem Fall genau durchgeführt.

Quoniam, die einen Rückzug der kirchlichen Gesetzgebung bedeutet, haben sich die Geistlichen kaum berufen.

[1]) Rockinger, Einleitung S. 148, Anm. 361.

[2]) Ebenda S. 149, aber nicht richtig ist das hier Stehende, den freisingischen Untertanen sei die Steuer wiedererstattet worden; vgl. Riezler Bd. II S. 515[2].

[3]) Ferd. Kogler, Das landesfürstliche Steuerwesen in Tirol bis zum Ausgange des Mittelalters. I. Teil: Die ordentlichen landesfürstlichen Steuern, im Archiv für österreichische Geschichte Bd. 90 (1901, S. 419—712) S. 555; v. Srbik S. 138[2] (reiche Literatur).

[4]) Baasch S. 47; Janner Bd. III S. 177; Riezler Bd. II S. 516.

[5]) Mon. Witt. II p. 273 ss. (1322 VIII. 26, die Interdiktsbulle).

[6]) Dreifacher Schadenersatz war durch Item nulla gefordert. Eingeschüchtert durch den Sieg Ludwigs des Bayern bei Mühldorf, verkündete Bischof Nikolaus von Regensburg die Sentenzen nicht. Janner III S. 178; das Entschuldigungsschreiben des Bischofs von 1322, X. 1 Ried, Cod. dipl. Ratisb. II p. 797; G. Neckermann, Der von Herzog Albrecht I. im Jahre 1365 erlassene Freiheitsbrief für die Geistlichen seines Landes, im Archiv für kath. Kirchenrecht Bd. 80 (1900, S. 618 bis 624) S. 618.

[7]) Mon. Witt. II no. 268, p. 278 ss. Versprechen der Herzoge zu Regensburg M. Bo. XXX a p. 98; auch bei Ried, Cod. dipl. Ratisb. II p. 801: das Datum aber erst p. 802 richtig, vgl. Kogler a. a. O. S. 555. Die Bestäti-

Zweifellos politische Rücksichten waren mitbestimmend für Ludwigs des Bayern Verhalten als Herzog von Oberbayern[1]). Es lässt sich charakterisieren: „Die Rechte der Ritterschaft achtete er, aber der Pfaffheit war er günstiger“ [2]).

Am 19. Dezember 1322 bestätigte er aller pfafhait im lande Bayren innenhalb Tunaw und dishalbe alle Rechte und Freiheiten von Päpsten und Kaisern und verbot allen Vögten, weder von den Pfaffen noch von dhainem irem gut, widem, hofstetten, oder was si anders habent, es sein widemlåut oder gut, nichts weiter zu nehmen als das alte Vogtrecht und sie

---

gung des Versprechens von 1323, Mai 21 durch Ludwig den Bayern Böhmer, Reg. Imp. (1314—47) no. 580; die Unterwerfung Heinrichs des Aelteren M. Bo. XXX^a p. 101. Betreffend eine Beschwerde des Erzbischofs Konrad über die Herzoge zu Rom vgl. v. Srbik, Staat und Kirche S. 138[2]. Die Absolution des Bischofs Nikolaus von Regensburg Ried II p. 816 (1327, IV. 22) vgl. p. 820. 1328, Mai 27 verbünden sich die Herzoge Heinrich, Otto und Heinrich mit dem Bischof gegen die Bürger von Regensburg. Zum ganzen Fall Rockinger, Einleitung S. 154 ff.; v. Rudhart Bd. I S. 82 f. Der Fall 1322/23 verfehlte in Niederbayern seine Wirkung nicht. Heinrich II. von Niederbayern schenkte 1338, April 5 dem Kloster Niederaltaich als Entschädigung für die von seinen Leuten erhobenen grossen Steuern 300 Pfund, vgl. Böhmer, Wittelsb. Reg. S. 124; der Schadlosbrief für Passau, ausgestellt von Otto Kurfürst, Stephan, Friedrich, Johann, Pfalzgrafen bei Rhein und Herzoge von Bayern bei Hund, Metrop. Salisburg. I[2] p. 406; zum Schadlosbrief für Freising v. Srbik S. 138[2]. Erneuerung des Freibriefes Ludwigs des Jüngeren durch Herzog Albrecht I. von Bayern 1365, Neckermann a. a. O. S. 618—624.

[1]) Seine Politik ist überhaupt auf besondere Auszeichnung der Klöster gerichtet. K. Müller, Der Kampf Ludwigs des Baiern mit der Römischen Kurie Bd. I (Tübingen 1879) S. 234 ff.; vgl. M. Bo. I p. 443. Anders bei Erhebung der Reichsstädtesteuer; vgl. J. Knöpfler, Die Reichsstädtesteuer in Schwaben, Elsass und am Oberrhein zur Zeit Kaiser Ludwig des Bayern, in den Württemb. Vierteljahrsh. f. Landesgesch. XI. Jahrg., N. F. (1902, S. 287—351) S. 319 f.

[2]) v. Rudhart, Geschichte der Landstände Bd. I S. 92; dasselbe Verhalten Ludwigs als Vormund seiner Vettern in Niederbayern S. 79 ff.; Mon. Witt. Bd. II p. 240—246; Rockinger, Einleitung S. 110 ff., bes. die Steuer von 1315.

darüber mit Steuer oder einem andern Dienst nicht zu beschweren[1]). Im Jahre 1330 gab Ludwig auch Oberbayern die Ottonische Handfeste und verlieh allen Klöstern die niedere Immunitätsgerichtsbarkeit[2]). Durch das Hauptprivileg vom 15. März 1333 erhielten sämtliche Aebte und Prälaten im Lande Bayern die Bestätigung aller ihrer Privilegien ohne Ausnahme. Weder von Rechts wegen noch von Gewalt sollten sie schuldig sein, etwas zu geben noch zu leisten: weder mit steuren, diensten noch wagenverten, dann waz sie mit gantzer lieb und gunst erzeigent. Auf die Verletzung dieser Freiheit wurde Acht und hohe Bestrafung gesetzt[3]). Diese Zugeständnisse sind die wichtigsten Freibriefe der Geistlichkeit in Bayern geworden. Sie bilden die rechtliche Grundlage der folgenden Immunitätsansprüche. Wie die einzelnen Klöster vorher ihre Steuerbefreiungen bestätigen liessen[4]), so wurden nun diese

---

[1]) Mon. Witt. II no. 263, p. 277 (M. Bo. X p. 335; Ried II p. 800), Hier verzichtete Ludwig auch auf das Spolienrecht, vgl. Böhmer, Reg. Imp. (1314—1347) no. 516; die weitere Bestätigung von München aus (1329, IV. 23) ebenda no. 3772.

[2]) Riezler, Geschichte Bayerns Bd. III S. 705; weitere Belegstellen bei Rockinger, Einleitung S. 139, Anm. 348. Dass Ludwig 1329, Dezember 28 alle Klöster von der Vogtei befreit habe (Rockinger, Einleitung S. 146; v. Rudhart I S. 92), ist nicht richtig, vgl. Riezler Bd. II S. 416[3] (Hinweis auf M. Bo. XV p. 106); auch aus Böhmer, Reg. Imp. (1314—1347) no. 1436 (1332, III. 27) kann die vollständige Entvogtung nicht geschlossen werden.

[3]) Rockinger, Einleitung S. 146, Anm. 412; vgl. Böhmer, Reg. Imp. (1314—1347) no. 1521.

[4]) Betreffend einzelne Steuerbefreiungen Riezler Bd. III S. 417[1]. Steuerbefreiung für Kloster Oberaltaich im Dorf Freindorf 1341: lossagen der steur — dieweil sie die gut mit ir selbs pflug in dem dorf pauent. Dass Tegernsee 1333 noch steuerpflichtig ist, beweist die Anweisung von dessen Steuer an den Jägermeister Ludwigs. Böhmer, Reg. Imp. (1314—1347) no. 1526; Riezler Bd. II S. 417. In die allgemeinen Steuerbefreiungen war nur der damals steuernde Besitz eingeschlossen, darum Böhmer a. a. O. no. 1635; wegen sonstiger Steuerprivilegien Reg. Boic. VII p. 196 (1337); Böhmer a. a. O. no. 2440 (1345).

grossen Freibriefe den späteren Landesherren, Herzogen[1]) oder Königen[2]) zur Bestätigung vorgelegt. Den Deutschorden befreite Ludwig von allerlei Beisteuer zum Landfrieden oder sonstiger Auflage, ausser bei einem Geleit, wenn Geistliche und Weltliche, Arm und Reich geben müssen[3]).

Seit dem Schluss des 14. Jahrhunderts, gewiss im Zusammenhang mit der Kirchenspaltung und den zerrütteten Verhältnissen im Innern des Territoriums[4]), der politischen Zerrissenheit des Landes, sind die Belastungen des Kirchengutes und Klerus grössere. Bei der Erhebung des zwanzigsten Pfennigs im Jahre 1390 hatten die Klöster und Stifter allein 24000 fl. zu erlegen[5]). Von grosser Bedeutung wurde die oberbayerische Steuer vom Jahr 1396. Mit der Steuerordnung[6]) dieser von Stephan III. und Johann II. geforderten Universalvermögenssteuer „kommt schon am Ende des 14. Jahrhunderts eine relativ hochentwickelte Steuertechnik zur Entfaltung“[7]). Die kirchliche Steuerimmunität war jetzt für Bayern im Grundsatz überwunden, wenn die alten Ansprüche auch in der Folgezeit nicht schwiegen. 1396 ist „das Prinzip der Besteuerung der gesamten Untertanen anerkannt“[8]).

Auf einige Tatsachen ist noch hinzuweisen. Ludwig VII. der Bärtige, Herzog von Bayern-Ingolstadt (1413—1443), verletzte, wie aus der Klage der Klöster Kaisheim und anderer

---

[1]) Vgl. die Zusammenstellung bei Rockinger, Einleitung S. 224 ff., Anm. 605.

[2]) W. Altmann, Reg. Imp. XI, die Urkunden Kaiser Sigmunds 1410—1437 (Innsbruck 1896 ff.) no. 6161 (1425, II. 22).

[3]) Böhmer a. a. O. no. 2207 (1341); vgl. no. 1713 (1335).

[4]) Spangenberg, Vom Lehnstaat S. 101 f.

[5]) Hoffmann S. 10; genaue Angaben über die Leistungen einzelner Klöster und Stifter Rockinger, Einleitung S. 213, Anm. 573; S. 214 die Unzufriedenheit der Stände über die Steuer.

[6]) Text Hoffmann S. 11 ff.; Rockinger, Einleitung S. 226, Anm. 617.

[7]) Rosenthal, Geschichte des Gerichtswesens Bd. I S. 401; zum erstenmal wurden in die Steuerkommission auch vier Prälaten aufgenommen; vgl. S. 403.

[8]) Hoffmann S. 14.

hervorgeht, die kirchliche Immunität, so dass das Konzil von Konstanz, das die Ansprüche auf die kirchliche Freiheit überhaupt erneuerte und alle von Päpsten ex captata opportunitate gegebenen Privilegien zur Besteuerung des Kirchengutes und Klerus widerrief [1]), gegen den Herzog mit der Exkommunikation einschritt [2]). Kaiser Sigmund sprach am 24. Februar 1434 über Ludwig Acht und Bann aus, verurteilte ihn zu einer Strafe von 1000 Mark feinen Goldes, erklärte ihn aller seiner Länder und Ehren verlustig und verbot, ihn zu hausen und zu hofen [3]).

Interessant sind die Versuche Albrechts III. des Frommen (1438—1460) von Bayern-München, 1458, ohne vor die gesamten Stände zu treten, von einzelnen Ständen Ständesteuern zu erwirken [4]). Fünf Jahre darauf kam es in Bayern-Lands-

---

[1]) Schannat-Hartzheim, Concilia Germaniae V p. 70 ss. (Causa quarta. Confirmatio immunitatis ecclesiasticae per concilium Constantiae sess. XIX, anno 1415); B. Hübler, Die Konstanzer Reformation und die Konkordate von 1418 (Leipzig 1867) S. 108 ff.

[2]) Riezler Bd. III S. 234 ff. und die S. 236 [1] angegebenen Belegstellen; Derselbe, Nachtselden a. a. O. S. 540. Ueber die Exkommunikation, die auch Ludwigs Sohn traf, durch Martin V. im Jahr 1418, vgl. O. Meinardus, Formelsammlungen und Handbücher aus den Bureaux der päpstlichen Verwaltung des 15. Jahrhunderts in Hannover, im Neuen Archiv der Gesellsch. für ältere deutsche Geschichtskunde Bd. X (1885, S. 35—79) S. 56: [Martinus] episcopis quibusdam secundum decretum concilii generalis et Sigismundi regis mandat, ut contra Ludovicum ducem Bavariae, qui anno 1397 summam quatuor milium florensium auria monasterio Caesariensi, Cisterciensis ordinis Augustensis diocesis, exegerat, procedant. Als gegen Ludwig auf dem Basler Konzil neue Klagen einliefen (Riezler, Nachtselden a. a. O. S. 539, 549), besonders durch bayerische Kirchenvorstände aus der Diözese Freising (ebenda S. 540 [1] mit Hinweis auf das gedruckte Aktenstück bei C. Meichelbeck, Historia Frisingensis ab a. 724 ad a. 1724, Augustae Vindel. 1729, II p. 213), wurde der verschärfte Kirchenbann veröffentlicht (Reg. Boic. XIII p. 267).

[3]) Altmann, Urkunden Kaiser Sigmunds 1410—37 a. a. O. no. 10053, 10793.

[4]) Riezler Bd. III S. 729 (vgl. Hoffmann S. 15). Vorher erhobene und bewilligte Steuern Hoffmann S. 15 ff.; Fr. v. Krenner.

hut-Ingolstadt wegen Kriegskosten zu einem allgemeinen Steueranschlag. Diese vierfach eingenommene Steuer wurde vom Klerus als Geistlichensteuer besonders erhoben[1]). Vielleicht war es die in Bayern-Landshut-Ingolstadt von Ludwig IX. (1450—1479) erhobene Fräuleinsteuer (1474)[2]), die den Klerus zur Klage beim kaiserlichen Hof veranlasste (1475). Daraufhin zeigte sich der Herzog nachgiebig[3]).

In Oberbayern kam es 1493 zu einer Landsteuer[4]), in deren Anschlag alle Prälaten, Prälatinnen und andere Geistliche genannt sind. Wer dagegen nicht von alters her steuerte, sollte in den Anschlag nicht einbezogen werden[5]).

Am Ende des Mittelalters machte Georg der Reiche (1473 bis 1503) einen gewaltsamen Einbruch in das Kloster Altötting und entnahm dem Kirchenschatz in ganz kurzer Zeit 8000 Gulden und über sieben Zentner ungemünzten Goldes[6]). Man darf die Summe nicht als Darlehen auffassen. Freilich wissen wir, dass Herzog Albert IV. von Bayern-München (1467—1508) von den Klöstern sich mehrere Darlehen geben liess[7]).

Baierische Landtagshandlungen in den Jahren 1429—1513 Bd. I (München 1803) S. 277; Bd. II S. 124—165; Bd. III S. 162 ff.; Bd. IV S. 123 (1445 wegen des auftretenden Hoffusses erwähnenswert Hoffmann S. 14 ff.).

[1]) v. Krenner a. a. O. Bd. VII S. 115—218; S. 183—191 Einnahmen von Klöstern und Stiftern; Rockinger, Einleitung S. 286, Anm. 819; Hoffmann S. 20.

[2]) Hoffmann S. 22.

[3]) Ried II p. 1053; darnach v. Srbik S. 142[5] zu korrigieren.

[4]) v. Krenner Bd. IX S. 247 ff., bes. § 3.

[5]) Hoffmann S. 27.

[6]) v. Krenner Bd. XIV S. 139 (1200 hatte Ludwig I. von Bayern den Kirchenschatz von Mainz an sich gezogen, Sartori, Geistliches Staatsrecht II, 2, 1. Abt., S. 588, § 1568).

[7]) Riezler Bd. III S. 576.

§ 9.

Zoll, Ungeld, Scharwerk. Zusammenfassung.

Der Schwabenspiegel spricht zwar den Pfaffen Zollfreiheit zu[1]), allein grundsätzlich sind in unserem Territorium die Klöster und Kleriker nicht befreit, die Befreiung musste durch Spezialprivilegien ausgesprochen werden. Die Freiheit wurde dann meist auf Sachen zu eigenem Bedarf eingeschränkt[2]). Die Privilegierten liessen ihre Freibriefe immer wieder bestätigen. Anderseits verlangte die Kirche Freiheit von Wege- und Geleitsabgaben. Dies zeigt auch die Verkündigung der Dekretale Quanquam pedagiorum exactiones von Bonifaz VIII.[3]) auf der Salzburger Provinzialsynode von 1386[4]).

Wo Klöster und Geistliche in Zollsachen Rechte besassen, waren sie nicht gewillt, etwas davon zu vergeben. Der beste Beweis dafür ist der Streit des hervorragenden Abtes Kaspar Aindorffer von Tegernsee[5]) mit dem Passauer Ritter und Erb-

---

[1]) Zeumer, Quellensammlung² no. 82, § 193, S. 116: Phaffen unde ritter und ir gesinde und allez ir guot suln wesen zollez vri; E. Graf und M. Dietherr, Deutsche Rechtssprichwörter (Nördlingen 1864) S. 510 u. 513.

[2]) Verwiesen sei auf Böhmer, Wittelsbachische Reg. S. 17 (1236 Kl. Baumburg), S. 20 (1241 Raitenhaslach), S. 21 (1246 Niederaltaich), S. 23 (1251), S. 66 (1314 für Spital zu Regensburg); vgl. M. Bo. XI p. 264 (1292 Niederaltaich für jährlich tria talenta maioris ligaminis et duodecim minoris salium). Vgl. Mon. Witt. II p. 173, no. 234 (1311 I. 3 Zoll- und Mautfreiheit für die Steine zum Dombau in Passau), Witt. Reg. S. 91, 127.

[3]) c. 4 in VIto de cens. III, 20.

[4]) Dalham, Concil. Salisburg. p. 163.

[5]) Ueber ihn vgl. A. Wessinger, Kaspar Aindorffer, Abt in Tegernsee 1426—1461, im Oberbayerischen Archiv für vaterländische Geschichte Bd. 42 (1885, S. 196—260), bes. S. 202 (Eintreten für Steuerfreiheit seines Klosters gegen Herzog Wilhelm), S. 203 (Klagen über den auf dem Volk lastenden Druck, bes. Herberge); P. Lindner, Die

hofmeister der bayerischen Herzoge Hans Gebolf von Degenberg[1]). Die Degenberg forderten seit 1407 für die Durchführung des Weines, den das Kloster auf österreichischem Besitz geerntet hatte, Zoll. Die ganz lokale Sache kam durch den um „Wahrung und Wiederherstellung der Einkünfte und weltlichen Rechte“ bemühten Abt in kompliziertem Instanzengang vor das Konzil von Basel (1434—1437). Der Briefwechsel, den der Abgeordnete der Benediktinerklöster des Bistums Freising Ulrich Stöckel von Basel aus mit Aindorffer führte, belehrt uns darüber[2]). Der Prozess blieb für das Kloster in bonis terminis[3]). Ob der Tod des Degenberg ihn beendigte, erfahren wir nicht. Bezeichnend ist es, dass die Angelegenheit nicht grundsätzlich, sondern als besonderer Rechtsfall behandelt wurde. Darum bat Stöckel am 19. März 1435 um Zusendung der Kopie des kaiserlichen Privilegs mit dem Siegel womöglich Herzog Wilhelms oder des Vikars von Freising, deren Siegel bekannt seien, da man testes super recognicione sigillorum stellen müsse[4]). Für die Zollfreiheit der zwei ternarii Wein[5]) hätte

---

Aebte und Mönche der Benediktinerabtei Tegernsee von den ältesten Zeiten bis zu ihrem Aussterben 1861 und ihr literarischer Nachlass, im Oberbayerischen Archiv Bd. 50, 1897, S. 18—130, bes. 62 ff.

[1]) Zum ganzen Fall siehe Haller, Concilium Basiliense I p. 58, 81, no. 13; 1434 der Prozess, vgl. Note 3; zum Weiteren p. 82, no. 14 und 15; p. 83, no. 20—24; p. 87—89 und 94, no. 32—37 und 40; 1436, XI. 27 Sendung eines Monitoriums und Zitation. Auftrag zur Verkündigung des Bannes gegen Degenberg vgl. p. 59; 1437 Schiedsspruch in der Sache durch Herzog Ernst (M. Bo. VI p. 284 und 287), offenbar aber vom Kloster zurückgewiesen; vgl. Oberbayerisches Archiv Bd. 42 (1885) S. 237 f.

[2]) Haller l. c. p. 81 ff.; Lindner im Oberbayer. Archiv Bd. 50 (1897) S. 59 f. und 278 f.; Wessinger berührt den Brief nur kurz; vgl. Oberbayer. Archiv Bd. 42 (1885) S. 205.

[3]) Haller l. c. p. 88.

[4]) L. c. p. 83 (no. 24, 1435, III. 19). Am 4. April wird die Bitte um das kaiserliche Privileg wiederholt, p. 89.

[5]) L. c. p. 81[3].

sich das Kloster aber vorwiegend auf die Dekretale Quanquam pedagiorum exactiones berufen können. Die volle Erklärung für die Art der Behandlung der Sache liegt in den die vielen Bitten um Geld begleitenden Worten des Mönches von Tegernsee: Wo das gelt krachet, do brisst der sach der rugk ab[1]).

Landesherrliches Ungeld wurde in Bayern im 15. Jahrhundert erhoben[2]). Aber in Bayern-Landshut-Ingolstadt verlangte Herzog Georg der Reiche (1479—1503) erst 1488 ein ausserordentliches Ungeld[3]). In Verbindung damit wurde eine für fünf Jahre[4]) gültige Ungeldordnung gegeben. Nicht traf das Ungeld die Geistlichkeit in den Städten und die Prälaten und Priester auf dem Lande[5]); die Freiheit betraf aber nur die Getränke zum eigenen Bedarf[6]). Was in den Tavernen der Prälaten verschenkt wurde, war zu verungelden. Der dritte Teil des Ertrags fiel ihnen zu[7]).

Von untergeordneter Bedeutung ist die Erhebung eines ausserordentlichen Scharwerkgeldes, ebenfalls 1488, welches aber nur die hofmärkischen, also auch die geistlichen Hintersassen traf[8]).

Zusammenfassend kann gesagt werden, die kirchlichen Forderungen auf Steuerfreiheit sind in Bayern grundsätzlich mit Rück-

---

[1]) L. c. p. 88 (no. 22, 1434, XI. 27).

[2]) Vgl. Hoffmann S. 22 und Anm. 4; dazu Zeumer, Städtesteuern S. 91 f.; Riezler Bd. III S. 735, Anm. 1.

[3]) v. Krenner XII S. 229—256 (Riezler III S. 735), bes. XII S. 439; Rosenthal, Geschichte des Gerichtswesens I S. 395 ff.

[4]) v. Krenner XII S. 217.

[5]) v. Krenner XII S. 245, 251.

[6]) v. Krenner XII S. 247. Würde die Geistlichkeit das Privileg auch auf den Ausschank ausdehnen, so würde sie des ganzen verlustig gehen.

[7]) v. Krenner XII S. 247.

[8]) v. Krenner XII S. 190. (Zur Bestreitung des grossen Festungsbaues in Burghausen vgl. Hoffmann S. 23.)

sicht weder auf die ordentliche noch auf die ausserordentliche Besteuerung verwirklicht worden. Am genauesten kamen die kirchlichen Massregeln 1322 bei der Immunitätsverletzung in Niederbayern zur Durchführung. Die gleichzeitige entgegenkommende Haltung Ludwigs des Bayern gegen die Kirche war von politischen Rücksichten diktiert. Es zeigte sich hier wie zur Zeit der Kirchenspaltung, wo die Immunitätsverletzung wuchs, dass die ganze Angelegenheit schliesslich eine Machtfrage war und moderneren Gesichtspunkten der staatlichen Verwaltungsorganisation weichen musste, sobald einmal die Zeit und Formel dafür da war, was die Steuerordnung des Jahres 1396 lehrt, die das Prinzip der Besteuerung der gesamten Untertanen anerkennt.

Die kirchlichen Personen in Verbindung mit den Bischöfen trugen die Lasten mit, nachdem mit den Landesherren ein Kompromiss zustande gekommen war. Die Bewilligung wurde in diesem Fall mit Freibriefen und neuen Privilegien entgolten. Es konnte die Leistung auch ein Entgelt an den Landesherrn darstellen für den vogteilichen Angriffen gegenüber erteilten Schutz[1]). Die Bewilligung schloss kein Bewilligungsrecht in sich und entwickelte sich zu keinem solchen[2]). Der Landesherr erhob die Steuer als Träger der obersten Gerichtsgewalt;

---

[1]) Freibrief Albrechts I. von Bayern, mitgeteilt von Neckermann im Archiv für katholisches Kirchenrecht Bd. 80 (1900) S. 618—624, bes. 622. — Stellung der Synoden gegen vogteiliche Uebergriffe Dalham p. 124; 1274 Schutz ab indebitis vexationibus Ried II p. 982, vgl. Dalham p. 188 (Jul. v. Pflugk-Harttung, Anhang, Gegner und Hilfsmittel Ludwigs des Bayern in seinem Kampf mit der Kurie, in der Zeitschrift für Kirchengeschichte Bd. XXI, 1891, S. 191: Der Herzogin Margarete von Niederbayern wird die Kommunion verweigert, weil sie Unterhalt und Kleidung von unerlaubten Steuern hatte).

[2]) Spangenberg, Vom Lehnstaat S. 147 ff.; dazu A. Luschin v. Ebengreuth, Oesterreichische Reichsgeschichte des Mittelalters Bd. I[2] (Bamberg 1914) S. 196 ff., 198 ff., 217 ff.

das päpstliche Obereigentum über das Kirchengut blieb eine Idee [1].

---

[1]) Die Immunitätsdekretalen gerieten sogar allmählich in Vergessenheit. Das Salzburger Provinzialkonzil zu Mühldorf hatte 1490 auf die Bulle Clericis laicos zurückgegriffen, trotzdem diese schon 1310 in der Salzburger Provinz als nicht mehr gültig (vgl. oben S. 67 [4]) verkündet worden war, Dalham p. 252: Quamvis res ecclesiasticae non ad alium quam pium usum, in quem ordinata sunt, expendi debeant, salva sedis apostolicae auctoritate, quidam tamen praelati et alii clerici, plus timentes terrenam, quam divinam offendere maiestatem (vgl. als Gegenstück dazu c. 3 in VIto de immun. eccl. III, 23: nonnulli ecclesiarum praelati ecclesiasticaeque personae trepidantes, ubi trepidandum non est, transitoriam pacem quaerentes, plus timentes maiestatem temporalem offendere quam aeternam) non verentur laicis ecclesias, quantum in eis est, facere tributarias: et infra sub excommunicationis poena inhibemus universis praelatis et clericis nostrae Salzburg. provinciae, ne tallias, steuras seu quasvis alias exactiones laicis solvere praesumant, non habita super hoc licentia superiorum speciali et expressa (vgl. wieder c. 3 in VIto de immun. eccl. III, 23).

Viertes Kapitel.

Die altösterreichischen Erblande.

§ 10.

Die ordentliche Immunität und die ordentlichen öffentlichrechtlichen Leistungen.

Wie stellte sich in den altösterreichischen Erblanden, also hauptsächlich in den Landen ob und unter der Enns einerseits, Steier, Kärnten und Krain anderseits [1]), das Landrecht [2]) zur kirchlich und reichsgesetzlich garantierten Steuerimmunität? Diese Territorien waren von einer Menge reichbegüterter Klöster durchsetzt [3]); ein grosses Gebiet war Neubruchland, auf dem der Zisterzienserorden seine wirtschaftliche Tätigkeit entfaltete [4]); die landständische Verfassung war am frühesten und die Finanzhoheit schärfer ausgebildet [5]). Da die bischöf-

---

[1]) v. Srbik, Beziehungen von Staat und Kirche S. VI; v. Luschin Reichsgeschichte Bd. I² S. 6.

[2]) Ein territoriales Recht entstand in Oesterreich schon im 13. Jahrhundert, v. Luschin a. a. O. S. 138, 147 ff.; Spangenberg, Vom Lehnstaat S. 20.

[3]) v. Luschin a. a. O. S. 202. Die praelati nostrae ditionis sind in Oesterreich bereits im Jahr 1217 neben den Landherren als Berater des Herzogs genannt.

[4]) v. Luschin a. a. O. S. 311.

[5]) v. Luschin a. a. O. S. 84 f., 196 ff., 205 ff., 152 (zu den Freibriefen der österreichischen Landstände); v. Below, Territorium und Stadt S. 172 ¹. So ist Oesterreich für diese Untersuchung gerade besonders ergiebig, während Pischek, Vogteigerichtsbarkeit S. 2, davon absehen musste.

liche Gewalt auswärtigen Kirchenfürsten zustand, gab es lange Zeit keine Landesbischöfe [1]). Es ist charakteristisch, dass Heinrich v. Srbik in seinem trefflichen Buch nicht der kirchlichen Steuerimmunität, sondern der „ausserordentlichen Besteuerung der Geistlichkeit, der Steuerpflicht derselben in den Städten“ [2]) ein Kapitel widmen konnte.

Die klösterlichen Grundherrschaften tun der strafferen Zentralisation der österreichischen Lande keinen Eintrag; im Gegenteil gelingt es den Landesherren schon im 13. Jahrhundert, die Klöster so ziemlich unter ihre Vogtei zu bringen [3]), was namentlich bei den Zisterzienserklöstern auffällt. Der Zisterzienserorden war bis zum vierten Laterankonzil der Kirche gegenüber vollständig zehntfrei gewesen [4]). Die Regel forderte für ihn grundsätzlich eine Ausnahmestellung gegenüber der weltlichen Gewalt [5]). Die Forderung war für ihn selbst nur relativ durchführbar. Solange er Eigenbau betrieb, konnte er sich mit einem Defensor begnügen [6]), brauchte aber einen Vogt, sobald sein Besitz ausgetan wurde [7]) und als solcher wuchs. Die Zisterzienser stellten sich — wie oben kurz berührt ist — unter die kaiserliche Schutzvogtei, und die Staufer ihrerseits taten sich in ihrem Streben nach einer starken Hausmacht in ausgesprochener Kirchenpolitik, vielleicht mehr, als dies von den Zisterziensern ausging, um die Bevogtung um sowie um deren Ausdehnung, äussere und innere Mehrung,

---

[1]) v. Luschin a. a. O. S. 232, 96 f.

[2]) v. Srbik S. 131 ff.

[3]) Derselbe S. 78; vgl. v. Luschin a. a. O. S. 113, 188.

[4]) c. 34 X de decimis III, 30; Bodmann, Rheingauische Altertümer S. 734; v. Inama-Sternegg III, 1 S. 261; vgl. Codex diplomaticus Salemitanus, Urkundenbuch der Zisterzienserabtei Salem, herausg. von Fr. v. Weech, Bd. I „Karlsruhe 1883“ p. 45 f.

[5]) Siehe oben S. 46.

[6]) Hirsch, Klosterimmunität S. 150; Werminghoff, Verfassungsgesch. d. deutsch. Kirche [2] S. 175 f.

[7]) v. Luschin a. a. O. S. 255, 313.

vor allem in Schwaben und im Elsass [1]). Dabei ist nicht zu vergessen, dass diese gerade an den Grenzen des Reiches auch für die Zisterzienser, abgesehen von juristischen und wirtschaftlichen Interessen, von politischen Verhältnissen geboten erschien. Das finden wir bei Lützel, das frühe sogar einen Untervogt hat.

Wie dieses als der südlichste Punkt des Elsasses in seiner exponierten Stellung einen wirksameren Schutz als den des fernen Kaisers brauchte [2]), so war für die Klöster im Osten bei den vielen Einfällen die kaiserliche Schutzvogtei und noch mehr die Stellung unter Untervögte, die Anlehnung an die weltliche Macht, einfach gefordert [3]). Diese letztere Vogtei wussten die österreichischen Landesherren sich zu sichern [4]) und auszubauen [5]), dadurch aber auch die Zisterzienserklöster in

---

[1]) Siehe oben S. 5, 45 ff. Anspruch der Zisterzen auf Freiheit von der Vogtei, Wirtembergisches Urkundenb., herausg. v. d. Kgl. Staatsarchiv in Stuttgart, Bd. II (Stuttgart 1858) S. 270 ff.; M. Bo. V p. 15 (Kloster Fürstenzell) und V p. 42; V p. 362 (Kl. Aldersberg); Urkundenbuch des Landes ob der Enns, herausg. v. Verwaltungsausschuss des Museums Francisco Carolinum zu Linz (Wien 1852 ff.) Bd. III S. 9, 50, 89; Geffcken, Niederes Kirchengut S. 44; Ficker, Vom Reichsfürstenstand Bd. I S. 326; Schreiber, Kurie und Kloster Bd. I und II an verschiedenen Stellen; G. Waitz, Deutsche Verfassungsgeschichte (Berlin 1880 ff.) Bd. III S. 369 f. Vor allem verlangen die Zisterzienser Freiheit von jeder Schirmvogtei; v. Srbik S. 87.

[2]) Meister, Hohenstaufen im Elsass S. 31 u. 31 [3]; vgl. Hist. Karte der habsburgischen Besitzungen am Oberrhein, entworfen von A. Schulte, in Gesch. d. Habsburger in den ersten drei Jahrhunderten hinter S. 152,

[3]) Vgl. Spangenberg, Vom Lehnstaat S. 83.

[4]) Vgl. Hirsch, Klosterimmunität S. 117 und Hinweis S. 117 [2] auf H. Brunner, Das gerichtliche Exemtionsrecht der Babenberger, Wien 1864 (Sitzungsber. d. Wiener Akademie) S. 369 ff.

[5]) Auch die Kaiser haben, allerdings nicht bloss im Machtgebiet der Staufer, also in Schwaben und Ostfranken (Heilmann, Klostervogtei S. 110 ff., 115; Hirsch S. 117), sondern vor allem auch im Elsass (vgl. Meister a. a. O. S. 12 ff.), aber nicht allgemein (vgl. Hirsch S. 117 [3]), die Schirmvogtei erworben über die Zisterzienser, von denen Philipp von Schwaben 1206 sagt: in quibus nunc specialis floret christiana religio (Böhmer-Ficker, Reg. Imp. V no. 131, vgl. no. 669 u. no. 1011). Besonders

das Gefüge des werdenden modernen Staates mit seinen Forderungen einzugliedern.

Unter den ordentlichen, öffentlichrechtlichen Leistungen nimmt die der Mark eigentümliche [1]) Grundabgabe des Marchfutters eine besondere Stelle ein [2]). Das Marchfutter erscheint

---

Friedrich II. und Heinrich (VII.) hatten dies in ausgezeichneter Weise verstanden. Allein „mit jener allgemeinen (mit Einschränkung, Hirsch S. 117 [3]) kaiserlichen Vogtei war eine Beziehung der Zisterzienserklöster zum Reich gegeben" (Ficker, Reichsfürstenstand Bd. I, § 227, S. 328). Auch sie wurden zu Lasten herangezogen, und die Schutzvogtei wurde tatsächlich doch zu einer eigentlichen Vogtei, die der König über die Zisterzienserklöster übte. Unter Adolf schon gaben sie die Heersteuer; auch schon unter Heinrich (VII.), vgl. Böhmer, Reg. Imp. 1246—1313, neu bearbeitet (Stuttgart 1844) S. 260, no. 393. Zur Heersteuer A. M. Ehrentraut, Untersuchungen über die Frage der Frei- und Reichsstädte (Leipziger Studien aus dem Gebiet der Geschichte Bd. IX, H. 2, Leipzig 1902) S. 73. Wurden von den Zisterzen ohnedies Abgaben gefordert, und musste der Kaiser über sie Untervögte setzen, so taten sie besser, sich unter den Schutz des Landesherrn selbst zu begeben. So in Oesterreich. Dabei darf nicht übersehen werden, dass auch in Oesterreich die Zisterzen am Rechtssatz der Entvogtung an sich wie an einem Axiom festgehalten hatten, und dass sie zum Teil eifrig bemüht waren, durch Privilegien von Friedrich II. sich dem Zustand der Landsässigkeit zu entziehen. Hirsch S. 118, 119, 140. Brunner hatte aus den betreffenden Urkunden geschlossen, dass diese königlichen Schutzbriefe geradezu Immunität von der öffentlichen Gerichtsbarkeit zur Voraussetzung hatten, vgl. Dopsch, Steuerpflicht und Immunität im Herzogtum Oesterreich, a. a. O. S. 13.

[1]) v. Wretschko, Marschallamt S. 39, Anm. 59.

[2]) Zum Marchfutter vgl. A. Dopsch, Einleitung S. 160* f., 166* zu den Oesterreichischen Urbaren, herausg. v. d. Kais. Akademie der Wissenschaften, 1. Abt. Landesfürstl. Urbare Bd. I Die landesfürstlichen Urbare Nieder- u. Oberösterreichs, herausg. von A. Dopsch u. W. Levec (Wien u. Leipzig 1904); A. Dopsch, Einleitung S. 23* ff., 62*, 115* ff., 158* ff. zu d. Oesterr. Urb. 1. Abt. Bd. II Die landesfürstlichen Gesamturbare der Steiermark aus dem Mittelalter, herausg. von A. Dopsch u. A. Mell (Wien u. Leipzig 1910); v. Wretschko, Marschallamt S. 38 ff.; v. Luschin, Oesterreichische Reichsgeschichte Bd. I² S. 289 u. S. 295; E. Werunsky, Oesterreichische Reichs- u. Rechtsgeschichte (Wien 1894) S. 132; A. Dopsch, Beiträge zur Geschichte der Finanzverwaltung Oesterreichs im 13. Jahr-

unter dem Namen iustitia marchiae[1]), marchrecht (marchmutte, marchfutter, markrecht[2]), annona marchialis[3]), auch fodrum[4]), debitum opsonium)[5]). Das Marchfutter ist eine ordentliche Jahressteuer, näherhin eine Realsteuer, die zunächst als Naturalabgabe in Hafer geliefert wird[6]). Allmählich kommt auch die Zahlung des Marchfutters in Geld auf, doch die in Naturalien gilt noch im 15. Jahrhundert in hervorragender Weise[7]). Man kann das Marchfutter weder mit Werunsky[8]) als Vorläufer der Steuern betrachten, noch mit Kogler[9]) mit der eigentlich ordentlichen Steuer identifizieren, da es durchaus neben der steura und collecta erscheint[10]). Das

---

hundert, in M. J. Oe. Bd. XIV (1893. S. 449—469); Bd. XVIII (1897, S. 232 bis 340) S. 238 ff.; Derselbe, Besprechung der Arbeit über das landesfürstliche Steuerwesen in Tirol von Ferd. Kogler, in Gött. Gel. Anz. 165. Jahrg., Bd. I (1903 S. 71—82) S. 74; M. Foltz, Besprechung des Buches von Fr. v. Mensi, Geschichte der direkten Steuern in Steiermark, in Vierteljahrsschrift f. Soz.- u. Wirtschaftsgeschichte Bd. IX (1911) S. 267—270; Schröder, Rechtsgeschichte[5] S. 441, 544, 627; v. Mensi, Geschichte der direkten Steuern in Steiermark Bd. I S. 1 f.; v. Luschin I[2] S. 289.

[1]) Dopsch, Gött. Gel. Anz. (1903) Bd. I S. 74.

[2]) Schröder, Rechtsgeschichte[5] S. 627.

[3]) Dopsch, M. J. Oe. XVIII (1897) S. 238.

[4]) Dopsch, Einleitung a. a. O. Bd. I S. 166*. Siehe auch B. Post, Ueber das Fodrum, Beitrag zur Geschichte d. italien. u. d. deutschen Reichssteuerwesens (Strassburger phil. Diss. 1880) S. 1 ff., 27 ff., 46 ff.

[5]) Dopsch, Gött. Gel. Anz. (1903) Bd. I S. 74.

[6]) v. Wretschko, Marschallamt S. 39, Anm. 59 u. 60, Unterscheidung von den grundherrlichen Abgaben.

[7]) Dopsch, Gött. Gel. Anz. (1903) Bd. I S. 74; später wird das Marchfutter fast zu einer grundherrlichen Abgabe, Schröder, Rechtsgeschichte[5] S. 544.

[8]) Reichsgeschichte S. 131 f.

[9]) Kogler, Das landesfürstliche Steuerwesen in Tirol, Arch. f. österr. Gesch. Bd. 90 (1901) S. 437.

[10]) v. Wretschko, Marschallamt S. 39 f.; Dopsch, G. G. A. (1903) Bd. I S. 74. wo besonders verwiesen ist auf Ernst Freih. v. Schwind und A. Dopsch, Ausgewählte Urkunden zur Verfassungsgeschichte der deutsch-österreichischen Erblande (Innsbruck 1895) no. 56 u. 32; in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts Marchfutter im Sinne von Vogtrecht

Marchfutter musste auch von den Klöstern und Pfarreien geleistet werden, doch erhielten diese viele Befreiungen, so das Schottenkloster in Wien (1181, IX. 1). Es wird befreit a pabulo, quod marscalco nostro solvitur, videlicet marchmutte [1]. Neben der ganzen Befreiung kommt auch solche auf Widerruf vor [2]. Auch finden wir Befreiung vom Marchfutter [3] aufgehoben und dafür Befreiung von der Vogtei und der niederen Gerichtsbarkeit gegeben [4]. Die Befreiungen vom Marchfutter waren dadurch, dass die befreiten Herrschaften die Abgaben zum eigenen Nutzen weitererheben konnten, besonders bedeutsam [5]. Musste das Marchfutter geleistet werden, so waren Uebergriffe keine Ausnahme, was sich noch im 15. Jahrhundert fühlbar machte [6]. Eine grundsätzliche Immunität in dieser Beziehung bestand nicht.

---

v. Srbik S. 87 (beide Abgaben Naturallieferungen, Dopsch, Einleitung I a. a. O. S. 166* und M. J. Oe. XVIII, 1897, S. 238).

[1] Urkunden der Benediktinerabtei unserer l. Frau z. d. Schotten in Wien vom Jahre 1158—1418, herausg. von E. Hauswirth, Wien 1859, F. R. Austr. II/18 S. 10, vgl. S. 35, von Friedrich II. bestätigt; vgl. F. R. Austr. II/18 (1859) S. 143 f., (1413), Friedrich der Schöne befreit a solucione pabuli dicti marchfûter, quod marstallum nostrum respicit, vgl. Urk. d. Benediktinerabtei z. hl. Lambert in Altenburg (Niederösterreich) vom Jahre 1144—1522, herausg. von H. Burger, Wien 1865, F. R. Austr. II/21 S. 333, Ottokar befreit den Bischof Konrad von Freising, ut nullus de cetero huiusmodi avenam sive marichfutter exigat (1276).

[2] Codex diplomaticus Austriaco-Frisingensis, herausg. von J. Zahn (Wien 1870), F. R. Austr. II/31 S. 361 de speciali gracia; Redlich, Reg. Imp. VI no. 774 (1277).

[3] und den Landpfennigen.

[4] v. Schwind-Dopsch, Urkunden no. 32 (1232, III. 3).

[5] v. Wretschko, Marschallamt S. 40 f.

[6] Urkunden und Regesten zur Geschichte des Benediktinerstiftes Göttweig II (1401—1468), herausg. von Ad. Fr. Fuchs, Wien 1901, F. R. Austr. II/52 S. 428 (1457 Quittung für 36 Mut 25 Metzen Vogthaber in die herzogl. Kammer zu Wien, vgl. S. 489 u. 502. Bericht von kaiserl. Beamten an Kaiser Friedrich III. über die wirtschaftliche Lage des Stifts wegen des Vogthafers, vogthabern . . . von dem gotzhaus von vogtei wegen iaerlich gehurendt ze geben, vgl. S. 652, 689, 691: 1467 (der Vogt-

Vom Marchfutter ist zu unterscheiden die eigentlich ordentliche Steuer, die steura communis, petitio, exactio, collecta[1]). Der Rechtsgrund ihrer Erhebung ist die hohe Gerichtsbarkeit[2]). Diese eigentliche Steuer war in Oesterreich bald eine ordentliche öffentlichrechtliche Abgabe geworden. Die Kirche fand sich drein und berief sich ihr, der eigentlichen Jahressteuer, gegenüber nicht auf ihre Steuerimmunität. Solche kam, wenn auch nicht grundsätzlich, so doch im allgemeinen tatsächlich dem kirchlichen Dotalgut[3]), zu, weiter dem, was durch Inkorporation ihr zu eigen geworden war[4]), das heisst also dem Eigenbau der Kirche und des Klerus. Für die Dotationsgüter der Kirchen fordert das Baumgartenberger Formelbuch, das „als die bedeutendste Leistung der deutschen Notariatswissenschaft gilt" [5]), prinzipielle völlige Steuerfreiheit: Solent ecclesie dotari aliquibus possessionibus et illa possessio vocatur dos ecclesie et

---

haber soll direkt von den Holden genommen werden). vgl. Urkundenb. Göttweig III (Wien 1902), F. R. Austr. II/55 S. 257 (1491); S. 269 (1493); 271; S. 359 (1499), muss Göttweig 100 Mut Vogthafer liefern und deshalb 100 Pfund aufnehmen, vgl. S. 359 (1499 VI. 4) Quittung f. 200 Mut Vogthafer von 1495 bis 1498; vgl. d. Urkunden S. 152 (1480); S.153, S. 155, S. 192, S. 215, S. 244 (1490).

[1]) Dopsch, Einl. I S. 168* ff., Einl. II S. 61* ff.; die Steuer wird in den Urbaren fast nie erwähnt. Es war nicht Aufgabe derselben, Steuererträgnisse zu verzeichnen. Dopsch, Steuerpflicht und Immunität a. a. O. S. 16; A. v. Meiller, Regesten zur Geschichte der Markgrafen und Herzoge Oesterreichs aus dem Hause Babenberg (Wien 1850) no. 141; v. Luschin, Oesterreichische Reichsgeschichte I[2] S. 296.

[2]) Dopsch a. a. O. S. 27.

[3]) v. Srbik S. 132; Dopsch a. a. O. S. 20, 33; H. Hirsch, Kaiserurkunde und Kaisergeschichte, i. d. Mitteil. d. Inst. f. österreich. Geschichtsforsch. Bd. XXXV (1914. S. 60—90) S. 80; in einem Schreiben des Bischofs Albert von Freising rühmt sich der Bischof, gegen einen mässigen Zins die finanzielle Freiheit bestimmter Kirchengüter beim Herzog auf Lebenszeit durchgesetzt zu haben, wobei die Uebergabe von Dieben an das Landgericht vorbehalten ist.

[4]) Dopsch S. 19.

[5]) v. Luschin I[2] S. 142.

debet esse libera, sicut ecclesia libera est, ita ut nemo debeat inde accipere steuras vel alias exactiones, quocumque nomine censeantur [1]). Der eigentlichen Steuer waren auch die Hintersassen der Kirchen unterworfen, über welche dem Herzog die Vogtei und damit die Jurisdiktion [2]) zustand [3]). Erhoben wurden die Steuern durch die iudices oder deren Unterbeamte, die precones [4]). Eine grössere Freiheit hatten sich aber die Zisterzienser gewahrt. Am Eigenbau hatten sie am längsten festgehalten und, wie Dopsch betont [5]), wohl im Zusammenhang damit das Recht freien „Stiftens und Störens, libere instituendi ac destituendi colonos“ [6]) erlangt, auch ihre Kolonen so in Abhängigkeit gehalten, wodurch die freien Erbleiheverhältnisse ausgeschlossen waren. Dass eine grundsätzliche Annahme der Steuerfreiheit des Kirchengutes durch die Landesgewalt nicht bestand, beweisen die Steuerprivilegien [7]). Sie sind nicht bloss und immer neue Bestätigungen eines bestehenden Rechts-

---

[1]) Das Baumgartenberger Formelbuch. Eine Quelle zur Geschichte des 13. Jahrhunderts, herausg. von H. Baerwald (Wien 1866), F. R. Austr. II/25 S. 61; vgl. auch v. Srbik S. 132 [3]; Dopsch S. 19; Fr. Schillmann, Formelbücher als Quellen für die Landesgeschichte, in den Deutschen Geschichtsblättern, herausg. von A. Tille Bd. XIII (1912, S. 187—200) S. 192 (die Bedeutung der aus den Klöstern stammenden Formelbücher).

[2]) Eine geschlossene Gerichtsgewalt wurde dem Herzogtum von Reichs wegen durch das privilegium minus gesichert; v. Luschin I [2] S. 107, 146, 146 [1] mit Lit.; Ernst Bernheim, Lehrbuch der historischen Methode und der Geschichtsphilosophie, Leipzig 1908 [5 u. 6] S. 340 ff.; Hirsch, Kaiserurkunde S. 76 f., 82, 84: zur Auffassung vom Wesen der Landesherrlichkeit bei O. Frh. v. Dungern, Entstehung der Landeshoheit in Oesterreich, Wien 1910.

[3]) v. Luschin I [2] S. 236, 298: A. H. Loebl, Landanlage und Kirchengut im 16. Jahrhundert, in der Vierteljahrschrift f. Sozial- u. Wirtschaftsgesch. Bd. XIII (1916, S. 477—554) S. 489.

[4]) Dopsch, Steuerpflicht a. a. O. S. 33 u. Einleitung I S. 82* f.; v. Luschin I [2] S. 302 ff.

[5]) Dopsch a. a. O. S. 28.

[6]) „Freistift“.

[7]) v. Mensi, Direkte Steuern in Steiermark I S. 10 f.

zustandes. Wenn auch der ausgetane Besitz in die Steuerimmunität eines geistlichen Gutes einbezogen sein soll, wird dies in den Urkunden besonders hervorgehoben [1]).

Was die Vogtei anlangt, so war deren und besonders der Untervogtei ideale Auffassung als Ehrenamt [2]) gewiss sehr selten. Der Vogt verlangte für seine Dienste Gegenleistungen, die, um Bedrückungen der geistlichen Herrschaften zu begegnen, bald fixiert wurden [3]). War dem Abt eingeräumt, bei der Besteuerung der Holden durch den Vogt gegenwärtig zu sein [4]) oder sich vertreten lassen zu dürfen [5]), so waren diese vor Bedrückungen bewahrt; doch es fehlt nicht an Beispielen, dass sich die Vögte bezw. die Untervögte solch lästiger Ueberwachung zu entziehen suchten [6]).

Die Gastung wurde auch in unseren Territorien von Landesherren, Untervögten, Beamten und sonstigem Gefolge der Herzoge in Anspruch genommen, mochten sie auf Klostergütern [7]) oder in den Klöstern selbst abgestiegen sein. Das

[1]) Urkundenb. von St. Lambert, F. R. Austr. II/21 (1865) S. 378 ff. (1278); Urkundenb. d. Schottenklosters Wien, F. R. Austr. II/18 (1859) S. 45 (1260).

[2]) Urkundenb. des Benediktinerstiftes Seitenstetten (Wien 1870), herausg. von J. Raab, F. R. Austr. II/33, S. 21. 1186, Erzbischof Wichmann von Magdeburg überträgt dem Grafen Konrad von Peilstein die Vogtei über die dem Stift Seitenstetten geschenkten Güter sine omni utilitate et pensione tam modiorum quam animalium sub solo respectu mercedis eterne.

[3]) v. Srbik S. 76; ebenda S. 75 ff. (die landesfürstliche Vogtei im späteren Mittelalter); Dopsch, Einl. I S. 88*; Einl. II S. 58* ff.; vgl. U. Stutz, Das Habsburgische Urbar und die Anfänge der Landeshoheit, Zeitschr. d. Sav.-Stift. f. Rechtsgesch., Germ. Abt., Bd. 25 (1904, S. 192 bis 257) S. 251.

[4]) Urkundenb. von St. Lambert, F.R.Austr.II/21 (1865) S.378 (1278, II.9).

[5]) Urkundenb. des Benediktinerstiftes St. Paul in Kärnten, herausg. von Beda Scholl (Wien 1876). F. R. Austr. II/39 (1876) S. 331 (1417).

[6]) v. Srbik S. 86 [5]; Loebl, Landanlage a. a. O. S. 490.

[7]) Urkundenb. von St. Lambert, F. R. Austr. II/21 (1865) S. 379 in predio vel in claustro; Diplomatarium miscellum saeculi XIII, herausg. von J. Chmel (Wien 1849), F. R. Austr. II/1 S. 114 (1270).

Ausgabenverzeichnis des Pfistermeisters von Klosterneuburg [1]) tut die Last der Herbergepflicht im 14. Jahrhundert dar. Vom 20. bis 23. Oktober 1360 war die Herzogin mit 260 Pferden im Stift [2]). Allein in Klosterneuburg, das für die von der landesfürstlichen Familie besonders an hohen Feiertagen viel in Anspruch genommene Gastung reichliche Privilegien erhielt, konnte diese weniger als Last empfunden werden [3]). Anders war es bei den von der landesherrlichen Residenz mehr entfernten und darum der willkürlichen Inanspruchnahme der Herberge durch die landesherrlichen Beamten und Jäger mehr ausgesetzten Klöstern. Deren Bestreben, sich von der lästigen Gastung zu befreien [4]), ist begreiflich. Sie wurde auf Zeit erlassen [5]), oder es trat Befreiung ein von der Gastungspflicht der landesfürstlichen Jäger und des Gesindes [6]). Nachtseldabgaben sind in den Urbaren nur selten erwähnt [7]). Auch für Häuser in den Städten wird Befreiung von der Gastungspflicht gewährt, so in

---

[1]) A. Horawitz, Ein Bild aus dem Klosterleben Oesterreichs, in Zeitschr. f. allgemeine Geschichte, Kultur-, Literatur- und Kunstgeschichte Bd. I (1884, S. 19—30) S. 24.

[2]) Urkundenbuch des Stiftes Klosterneuburg bis zum Ende des 14. Jahrhunderts, herausg. von Hartm. Zeibig, Bd. I (Wien 1857), F. R. Austr. II/10 (1857) S. LX. Das ganze Ausgabenverzeichnis Bd. II, F. R. Austr. II/28 (1868) S. 246 ff., no. 13, bes. S. 253 und die S. 254 verzeichneten grossen Gastungen.

[3]) Urkundenb. Klosterneuburg I, F. R. Austr. II/10 (1857) S. LIX f.

[4]) v. Srbik S. 88 [3] Belegstellen.

[5]) Urkundenb. ob der Enns V S. 367 (1323 für Kloster Wilhering Herzog Heinrich: uber ain gantzes jar frey und ledich sullen sein geste und auch aller gastunge dar umb, daz si Got dester emzclichen gedienen mugen. Urkundenb. ob der Enns VII S. 654 (1359 Stift Lambach: auf sechs Jahre: weder kost noch futer uns selber, unsern gesind und unsern pherten). 1364 lässt sich Stift Florian auf zwei Jahre befreien. Urkundenb. ob der Enns VIII S. 192.

[6]) Urkundenb. ob der Enns VII S. 654.

[7]) Oesterr. Urbare, 1. Abt. Bd. I S. 31, no. 88; S. 103, no. 95 u. 96; vgl. Dopsch, Einl. I S. 162*.

Linz[1]), in Wien[2]); bisweilen wird bei Uebertragung einer Vogtei dem neuen Vogt verboten, Nachtselde zu nehmen[3]). Jedenfalls ist aber im allgemeinen auch für geistlichen Besitz die Gastung Pflicht und die Befreiung Ausnahme[4]). Ähnlich wie mit der Gastung verhielt es sich mit der öffentlichen Leistung des Burgwerkes: Arbeiten von Spanndiensten beim Bau der landesherrlichen Burgen, Stellung von Heerwagen und Verfrachtung von Kriegsmitteln und Lebensbedürfnissen[5]). Bei einzelnem geistlichen Besitz ist dieser Dienst erlassen, bei anderem in eine Geldleistung umgewandelt[6]).

§ 11.
Die ausserordentliche Besteuerung.

Zu den öffentlichrechtlichen Abgaben, die aus anfangs ausserordentlichen ordentliche geworden waren, kamen auch in den österreichischen Landen bald eigentlich ausserordentliche hinzu. Eingriffe in Klostergüter waren immer wieder vorgekommen. So redet Leopold VI. 1217 in einem Privileg für Kremsmünster von einer seit langer Zeit enormiter ge-

---

[1]) Urkundenb. ob der Enns VI S. 148. Dem Erzbischof von Salzburg wird Freiung zugesichert für dessen Haus in Linz; vor gastung und vor herwergung. Diese Freiheit wird bestätigt, neu wird eine solche gegeben für: hofmarch, die gelegen ist ze nechst an sinem alten hous ze Lyncz. Diese soll fûrbaz ouch entladen sein aller gastung und herwergung.

[2]) Böhmer, Reg. Imp. (1244—1313) no. 498.

[3]) 1413, II. 14 bestätigt Herzog Ernst von Oesterreich der Geistlichkeit der Bistümer Trient und Brixen ihre Freiheiten und verbietet den Ueberfall, d. h. erzwungene Gastungen der Pfarrhöfe, vgl. Riezler, Nachtselden S. 552[2].

[4]) Urkundenb. ob der Enns IX no. 663, S. 800 (1380 Kloster Garsten erhält vom Herzog Albrecht auf drei Jahre Freiheit von aller Gastung von Rittern und Knechten besonders herrschaftlichen Jägern und Hunden. Dafür muss das Kloster steuern, vgl. no. 661, 716).

[5]) Werunsky, Reichsgeschichte S. 131; Dopsch, Einl. I S. 165*.

[6]) v. Srbik S. 148, vgl. Urkundenb. St. Paul in Kärnten, F. R. Austr. II/39 (1876) S. 401.

schehenen Verletzung des Klosters [1]). Die erste ausserordentliche Steuer in Oesterreich, eine allgemeine Grundsteuer, trieb 1236 der sich in Opposition gegen Kaiser und Reich befindende Herzog Friedrich II. der Streitbare ein [2]). Bei der Besteuerung der Kirchengüter hat Friedrich allem nach die Bestimmungen der Immunitätsdekretalen nicht eingehalten. Schon das gewaltsame Eindringen in die Kirchen spricht dagegen [3]). Auch Ottokar achtete die Immunität im allgemeinen nicht. Selbst dass er das kanonische Privileg auf die persönlichen Einkünfte der Geistlichen eingeschränkt hat [4]), dürfte nicht zutreffen. Wenn 1267 dem Kloster Zwettl zum erstenmal erlaubt wird, die ihm in Landesnot auferlegte bestimmte Summe auf die Klosterleute zu repartieren [5]), so ist zu bedenken, dass Zwettl ein Zisterzienserkloster war [6]). Wie Rudolf von Habsburg sich von den Reichsstädten ausserordentliche Steuern geben liess [7]), so belegte er 1277 ganz Oesterreich mit einer ausserordentlichen Grundsteuer [8]). Am 28. Mai 1277 stellte Rudolf dem Erzbischof Friedrich von Salzburg sowie den Bischöfen Bertold von Bamberg, Leo von Regensburg, Petrus von Passau, Dietrich von Gurk, Johann von Chiemsee und Wernhard von Seckau einen Schadlosbrief aus für die

---

[1]) v. Meiller, Regesten no. 141.

[2]) Dopsch, Beiträge zur Geschichte der Finanzverwaltung, M. J. Oe. XVIII (1897) S. 243 (M. G. SS. IX p. 638); v. Mensi, Direkte Steuern in Steiermark I S. 3 f.; v. Srbik S. 133.

[3]) Dopsch, M. J. Oe. XVIII (1897) S. 243.

[4]) Diese Auffassung teilt v. Srbik S. 134; vgl. v. Mensi I S. 4.

[5]) v. Srbik S. 134 [2].

[6]) Vgl. Dopsch, Steuerpflicht und Immunität a. a. O. S. 28.

[7]) Redlich, Reg. Imp. VI no. 317 a; Derselbe, Die Anfänge König Rudolfs, in M. J. Oe. X (1889, S. 341—418) S. 415, Derselbe, Rudolf von Habsburg S. 490 ff. (vgl. Reg. Imp. VI no. 240, 657, 1580, 2264, 2280, 2281, 2397); Zeumer, Städtesteuern S. 121 ff.

[8]) Redlich, Reg. Imp. VI no. 904a. Die Annal. Basil. (M.G. XVII p. 201) melden zum Jahre 1277: In Austria rex novam exactionem adinvenit et a quolibet aratro quinque solidos postulaverat. Dazu Zeumer, Städtesteuern S. 17; Redlich, Rudolf von Habsburg S. 354 f.

Bewilligung einer Auflage auf ihre Dominikalgüter und die Güter der unter ihrer Jurisdiktion in den babenbergischen Erblanden liegenden Klöster und Kirchen [1]). Die diesmal gewährte Gnade soll keine Folgen haben, so dass man darauf wie auf etwas Schuldiges einen rechtlichen Anspruch machen könnte [2]). Dann nimmt Rudolf für diesen Fall die Immunität gegen ihre Verletzer in Schutz: Sciatque presumptor talis iniurie, se adversus immunitatem ecclesiasticam sacrasque leges Romani imperii ausu sacrilego deliquisse. Wer von der Beeinträchtigung der kirchlichen Freiheit nach dreimaliger Mahnung durch die Bischöfe nicht absteht, soll die Lehen, die er von der Kirche hat, ipso iure verlieren [3]). Das Rudolf gewährte subsidium tolerabile war jedenfalls ein Teil der ausserordentlichen Grundsteuer und trat nicht, wie Redlich meint [4]), als doppelte Belastung des Kirchengutes zu letzterer hinzu [5]).

Hat Rudolf von Habsburg durch den Schadlosbrief die kirchliche Steuerimmunität [6]) in Oesterreich schlechthin garantiert? Hat er „die eigenmächtige ausserordentliche Besteuerung des Kirchengutes überhaupt als Verbrechen gegen die immuni-

---

[1]) v. Schwind-Dopsch, Ausgewählte Urkunden no. 54, S. 110 ff.

[2]) Ebenda: ut nullus predictam gratiam ex sola liberalitate principum nobis factam ad consequentiam trahere vel eius pretextu aliquid tanquam sibi debitum extorquere, exigere seu exactum colligere audeat vel contendat; vgl. Redlich, Reg. Imp. VI no. 780.

[3]) v. Schwind-Dopsch, Ausgewählte Urkunden S. 112: ipso iure tanquam factus ingratus ecclesiis a quarum gravamine monitus non desistit, feuda perdat, que possidet ab ecclesiis, quas indebita exactione non metuit onerare.

[4]) Redlich, Rudolf von Habsburg S. 355: „Man darf wohl kaum annehmen, dass diese Kriegshilfe und jene allgemeine Steuer ein und dieselbe Massregel gewesen seien."

[5]) Vgl. Werunsky S. 135 und besonders v. Srbik S. 134[4]. Wir müssten dann auch einen Schadlosbrief wegen der Grundsteuer haben; zudem ist Redlich, Reg. Imp. VI no. 906 zu beachten.

[6]) Dopsch, Steuerpflicht und Immunität S. 18; Schadlosbrief für Steiermark v. Mensi I S. 4; dazu A. Dopsch, Besprechung des Buches v. Mensis M. J. Oe. Bd. XXXIV (1913, S. 373—376) S. 374.

tas ecclesiastica erklärt?[1]). Der Schadlosbrief zeigt, darauf macht Dopsch aufmerksam, dass es sich „nicht um Rechte des Kirchenguts in Oesterreich schlechthin, sondern nur um ganz bestimmte Teile desselben" handelt[2]). Vor allem sei zu beachten, dass sich die Bewilligung der Bischöfe 1277 nach dem Wortlaut der Urkunde nicht auf alle Klöster und Stifter bezog, sondern nur auf die, welche der (geistlichen) Jurisdiktion jener Bischöfe unterstanden, vor allem nicht auf die exemten Klöster. Wir müssen Dopsch Recht geben. Wenn Rudolf, bevor er seinen Sohn Albrecht zum Reichsverweser in Oester-

---

[1]) v. Srbik S. 135.

[2]) Dopsch a. a. O. S. 5. Die Urkunde „besagt allerdings nichts für die ordentliche Steuer des Landesherrn. Aber sie ermöglicht, wenn man nicht bei einer blossen Wortübersetzung stehen bleibt, sondern eine rechtlich zutreffende Interpretation versucht, eine bedeutsame Erkenntnis. Denn es handelt sich hier nicht um Rechte des Kirchenguts in Oesterreich schlechthin, sondern nur um ganz bestimmte Teile desselben. Man kann deshalb auch nicht wie dies bisher geschehen ist, aus diesen und ähnlichen Schadlosbriefen der Folgezeit einen Schluss ziehen auf eine prinzipielle Steuerfreiheit des kirchlichen Grundbesitzes oder anderseits ein von den Landesherren tatsächlich in Anspruch genommenes Recht, Steuern davon zu erheben. Dieser Schadlosbrief bezieht sich nämlich nur auf die Steuer, welche die genannten Bischöfe bewilligt haben: tam de bonis ipsorum dominicalibus, quam de prediis monasteriorum et ecclesiarum eorum iurisdictioni in partibus Austriae, Stirie, Karinthie, Carniole, Marchie subditarum. Es ist also nur von dem Dominikalgut, nicht vom Kirchengut schlechthin die Rede. Und weiter: Es wird hier ausdrücklich auf die immunitas ecclesiastica als Rechtsgrund jener bevorzugten Stellung Bezug genommen und zugleich erklärt, dass die Erhebung jener Steuer vom Dominikalgut, sowie dem Gute gewisser Klöster dagegen, wie gegen die sacrae leges imperii Romani verstosse. Es will somit dieser Schadlosbrief sich nicht gegen die ausserordentliche Steuer überhaupt richten, sondern nur gegen die Ausdehnung derselben auf bestimmte Kirchengüter. Die immunitas ecclesiastica übte offenbar nicht auch auf das übrige Kirchengut in den genannten Ländern jener ausserordentlichen Steuer gegenüber Exklusivwirkung aus, oder mit anderen Worten, der übrige Grundbesitz unterlag tatsächlich der landesfürstlichen Besteuerung auch ohne Zustimmung der kirchlichen Eigentümer."

reich und Steier bestellte, den einzelnen Klöstern den Steuerbetrag ersetzte und sie nach Möglichkeit versöhnte, so spricht das dafür, dass er ihnen gegenüber die Immunität verletzt hatte und bei der Unterlassung der päpstlichen Konsultation eine Massregelung durch Rom befürchten konnte. So dürfte Rudolfs Verhalten nicht als ein „Rückschritt“ [1]) zu bezeichnen, sondern aus politischen Erwägungen heraus verständlich sein [2]).

Albrecht I. liess sich von solchen Erwägungen nicht leiten. Bonifaz VIII. lud ihn, weil er clericis et ecclesiasticis personis Salzeburgensis civitatis et diocesis onera rusticorum imposuit, nach Rom, 1297 [3]). In diesem Monitorium verwies der Papst mit auf die Bulle Clericis laicos. Wir dürfen annehmen, dass sie damals auch in den österreichischen Diözesen verkündet war [4]), wie überhaupt in der Kirchenprovinz Salzburg zum Schutz der Immunität entscheidende Schritte getan wurden [5]). Die Bedeutung der Bulle Clericis

---

[1]) v. Srbik S. 134.

[2]) Zu Rudolfs Restitution v. Srbik S. 135 [1]; Redlich, Reg. Imp. VI no. 1251 a; für die steirischen Klöster Redlich, Reg. Imp. VI no. 1199, vgl. L. Ludger, Das Stift Seckau unter dem Propste Ortolf von Prank, seinem Restaurator (1259—1289), in den Studien und Mitteil. aus dem Benediktiner- und Zisterzienserorden Bd. XII (1891, S. 1—16; 221—243) S. 234.

[3]) A. Fanta, F. Kaltenbrunner und E. Ottenthal, Aktenstücke zur Geschichte des deutschen Reiches unter den Königen Rudolf I. und Albrecht I. (Mitteilungen aus dem vatikanischen Archive, herausg. von d. kaiserl. Akademie d. Wissenschaften Bd. I, Wien 1889) S. 478 ff., no. 476; es heisst weiter: ab eis collectas agarias (!) et parangarias exigendo contra canonicas sanctiones et constitutionem per nos nuper editam in preiudicium ecclesiasticae libertatis.

[4]) Verkündigung in der Diözese Passau, vgl. Urkundenb. ob der Enns IV S. 235 no. 261, bes. S. 248 no. 275.

[5]) Von Bündnissen zum Schutz der Immunität war schon oben S. 68 [7] die Rede. Ausserdem beruft 1286, VIII. 21 Bischof Wernhart von Passau im Auftrag des Metropoliten den Klerus seines Sprengels zu einer Synode nach Salzburg; vgl. Urkundenb. ob der Enns IV S. 46 f. (nicht Bd. III, wie v. Srbik S. 136 [2] vermerkt): Audivimus . . ., quam nos audisse oportuit, sed audisse profecto non libuit querelam gravem et dolore non vacuam

laicos selbst in unseren Territorien hat v. Srbik überschätzt[1]). Denn einmal galten die Dekretalen von 1179 und 1215 und „fiel kanonisch-rechtlich das Erfordernis des Konsenses der Bischöfe“ zur Besteuerung des Klerus für die Landesherren nicht vollständig weg, und sodann hat die Bulle in Oesterreich sicher nicht über das Jahr 1310 hinaus gegolten[2]). Wenn sich auch in Oesterreich nach Aufhebung der Bulle die Herzöge vom Papst einigemal direkt die Erlaubnis zur Besteuerung des Klerus geben liessen[3]), so geschah dies nur, um der vom obersten kirchlichen Steuerherrn bewilligten ausserordentlichen Abgabe ganz sicher zu sein, wozu es weder vor noch nach 1296 an Parallelen auch in anderen Ländern fehlt[4]). In ausgedehnter Weise wurde dieses Verfahren ja von den Bischöfen zur Erhebung von Subsidien eingeschlagen. Es ist also zu beachten, dass im 14. Jahrhundert für Oesterreich die Immunitätsdekretalen von 1179 und 1215 gelten sollten und dass es sich bei der Besteuerung des Klerus nur darum handelt, ob die „Konsultation“ der Kurie geschehen, nicht ob ihre „Autorisation“ [5]) eingeholt ist. Dabei ist zu bemerken, dass

---

prelatorum et generaliter nostre provincie clericorum, quod emunitas ecclesiastica hactenus sub vigore debito conservata — angariis et parangariis — aliisque servitutis oneribus ad diminucionem capitis ultimam potestate laica tam indebite sit inducta et cottidie deducatur et serva de libera — et ancilla iam facta de domina — status et condicio ecclesie per partes nostre provincie de gloria in ignominiam sit mutata. — Zu vorangegangener Reaktion gegen zu starke Belastung Urkundenb. Stift St. Paul in Kärnten, F. R. Austr. II|39 (1876) S. 154 (1263); Diplom. miscell. saec. XIII, F. R. Austr. II/1 (1849) S. 90 (1267): Auferlegung von ungebührlichen Abgaben de facto, de iure non.

[1]) v. Srbik S. 136 f.

[2]) Siehe oben S. 67[4].

[3]) v. Srbik S. 137 f.; E. Hennig, Die päpstlichen Zehnten aus Deutschland im Zeitalter des avignonesischen Papsttums und während des grossen Schismas (Königsberger phil. Diss. 1909) S. 3 f.

[4]) Frankreich und England, vgl. Haller, Papsttum und Kirchenreform Bd. I S. 41 f.; Werminghoff, Reichskriegssteuergesetze S. 124 ff., bes. 126[1].

[5]) v. Srbik S. 138.

die erfolgte päpstliche Konsultation die weltliche Macht nicht abhielt, dem Klerus noch eine willkürliche Steuer aufzulegen.

Der seiner Zeit weit vorauseilende Rudolf IV. [1]) brachte überhaupt eine Wendung in die Entwicklung der österreichischen Finanzen [2]). Er erhob die ausserordentlichen Steuern vom Klerus „gegen das ausdrückliche Verbot des Papstes“ [3]). Durch den Hausvertrag vom Jahre 1364 [4]) wurde der ausserordentliche Charakter der gemeinen Landsteuer geradezu unterdrückt [5]). Dann kamen die Landtage [6]) auf, die freilich die Immunität in so fern mehr schützen konnten, als hier bei den Steuern zu prüfen war, „ob wirklich ein finanzielles Unvermögen des Landesherrn“ bestehe [7]). Im übrigen fielen in

---

[1]) J. A. Tomaschek, Die Rechte und Freiheiten der Stadt Wien (Geschichtsquellen der Stadt Wien, herausg. von Karl Weis, Abt. I, Bd. I, Wien 1877) S. LXV; Spangenberg, Vom Lehnstaat S. 124 und Anm. 3.

[2]) v. Srbik S. 138.

[3]) Ebenda S. 139; Annales Matseenses M.G. SS. IX p. 831 (ad a. 1363: contempsit mandatum domini apostolici Urbani papae V; 1361 hatte Rudolf alle auf Privilegien beruhenden Befreiungen von der Schatzsteuer aufgehoben, v. Luschin I[2] S. 236.

[4]) v. Schwind-Dopsch, Ausgewählte Urkunden S. 231 ff., bes. 235; v. Srbik S. 139 [5]; v. Luschin I[2] S. 122, 147.

[5]) v. Luschin I[2] S. 236. Die Befreiung einzelner Klöster von allen Steuern zeigt, dass diese feste Einnahmequellen geworden sind, vgl bes. v. Srbik S. 140 [5] mit Belegstellen.

[6]) v. Luschin I[2] S. 205 ff., 217 ff., 307 ff.

[7]) Werunsky, Reichsgeschichte S. 138; v. Luschin I[2] S. 206, 227 („Landtage sind Geldtage hiess es“) 299. Zur Bonitierung vgl. M. Vancsa Die ältesten Steuerbekenntnisse der Stände in Oesterreich unter der Enns. Ein Beitrag zur Steuergeschichte und zur Kunde der Geschichtsquellen Oesterreichs, Erg.-Bd. VI der Mitteil. d. Inst. f. österr. Geschichtsforsch. (1901, S. 458—472) S. 458, bes. Anm. 1 u. 2; A. Dopsch, Besprechung des Buches von B. Moll, Zur Geschichte der Vermögenssteuern (Leipzig 1911, in M. J. Oe. Bd. XXXV (1914, S. 174—177) S. 174. — Die Geschichte der Landstände verläuft nicht in gerader Linie, wenn auch oberster Grundsatz: nil de nobis sine nobis blieb, vgl. v. Luschin I[2] S. 205 f., 226.

Oesterreich auch die Rentensteuern der Geistlichen in die Zuständigkeit des Landtags [1]).

Die Reaktion von Kirche und Klerus, welche die Steuerfreiheit als Prinzip verfechten wollten, blieb nicht aus [2]). Im Kampf gegen den Konziliarismus kam dann aber gerade der Papst den territorialen Ansprüchen entgegen. Nach Abschluss des „kümmerlichen“ [3]) Wiener Konkordates, 17. Februar 1448 [4]), gelingt es Friedrich III. sogar, von Papst Nikolaus V. 1452 durch die Konstitution Que iura [5]) für seine Gebiete die Aufhebung der Immunitätsdekretalen zu erwirken. Waren letztere nicht ausgesprochen zurückgenommen, so tatsächlich doch gegenstandslos gemacht. Denn Friedrich III. erhielt das Recht, wenn er oder seine Nachfolger den Fall einer Not für gekommen erachteten, auch diocesanorum . . . ad id non accedente consensu Steuern, Kontributionen oder Subsidien pro maritandis puellis et pro incumbentibus — negotiis perferendis auf den Klerus zu legen. Dieses Zugeständnis ist das päpstliche Plazet auf die gewohnheitsrechtliche Uebung in Oesterreich [6]).

---

[1]) v. Srbik S. 143.

[2]) Siehe unten.

[3]) Werminghoff, Reichskriegssteuergesetze S. 5.

[4]) Altmann u. Bernheim, Ausgewählte Urkunden [4] S. 144 ff. no. 72.

[5]) v. Schwind-Dopsch, Ausgewählte Urkunden S. 367, no. 194; v. Srbik S. 145 f.; v. Luschin I [2] S. 236 f.; Hennig a. a. O. S. 5; vgl. Schäfer, Deutsche Geschichte I [3] S. 429; Spangenberg, Vom Lehnstaat S. 128; Werminghoff, Nationalkirchliche Bestrebungen im deutschen Mittelalter S. 105: „das Wiener Konkordat liess den König als Vertreter der deutschen Nation handeln. Es verschwieg, dass der Papst gerade seinen landeskirchlichen Tendenzen in den österreichischen Erblanden entgegengekommen war, um ihn überhaupt zum Abschluss des Vertrags zu bewegen. Von solchem König liess sich am wenigsten erwarten, dass er ein Garant werde der wenigen Rechte, die der Kirche auf Grund seiner Abmachungen verblieben“; vgl. E. Münch, Vollständige Sammlung aller ältern und neuern Konkordate nebst einer Geschichte ihres Entstehens und ihrer Schicksale Bd. I (Berlin 1830) S. 32.

[6]) So verlangte Friedrich vom Stift St. Paul in Kärnten: zue aussteurung ir mayestat schwester mit andern Klöstern 800 Dukaten, vgl. Urkundenb. des Benediktinerstifts St. Paul, F. R. Austr. II/39

v. Srbik hat unter den vom Landesherrn ohne Bewilligung der Prälaten selbständig erhobenen Steuern die Fräuleinsteuern[1]) und die zu Kriegsbedürfnissen nötigen[2]) gesammelt. Aus dem noch nicht einmal auf Vollständigkeit Anspruch erhebenden Material ist ersichtlich, wie häufig und stark der Klerus eigenmächtig besteuert wurde.

„Unter Friedrich III. waren", bemerkt v. Srbik[3]), „nur die Eigengüter[4]) und — wenigstens beanspruchten die Prälaten dies — die notwendigsten Einkünfte des landsässigen Ordens-

(1876) S. 404; v. Luschin I² S. 128: Friedrich hatte den Grundsatz: Ein jeder Fürst, der da regieren will gewaltiglich nach seinem Nutz und Gefallen, der hüte sich vor Versammlung der Landschaft und Nobilium.

[1]) v. Srbik S. 142⁵; v. Luschin S. 299.

[2]) v. Srbik S. 143¹; wegen Anschlag zur Bezahlung von Kriegsentschädigungen siehe Urkundenbuch Göttweig III. F. R. Austr. II/55 (1902) S. 127. 131, no. 1912 u. 1917; Jos. Chmel, Monumenta Habsburgica. Sammlung von Aktenstücken und Briefen zur Geschichte des Hauses Habsburg in dem Zeitraume von 1473—1576, I. Abt., II. Bd. (Wien 1855) S. 572.

[3]) v. Srbik S. 145; zur Besteuerung des Klerus durch Friedrich vgl. v. Mensi I S. 15, bes. S. 20 ff.

[4]) v. Srbik S. 145². Er verweist auf die Beschwerde Göttweigs über einen Anschlag auf seine inkorporierten Kirchen. Urkundenb. Göttweig II. F. R. Austr. II/52 (1901) S. 425. Vgl. Dopsch, Steuerpflicht und Immunität S. 18 f. Die Beschwerde hatte Erfolg; siehe aber Friedrichs Befehl wegen einer auf diese (genannten) Kirchen veranschlagten Steuer S. 426: anslag von des vergangen velds wegen. Der Abt dünkte sich beschwert, nachdem er und sein volkh ze rossen und ze fůssen, als maist er hat mugen in demselben veld gehabt hab und auch vormaln, wenn sölh gemain ansleg auf die priesterschaft unnd kirhen im lannd sein beschehen, kain anslag darauf sey getan worden. v. Srbik S. 145² zitiert den mit „nachdem" eingeleiteten Nebensatz nicht ganz. Offenbar hat sich der Abt deshalb beschwert, weil er mit Rossen schon gedient hat. Hätte er diese nicht gestellt, dann hätte es sich um jene ausserordentliche Hilfe gehandelt, die nach § 54 des 2. Landrechts (v. Schwind-Dopsch, Ausgewählte Urkunden S. 103) statt der Stellung von Reichskontingenten gegeben werden musste; vgl. auch Urkundenb. St. Paul, F. R. Austr. II/39 (1876) S. 405 (1447); Urkundenb. Göttweig III, F. R. Austr. II/55 (1902) S. 103, 103³, 110.

und Weltklerus von den landständischen und landesfürstlichen Steueranschlägen noch frei." Die inkorporierten Kirchen wurden aber der ausserordentlichen Besteuerung gegenüber nicht durchgehends wie die Eigengüter behandelt, was aus Briefen, mit denen das Stift Göttweig Vikare auf inkorporierte Pfarreien anweist, erhellt [1]).

Vor allem ist es auch der diktatorische Ton, in dem Friedrich die Steuern verlangt [2]), der die Weiterentwicklung der Steuerhoheit über die Geistlichkeit bezeichnet. Diese Entwicklung war eine derartige, dass in der Folge weniger mehr eine Steuerbefreiung als eine Ausnahmebehandlung bei der Auflegung oder Erhebung in Frage kam. So liess sich das Spital am Piern 8. November 1477 das Privileg erteilen, dass es bei einer Besteuerung der Prälaten zu Oesterreich unter und ob der Enns von denselben prelåtten ganntz gesunndert behandelt werden soll, so dass es auf tausend Gulden oder Pfund Pfennig stewr oder anslege auf die Prälaten nicht mehr als zehn Gulden oder zehn Pfund Pfennig zu zahlen braucht [3]).

---

[1]) Urkundenb. Göttweig III, F. R. Austr. II/55 (1902) S. 21 (1469): Der auf die inkorporierte Kirche angewiesene Weltpriester hat nur die auf seine Person und sein Einkommen fallende Steuer zu leisten. Die vom Landesfürsten auf die Abtei gelegte zahlt das Stift; vgl. S. 325 u. 371 (1499): Dem Jos. Klewber wird die Seelsorge und Administration in Spiritualien und Temporalien in einer inkorporierten Kirche übertragen. Falls Steuer oder Auflage vom Landesfürsten erfolgt, hat er seinen Anteil zu geben; vgl. v. Mensi I S. 24 f.

[2]) Urkundenb. Göttweig III, F. R. Austr., II/55 (1902) S. 110 f. (1477). Friedrichs Befehl an Abt Lorenz von Göttweig zur Auszahlung der Anleihe und des Kriegssteueranschlags: ob du aber des nicht tůn wurdest, so wellen wir dieselben unser dienstlewt auf dein gottshaus legen und so lanng darauf ligen lassen, untz wir desselben anslags und anlehen von dir ganntz betzallt werden; vgl. einen ähnlichen, im Entwurf erhaltenen Befehl an den Bischof Christoph von Seckau Chmel, Monum. Habsb. I. Abt., Bd. II, S. 763 (1478) und S. 770 (1478) an den Abt zu St. Lamprecht; vgl. v. Mensi I S. 20 ff., bes. S. 29. „Man nahm eben das Geld, wo man es ohne landtägliche Bewilligung haben konnte."

[3]) Chmel, Monum. Habsburgica, I. Abt., Bd. II S. 285; einzelne Steuerbefreiungen durch Friedrich III. siehe bei v. Mensi Bd. I S. 13 f.

Die Holden der Klöster waren im allgemeinen der willkürlichen Besteuerung durch den Abt, der die das Kloster treffende Steuer auf sie abwälzen wollte, entrückt [1]. Zur Repartierung einer ausserordentlichen Steuer auf die Klosterleute ist landesfürstliche Erlaubnis nötig [2]. Dem Zisterzienserkloster Rain gestattete Friedrich (III.) der Schöne, seine Kolonen zu Landsteuern heranzuziehen [3]. Landesfürstliche Genehmigung ist auch erforderlich, wenn ein Kloster Abgaben von seinen Leuten erhebt, die über die grundherrlichen hinausgehen und fast den Charakter öffentlichrechtlicher annehmen [4]. Deshalb waren die Vögte und Pfleger bestrebt, die Umlage eines Teils der Steuer auf die Klosterleute zu hintertreiben [5], wie sie auch sonst dem Abt auf vielfache Weise seine oberchait zu entziehen suchten [6].

---

[1]) v. Srbik S. 56; Loebl, Landanlage S. 489 f.

[2]) Stiftungsbuch d. Zisterzienserklosters Zwettl, herausg. von J. v. Frast (Wien 1851), F. R. Austr. II/3 S. 160; v. Mensi a. a. O. I S. 23 f.

[3]) E. Winkelmann, Acta imperii inedita, Urkunden und Briefe zur Geschichte des Kaiserreichs und des Königreichs Sizilien Bd. II, 1200—1400 (Innsbruck 1885) no. 430 p. 274 (1316; vgl. v. Srbik S. 154 [1]; Urkundenb. Göttweig III, F. R. Austr. II/55, 1902 S. 371): ut composiciones, que steure nominantur, quociens eos terre principi servire contigerit, ab eisdem colonis et officialibus suis valeant exigere et sine impedimento quolibet extorquere. Zur Umlegung landesfürstlicher Steuern auf die Hintersassen der Zisterzienser siehe Dopsch, Steuerpflicht und Immunität a. a. O. S. 28; vgl. v. Mensi a. a. O. Bd. I S. 9 u. Anm. 1.

[4]) Urkundenb. ob der Enns V S. 480 (1327) Herzog Otto untersagt dem Abt von Melk, von den Untertanen des Klosters St. Florian in Radendorf Steuern zu begehren: quod tu preter iuris ordinem a bonis suis — steuram exigas et requiras, verum, cum nos eorundem bonorum advocati simus legitimi, nullam tibi preter censum solitum, iurisdicionem volumus ascribi contra dicti monasterii libertates; vgl. auch Urkundenb. ob der Enns VI S. 245.

[5]) Urkundenb. St. Paul in Kärnten, F. R. Austr. II/39 (1876) S. 359 (1433), in diesem Fall wurde allerdings der Streit zugunsten des Klosters entschieden, weil auch ain beschaidne stew̃r auf die Klosterleute zu legen hier von alter herkömen und gewöndleich war.

[6]) v. Srbik S. 86 u. 86 [5] (Belegstellen).

§ 12.

Zoll, Ungeld, Scharwerkgeld. Zusammenfassung.

Der als Eingangs-, Durchgangs- und Ausfuhrabgabe erhobene Zoll war in den österreichischen Territorien eine reiche Einnahmequelle [1]). In den Urkunden finden wir die Bezeichnung mutua seu exactio, que unghelt lingua Theutonica appellatur [2]), maut [3]) und alles ungelt und vorderung [4]). Der Zoll wird von Getreide, Wein und sonstigen Lebensmitteln [5]) erhoben, besonders auch von Salz [6]). Grundsätzlich sind die Stifter und Klöster nicht frei, doch sind die Spezialbefreiungen besonders zahlreich für den gesamten Bedarf oder für eine bestimmte Quantität von Lebensmitteln [7]).

---

[1]) v. Luschin, Reichsgeschichte I² S. 290.

[2]) Austro-Friulana, F. R. Austr. II/40 (1877) S. 49, no. 39; Dopsch, Einl. I S. 227*.

[3]) In Oesterreich die häufigste Bezeichnung, Th. Mayer, Zwei Passauer Mautbücher aus den Jahren 1400—01 und 1401—02, Landshut 1908. vgl. Hist. Zeitschr. Bd. 110 (1913) S. 389 ff.; Th. Mayer, Der auswärtige Handel des Herzogtums Oesterreich im Mittelalter (Forsch. z. inneren Geschichte Oesterreichs, herausg. von A. Dopsch, H. 6, Innsbruck 1909); v. Mensi, Direkte Steuern in Steiermark Bd. I S. 2.

[4]) Hund, Metropolis t. II p. 337.

[5]) Urkundenb. St. Lambert in Altenburg, F. R. Austr. II/21 (1865) no. 277, S. 256.

[6]) Urkundenb. Göttweig II, F. R. Austr. II/52 (1901) S. 72.

[7]) Vgl. die vielen Exemtionen in den Bänden des Urkundenb. ob der Enns, Bd. IX no. 8, S. 12 (1376 Bestätigung der alten Freyung aus besonderer Gnade für Wein, Getreide und alle andere Speise, dy zů irem gemainem tisch gehőrent): no. 88, S. 123 (1376); no. 110, S. 147; no. 227, S. 289 (Mautfreiheit als ein Teil der Jahrtagsstiftung); no. 254, S. 322 f. (aus besonderer Gnade Bestätigung der Mautfreiheit zu Aschach für den Pfarrer von St. Gilgen bei Passau für den ganzen Bedarf, daz dem Goczhaus und den siechen daselben in irm rechten aÿgen wirt); no. 696, S. 841 ff. (Herzog Albrecht III. von Oesterreich befreit ewiglich im ganzen Land alle Hab zu notdurft der neu gegründeten Kartause Aggsbach von Zoll und Maut); v. Luschin Bd. I² S. 291. Mautfreiheit für

Ein ausserordentliches Ungeld, auf das Territorium ausgedehnt, führte 1359 Rudolf IV. ein [1]).

Vom Burgwerk war oben die Rede. Bei Umwandlung desselben in eine Geldleistung mussten die geistlichen ebenso wie die weltlichen Grundholden dem Landesherrn nur noch in ausserordentlichen Fällen Frondienste tun [2]). Rudolf IV. liess aber zudem noch für einen gewöhnlichen Bau zu Freistadt ein ausserordentliches Scharwerkgeld [3]) erheben mit dem Befehl an den Pfleger: Wer aber, daz in dem . . . landgericht dez wider wer, daz du den darzu nottest von unsern wegen [4]).

Zusammenfassend kann gesagt werden: In den altösterreichischen Territorien ist die kirchliche Steuerimmunität nie zu voller rechtlicher Geltung gelangt. Diese Tatsache tritt hier noch schärfer hervor als in Bayern. Grundsätzlich ist die Steuerfreiheit des Kirchengutes überhaupt nie anerkannt worden. Dagegen hat die Kirche auf ihrem Anspruch beharrt. Als Rudolf I. ein subsidium tolerabile erhielt, stellte er ganz bestimmten Teilen des Kirchengutes einen Immunitätsschutzbrief aus. Die Bischöfe und der Klerus traten für die Immunität desto energischer ein, je gefährdeter sie war. Zwar ist es nicht richtig, dass die Bulle Clericis laicos auf dem Salzburger Provinzialkonzil 1310 neu verkündet

---

den Hausbedarf haben alle Rittermässigen in Oesterreich, vgl. S. Adler, Zur Rechtsgeschichte des adeligen Grundbesitzes in Oesterreich (Leipzig 1902) S. 42 [4].

[1]) v. Schwind-Dopsch, Ausgewählte Urkunden no. 103, S. 191 ff.; v. Srbik S. 149 und Anm. 4; Spangenberg, Vom Lehnstaat S. 57, 81; v. Luschin I [2] S. 301; Dopsch, Einl. zu den Oesterr. Urb. Abt. 1 Bd. I S. 227*.

[2]) v. Srbik S. 148; Dopsch, Einl. I S. 165*

[3]) Urkundenb. ob der Enns VIII S. 144 (1363). Rudolf gibt dem Pfleger wegen des Baues in Freistadt Befehl, daz du zu demselben pawe ze stewr ze disem mal auflegest unverzogenlich uf ainen iglichen hof, hofstatt, huben und lehen.

[4]) Urkundenb. ob der Enns VIII S. 145.

wurde [1]); im Gegenteil wurde die Bulle Quoniam publiziert, gleichzeitig wurde auf die Beachtung der Immunitätsdekretalen von 1179 und 1215 gedrungen [2]). Eine Neupublikation von Clericis laicos erfolgte auch nicht auf der Synode von 1386 [3]). Doch wurde hier die Bulle Bonifaz VIII. Quamquam pedagiorum exactiones [4]) verkündet [5]), die Steuerimmunität der Kirche und kirchlichen Personen als begründet non solum iure civili, quin imo et canonico et divino festgelegt und gedroht, dass alle invasores et occupatores et detentores ecclesiasticorum bonorum, wenn sie nach vorausgegangener Mahnung durch die Kirchenobern innerhalb eines Monates von ihrem Beginnen nicht abständen, die kirchlichen Strafen treffen sollten [6]). Vier Jahre darauf wurde der Beschluss Tatsache, indem Albrecht III. wegen Besteuerung der Geistlichkeit gebannt wurde [7]).

Im 15. Jahrhundert versucht es die Kirche noch einmal, ihren Immunitätsansprüchen grundsätzliche Geltung zu verschaffen [8]). Jetzt stellt sie sich wieder ganz auf den Standpunkt der Bulle Clericis laicos, wenigstens nach der Seite hin, dass

---

[1]) Nicht richtig v. Srbik S. 136 [4].

[2]) Siehe oben und Dalham p. 150; K. Hübner, Die Provinzialsynoden im Erzbistum Salzburg bis zum Ende des XV. Jahrhunderts, in den Deutschen Geschichtsblättern Bd. X (1909, S. 187—236) S. 221 f.

[3]) Nicht richtig v. Srbik S. 152.

[4]) c. 4 in VIto de cens. III, 20.

[5]) Dalham p. 164, 202.

[6]) Dalham p. 163 (der Kanon war dreimal im Jahr in den Kirchen zu verkünden). Ausdrücklich sind genannt die exactores, collectores et talliatores.

[7]) v. Srbik S. 152; Freih. Fr. v. Myrbach, Zur Steuergeschichte Tirols, im Finanzarchiv, Zeitschr. für das gesamte Finanzwesen von G. Schanz, Jahrg. XIX, Bd. II (1902, S. 93—135) S. 113. — Zum Ende des 14. Jahrhunderts, vgl. Urkundenb. St. Paul, F. R. Austr. II/39 (1876) S. 260.

[8]) Dalham p. 183, 188, 189. Die Verbindung des Salzburgers mit seinen Suffraganen ad tuendam immunitatem (1419); Ried, Cod. dipl. Ratisb. t. II p. 985; vgl. v. Srbik S. 153, S. 17; das deutsche Instrument der Confoederatio bei Dalham p. 188 s.

die geistliche Besteuerung nur mit „Genehmigung“ des Papstes geschehen darf. Dies tritt deutlich zutage in der Bulle Martins V. vom 17. Juli 1423, die auf die Klagen des Erzbischofs von Salzburg hin wegen der Besteuerung der Geistlichkeit durch Herzog Ernst erlassen wurde [1]). Der Papst redet von einer geschehenen Besteuerung absque dicte sedis (sc. apostolice) licentia contra canonicas sanctiones propria voluntate [2]). Am 29. Januar 1424 wurde gegen den Herzog die Bannbulle verkündet [3]). Immerhin stand diesmal der Erzbischof als Opponierender allein da; seine Suffragane waren mit dem Herzog verbündet [4]).

Die Verkündigung der Beschlüsse der Synode von Basel bedeutet den letzten grosskirchlichen Anspruch auf libertas ecclesiastica [5]). Jetzt aber kam die Wendung. Der auf dem

---

[1]) v. Mensi, Geschichte der direkten Steuern in Steiermark I S. 6 nimmt an, dass es sich um die schon 1408 erhobene sogenannte Pfaffensteuer gehandelt hat, und will das im Seckauer Spezialarchiv kürzlich aufgefundene undatierte „Registrum parochialium et simplicium beneficiorum in Styria (Ernesto duce Styriae)“ darauf beziehen. Es ist ein Verzeichnis mit der Selbsteinschätzung der betreffenden Benefiziaten. Der Betrag wird entweder in runder Summe nach Gewissenspflicht angegeben oder „mehr oder weniger detailliert ausgewiesen, unter Angabe der hierfür nach der Ueberzeugung des Fatenten angemessenen Abgabe. In diesen letzteren Fällen werden meistens die Einnahmen kirchlicher Art (in offertorio, remediis et oblationibus), dann jene aus den Geldzinsen der Untertanen sowie aus deren Naturalleistungen (an Zins und Zehnten), bezw. jene aus der eigenen Landwirtschaft des Fatenten getrennt angesetzt, und zwar bei den Bodenprodukten zumeist unter Angabe des Naturalertrages und der Einheitspreise“. Der Steuerfuss lässt sich aber nicht mit Bestimmtheit entnehmen. Vgl. auch S. 14: das Verfahren für die Veranlagung und Einhebung war meistens sehr oberflächlich geregelt und darum willkürlich; vgl. auch Fürst E. M. Lichnowsky, Geschichte des Hauses Habsburg (Wien 1836 ff.) Bd. V S. 225.

[2]) v. Srbik S. 153 [3] aus dem Original mitgeteilt.

[3]) v. Lichnowsky, Reg. V no. 2173.

[4]) v. Lichnowsky, Geschichte Bd. V S. 225.

[5]) Hund, Metropolis t. II p. 543—546, Martinus V. Dilectis filiis, Hund, Metropolis t. II p. 444—448 (1434). Sacrosancta generalis synodus:

Basler Konzil vertretenen kirchlichen Unabhängigkeitspartei gegenüber, welche die alte Freiheit der Gesamtkirche wahren und verteidigen wollte [1]), lehnte sich das absolute Papsttum an einzelne Landesherren an, vor allem auch an die politisch starke Grenzmark Oesterreich. Hatten hier eben wegen ihrer Grenzstellung die Kirchen und Klöster die Hilfe des weltlichen Arms in Anspruch nehmen müssen, so hatte der Gegensatz zum Konziliarismus den Kompromiss zwischen Papsttum und Landesherrlichkeit geschaffen. Er kam zum Ausdruck in der Konstitution Que iura, wodurch Friedrich III. für sich und seine Erben die päpstliche Erlaubnis erhielt, im Falle des Bedürfnisses und bei Verheiratung der Prinzessinnen auch ohne Zustimmung der Diözesangewalten den Klerus seiner Lande zu besteuern [2]). Das war ein Sieg der Landesherrlichkeit. Aufs neue hatte sich gezeigt, dass der jahrhundertealte Gedanke, durch päpstlichen Schutz ein päpstliches Eigenkirchenregiment zu begründen, sein Ziel verfehlte. Die Kirchen, die dem Einfluss des Königtums entzogen werden sollten, kamen nicht unter das Regiment des Papstes, sondern unter das der Landesherren. Der Immunitätsstreit hatte den Investiturstreit, in dem sich die Kirche an die lokalen Gewalten angelehnt hatte, abgelöst; er selbst erreichte seinen Zweck nicht; im Gegenteil opferten die

---

bes. Urkundenb. St. Paul in Kärnten F. R. Austr. II/39 (1876) S. 360 ff. (1435) an die Bischöfe der Provinz Salzburg, die Herzoge von Oesterreich und Bayern und andere Fürsten; im Notfall ist gegen die Verletzer der Immunität mit Unterstützung des weltlichen Armes vorzugehen. Ebenda S. 260. Das Edikt ist unter Strafe der Exkommunikation zu publizieren.

[1]) B. Hennig, Die Kirchenpolitik der älteren Hohenzollern in der Mark Brandenburg und die päpstlichen Privilegien des Jahres 1447 (Leipzig 1906) S. 5 ff., 39.

[2]) v. Schwind-Dopsch, Ausgewählte Urkunden S. 367; siehe oben S. 96[5]; vgl. Werminghoff, Geschichte der Kirchenverfassung Bd. I S. 264.

Päpste das Gut der Immunität den Landesherren, gegen welche sie grundsätzlich gefordert worden war, und bahnten deren wirkliche Herrschaft über ihre Kirchen an. So war es in Oesterreich[1]).

Die Geistlichkeit konnte nur noch an eine „passive Opposition" gegen übermässige Besteuerung denken[2]). Es war gar nicht mehr nötig, dass Nikolaus von Cues, einer der eifrigsten Verfechter der kirchlichen Freiheit und Unabhängigkeit, an seinen Freund, den salzburgischen Kanzler Bernhard von Kraiburg, schrieb: „Ich sehe nur noch ein Mittel, welches das Evangelium lehrt; wenn die Priester sich durch Ungehorsam des Schutzes des apostolischen Stuhles unwürdig machen, so wird die Zeit kommen, wo der Papst sie deshalb verlassen und sich zu den Bekämpfern der kirchlichen Freiheit wenden wird, um mittels dieser sie zum Gehorsam gegen den apostolischen Stuhl zu zwingen" [3]). Die Zeit Leos IX. war, als die Jahre Leos X. nahten, für die österreichischen Erblande längst dahin, der päpstliche Schutz war gewesen, der volle landesherrliche Schutz[4])

---

[1]) Es kam sogar so weit, dass für die Leibsteuer von 1470 und den Wochenpfennig von 1475 der Papst um einen Ablass gebeten werden sollte. v. Mensi Bd. I S. 43 schreibt: „Charakteristisch für die Anschauung jener Zeit ist es, dass der Kaiser, dem Landtagsbeschlusse zufolge, vom Papste ‚einen Ablass zu dieser Steuer erwirken sollte. Es mag hier wohl die Rücksicht auf das damals noch grundsätzlich festgehaltene Steuerbefreiungsprivilegium des Klerus zu Grunde liegen, hinsichtlich dessen, weil die Steuer auch zur Rüstung gegen die Türken verwendet werden sollte, eine päpstliche Dispens zu erhoffen war. Vielleicht handelt es sich aber nicht um eine solche, sondern um einen wirklichen Ablass für alle, welche die Leibsteuer entrichten würden." Sicher ist ein wirklicher Ablass gemeint.

[2]) v. Srbik S. 153; vgl. v. Mensi Bd. I S. 37.

[3]) Vgl. Lossen, Staat und Kirche in der Pfalz S. 97 u. S. 98[1] (der Brief datiert von 1460, Nov. 26).

[4]) Albrecht II. nennt sich obrister vogt in dem land ze Oesterreich. v. Srbik S. 82.

hatte ihn abgelöst; er verlangte aber auch Leistungen [1]).

---

[1]) Loebl, Landanlage S. 490 f.: „Verehrungen, Charitativsubsidien womöglich wie die Ritter dem Landesherrn persönlich, oder Anleihen, Bürgschaftsübernahmen und andere Donativa, also freiwillig oder zum mindesten gutwillig, leistete die Geistlichkeit weit mehr als der ritterschaftliche Adel. Daher rührt es, wenn in der Besteuerung des bayerischen Klerus solche Verehrungen mit Steuern verwechselt und zusammengeworfen werden. Aber nur keine regelmässigen, stetigen, jahraus, jahrein zu entrichtenden Abgaben, wie sie die Städte, die Untertanen, trugen."

Fünftes Kapitel.

Die thüringisch-wettinischen Lande.

§ 13.

Ordentliche und ausserordentliche Besteuerung.

In den thüringisch-wettinischen Landen fliesst das Urkundenmaterial für das Steuerwesen des 12. und 13. Jahrhunderts spärlich[1]). Es tut dar, dass eine allgemeine und grund-

[1]) Die Anfänge der Steuer liegen im 12. und 13. Jahrhundert. J. Falke, Bete, Zise und Ungeld im Kurfürstentum Sachsen bis zur Teilung 1485, in den Mitteil. d. Kgl. Sächs. Vereins f. Erforsch. und Erhalt. vaterländ. Geschichts- u. Kunstdenkmale H. 19 (1869, S. 32—59) S. 32, 66. Zum Namen H. B. Meyer, Hof- und Zentralverwaltung der Wettiner in der Zeit der einheitlichen Herrschaft über die Meissnisch-Thüringischen Lande 1248—1379 (Leipziger Studien aus dem Gebiete der Geschichte Bd. IX, H. 3, Leipzig 1902) S. 66. Zieschang, Anfänge eines landesherrlichen Kirchenregiments S. 90 ff.; M. Luther, Die Entwicklung der landständischen Verfassung in den wettinischen Landen (ausschliesslich Thüringen) bis zum Jahre 1485 (Leipziger phil. Diss. 1895) S. 14. Codex diplomaticus Saxoniae regiae, herausg. von E. G. Gersdorf, K. F. v. Posern-Klett, O. Posse und H. Ermisch. Zweiter Hauptteil. Abt. B, Bd. 14, herausg. von Hub. Ermisch, Urkundenbuch der Stadt Freiberg in Sachsen II, Leipzig 1886, S. 267: mit keynerleye bethe adir sunderlicher beschaczunge; S. 602 bethe als ausserordentliche Abgabe an den Landesherrn; bethe = Bitte, Cod. dipl. Sax. Reg. II Bd. 12 (Freiberg I) S. 467 (bethebuch), S. 468, 192, 193 betevart (Wallfahrt) S. 61 vgl. S. 105, 304. Die Verwandtschaft ist um so evidenter, als wir das sonst gebräuchliche Wort b ede in Sachsen so geschrieben nicht finden. — Die Ableitung des Wortes bede von gebieten hat K. H. Lang,

sätzliche Steuerfreiheit der Klöster und des geistlichen Besitzes nicht bestand. Schon der Vertrag Heinrichs des Erlauchten vom 22. Mai 1252 mit Bischof Konrad I. von Meissen beweist, dass die geistliche Freiheit gegen finanzielle Bedrückung gewahrt werden musste [1]. War der alte Besitz eines Klosters steuerfrei, so musste der neue, sollte er ebenfalls immun sein, besonders privilegiert werden [2]. Die Privilegien, die sich die Klöster geben liessen [3], mehrten sich im 14. Jahrhundert [4]. Dass aber trotz aller Privilegien auf sonst regelmässige jährliche Leistungen der reichbegüterten Klöster nicht verzichtet werden konnte, beweist das uns von Falke mitgeteilte Register der precaria claustrorum aus dem Jahre 1349. Danach bezahlten zum Beispiel Altzelle, Grünhain, Buch, Zschillen, Bürgel [5]. Die Abgabesumme war nicht hoch bemessen. Durch die Festsetzung war den Eingriffen der Vögte und Untervögte gesteuert, wie schon vorher, da noch Exemtionen erteilt wurden, bestimmt war, dass die Klöster nur auf Befehl des Landesherrn

---

Historische Entwicklung der teutschen Steuerverfassungen (Berlin und Stettin 1793) S. 55; G. L. v. Maurer, Geschichte der Fronhöfe Bd. III (Erlangen 1863) S. 332.

[1] Friedr. Wilh. Tittmann, Geschichte Heinrichs des Erlauchten, Markgrafen zu Meissen und im Osterlande und Darstellung der Zustände in seinen Landen Bd. I (Leipzig 1850) S. 47. Der Vertrag folgte auf ein bischöfliches Interdikt. Exactiones seu petitiones sollte der Markgraf weder von Leuten des Stiftes, noch von Klöstern und Weltgeistlichen nehmen. Vgl. Ed. Machatschek, Geschichte der Bischöfe des Hochstiftes Meissen in chronologischer Reihenfolge (Dresden 1884) S. 180 f.

[2] Tittmann Bd. I S. 277.

[3] Cod. dipl. Sax. Reg. I/3 S. 200; Falke a. a. O. S. 33; Meyer, Wettiner S. 65; Codex diplomaticus ordinis Sanctae Mariae Theutonicorum, Urkundenb. zur Gesch. des deutschen Ordens insbesondere der Ballei Koblenz, herausg. von J. H. Hennes, Bd. II (Mainz 1861) S. 50 (1234).

[4] Meyer, Wettiner S. 23, 65. Kloster Mühlberg kauft sich von der jährlichen Abgabe los.

[5] Falke S. 37.

zur Steuerzahlung herangezogen werden könnten [1]. Die Bedrückung durch die Vögte [2] war auch ausgeschlossen, wenn das Nonnenkloster zu Riesa am 1. März 1347 von Friedrich II. (1324—1349) das Privileg erhielt, die Steuer direkt an die herzogliche Kammer zu bezahlen [3].

Was andere Leistungen anlangt, so ist in den Klöstern die Herbergepflicht eine ständige schwere Last. In Reinhardsbrunn machte Friedrich II. (1324—1349) von dem Gastungsrecht mit grossem Gefolge und 800 Pferden vier Tage lang Gebrauch [4]. Wie in Bayern musste auch in den wettinischen Landen die unbefugte Herberge als Landfriedensbruch behandelt werden [5]. Befreiung von der Herbergepflicht oder dem Dienst überhaupt [6] kommt selten vor [7].

---

[1] Cod. dipl. Sax. II/10 (Leipzig) no. 45, S. 30, vgl. Cod. dipl. Sax. II/4 (Urkundenbuch der Stadt Meissen und ihrer Klöster, herausg. von Gersdorf, Leipzig 1873) no. 475.

[2] Landesherrliche Verfügungen gegen Bedrückungen durch die Vögte. Urkundenbuch des Klosters Pforte, herausg. von Paul Böhme, Geschichtsquellen der Provinz Sachsen Bd. XXXIII, Halle 1904, S. 510 (1336).

[3] Meyer, Wettiner S. 77 (nach der Originalurkunde): quod ipsas cum universis suis bonis per districtus nostras (!) ubicumque sitis nostre asscribimus camere in tantum, quod prepositus earum, qui pro tempore fuerit, precariam universalem ... ad cameram nostram et nulli alteri ... habebit et debeat utique presentare; vgl. Luther S. 26; Falke S. 37: dies Zugeständnis war Ausnahme.

[4] Meyer, Wettiner S. 69.

[5] Ebenda S. 68; Riezler, Nachtselden S. 560.

[6] J. G. Reinhard, Meditationes de iure principum Germaniae, cumprimis Saxoniae, circa sacra ante tempora reformationis (Halae Magdeburgicae 1717) p. 208.

[7] Urkundenbuch von Stadt und Kloster Bürgel Bd. I, 1133—1454, herausg. von P. Mitzschke (Thüringisch-sächsische Geschichtsbibliothek Bd. 3, Gotha 1895) S. 135. — Wir finden in Sachsen gastunge auch in anderem Sinn gebraucht, Cod. dipl. Sax. Reg. II/13 (Freiberg, Kleine Bergordnung) S. 470, § 5: das kein steyger in den kawen bier schencke ader gastunge halde, vgl. S. 474, 485, 497: leger, vgl. B. Schmidt, Urkundenbuch der Vögte von Weida, Gera und Plauen sowie ihrer Hausklöster u. s. w. Bd. II (1357—1427. Thüringische Geschichtsquellen,

Auf dem geistlichen und klösterlichen Besitz lasteten auch die Hand- und Spanndienste sowie die Pflicht zur Instandhaltung von Wegen und Brücken [1]. Den markgräflichen Boten mussten Pferde gestellt werden [2].

Auch der ausserordentlichen Besteuerung gegenüber bestand eine grundsätzliche Immunität nicht.

Die ausserordentliche Pflugsteuer in Thüringen von 1274 wurde dagegen als eine allgemeine Landbede erhoben und traf die Welt- und Klostergeistlichen [3]; freilich war, wie die Nachricht über diese Steuer andeutet, die Freiwilligkeit als Charakter derselben gewahrt [4]. Eine ausserordentliche Bede liess sich 1289 auch Friedrich Tutta, Markgraf des Osterlandes und von Landsberg (1285—1291), von Bischof Withego von Meissen und seinem Kapitel von den Gütern des Bistums geben. Friedrich versicherte, er wolle nur für diesen Fall die Steuer erheben, welche ihm ex liberalitate et gratia, non ex iure aliquo gewährt sei. Ausserhalb der Besteuerung blieben die nicht vererbpachteten oder veräusserten Allodien des Stifts

---

N. F., Bd. II, Teil 2, der ganzen Folge Bd. V, Jena 1892) S. 435; vgl. Reinhard, Meditationes p. 209. 1428 wird in Reinhardsbrunn die Herbergepflicht in eine Geldabgabe umgewandelt, vgl. Wilh. Wintruff, Landesherrliche Kirchenpolitik in Thüringen am Ausgang des Mittelalters (Forschungen z. thür.-sächs. Gesch. H. 5, Halle a. d. S. 1914) S. 21 und Anm. 2.

[1]) Meyer, Wettiner S. 63, Ablösung durch exactio vecture, extorsio vecture.

[2]) Cod. dipl. Sax. Reg. II/9 no. 26. — Militärische Leistungen, vgl. Urkundenbuch von Stadt und Kloster Bürgel S. 178, 437, siehe S. 209; Cod. dipl. Sax. Reg. II/3 S. 56; Verpflichtung der bäuerlichen Insassen zum Burgwerk Meyer, Wettiner S. 63; Zieschang, Anfänge S. 51 ff.

[3]) Nobiles terre Thuringie cum principe (Albert II. 1265—1314) primam precariam in Thuringia hactenus inauditam, scilicet de aratro lotonem acceperunt, quae communis fuit omnibus tam religiosis quam clericis et laicis; vgl. Zeumer, Städtesteuern S. 16 f.; Meyer, Wettiner S. 66; Moll, Vermögenssteuern S. 21.

[4]) acceperunt; vgl. Thüringische Geschichtsquellen Bd. I (Annales Reinhardsbrunnenses ed. Fr. X. Wegele, Jena 1854) p. 244.

und die zu den Gütern des Stiftes gehörenden Gärten [1]), also die Eigenbau- und Dotalgüter. War hier der engeren Immunität Rechnung getragen, so spricht eine Urkunde für das Kloster Altzelle von 1329 für Zahlungspflicht bei ausserordentlichen Steuern zum Loskauf des gefangenen Markgrafen [2]).

Bestimmtere Nachrichten von ausserordentlichen Beden in den wettinischen Landen haben wir aus der Mitte des 14. Jahrhunderts. Von 1376 und 1385 sind Rentensteuern bekannt. Die Markgrafen Friedrich III. (1349—1381), Balthasar (1349—1406) und Wilhelm I. (1349—1407) gaben 1376 einen Revers, nach dem alle ihre Mannen, Herren, Ritter, Knechte, phaffen, klostere und burgere, dy in dem gerichte zcu Myßen gut haben, . . . eynen halbin zcins von allen iren guten — zu eyner bete — erlaubet hatten [3]). Am 19. Januar 1385 forderte Bischof Nikolaus von Meissen die Lehensleute und Untertanen seines Stiftes auf, die von den Markgrafen ausgeschriebene Steuer für dieses Mal zu geben. Aehnlich wie der Revers von 1376 lautet der des Markgrafen Wilhelm I. vom 12. März 1385 für seine Mannen, die Geistlichkeit und die Bürger seiner Lande um eynen halbin czins von allen iren gutern czu eyner bete [4]). Diesen Rentensteuern

---

[1]) Cod. dipl. Sax. Reg. II/1 no. 290; Tittmann Bd. I S. 47, 188; Luther S. 20.

[2]) Meyer S. 68 (nach Originalurkunde); vgl. Reinhard, Meditationes p. 211 (1339 Befreiung eines Klosters von allen Lasten nisi, quod absit, proprium corpus vel corpora de captivitate redimere ipsis contingat).

[3]) Falke S. 41.

[4]) Cod. dipl. Sax. Reg. I/1 S. 101, no. 142. Der Markgraf macht den Vorbehalt: ab wir schaden nemen von niderlagunge adir kryges wegen mit unsern mannen ader dienern uf eynen felde, so sollen sie wieder eine Steuer zahlen. Er gelobt, dass er und alle seine Nachkommen auf: die egenanten bete und stůre, als wir die iczunt von yn nemen, keyn recht noch gewonheit hätten. — bete und sture, vgl. Falke S. 40: sulcher bete — izcunt zcu sture; Falke S. 42 f.: eyne

folgt 1458 wieder eine halbe Jahreszinssteuer, bei der auch die gemeine Geistlichkeit zu zahlen hat. Kurfürst Ernst erhielt einen halben Jahreszins als Steuer 1466 [1]). Offenbar forderte er später von der Geistlichkeit in der Altmark eigenmächtig ein Subsidium und ging, als er Widerspruch erfuhr, den Bischof Arnold von Brandenburg um Bewilligung an. Arnold schrieb zurück, seine Priester zahlten weder im Erzstift Magdeburg noch in der Mark der weltlichen Obrigkeit Steuern; er bat um Schonung und fügte die für uns hochinteressante Bemerkung bei, der Papst habe die Steuer auch nicht geboten, geschehe dies, dann würde die Priesterschaft seines Stifts unweigerlich gehorchen [2]).

Wenn in unseren Territorien Zollbefreiungen vorkommen, so gelten sie nur für die eigenen Bedürfnisse eines Klosters, wie die Privilegien für Altzelle von 1212 [3]) und 1221 [4]). Auch im Vergleich Heinrichs des Erlauchten mit dem Bischof von Meissen wurde die Zollfreiheit der Meissener Geistlichkeit nur für ihre eigenen Bedürfnisse ausgesprochen [5]). Unter den Begriff teloneum fallen hier weitere Abgaben, besonders beim Einkauf von Waren, so dass Zoll oft mit Ungeld verwandt ist [6]). Unter den Wasserzöllen kamen meistens die Elbzölle

---

sture und bern; vgl. Cod. dipl. Sax. I/2 S. 314, no. 469 (gerichte, dorffere, guede, czinse, rente, bete, geschosse, stůre).

[1]) Falke S. 51: Nachdem die prälaten, priesterschaft, ritterschaft, mannschaft und stådte — einen halben jahreszins — zu geben verwilligt haben.

[2]) Felix Priebatsch, Politische Korrespondenz des Kurfürsten Albrecht Achilles Bd. III (Publikat. aus den K. preuss. Staatsarchiven Bd. 71, Leipzig 1898) S. 64, vgl. S. 149 (1482, II. 10): der Administrator Ernst von Magdeburg an Kurfürst Ernst von Sachsen auf eine Insinuation der Geistlichkeit in der Altmark hin des subsidium und steur halb.

[3]) Cod. dipl. Sax. Reg. I/3 S. 161, no, 216.

[4]) Cod. dipl. Sax. Reg. I/3 S. 210, no. 289.

[5]) Tittmann Bd. I S. 47.

[6]) Ebenda S. 193.

in Betracht. Kloster Seuselitz erhielt für alle auf der Elbe kommenden Güter Zollbefreiung[1]).

Dem Kurfürst Friedrich II. (1428—1464) und seinem Bruder Wilhelm III. (1428—1482) wurde, um ihren Schulden abzuhelfen, und weil sie: lange zeit viele kosten und beschwerlichkeiten der ketzer halben gethan[2]), eine Zise, der 30. Pfennig von jedem Kaufgeschäft, auf zwei Jahre bewilligt. Die ußsaczung der czyse befreit von dieser ausserordentlichen Abgabe die Geistlichen und Edeln für das, was sie von ihren eigenen Erzeugnissen verkaufen[3]).

Schon 1462 wurden Verhandlungen wegen eines neuen Ungeldes gepflogen[4]). 1470 wurde dasselbe auf dem Landtag zu Dresden im Betrag von fünf Groschen auf jedes Fass Wein, Bier und Met auf sechs Jahre bewilligt. Im Schreiben an die Aebte wurde besonders bemerkt, dass den Ständen versprochen sei, niemand, der in des Fürstentums Schutz und Schirm sitze, auszunehmen. Ein Landrentmeister sollte für die genaue Abgabe des Ungeldes sorgen. Obgleich dieses Ungeld als die beste Abgabe erschienen war, musste der Landrentmeister von Mergental notieren, es begegnete ihm seltsam und wunderlich von Geistlichen und Weltlichen und jedermann, dass man wollte Ausflucht suchen, in den Dingen seinem gnädigen Herrn zu schaden[5]).

[1]) Luther S. 25.

[2]) Vgl. auch W. Pückert, Die kurfürstliche Neutralität während des Basler Konzils. Ein Beitrag zur deutschen Geschichte von 1438 bis 1448 (Leipzig 1858) S. 314.

[3]) Falke S. 46; vgl. S. 48: Revers der beiden Fürsten: eyn ungewonliche sture als die obgeschriebene zcijse ader dergliche ader sust eyncherley nuwekeite, die fur alder nicht gwest were (Zeugen des Reverses waren auch der Bischof von Merseburg und Naumburg).

[4]) Falke S. 53 (vgl. Schreiben von 1462: es sei ordentlicher, gewisser und leidendlicher, daß solches ungeld auf die gebräue gesetzt würde, vgl. J. Falke, Die Finanzwirtschaft im Kurfürstentum Sachsen um das Jahr 1470. Mitt. d. Kgl. Sächs. Ver. etc., H. 20 (1890, S. 78 bis 106) S. 94.

[5]) Falke, Bethe, Zise S. 57: 1481 wurde auch für Verkauf von Fleisch

Fassen wir die Ergebnisse der Untersuchung zusammen, so ist zu sagen: die kirchliche Steuerimmunität ist in den thüringisch-wettinischen Landen nicht in der Weise verletzt, dass sie vom Interdikt getroffen worden wären. Immerhin war sie nicht grundsätzlich anerkannt. Die geistlichen und klösterlichen Besitzungen waren nicht generell von der ordentlichen Steuer befreit. Bei ausserordentlicher Besteuerung hielt man sich an die Immunitätsdekretale von 1179; das zeigt die Bede von 1289. Der Brief des Bischofs Arnold von Brandenburg 1482 lässt erkennen, dass die Forderung der päpstlichen Konsultation nicht vergessen war. In diesem Fall diente sie allerdings nur als Ausflucht. Die Prälaten bewilligten Rentensteuern und Ungeld; gegen die Uebergriffe der Vögte gewährten die Landesherren Schutz. Besonders von den Hintersassen der geistlichen Schutzherrschaften wurde der Dienst verlangt.

Massregeln zum Schutz der Immunität mussten dagegen von kirchlicher und kaiserlicher Seite getroffen werden. So schützte eine Bulle Johanns XXII. das Kloster Pforte vor ausserordentlicher Besteuerung. Der Dekan von Merseburg und Naumburg und der Propst des Augustinerklosters zu Erfurt erhielten ausführliche Anweisungen zur Abstellung der bestehenden Missstände [1]). Im Jahre 1377 wurde für die

und Brot ein Ungeld genommen. Bemerkenswert ist die Einführung kleinerer Brote (ein Gegenstück zu dem kleineren Mass beim Ausschank in den Bischofsstädten), Falke, Bete S. 58: damit er (der Bäcker) das ungeld im verkaufen des brodes wiederfinde. (Nach sechs Jahren sollte das alte Mass wieder eingeführt werden.) — Bei der Vorbereitung einer allgemeinen Landesordnung, 14. Juli 1500, wird geklagt, dass die Geistlichen über den Eigenbedarf hinaus Wein und Bier in ihre Keller legen und selber Schankwirtschaft treiben (Fel. Gess, Akten und Briefe zur Kirchenpolitik Herzog Georgs von Sachsen I, Leipzig 1905, S. LVII Anm. 2, und LIX).

[1]) Urkundenbuch des Klosters Pforte, Geschichtsquellen der Provinz Sachsen Bd. XXXIII (vgl. auch Päpstliche Urkunden und Regesten aus den Jahren 1295—1352, die Gebiete der heutigen Provinz Sachsen und deren Umlande betreffend, Geschichtsquellen der Provinz Sachsen Bd. XXI, bearbeitet von Gustav Schmidt, Halle 1886, S. 92) S. 452 ff., no. 486:

Magdeburger Kirchenprovinz zum Schutz der kirchlichen Freiheit eine „Karolina“ gegeben, die auch in den wettinischen Landen publiziert wurde [1]). Johann XXIII. erneuerte, nachdem vom Bischof und der Geistlichkeit von Meissen eine Beschwerde eingelaufen war, unter Hinweis auf Friedrichs II. und Karls IV. Reichsgesetze die von der päpstlichen Gewalt schon früher auf die Verletzung der kirchlichen Freiheit gesetzten Strafandrohungen [2]). Bereits 1406 haben die Markgrafen Friedrich IV. (1406—1440) und Wilhelm II. (1411 bis 1425) die Pfaffheit „im Lande zu Franken“, nämlich alle Pfarrer, Vikare, Frühmesser, Kapläne und andere Geistliche gegen Belästigung durch die Fürsten und ihre Beamten, besonders vor Gastung, Beden und Diensten gesichert [3]). Das Konzil von Basel erliess 1434 an die Kirchen von Liegnitz, Prag, Merseburg und Meissen eine Darlegung der Immunitäts-

---

die Bulle ist veranlasst durch die Belastung des Klosters mit: talliis et collectis que a — ducibus, principibus, comitibus, marchionibus, baronibus et aliis — pro tempore laicis imponuntur, und zwar deshalb, weil diese die Steuern propria temeritate compellunt, den kirchlichen Besitz in vectigalibus et angariis onerant, equos, canes et familias in claustra, curias, molendina et bona ruralia eorundem monasterii et conventus ad alendum seu pabulandum mittunt, in predictis monasterio et bonis faciunt placita seu publica parlamenta, ad que cum magna multitudine equitum et peditum accedentes bona ipsius monasterii impignorant ac victualia et res alia (!) dictorum abbatis et conventus, que ipsis fuissent longo tempore suffectura, violenter diripiunt.

[1]) Cod. dipl. Sax. Reg. II/2 S. 167, no. 650, 1377, VI. 17; der Inhalt stimmt ziemlich überein mit der von 1376, XII. 12 für die Bistümer Münster und Osnabrück erlassenen, vgl. Chroust, Unedierte Königs- und Papsturkunden a. a. O. S. 142—145.

[2]) Cod. dipl. Sax. Reg. II/2 S. 380 ff., no. 838: 1412. I. 25: Dudum siquidem.

[3]) Reinhard, Meditationes p. 209 (vgl. Cod. dipl. Sax. Reg. I/1 S. 295, no. 396 und I/2 S. 485, no. 687): den pfarren, vicarien, frumessern, capellan und allir andir pfafheit wachaftig gesessen in unserm lande zcu Frangken die sunderlich gnade, dass man sie nicht beschwere: mit gastunge, beeten, dynsten, legern und andern sachen.

kanones der allgemeinen Konzilien sowie der Konstitutionen Friedrichs II. und Karls IV. zum Schutz der kirchlichen Freiheit und ein Verbot, von Geistlichen und geistlichen Gütern Zoll zu verlangen. In der Bulle sind alle Spezialprivilegien zur Besteuerung aufgehoben [1]).

Der extreme Kampf des Konziliarismus um die kirchliche Freiheit in Sachsen [2]) war auch hier vergebens [3]). Die Obödienz von 1447 war eine erzwungene. Wie in Oesterreich nach 1447 bezw. 1448 kam hier 1476 der Kompromiss mit Rom und damit die Verbindung der landesherrlichen Gewalt mit dem Papsttum zustande [4]).

---

[1]) Cod. dipl. Sax. II/3 S. 45, no. 954.

[2]) Vgl. Cod. dipl. Sax. II/3 S. 52 ff., no. 960 (Exkommunikation einer grösseren Anzahl von Bedrückern der meissnischen Geistlichkeit 1435); S. 63, no. 970 (1438 Bischof Johann von Meissen berichtet über die Ausführung der Befehle). vgl. auch S. 45; S. 185 (1469), zuletzt S. 209 (1471).

[3]) Falke, Finanzwirtschaft S. 103.

[4]) Hennig, Kirchenpolitik der älteren Hohenzollern S. 4 f.; Zieschang, Anfänge S. 6 ff. (Die Beziehungen der Wettiner zur Kirche); Wintruff, Landesherrliche Kirchenpolitik in Thüringen berührt wider Erwarten die kirchliche Besteuerung nicht. Der Inhalt der Studie beschränkt sich hauptsächlich auf das ius in sacra (dazu als „Forschungsmassstab" Schultze, Stadtgemeinde und Kirche S. 108); H. Werner, Landesherrliche Kirchenpolitik bis zur Reformation, Deutsche Geschichtsblätter Bd. IX (1908, S. 143—160) S. 159.

Sechstes Kapitel.

Kolonisationsgebiete.

§ 14.

Brandenburg.

Wenn überhaupt irgendwo, so hätte sich der Anspruch der Kirche auf Steuerfreiheit in den Kolonisationsgebieten voll durchführen lassen müssen. Er ist aber auch hier nicht volle Wirklichkeit geworden.

In Brandenburg[1]) ist wie beim Adel so bei der Geistlichkeit die Bedepflicht die Regel, die Bedefreiheit, die allerdings im Anfang eine sehr ausgedehnte gewesen war, die Ausnahme[2]). Alle Privilegien bestätigen das Recht des Landesherrn auf Erhebung der Bede[3]). Die Klöster[4]) mussten sich um so mehr durch Erneuerung der alten Privilegien die einmal erlangte Freiheit sichern lassen, je schwankender die

[1]) Zur Bede vgl. O. Merklinghaus, Die Bedeverfassung der Mark Brandenburg bis zum 14. Jahrhundert. Forschungen zur brandenburgischen und preussischen Geschichte Bd. VIII (1895, S. 59—102) S. 60, 82 ff., H. Spangenberg, Hof- und Zentralverwaltung der Mark Brandenburg im Mittelalter, Leipzig 1908 (Veröffentlichungen des Vereins für Geschichte der Mark Brandenburg) S. 313; Spangenberg, Vom Lehnstaat S. 154 ff.

[2]) Merklinghaus S. 84.

[3]) Ebenda (und Spangenberg a. a. O. S. 279), vgl. die erste Befreiung von König Konrad III. für das Bistum Havelberg S. 60 (1150).

[4]) Merklinghaus S. 61. Markgraf Otto für ein Kloster bei Salzwedel, dass es auch steuerfrei sein soll, si contingat in terra nostra peticionem vel exactionem fieri qualemcumque (1268).

Höhe der zu leistenden Abgaben war[1]). Was die Privilegierung des geistlichen Besitzes näherhin anlangt, so genossen die eigenbewirtschafteten Güter die Freiheit, die Behandlung des ausgetanen Gutes war eine verschiedene[2]).

Die Bede hatte in Brandenburg eine eigenartige Geschichte, indem sie durch viele Veräusserungen fast ganz aus der Gewalt des Landesherrn kam. Diese Veräusserungen geschahen gegen Erlegung einer Geldsumme, der Kirche gegenüber auch unentgeltlich[3]).

Die Bedeverträge vom 18. August 1280 und 1. Mai 1281 bilden eine wichtige Etappe in der brandenburgischen Finanzgeschichte, besonders die Verträge mit Stendal und Prenzlau[4]). Der Landesherr darf jetzt nur noch im Falle echter Not[5]), be-

---

[1]) Merklinghaus S. 65. [2]) Merklinghaus S. 84.

[3]) C. Bornhak, Preussische Staats- und Rechtsgeschichte (Berlin 1903) S. 9; O. Kius, Das Finanzwesen des Ernestinischen Hauses Sachsen im 16. Jahrhundert. Nach archivalischen Quellen (Weimar 1863) S. 1 f. Auch Veräusserung des Dienstes ist häufig. Wurde Heerdienst veräussert, so wurde er von den Klöstern in Hand- und Spanndienste umgewandelt. C. Bornhak, Geschichte des preussischen Verwaltungsrechts Bd. I, bis zum Regierungsantritt Friedrich Wilhelms I. (Berlin 1884) S. 61; Derselbe, Preussische Rechtsgeschichte S. 11.

[4]) Codex diplomaticus Brandenburgensis, Sammlung der Urkunden, Chroniken und sonstigen Geschichtsquellen für die Geschichte der Mark Brandenburg und ihrer Regenten, herausg. von A. F. Riedel, 3. Abt., Bd. I, Berlin 1859, S. 9, no. 8; S. 10 f., no. 9 (no. 8: promittentes . . . omne genus exactionis, precarie et perangarie per totam terram nostram omnimodo esse mortuum et deletum, preterquam si de consilio nostrorum vasallorum munitionem aliquam processu temporis construemus, ad quam constructionem cuiuslibet vasalli nostri subditi, qui possunt attingere, laborabunt corporaliter et se denariis eximere non debebunt. no. 9: Item si contigerit aliquem ex nobis captivari . . . Item si predicte terre nostre legitima necessitas aut guerarum periculum ingruerit . . .); zu den Bedeverträgen vgl. R. Koser, Geschichte der brandenburgisch-preussischen Politik Bd. I (Stuttgart u. Berlin 1913) S. 57 f.; Zeumer, Städtesteuern S. 12, 15, 46; zu Stendal vgl. R. Aue, Zur Entstehung der altmärkischen Städte (Greifswalder phil. Diss. 1910) S. 11.

[5]) Zur legitima necessitas Zeumer S. 9; v. Luschin Bd. I² S. 296 f.; vgl. auch Werminghoff, Reichskriegssteuergesetze S. 124 [1].

sonders bei drohender Kriegsgefahr, und wenn er in Gefangenschaft gerät, eine allgemeine Bede erheben[1]). Darüber, ob eine legitima necessitas vorhanden ist, haben die Stände[2]) zu erkennen[3]). Die ausserordentliche Bede ist die Contributio, Landbede oder Steuer[4]). Hatten die Landesherren durch die Bedeverträge 1280 und 1281 in ihren Einnahmen eine schwere Einbusse erlitten, so mussten sie um so mehr bestrebt sein, die festgesetzte Bede auch vom Kirchengut zu erhalten[5]).

So wurden die Bedeverträge in Brandenburg der Ausgangspunkt für den Kampf um die von der Kirche beanspruchte Immunität gegenüber der Besteuerung. Am Anfang des 14. Jahrhunderts kamen die Immunitätsdekretalen zur Ausführung. Die Markgrafen Otto IV.[6]) (1266—1308) und Konrad (1266—1304) wurden, weil sie ab hominibus et colonis der Bistümer Brandenburg und Havelberg ac ex locis ad eos spectantibus nomine subsidii, subventionibus et ex aliis causis multa pro eorum voluntatis libitu extorsissent gravia, nachdem Bischof Volrad von Brandenburg (1296—1302) in Rom persönlich

---

[1]) Spangenberg, Vom Lehnstaat S. 47 f.

[2]) Spangenberg, Hof- und Zentralverwaltung S. 148; Derselbe, Vom Lehnstaat S. 56: Zur Bedeutung solcher Bedeverträge im Kampf der Landesherrschaft mit den Ständen, im politischen Dualismus des Ständestaates (Spangenberg S. 36[1], 74 ff.) als einer Art Waffenstillstand, ferner bes. S. 80 ff., 122, vgl. auch S. 156.

[3]) Bornhak, Rechtsgeschichte S. 10; Derselbe, Geschichte des Verwaltungsrechts Bd. I S. 101. — Bei Heirat der Brüder und Söhne des Markgrafen, auch seiner Töchter, Besuch des Kaiserhofes, Schwertleite seiner Söhne.

[4]) Bornhak, Geschichte des Verwaltungsrechts Bd. I S. 101.

[5]) Spangenberg, Hof- und Zentralverwaltung S. 341.

[6]) Er ist Zeuge, da 1268, VIII. 31 Bischof Volrad von Halberstadt dem Grafen Otto I. von Aschersleben eine ausserordentliche Bede gibt: de iure aliquo vel de consuetudine aliqua nullatenus. Urkundenbuch des Hochstifts Halberstadt und seiner Bischöfe, herausg. von G. Schmidt, Bd. II (Publik. aus den Kgl. Preuss. Staatsarchiven Bd. XXI, Leipzig 1884) S. 335.

Klage erhoben hatte, mit allen Ministerialen und Vasallen exkommuniziert[1]. Bonifaz VIII. befahl 1302 dem Erzbischof von Magdeburg und Bremen und dem Bischof von Lübeck, die von den Bischöfen von Brandenburg und Havelberg ausgesprochene Exkommunikation zu bestätigen[2]. Die Bulle Clericis laicos dürfte nach diesen Vorgängen in den genannten Diözesen publiziert worden sein. Im Vergleich von 1304 wurde den beiden Stiftern Steuerfreiheit für alles im Eigenbetrieb bewirtschaftete Land zugestanden[3]. Daraus, dass 1391 Bischof Johann III. (1385—1401) von Havelberg dem Markgrafen Jobst (1388—1411) nicht ex necessitate alicujus obligacionis, sed ex mera liberalitate eine ausserordentliche Steuer gab[4], erhellt die Tatsache, dass sich der kirchliche Rechtsanspruch auf Immunität in Brandenburg erhielt. Das 15 Jahrhundert bietet hier das gleiche Bild wie in Oesterreich: einerseits ein grösseres Schwinden der kirchlichen Immunität, anderseits der Versuch des Konzils von Basel, mit allen der Kirche zur Verfügung stehenden Mitteln dem kirchlichen Anspruch Geltung zu verschaffen, so 1434 für das Kollegiatstift Stendal[5]. Das Territorium geht mit dem päpstlichen Absolutismus einen Kompromiss ein, 1446—47, tritt also in eine dauernde Ver-

---

[1]) Ph. W. Gercken, Ausführliche Stiftshistorie von Brandenburg mit einem Codex diplomaticus (Braunschweig und Wolfenbüttel 1766) S. 135 f.; H. Dix, Das Interdikt im ostelbischen Deutschland (Marburger phil. Diss. 1913) S. 16, 32, 101; Regesta historiae Neomarchiae, mitgeteilt von K. Kletke (Märkische Forschungen Bd. 10, Berlin 1867) p. 65.

[2]) Gercken S. 510 f., vgl. S. 818—821; Dix S. 38.

[3]) Spangenberg S. 344.

[4]) Vgl. Historische Zeitschrift Bd. 50 (1883) S. 351 ff., J. Heidemann, Besprechung der „Abhandlung zum Jahresbericht der königlichen Landesschule, Naumburg a. S. 1882. Ueber die Reichsunmittelbarkeit und Landsässigkeit der Bistümer Brandenburg und Havelberg von Hädicke".

[5]) Hennig, Kirchenpolitik der älteren Hohenzollern S. 39.

bindung mit Rom[1]). Die Staatsgewalt macht auf Kosten der Kirche Fortschritte[2]). Bei den grossen finanziellen Ansprüchen, die er stellen musste, wusste Albrecht Achilles, Markgraf 1440—1471, Kurfürst 1471—1486, die Lage zu benutzen. Schon 1472 ging er die Landstände um eine grössere Bede an[3]). Der Versuch, eine Bierzise zu erheben, gelang ihm nicht[4]). Sie wurde erst seinem Nachfolger Johann Cicero (1486—1499) 1488 bewilligt[5]). Der Widerstand der altmärkischen Städte blieb von Anfang an nicht aus[6]). Nur die Prälaten und Herren sollten von der Bierzise frei sein[7]).

Am Ende der Regierung des Kurfürsten Albrecht Achilles von Brandenburg, des Patrons der Geistlichkeit in Franken, kam es infolge der Pfaffensteuer von 1481(0)/82[8]) zu einem

---

[1]) Ebenda S. 6. Werminghoff, Nationalkirchliche Bestrebungen S. 92; Koser a. a. O. Bd. I S. 114 f.

[2]) Spangenberg, Vom Lehnstaat S. 128.

[3]) Bornhak, Preussisches Verwaltungsrecht Bd. I S. 218 ff.; Spangenberg, Hof- und Zentralverwaltung S. 386; Koser S. 131 ff.

[4]) G. Schmoller, Die Epochen der preuss. Finanzpolitik, im Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, herausg. von F. v. Holtzendorff und L. Brentano, 1. Jahrg., N. F. (1877, S. 33—114) S. 43; Joh. Tancré, Die Anfänge der Akzise in der Kurmark Brandenburg (Göttinger phil. Diss. 1909); A. Jegel, Die landständische Verfassung in den ehemaligen Fürstentümern Ansbach-Bayreuth (Würzburger phil. Diss. 1912) S. 95.

[5]) Wilh. Altmann, Ausgewählte Urkunden zur brandenburgisch-preussischen Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, 1. Teil: 15. bis 18. Jahrhundert, 2. Aufl. (Berlin 1914) S. 14 f., no. 15; Bornhak, Preuss. Rechtsgesch. S. 19.

[6]) Riedel, Cod. dipl. 1. Abt., Bd. XIV, Berlin 1857, S. 419, no. 496.

[7]) Von der Zysse sollen Prälaten und Pfaffen wie die Ritterschaft und die ehrbaren Mannen nur bei Bier zum Hausgebrauch gentzlich gefryet sein, sobald sie den ausschank ausschellen, sind sie von Stund an der Freiheit beraubt, Riedel Cod. dipl. Brand. 3. Abt., Bd. I, no. 62 u. 63, no. 310; Bd. II, 1. Abt., Bd. XIV S. 419, no. 496 (Salzwedel); Bd. XV S. 414, no. 457 (Stendal); vgl. F. Priebatsch, Pol. Korrespondenz I S. 454, no. 483 1472, IX. 26 Schreiben an die Stadt Salzwedel (zu Priebatsch vgl. Hennig S. 7); Bornhak, Rechtsgesch. S. 19.

[8]) Max Lehmann, Preussen und die katholische Kirche seit 1640.

Zusammenstoss mit der päpstlichen Gewalt [1]. Die Angelegenheit illustriert trefflich die Geltung der Immunität in dieser Zeit, die bischöfliche und päpstliche Stellung dazu. Albrecht gab im Januar 1481 seinen Amtleuten den Befehl, der fränkischen Geistlichkeit eine Türkensteuer aufzulegen [2], ein Vorgehen, gegen welches sich Rudolf II. von Würzburg alsbald verwahrte. Auf dessen Schreiben hin verwies Albrecht auf seine Stellung zur Geistlichkeit im Feldzug gegen Karl von Burgund [3], worauf der Bischof bemerkte, er habe damals schon Einspruch erhoben [4]. Fasst man die 1481 auf die Pfaffheit gelegte Steuer auch nur als eine Umwandlung der Hilfe, die auch Albrecht zu der 1481 auf dem Reichstag zu Nürnberg bewilligten kleinen Hilfe geben musste, in eine Geldzahlung, so war der staatsrechtliche Zustand doch dem gewohnheits-kanonischrechtlichen entgegen [5]. Auf die

Nach den Akten des Geh. Staatsarchivs Bd. I (Publ. aus den Kgl. Preuss. Staatsarchiven Bd. I, Leipzig 1878) S. 9; Jul. v. Minutoli, Das kaiserl. Buch des Markgrafen Albrecht Achilles. Kurfürstl. Periode von 1470—1486, Berlin 1850, S. 371 f., no. 283 (der Eid, den sich Albrecht von der Geistlichkeit schwören lässt. Der Gehorsam des Klerus gegenüber der weltlichen Obrigkeit in weltlichen Dingen kommt deutlich zum Ausdruck).

[1] Koser a. a. O. Bd. I S. 140.

[2] W. Böhm. Die Pfaffensteuer von 1480—81 in den fränkischen Gebieten des Markgrafen Albrecht Achilles. Ein kirchenpolitischer Konflikt (Wissenschaftliche Beilage zum Programm der Sofienschule, Ostern 1882) Berlin 1882, S. 1 ff.; Lehmann I S. 9 ff.; Priebatsch, Pol. Korrespondenz Bd. II S. 46; Bd. III S. 4 ff.

[3] Schon hier geht Albrecht gegen die Geistlichkeit eigenmächtig vor. Minutoli, Kaiserl. Buch S. 359, 1474, X. 15, no. 270: Befehl des Kurfürsten wegen Pferden und Wagen zum Feldzug gegen Karl. S. 360: auf 91 Pfarreien werden 91 Wagen und Pferde repartiert. Gestellt wurden von 24 Pfarreien 6 Wagen, 18 Pferde; Minutoli S. 360, no. 277, Albrecht an die sich weigernden Pfarrer 1475, X. 1; vgl. Priebatsch, Pol. Korresp. Bd. I S. 732, no. 953 (vgl. Bd. I S. 958), S. 747, 767.

[4] Vgl. Priebatsch, Pol. Korresp. II S. 173 (die Geistlichen brauchen ihrem Fürsten höchstens ein subsidium caritativum zu geben).

[5] Böhm S. 5; L. Kraussold, Dr. Theodorich Morung, der Vorbote der Reformation in Franken 1877, im Arch. f. Gesch. von Ober-

teilweise Renitenz der Geistlichen gegen die Steuer[1]) folgten die Zensuren der Bischöfe[2]) und die Berichterstattung in Rom. Albrecht liess gegen die opponierenden Geistlichen ein regelrechtes Zwangsverfahren in Szene setzen. Die weiteren Einzelheiten des Streites sind hier nicht von Belang. Interessant ist Roms Stellung. Die Kurie behandelte diesen Fall als eine res magni ponderis[3]); sie stellte sich ihren Worten nach auf den Standpunkt, keine Beeinträchtigung der kirchlichen Freiheit zu gestatten[4]); ihre Haltung war aber eine sehr zuwartende. Die Immunitätsdekretalen hätten energischere

---

franken, Beigabe 1877, S. 1—6; Priebatsch Bd. II S. 173; Bd. III S. 354[6]. Albrecht in einem Brief: consuetudo frangit leges.

[1]) Anonym erschien wegen der Steuer: Passio dominorum sacerdotum sub principatu marchionis secundum Mathiam (!), bei Kraussold, Beil. II S. 49—58; in der vorher erschienenen Passio (Beilage I S. 41—49) sind die Stellen beachtenswert: Nos habemus legem a divinis imperatoribus nobis datam per Constantinum primum etc., Fridericum primum, per Conradum primum et secundum et per Carolum quartum, qui favorabiliter legem dedit pro personis et rebus ecclesiasticis, que lex dicitur Karolina, ut clerus liber sit ab omni exactione, aggravatione ... S. 47: Hic est alter Pharao, qui persequebatur populum Dei. Hic est alter Senacherib, Eglon, Antiochus, Nero: vgl. auch Beilage XXXVIII S. 85—88, bes. S. 86, wo vier bekannte Fälle genannt sind, in denen ein subsidium erlaubt ist. S. 85: die Konsultation des Klerus ist nicht angängig nisi prius consulto Romano pontifice.

[2]) Von Bamberg, Würzburg, Eichstätt, auch Brandenburg, Kraussold S. 3; Priebatsch Bd. II S. 46. Haug von Werdenberg, der Vertreter des Kaisers für die Bischöfe Bd. III S. 92 f., 206.

[3]) Priebatsch, Pol. Korresp. Bd. III S. 185; Derselbe, Staat und Kirche in der Mark Brandenburg, in Zeitschr. f. Kirchengeschichte Bd. XIX (1899, S. 397—430; Bd. XX, 1900, S. 159—185 u. 329—365 und Bd. XXI 1901, S. 42—90) S. 425 ff.; Pol. Korresp. III S. 278—82.

[4]) Priebatsch, Pol. Korresp. Bd. III S. 185, 1482, IV. 26: Der Kardinal von Mantua an Albrecht: durum videtur omnibus, quod per illam exactiones ecclesiasticis imponantur, et id ledit nomen et existimationem vestram. Bd. III S. 154: der Kardinal von Mantua: aiunt (die Kardinäle) enim, si hoc (die Besteuerung) principibus permitteretur, totam status ecclesiastici eversionem inde suboriri posse, libertatem collapsuram. Würde einem die Besteuerung gewährt, so wollten dies auch die andern.

Schritte verlangt. Ein früheres Wort des Kurfürsten kennzeichnet die Lage: Wer gelt hat, der kauft zu Rom, was er will [1]). Der Ausspruch erinnert an die Mitteilung des Mönches Ulrich Stöckel von Basel aus an seinen Abt in Tegernsee: Wo das gelt krachet, do brisst der sach der rugk ab [2]).

§ 15.

Mecklenburg.

In Mecklenburg [3]) hat die Immunität häufig den Namen libertas ecclesiastica [4]). Die kirchliche Steuerfreiheit wurde gewissermassen als ein generelles Vorrecht beansprucht [5]).

---

[1]) Pol. Korresp. Bd. II S. 327; Koser a. a. O. Bd. I S. 140; vgl. den Satz: Das gaistlich recht ist krank, siehe Die Reformation des Kaisers Sigmund, herausg. von W. Boehm, N. Aufl. von H. Werner, Berlin 1908, S. 79 (zur Lit. Dahlmann-Waitz, Quellenkunde der deutschen Geschichte, 8. Aufl., herausg. von P. Herre, Leipzig 1912, S. 449, no. 6210); Werner, Landesherrliche Kirchenpolitik, a. a. O. S. 156 f.

[2]) Haller, Conc. Bas. t. I p. 88 no. 22 (1434, XI. 27).

[3]) Brennecke, Staatssteuern Mecklenburgs S. 29 (die Anfänge der Steuern; F. Techen, Ueber die Bede in Mecklenburg bis zum Jahre 1385, Jahrb. d. Ver. f. mecklenb. Gesch.- u. Altertumskunde Bd. 67, 1902, S. 1—73). Zur Entstehung der landständischen Verfassung Spangenberg, Vom Lehnstaat S. 158 ff., S. 161 Anm. 2 (Lit.).

[4]) Mecklenburgisches Urkundenbuch, herausg. von dem Verein für mecklenburgische Geschichte und Altertumskunde (Schwerin 1863 ff.) Bd. IV S. 450 (die unter libertas ecclesiastica angegebenen Belegstellen). Raspe, Immunität der Kirchendiener und des Kirchenguts in Mecklenburg a. a. O. S. 271.

[5]) Codex diplomaticus Lubecensis, Lübeckisches Urkundenbuch 1. Abt., Urk. d. Stadt Lübeck Bd. II (herausg. von W. Leverkus, Lübeck 1858) S. 174: 1306 V. 25 sine servicio semper perfruantur in ecclesiastica libertate, sicut ecclesie et monasteria bonis suis in terris nostris perfruuntur; vgl. Urkundenbuch Lübeck Bd. II S. 243 (1311, V. 25): ut ipsis bonis in omni proprietate, libertate et commoditate perpetuo perfruantur, sicut meliori modo suis bonis in terris nostris quilibet religiosi et quelibet ecclesie perfruuntur; vgl. Mecklenburg. Urkundenb. V no. 3425 (Brennecke S. 47: sicut ecclesie et monasteria in terris nostris bonis suis liberius perfruuntur).

Brennecke hat eine in der Idee allgemeine Steuerpflicht nachgewiesen. Freilich war diese allgemeine Pflicht tatsächlich sehr durchbrochen. Wie die Ritterschaft besassen die Geistlichkeit und besonders die ältesten Kirchen und Klöster bedeutende Exemtionen [1]. Schon aus dem 12. Jahrhundert haben wir Beispiele für Steuerbefreiung des kirchlichen Dotationsbesitzes [2]. Die Meistprivilegierten sind die Bistümer, die Domkapitel [3], der Johanniterorden und die Klöster [4]. Die Privilegien waren von hoher Bedeutung, wenn einem Kloster für sich die Weitererhebung der Steuer von seinen Hintersassen gewährt wurde, so bei der Festsetzung, dass die Kolonen pene nullam tenentur precariam nobis dare, nec aliquid servicii nobis facere, sed ad nutum et voluntatem prenominati (Doberan) monasterii stabunt, nullatenus negligentes [5]. Allmählich kamen dann Güterübertragungen mit der Bede vor [6], wodurch die Bede mehr aus dem landesherrlichen Besitz schwand [7]. Ziemlich häufig geschah dies seit dem 14. Jahrhundert und findet darin seine Erklärung, dass in den grossen Territorien die energische Handhabung der Verwaltung schwierig war [8]. Daneben zeigte sich zu

---

[1]) Brennecke S. 76; C. Hegel, Geschichte der Mecklenburgischen Landstände bis zum Jahre 1555 (Rostock 1856) S. 24 ff.; R. Küster, Die Verwaltungsorganisation von Mecklenburg im 13. und 14. Jahrhundert (Freiburger phil. Diss. 1909) S. 46; R. Hübner, Die ordentliche Kontribution Mecklenburgs in ihrer geschichtlichen Entwicklung und rechtlichen Bedeutung, Festschrift Otto Gierke zum 70. Geburtstag dargebracht (Weimar 1911, S. 1139—1166) S. 1142; W. Radloff, Das landesfürstliche Beamtentum Mecklenburgs im Mittelalter (Kieler phil. Diss. 1910) S. 54.

[2]) Mecklenb. Urkundenb. Bd. I no. 65, 90, 113 (Heinrichs des Löwen Privilegien für die Bistümer Lübeck, Schwerin, Ratzeburg); Brennecke S. 44.

[3]) Brennecke S. 45 mit vielen Belegstellen.

[4]) Brennecke S. 45.

[5]) Mecklenb. Urkundenb. V no. 3081 (Brennecke S. 46).

[6]) Mecklenburg. Urkundenb. II S. 482, no. 1324; S. 586, no. 1466.

[7]) Brennecke S. 46 mit Belegstellen; Hübner a. a. O. S. 1143.

[8]) v. Below, Territorium und Stadt S. 13; Hegel, Landstände S. 56 ff.

gleicher Zeit das Bestreben, den ausgetanen Besitz mehr als bisher der Besteuerung zu unterwerfen und nur den geistlichen selbstbewirtschafteten zu privilegieren[1]. Die Hintersassen der geistlichen Grundherrschaften hatten ohnedies im allgemeinen zu steuern[2]. Während am Ende des 13. Jahrhunderts auch neuen Besitzungen der Klöster sowie Neudotationen Bedefreiheit gewährt wurde[3], ist Mitte des 14. Jahrhunderts die Bedebefreiung eine beschränktere, indem Befreiung auf Zeit oder für Entgelt gewährt wird und so gewissermassen als Ablösung erscheint oder nur eine bestimmte Anzahl von Hufen steuerfrei bleibt[4].

Was die ausserordentliche Besteuerung betrifft, so war in Privilegien für das Kirchengut die Heranziehung derselben zu ihr vielfach ausbedungen und vorbehalten[5]. Als Be-

---

[1]) Brennecke S. 48 f.; Mecklenburg. Urkundenb. IX no. 6229. Der Grundbesitz des Klosters Dobbertin ist steuerfrei, quamdiu sub aratro et agricultura sua habuerint, steuerpflichtig, si vero ipsos mansos ad ius census et pactus posuerint. Beachtenswert auch Mecklenb. Urkundenb. VII no. 4748 (Brennecke S. 30: die Bede richtet sich nach dem Einlauf der Pachtzinse).

[2]) Doch kommen auch Befreiungen der Hintersassen vor (Brennecke S. 76), dann aber bleibt die Verpflichtung zur lantwere bestehen. Vgl. Urkundenbuch des Bistums Lübeck I S. 577 f., no. 474 (1318, XII. 11) bei Verkauf von zwölf Hufen an das Domkapitel zu Lübeck: volentes, ut sepedictorum mansorum coloni liberi esse debeant et immunes ab omni servicio, quod brochwerc et brucwerc dicitur (Hegel, Landstände S. 27), vectura et aratura ac generaliter ab omni gravamine excepto lantwere et precaria, quando per dominum terre generaliter per totam terram indicitur.

[3]) Mecklenb. Urkundenb. II S. 450, no. 1282.

[4]) Brennecke S. 50—52 (Belegstellen).

[5]) Brennecke S. 46; Hübner a. a. O. S. 1144 Mecklenb. Urkundenb. II S. 590, no. 1472; vgl. die Reverse Mecklenb. Urkundenb. II S. 553, no. 1413 (Befreiung mit Ausnahme der bei der Vermählung der Fürstentochter und Schwertleite der Söhne der Landesherren erhobenen Steuer); vgl. Mecklenb. Urkundenb. II S. 604, no. 1504; Hegel, Landstände S. 63; die Bedeverträge in Mecklenburg 1279 u. 1285 Mecklenb. Urkundenb. II S. 609 ff. no. 1504; III S. 163 ff., no. 1781; C. W. A. Balck,

drückungen vorkamen, klagte das Bützower Kapitel darüber im Anschluss an die Bulle Clericis laicos[1]). Die auf die Verletzung der Immunität gesetzte Strafe war 1321 vom Bischof von Ratzeburg gegen Heinrich von Mecklenburg ausgeführt worden. Heinrich wurde wegen Besteuerung der Geistlichkeit und aller Kirchengüter in der Höhe ihres ganzen Jahreseinkommens exkommuniziert. Durch eine hohe Busse musste er sich von der Strafe befreien.

Wie in Oesterreich und Brandenburg so stehen wir auch in Mecklenburg[2]) zuletzt vor derselben Erscheinung: steigender

---

Finanzverhältnisse in Mecklenburg-Schwerin Bd. II (Schwerin 1878) S. 6 f.; Spangenberg, Landesherrliche Verwaltung, Feudalismus und Ständetum a. a. O. S. 495.

[1]) Ecclesiis ecclesiasticisque personis laycos esse infestos, Brennecke S. 49 (Mecklenb. Urkundenb. XIV no. 8525; Klage des Bützower Kapitels 1358, siehe oben S. 29 [2], wo aber Lützow aus Bützow verdruckt ist).

[2]) Weissbach, Staat und Kirche in Mecklenburg S. 128: Es „befand sich die landesherrliche Macht entschieden im Vorwärtsschreiten gegenüber der kirchlichen. Die Herzoge gingen nicht rücksichtslos und gewalttätig vor, sondern suchten Schritt für Schritt unter möglichster Schonung geistlicher Interessen ihre Einflüsse zu erweitern. Besonders befleissigten sie sich eines möglichst engen Zusammengehens mit den kirchlichen Faktoren, vor allem den Päpsten. Dadurch wollten sie nicht nur eine rechtliche Bestätigung verschiedener, in der Praxis schon länger bestehender Verhältnisse erlangen, sondern sie glaubten sich auf diesem Wege in ihrer inneren Politik um so mehr der geistlichen Macht- und Strafmittel zu eigenem Nutzen bedienen zu können. Der Ausfall an Steuern, wie ihn das steuerfreie Kirchengut bedingte, führte in unserer Periode, wo dem Staate ganz besonders schwere, kostspielige Aufgaben infolge der Schwäche der vorhergehenden Herrscher und der fortschreitenden Bildung des modernen Staatswesens mit seinen Aufgaben und Pflichten erwuchsen, unsere Herzoge dazu, mit Energie einen Einfluss auf das Kirchengut zu fordern und ihre Wünsche auch in Wirklichkeit umzusetzen. Sie wussten nicht nur den geistlichen Besitz zu grösseren allgemeinen Steuern heranzuziehen und ihn durch Ablager (vgl. auch S. 59, 66 f., 119, 94 f. und E. Greverus, Zur Geschichte des mecklenburgischen Jagdrechts 1906, S. 55 f.) und sonstige Forderungen auszunützen, sondern sie verwandelten das von ihnen in Anspruch genommene Oberaufsichtsrecht, welches sich nach und nach in ein Eigentumsrecht

Einfluss der Landesherrlichkeit auf das Kirchengut und schliesslich ein Zustand, welcher ein landesherrliches Kirchenregiment vorbereitet, nie aber eine grundsätzliche Steuerfreiheit geistlichen Besitzes.

§ 16.
Schlesien.

Je östlicher die Kolonisationsgebiete liegen, um so grösser ist der Unterschied zwischen Steuererhebung und Steuerverwaltung einer-[1]) und dem Umfang der Grundherrschaften [2]) anderseits. Wir wissen, dass sich die kolonisatorische Tätigkeit des Klosters Leubus von 1203—1239 allein über ein Areal von 950000 Morgen erstreckte [3]). Schon 1202 waren durch Herzog Heinrich I. von Niederschlesien alle damaligen Güter des Klosters und 1203 dessen Dörfer auf 500 Hufen von dem Schoss oder der exactio befreit worden [4]).

Die Immunität wurde in Schlesien von der Kirche in der Tat energisch verlangt und beansprucht [5]). Im 13. Jahr-

verwandelt hatte, dazu, alle Veränderungen des geistlichen Besitzes, sowie dessen Verwaltung bis ins Einzelne zu überwachen".

[1]) v. Below, Territorium und Stadt S. 1—95, bes. S. 11 u. 37 ff.; vgl. Spangenberg, Vom Lehnstaat S. 186 ff.

[2]) G. Caro, Grundherrschaft und Staat, Deutsche Geschichtsblätter Bd. IX (1908 S. 95—112) S. 107 f.

[3]) W. Thoma, Die kolonisatorische Tätigkeit des Klosters Leubus im 12. und 13. Jahrhundert (Leipziger phil. Diss. 1894) bes. S. 87 Anm. 1; L. Wintera, Leubus in Schlesien, Studien und Mitteilungen des Cisterzienser- und Benediktinerordens Bd. 25 (1904) S. 505 ff.

[4]) G. A. Tzschoppe und G. A. Stenzel, Urkundensammlung zur Geschichte des Ursprungs der Städte und der Einführung und Verbreitung deutscher Kolonisten und Städte in Schlesien und der Oberlausitz (Hamburg 1832) S. 30.; F. Rachfahl, Die Organisation der Gesamtstaatsverwaltung Schlesiens (Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen, herausg. von G. Schmoller Bd. XIII, H. 1, Leipzig 1894) S. 43.

[5]) Tzschoppe-Stenzel a. a. O. S. 21; 1274 klagt der Bischof von Breslau auf dem Konzil von Lyon wegen Kirchenbesteuerung, Rachfahl S. 45 ff.

hundert liegen die Herzoge von Schlesien in grossen Steuerkämpfen mit dem Bistum Breslau. Wie früh die Immunitätsdekretalen hier publiziert wurden, ersehen wir daraus, dass unter dem Kardinallegaten Guido im Februar 1268 auf einer Synode von Prag zu Gnesen, auf der auch der Bischof von Breslau anwesend war, Statuten zur Aufrechterhaltung der Kirchenfreiheit abgefasst wurden [1]). Ausdrücklich wurde hervorgehoben, es seien nicht neue, sondern alte, erneuerte. Wir erkennen aus den erlassenen Statuten ganz auffallend den Rechtsstandpunkt der Immunitätskanones von 1179 und 1215: Im Falle, dass der Bischof mit der Geistlichkeit die allgemeine Not und Nützlichkeit erkenne, ohne allen Zwang zum allgemeinen Besten den Laien Beisteuern zu geben, so solle dies doch nicht geschehen, ehe der Papst um Rat gefragt worden sei. Bischof Thomas II. von Breslau brachte 1272 die Gnesener Statuten durch das auf das Land des Herzogs Konrad von Schlesien gelegte Interdikt zur Ausführung. Er tat dies wegen Zehntstreitigkeiten et pro eo, quod collectis, talliis et variis exaccionibus homines ecclesie gravare non cessabat contra Lateranense concilium et contra concilia provincialia et specialiter contra jura edita per dominum Urbanum (IV.) papam et postmodum innovata per cardinalem dominum Guidonem [2]). Im Jahre 1273 erneuerte Konrad von

[1]) G. Stenzel, Urkunden zur Geschichte des Bistums Breslau (Breslau 1845) S. XLVIII f.; vgl. auch S. 16, 17, no. 8, 1249, I. 28: Boleslaus II. (Herzog von Schlesien 1241—78) und Polen gibt, um Lösung des Bannes zu erhalten, dem Breslauer Bistum Genugtuung und grosse Freiheiten und Rechte. § 3: Item collectas sive exacciones generales sive speciales super homines et bona ecclesiastica non faciemus nisi justas, que fuerint per episcopum et barones pro utilitate terre et necessitate approbate, nisi episcopus solus contra consensum baronum et contra justiciam suum consensum noluerit adhibere, hoc tamen nostros heredes neque episcopi obliget successores. § 5: Item immunitatem domibus episcopalibus et regularium seu secularium clericorum debitam observabimus.

[2]) Stenzel, Urkundenbuch des Bistums S. 57, no. 54.

Glogau die schon am 13. Dezember 1253 dem Bistum Breslau und dem Glogauer Kollegiatstifte erteilten Freiheiten, behielt sich aber für drei Fälle eine Besteuerung vor [1]), was Herzog Heinrich IV. von Schlesien bestätigte [2]).

Im 14. Jahrhundert liess Papst Benedikt XII. gegen die exactiones et tallias indebitas ac etiam importabiles Auflegenden einschreiten [3]). Die unterdessen zu ordentlichen Steuern ge-

---

[1]) Stenzel, Urkundenbuch S. 60, no. 58. Konrad behält sich Besteuerung vor, wenn eine Burg in feindliche Hände fällt und mit Geld losgekauft werden muss, wenn ein starkes Heer sich im Lande festsetzt.

[2]) Stenzel S. 267, no. 257, vgl. S. 73, no. 68; 1282, II. 8: Notariatsinstrument über den Kompromiss Thomas II. von Breslau und seines Kapitels mit Heinrich IV. von Schlesien . . . cum ecclesia ipsa . . . tam de jure communi quam per privilegia et constituciones apostolice sedis et legatorum ejus ac synodalia concilia necnon et generalem consuetudinem kathedralium ecclesiarum provincie . . . a talium vel similium prestacione esset libera et exempta. Vgl. den schiedsrichterlichen Spruch S. 76, no. 69, 1282, VIII. 10; siehe Spangenberg, Vom Lehnstaat S. 48: „Das Recht des Herzogs, von den Untertanen der Kirche eine Hilfe zu fordern, war fortan eingeschränkt auf die bekannten Fälle der Verheiratung eines Kindes, der Schwertleite eines Sohnes, der Gefangenschaft eines Herzogs und der Landesnot." (Cod. diplomaticus Silesiae, herausg. vom Vereine für Geschichte und Altertum Schlesiens, Breslau 1857 ff., Bd. VII, Reg. zur schles. Gesch., herausg. von C. Grünhagen, Teil III S. 21. 22.) — Auch bei sonstigen Befreiungen wurde auf diese allgemeinen Subventionen nicht verzichtet, Urkunden des Klosters Kamenz (Codex diplomaticus Silesiae Bd. X, herausg. von Paul Pfotenhauer, Breslau 1881, S. 147, no. 187; 1344, VII. 30).

[3]) Urk. des Klosters Kamenz (Cod. dipl. Silesiae X, 1881) S. 130 f. no. 165, vgl. auch das Formelbuch des Domherrn Arnold von Protzan, herausg. von Wilh. Wattenbach (Cod. dipl. Siles. V, Breslau 1862, vgl. dazu A. Potthast, Bibliotheca historica medii aevi t. I, Berolini 1896, p. 119; Schillmann, Formelbücher a. a. O. S. 193; Dix, Interdikt S. 89) S. 200 f. (c. 1378). Processus contra ducem, qui multas iniurias intulit ecclesie. S. 201: Pharaonis quippe duriciam imitatus et obthurans more aspidis aures suas, preces et monita salutaria ex parte nostra et ecclesie sibi facta despexit; vgl. Cod. dipl. Siles. V S. 34 ff. (wegen der Bezeichnung Pharao c. 4 X de immun. III, 49; c. 7 X de

wordenen Abgaben waren wie viele anderen landesherrlichen Rechte vielfach veräussert worden [1]).

Zu beachten ist, dass es sich bei den Immunitätsstreitigkeiten im Bistum Breslau im 13. und 14. Jahrhundert hauptsächlich um die Besteuerung der homines ecclesie, also der geistlichen Hintersassen, nicht der Geistlichen selbst, gehandelt hatte, allein die berna [2]) traf auch die Grundherren. Mathias Corvinus [3]) erhob 1474 die erste Berna

---

immun. III, 49; c. 3 in VIto de immun. III, 23; v. Srbik S. 139; v. Luschin, Oesterreichische Reichsgeschichte Bd. I² S. 235 und oben S. 123 [1].

[1]) Rachfahl, Gesamtstaatsverwaltung S. 51; Stenzel S. XIX; vgl. Spangenberg, Vom Lehnstaat S. 35.

[2]) berna Etymologie Falke, Bethe, Zise S. 43: ber oder bär, auch in Sachsen eyne sture und bern (1437), ist wohl nur der niederdeutsche Ausdruck für Bede, Falke S. 43 Anm. 1; für Böhmen ist berna die steura regalis sive generalis, die allgemeine Landessteuer, v. Luschin a. a. O. Bd. I² S. 394; K. Beer, Ueber Losungsbücher und Losungswesen böhmischer Städte im Mittelalter, M. J. Oe. Bd. 36 (1915, S. 31—95) S. 45f., 85; Regesta Imperii VIII, Die Reg. d. Kaiserreichs unter Kaiser Karl IV., aus dem Nachlasse J. F. Böhmers herausg. und ergänzt von A. Huber, Innsbruck 1877, no. 73; sie muss nur gezahlt werden bei Einlösung der Krongüter oder Verheiratung einer Prinzessin, Reg. Imp. VIII no. 77, vgl. Cod. dipl. Sax. I/2 S. 53, no. 93, 1397 Wenzel: als ofte wir von den clostern zu Doxan und zu der Celle und iren gutern einen ader mer bern ader stewre vordern und nemen wurden. Vgl. Cod. dipl. Sax. I/2, S. 80, no. 133: uff den summen und beren; S. 93, no. 153: ouch mit dem beren; S. 498, no. 709 (1406): daz berngeld; S. 498, no. 709 (1406): umbe den bern uff irem lipgedinge, vgl. Fr. M. Pelzel, Kaiser Karl IV., König in Böhmen Bd. II, mit Urkundenbuch 1355—1378 (Prag 1781) S. 329, no. 297: ab omnibus et singulis solutionibus exactionum, contributionum, angariarum et steurarum ac berne regalis, si emerserit. Bd. I (Prag 1780) S. 60, no. 50: a steure regalis solutione, que vulgariter berna dicitur. — Für Schlesien Rachfahl, Gesamtstaatsverwaltung S. 111 Anm. 1 (1491): si quando steura sive berna aliqua per Silesiam generaliter imponeretur.

[3]) A. Rebhann, Die Steuer- und Militärreformen Mathias Corvins, Gymnasialprogramm von Mährisch-Schönberg 1898.

von ganz Schlesien, nachdem die Gesamtstände sie bewilligt hatten [1]).

Bei der Besteuerung des Klerus [2]) wurde bisweilen das Verfahren eingeschlagen, dass der Bischof als Oberhaupt und Vertreter der schlesischen Geistlichkeit auf dem Fürstentag die auf den Klerus fallende Summe bewilligte und dann die Verteilung bestimmte. Hierbei wurde der Bischof am höchsten besteuert. Von seinen Gütern trieb er die Steuer durch eine Hufensteuer ein. Der Rest fiel zu gleichen Teilen einzelnen Klöstern zu [3]). Die ausserordentlichen Auflagen unter Mathias Corvinus lasteten auf dem Klerus sehr schwer [4]). Wenn die Besteuerung auch keine gewaltsame war, so hat sie doch tatsächlich die allgemein geforderte Immunität völlig durchbrochen [5]). Zur grundsätzlichen Anerkennung der Immunität

---

[1]) Rachfahl S. 110.

[2]) Zu den Steuern der Geistlichkeit Rachfahl S. 114 Anm. 1. 1474 Steuer des Klerus 1600 fl., 1480: 2000 fl., jedes Kloster zahlt 20 fl. Der Bischof fordert in seinem Gebiet eine Hufensteuer ein. 1483: Steuer von der Geistlichkeit nach den Prinzipien von den Gütern der Ritterschaft von Hufe, Schenke und Mühlrad. Zu letzterem Codex dipl. Silesiae X S. 129, no. 161 (1337): Befreiung der Mühle des Klosters Kamenz; absolutum ab omni exactione vel etiam petitione, quocienscumque eadem generaliter aut specialiter in terra nostra quacumque de causa super rotas molendinorum indicta fuerit per nos. Zur Hufensteuer Rachfahl S. 63.

[3]) Rachfahl S. 113 f.

[4]) Rachfahl S. 114 Anm. 3, besonders wenn der Bischof eine Steuer bewilligte an allir prelatin willin, so 1479, vgl. Rachfahl, S. 114 [2]. — Zum Kolowratischen Vertrag von 1504, II. 3: Stenzel, Urkundenb. des Bistums, no. 110, bes. § 6 S. 365. Die Verwerfung des Vertrages durch den Papst S. 371; M. Lehmann, Staat und Kirche in Schlesien vor der preussischen Besitzergreifung. Histor. Zeitschr. Bd. 50 (1883, S. 193—230) S. 199.

[5]) Zum Dienst in Schlesien Stenzel, Urkundenb. des Bistums S. 14, no. 6. 1248 bestätigt Innozenz IV. die Befreiung der kirchlichen Güter des Herzogs Boleslaus II. von der Herberge der venatores capreolorum, cervorum ... etc.; vgl. Urkundenbuch der Stadt Brieg (herausg. von C. Grünhagen, Cod. dipl. Sil. IX, 1870, S. 238. Zur

war es auch in Schlesien, wo sich doch die Kirche „zu einer den Herzogen weit überlegenen wirtschaftlichen Macht“ [1]) entwickelt hatte, nicht gekommen.

Herberge: Stenzel, Urkundenb. des Bistums S. 47; Cod. dipl. Sil. X, 1881) S. 130.

[1]) R. Burandt, Die politische Stellung des Breslauer Bistums unter Thomas I. (1232—1268) 1. Teil (Breslauer phil. Diss. 1909) S. 7.

Siebentes Kapitel.

Braunschweig-Lüneburg, Jülich und Berg.

§ 17.

Die Immunität in Braunschweig-Lüneburg.

In den Urkunden Braunschweigs erfahren wir weniger über die Steuerverhältnisse als über den Dienst und die Dienstexemtionen. Eine grundsätzlich anerkannte Immunität gab es nicht[1]. Das Dotalgut besass dieselbe noch im 14. Jahrhundert, es kam aber nur durch ausdrückliches Privileg in ihren Besitz[2].

Was die ausserordentliche Beschatzung geistlicher Güter oder der sie innehabenden Hintersassen anlangt, so wurde diese als Ausnahmefall und nicht als Recht angesehen. Herzog Magnus II. (1369—1373) hatte 1371 eine solche ausserordentliche Bede erbeten[3]. Im Revers, der für das Kloster Wien-

---

[1]) H. Sonnenkalb, Die Steuer im Fürstentum Lüneburg während des Mittelalters (Kieler phil. Diss. 1908) S. 15.

[2]) Urkundenb. zur Geschichte der Herzöge von Braunschweig und Lüneburg und ihrer Lande, herausg. von H. Sudendorf, Hannover 1859 ff., Bd. III S. 282, no. 419 (1369). Zur Dotierung zugleich mit der Bede III S. 179, no. 270 (1365). Herzog Wilhelm dotiert einen Altar zu Celle mit dem ganzen Dorf Heese mit Bede, Gericht, Dienst, vgl. VII S. 29, no. 25 (1390). Herzog Albert schenkt dem Propst, der Priorin und den Nonnen in Kassel den Hof Kragen als Seelgerät sine omni exactione, contribucione seu servicio, Klöster, Stifter und Hospitäler der Stadt Kassel und Kloster Weissenstein. Reg. u. Urk., bearb. von J. Schultze (Veröffentl. d. Histor. Kommission für Hessen u. Waldeck Bd. IX, Marburg 1913) S. 28, no. 70 (1312, X. 2).

[3]) Sudendorf, Urkundenb. IV S. 124, no. 172 (1371 ghelt bidden);

hausen ausgestellt wurde, bekundet er: dat we . . . den provest des closters Winhusen noch deme convente umme jenegherleyghe pennege noch ghelt bidden noch van en esschen schollen noch dat we dat sulve godeshus al ere lude und meygere vortmer nicht beschedeghen noch beschatten schullen noch en willen[1]). Wie der Brief besagt, wurden also nur die Güter beschatzt, welche ere lude und meygere[2]) innehatten. Aehnlich lautet der Revers über die von den Geistlichen, Rittern und Bürgern den Herzogen Albrecht, Wenzel und Bernhard im Jahre 1379 bewilligte Besteuerung ihrer Hintersassen: ene mene bede over ere lude . . . der bede se uns doch nicht van rechtes weghene plichtich en synt noch en weren[3]). Auch die 1390 den Herzogen Bernhard und Heinrich von Braunschweig und Lüneburg zur Lösung des Herzogs Bernhard aus der Gefangenschaft bewilligte Steuer nennen die Aebte, Pröpste, anderen Geistlichen und Bürger der Städte eine vruntliken bede. Auch sie traf nur die Hintersassen[4]). Wo die Steuer nicht erbeten, sondern eigenmächtig erhoben wird, liegt Rechtsverletzung vor, eine Tat, quod valde a Christi fidelibus patet horrendum. So schreibt der Dompropst Ekkehard von Minden im Auftrag des apostolischen Stuhles und fährt fort: Nos igitur attendentes, quod clericis non licet, non

---

1369—1373 der Höhepunkt herzoglicher Verschuldung, vgl. Spangenberg, Vom Lehnstaat S. 85 (nach A. v. Kostanecki, Der öffentliche Kredit im Mittelalter, Leipzig 1889); S. 107 (Bedeutung des Einungswesens auf die Geschicke des Landes).

[1]) O. Jürgens, Die Landeshoheit im Fürstentum Lüneburg bei Beginn des Erbfolgekrieges 1371 (Göttinger phil. Diss. 1888) S. 54; G. Herden, Entwicklung der Landstände im Herzogtum Braunschweig-Lüneburg vom 13. bis zum Ausgang des 14. Jahrhunderts (Jenaer phil. Diss. 1888) S. 13.

[2]) Zur Behandlung des Maiers in der ordentlichen Besteuerung der Grafschaft Wernigerode, Urkundenb. der Deutschordenskommende Langeln und der Klöster Himmelpfordten und Waterler in der Grafschaft Wernigerode, herausg. von Ed. Jacobs (Geschichtsquellen der Provinz Sachsen Bd. XV, Halle 1882) S. 313, no. 139; 314, no. 140.

[3]) Sudendorf, Urkundenb. V S. 192.

[4]) Sudendorf, Urkundenb. VII S. 4 f.

decet, non expedit, ut absque ulla etiam coactione subsidia de ecclesiarum bonis quibusvis principibus seu aliis laicis conferant quovis modo, nisi prius Romanus super hoc pontifex consolatur [1]).

Aus dem 15. Jahrhundert ist uns ein Register über eine gemeine landbeede von 1450 erhalten, andere sind allem nach „verschwunden“ [2]). Das Register zeigt, dass auch jetzt noch die Güter besteuert wurden, welche die Hintersassen innehatten [3]).

Ueber die verschiedenen Dienste, zu denen die Geistlichkeit für ihre Güter in Braunschweig-Lüneburg verpflichtet war, haben wir besonders seit dem 14. Jahrhundert Nachrichten. Eine hervorragende Stelle nimmt die Verpflichtung ein, den Herzogen Wagen zu besonderen militärischen und ökonomischen Zwecken zur Verfügung zu stellen [4]). Noch 1493 leistet Kloster Stötterlingenburg Wagendienste auf das Schloss zu Hessen für den daselbst gelegenen Mönchshof [5]). Auch in diesen Territorien erscheint die Herbergepflicht der Herzoge und ihrer Beamten [6]), die Pflicht der Beköstigung der fürstlichen Jäger und Hunde [7]). Einige Dienste werden durch Abgaben wie Haferbede [8]) und Fuderpfennige abgelöst [9]).

---

[1]) Sudendorf, Urkundenb. V S. 41, no. 33 (1374), S. 43 Berufung auf das Lateranskonzil.

[2]) v. Hinüber, Die Kirchenlasten im Fürstentum Lüneburg und die altdeutsche Dorfmark, Deutsche Zeitschr. für Kirchenrecht Bd. I (1892, S. 349—398) S. 368.

[3]) Ebenda.

[4]) Sudendorf, Urkundenb. X S. 32 ff. (1405).

[5]) Die Urkunden des Klosters Stötterlingenburg, herausg. von K. v. Schmidt-Phiseldeck (Geschichtsquellen der Prov. Sachsen Bd. IV, Halle 1874) S. 187 ff., no. 284; vgl. Sudendorf, Urkundenb. VII S. 69.

[6]) Herden S. 12.

[7]) Sudendorf, Urkundenb. VII S. 61.

[8]) Sudendorf, Urkundenb. VII S. 68: alle iar to hauerbede plach to gheuen.

[9]) Sudendorf, Urkundenb. I S. 59.

Was die Befreiungen anlangt, so enthalten Einzelprivilegien gewöhnlich die Befreiung von Schatz und Dienst[1]), van allerleye plicht unn denste[2]), von Herberge, Dienst, Bede und ungewöhnlicher Gewalt[3]); sie mindern den Dienst, so bei der Wagenpflicht[4]), erlassen den Wagendienst ganz als Entgelt für ein gegebenes Darlehen, bis dasselbe zurückbezahlt ist[5]), erlassen die Pflicht der Beköstigung der Jäger und Hunde[6]).

Das grosse Privileg für die Geistlichkeit in Braunschweig-Lüneburg ist der am 14. September 1392 von den Herzogen Bernhard und Erich ausgestellte Prälatenbrief[7]). Die Herzoge nehmen unter reicher Privilegierung[8]) und Ausschluss aller fremden Angriffe und Bedrückungen[9]) die Klöster, Stifter und Gotteshäuser in Schutz[10]). Die Amtleute und Mannen geben über Herberge- und Dienstpflicht der Klöster ein Weistum ab. Danach dürfen fernerhin weder die Herzoge noch fremde Fürsten Heerhaufen auf die Klosterhöfe oder auf die Dörfer und Güter der Klöster legen[11]). Im Kriegsfall trifft die Klöster erträgliche Quartierlast. Wenn die Herzoge Herberge fordern, sind Uebergriffe der Amtleute, Vögte und herrschaftlichen Diener zu vermeiden[12]). Die Regelung der Wagenpflicht und der Bedeleistungen bildet den wichtigsten Paragraphen. Danach sind in Zukunft die Klöster den herzoglichen Amtleuten

---

[1]) Sudendorf, Urkundenb. III S. 280.

[2]) Sudendorf, Urkundenb. VII S. 137.

[3]) Sudendorf, Urkundenb. III S. 3.

[4]) Sudendorf, Urkundenb. VII S. 69.

[5]) Urkundenbuch des Klosters Stötterlingenburg a. a. O. S. 187.

[6]) Sudendorf, Urkundenb. III S. 61; VII S. 14 f.; III S. XVI.

[7]) Sudendorf, Urkundenb. VII S. 89 ff., no. 97, S. 101 ff., no. 100; Spangenberg, Vom Lehnstaat S. 107 f.; Sonnenkalb S. 5 f.

[8]) Sudendorf, Urkundenb. VII S. 90 no. 97, § 2.

[9]) Ebenda § 3.

[10]) Sudendorf, Urkundenb. VII S. 89 ff., no. 97, § 1.

[11]) Ebenda § 5.

[12]) Ebenda § 6.

und Vögten to nenerleye powstwerke edder burwerke oder Holzfuhren für die Küche verpflichtet. Namentlich in der Erntezeit dürfen die Klosterwagen nicht für herrschaftliche Dienste beansprucht werden. Nur in vier Fällen besteht die Wagenpflicht weiter: wenn die Herzoge eine Heerfahrt unternehmen, im Felde liegen, ihre Schlösser bauen und ihr Hoflager verlegen. Eine Bede versprechen die Herzoge von den Untertanen und Leuten der Klöster fernerhin nicht mehr zu beanspruchen[1]. Die letzte Bestimmung war zu allgemein, als dass sie hätte ausgeführt werden können[2]. Der ganze Kompromiss und alle Privilegien zusammen bestätigen auch für unsere Territorien, dass es keine grundsätzlich anerkannte Immunität gab.

§ 18.
Die Immunität in Jülich und Berg.

Auch im grössten Herrschaftsgebiet am Niederrhein, in Jülich-Berg[3], sind die Ansprüche der Kirche auf volle Steuerfreiheit nicht zum Siege gelangt. Das ist schon wegen der mannigfachen Beziehungen der niederrheinischen Gebiete zu

---

[1]) Sudendorf, Urkundenb. VII S. 89 ff., no. 97, § 7; Herden S. 12.

[2]) Sudendorf, Urkundenb. VIII S. 9, no. 15; S. 11, no. 19; S. 16 ff., no. 30. Gegenstück in Wernigerode: Urkundenb. des in der Grafschaft Wernigerode belegenen Klosters Ilsenburg, herausg. von Ed. Jacobs (Geschichtsquellen d. Prov. Sachsen VI, 2, Halle 1877) S. 431. Zum Prälatenbrief vgl. Sudendorf, Urkundenb. VII S. 89 ff., no. 100, § 2 u. 3; VII S. 206 ff., no. 186. Die Bestätigung durch Wenzel 1393; vgl. Sudendorf, Urkundenb. VII S. 227, no. 200.

[3]) v. Below, Landtagsakten von Jülich-Berg Bd. I, Einleitung. Für diesen Paragraphen sei besonders auf die grundlegenden Arbeiten G. v. Belows, hauptsächlich auf seine Geschichte der direkten Staatssteuern in Jülich und Berg bis zum geldrischen Erbfolgekrieg, in Zeitschr. des Berg. Gesch.-Ver. Bd. 26, H. 1 (1890) S. 1—14 und Bd. 28, H. 1 (1892) S. 1—205, verwiesen. Vgl. Spangenberg, Vom Lehnstaat S. 150 [1] und R. Schulze, Die Landstände der Grafschaft Mark bis zum Jahre 1510, Deutschrechtl. Beiträge, herausg. von K. Beyerle Bd. 1, H. 4 (Heidelberg 1907) S. 71, 119 ff.

Frankreich mit dessen stark entwickeltem Unabhängigkeitssinn gegenüber der Kirche und ihren Ansprüchen begreiflich [1]).

Die Schatzpflicht ist die Regel, die Schatzfreiheit die Ausnahme. Wo wir die letztere finden, ist sie nur ein Privileg der einzelnen Kirche. Grundsätzlich war die Steuerfreiheit des geistlichen Besitzes nicht anerkannt [2]). Freilich sprechen die vielen Privilegien für die Zähigkeit des kirchlichen Anspruches [3]). Für den tatsächlichen Stand ist es allerdings bezeichnend, dass der Herzog von Berg 1396 Grundstücke der Düsseldorfer Kollegiatkirche mit Schatz- und Dienstfreiheit begabt, damit sie frei sein sollen: as einich ander kirchgen gut [4]). Gleichwohl waren nicht alle geistlichen Güter steuerfrei. Und da die Steuerpflicht nicht auf dem Eigentümer eines Gutes lastete, sondern auf dem, der es umtrieb, konnte auch in Jülich und Berg das Immunitätsprivileg durch Einforderung des Schatzes oder der Bede wenigstens von den geistlichen Hintersassen durchbrochen werden. Sie zahlen, einige Exemtionen abgesehen, auch meistens den Schatz. Auch begegnet mitunter

---

[1]) Redlich, Jülich-bergische Kirchenpolitik Bd. I S. 4*. In Frankreich, wo die Entstehung des modernen Staates im zentralistischen Sinn früher zu beobachten ist (vgl. oben S. 7 [1]), „hat die Entwicklung der Kirchenverfassung zu einer neuen Stärkung der königlichen Gewalt geführt"; siehe Hirsch, Kaiserurkunde u. Kaisergeschichte, M. J. Oe. Bd. 35 (1914) S. 86.

[2]) Redlich a. a. O. S. 40* ff., 47*; dasselbe gilt von Cleve-Mark; vgl. Niepmann, Die ordentlichen direkten Staatssteuern S. 11 f.; Werner, Landesherrliche Kirchenpolitik, a. a. O. S. 148.

[3]) Redlich S. 40* Anm. 5 u. 6, S. 47*.

[4]) v. Below, Berg. Zeitschr. Bd. 26 (1890) S. 14 [1]; in Cleve-Mark das Privileg für das Kanonikerkolleg Monreberg, Urkundenbuch für die Geschichte des Niederrheins, herausg. von Th. J. Lacomblet (Düsseldorf 1840 ff.) Bd. III, no. 276, S. 223 (1334, II. 15): eximimus a saeculari iurisdictione et ab angariis, perangariis, talliis et vigiliis ac exactionibus quibuscunque, volentes quod plena libertate gaudeant, quemadmodum personis et rebus ecclesiasticis et bonis clericorum hoc competit de iure, privilegio, consuetudine seu statuto.

Besteuerung der geistlichen Eigenbaugüter, die des ausgetanen Besitzes wird besonders durch die Pachtbriefe bewiesen[1]).

Privilegierung von Zoll[2]) wird ähnlich wie die von Schatz und Bede gehandhabt. Befreiung vom Dienst ist derjenigen von der Bede nicht adäquat. Im Gegenteil ist die Belastung der geistlichen Fronhöfe gross[3]).

Eine ausserordentliche Steuer hatten sich die Herzoge in den bekannten Fällen ausbedungen, die unter den Begriff der legitima necessitas fielen[4]). Vorher musste auch hier die Zustimmung der zu Besteuernden eingeholt werden[5]). Da aber die Geistlichen in Jülich-Berg keine Kurie des Landtages bilden[6]), verhandeln die Landesherren mit den im Land begüterten Klerikern besonders[7]). Die auf geistlichen Gütern sitzenden Bauern werden auf dem Landtag ohne vorherige Zustimmung ihrer geistlichen Herren besteuert. Die Bauern auf geistlichen Gütern, die schatzfrei sind, zahlen in diesem Fall die Steuer uf ir gewin und gewerb[8]). Wenn wir in Jülich-Berg grossen Immunitätskämpfen auch nicht begegnen, schon aus dem Grunde, weil der Klerus kaum über eine passive Opposition hätte hinausgehen können, so kann doch mit Redlich gesagt werden: „Mit der zunehmenden Konsolidierung des jülich-bergischen Staatswesens und zumal seitdem für die Kosten desselben in immer wachsendem Masse die Landstände in Anspruch genommen wurden, musste der Klerus

---

[1]) v. Below, Berg. Zeitschr. 26 (1890) S. 15 Anm. 15.

[2]) Redlich a. a. O. S. 41*, 47* Anm. 15.

[3]) v. Below, Territorium und Stadt S. 131 [1]; vgl. Schulze S. 125.

[4]) v. Below, Berg. Zeitschr. Bd. 22 (1886) S. 5, 26, 71.

[5]) Derselbe, Berg. Zeitschr. Bd. 26 (1890) S. 57.

[6]) Derselbe, Berg. Zeitschr. Bd. 26 (1890) S. 2; Bd. 28 (1892) S. 156; Landtagsakten I S. VII; Redlich a. a. O. S. 46*; Schulze S. 17, 21, 30, 126.

[7]) v. Below, Territorium und Stadt S. 188.

[8]) v. Below, Berg. Zeitschr. Bd. 28 (1892) S. 156, 8; zur Besteuerung der Hintersassen vgl. Denselben, Landtagsakten I S. 55 f.; vgl. Spangenberg, Vom Lehnstaat S. 54 f.

in seiner Steuerfreiheit gefährdet erscheinen. Dadurch, dass ihm die Landstandschaft fehlte, konnten Ritterschaft und Stände um so ungestörter darauf hinwirken, den Klerus an den allgemeinen Lasten teilnehmen zu lassen. Vor allem schien es gerecht, den reichen[1]) kölnischen Klerus wegen seines ausgedehnten Besitzes in Jülich und Berg zur Besteuerung heranzuziehen“ [2]).

In diesen Worten liegen die Ideen für die Erklärung des Untergangs der nach „geistlichen Rechten“ beanspruchten kirchlichen Steuerfreiheit[3]): Es ist die Gesamtentwicklung der Verhältnisse, nicht Kirchenfeindlichkeit, sondern immanentes Gebot der Zeit, der immer schärfer sich herausschälende Staatsbegriff mit neuem Rechtswesen, neuer Rechtsverwaltung, der Uebergang vom Feudalstaat zum Ständestaat, die Geldwirtschaft an Stelle der Naturalwirtschaft und nicht zum wenigsten der Konziliarismus mit allen Begleiterscheinungen, und dann vor allem die Gerechtigkeit. Auf sie konnten sich letzten Endes Landesherr und Staat berufen, deren Schutz Kirche und Klerus erfuhren, wenn Steuern geheischt, sie konnte inneren und äusseren Konflikten den Vorwand nehmen, wenn sie gegeben wurden. Grundsätzlich und im allgemeinen Sinn wurde Steuerfreiheit beansprucht, tatsächlich und im gegebenen Fall galt: das Bedürfnis der Zeit ist Gebot der Zeit. Wie das Wort Dux Cliviae papa est in terris suis in anderen Territorien seine Parallelen hat[4]), so kann für die

---

[1]) Die Frage, ob sonst die Geistlichkeit in der Lage war, die Steuern ohne Schwierigkeit zu tragen, bejaht Redlich S. 106* ff. nur bedingt.

[2]) Redlich S. 105*; Herzog Wilhelm IV. (1475—1511) überwachte, um die Steuerkraft des Klerus zu erhalten, die Auflagen der Päpste und der Erzbischöfe von Köln, Redlich S. 101* ff.; Werner S. 159 f.

[3]) v. Below, Berg. Zeitschr. Bd. 28 (1892) S. 167; Erklärung des Dekans von Bergheim (1506).

[4]) Redlich a. a. O. S. 9* Anm. 4; mit Hinweis auf E. A. Th. Laspeyres, Geschichte und heutige Verfassung der katholischen Kirche Preussens Bd. I (Halle 1840) S. 185; v. Schubert, Kirchengeschichte Schleswig-Holsteins I S. 230 u. Anm. 2; W. Maurenbrecher, Studien

Geschichte der kirchlichen Steuerfreiheit in den verschiedenen Territorien als gemeinsames Leitwort das weiter oben[1]) bereits angeführte Wort des Mönches Ulrich Stöckel gebraucht werden: Wo das gelt krachet, do brisst der sach der rugk ab[2]).

---

und Skizzen zur Geschichte der Reformationszeit (Leipzig 1874) S. 334 Anm.; Werner, Landesherrliche Kirchenpolitik, a. a. O. S. 159; vgl. v. Srbik, Staat und Kirche S. 16; Spangenberg, Vom Lehnstaat S. 124 (Rudolf IV. von Oesterreich: „In meinem Lande will ich Papst, Erzbischof, Bischof, Archidiakon und Dekan sein"; v. Srbik S. 139; v. Luschin I² S. 236¹⁰, bes. M. G. SS. IX p. 832 (Annales Mattseenses); J. Wülk u. H. Funk, Die Kirchenpolitik der Grafen von Württemberg bis zur Erhebung Württembergs zum Herzogtum 1495 (Darstellungen aus der württemb. Gesch. Bd. X, Stuttgart 1912) S. 117; Werminghoff, Verfassungesch. d. deutschen Kirche² S. 89²); zum Ausruf des französischen Königs bei Ausbruch der Kirchenspaltung Werminghoff, Reichskriegssteuergesetze S. 9 u. 9².

[1]) S. 124.

[2]) Haller, Conc. Bas. I, no. 22, p. 88 (1434, XI. 27).

Zweite Abteilung.

Die kirchliche Immunität in den deutschen Städten.

Achtes Kapitel.

§ 19.

Verhältnis der Städte zur geistlichen Freiheit, besonders hinsichtlich der Schosspflicht.

In Italien, „dem Lande der Städte“ [1]), wurden die Kirchengüter durch die Städte als autonome Gewalten zuerst besteuert [2]). Die erste Immunitätsdekretale [3]) ist vor allem gegen diese Besteuerung gerichtet. Ihr Verbot beschränkt sich aber nicht auf eine bestimmte Region, sondern gilt allgemein. In der Tat wurden die Städte, „der Mikrokosmos des modernen Staates“ [4]), in die allgemeine Entwicklung, auch das Kirchen-

---

[1]) Meister, Hohenstaufen im Elsass S. 13; J. v. Pflugk-Harttung, Im Morgenrot der Reformation, Aufsatz: Vergehen und Entstehen, das 15. Jahrhundert (S. 1—52, Hersfeld 1912) S. 27.

[2]) Ficker, Vorbemerkung zu Reg. Imp. V p. XXIX und oben S. 5 [5], 18 [2], 19; K. D. Hüllmann, Städtewesen des Mittelalters (Bonn 1826 ff.) Bd. IV S. 127; Fedor Schneider, Die Reichsverwaltung in Toscana von der Gründung des Langobardenreichs bis zum Ausgang der Staufer 568—1268, Bd. I (Rom 1914) S. 296 ff.; H. Sieveking, Genueser Finanzwesen mit besonderer Berücksichtigung der Casa di S. Giorgio Bd. I (Tübingen 1898) S. 127.

[3]) c. 4 X de imm. eccl. III, 49.

[4]) J. Hartwig, Der Lübecker Schoss bis zur Reformationsze i Staats- u. sozialwissenschaftl. Forschungen, herausg. von G. Schmoller

gut zu besteuern, mit hineingerissen. Ja, in ihnen ist die Verschmelzung bezw. die zeit- und teilweise Einbeziehung der Kirche in die weltliche Sphäre besonders stark erfolgt[1]), wie Schiller richtig bemerkt[2]) und mit Recht diese Erscheinung, „die Angleichung des kirchlichen Elementes an den weltlichen Staatsorganismus", in dem Ueberhandnehmen der städtischen Kultur überhaupt[3]) und in der Eigenart des städtischen Lebens

---

Bd. XXI, H. 6 (Leipzig 1903) S. 1 ff.; vgl. P. Rehme, Die Stadtbücher als Geschichtsquelle (Halle a. d. S. 1913) S. 14, 17; bes. G. v. Below, Die städtische Verwaltung des Mittelalters als Vorbild der späteren Territorialverwaltung, Histor. Zeitschr. Bd. 75, N. F. 39 (1895, S. 396—463) S. 402 f.; W. Arnold, Verfassungsgeschichte der deutschen Freistädte im Anschluss an die Verfassungsgeschichte der Stadt Worms (Hamburg und Gotha 1854) Bd. I S. VIII; Bd. II S. 135 (v. Below S. 401[2]); G. L. v. Maurer, Geschichte der Städteverfassung in Deutschland (Erlangen 1869 ff.) Bd. I S. V (v. Below S. 402).

[1]) Vgl. Th. Klüver, Beiträge zur Geschichte des Gemeindeorganismus in Kiel bis zum Jahre 1600 (Kieler phil. Diss. 1911) S. 72; Werminghoff, Verfassungsgeschichte der deutschen Kirche[2] S. 97 ff.

[2]) Schiller, Bürgerschaft und Geistlichkeit in Goslar S. 203. Es gilt auch hier, was Schultze, Stadtgemeinde und Kirche im Mittelalter S. 105 schreibt: Wir arbeiten „damit auch an der Vorgeschichte der neuen Kirche, besonders an der Aufhellung der Gründe für die Art und Weise der Ausbreitung der Reformation, für die Rolle, die darin bekanntlich den Städten und ihren Räten zugefallen ist. Und wir fassen ferner dabei das Gemeindeproblem des Kirchenrechts an seiner Wurzel. Ihre stärkste geschichtliche Wurzel hat in der Tat die als Körperschaft im Rechtssinne kirchlich tätige Laiengemeinde in dem kirchlichen Wirken der spätmittelalterlichen Stadtgemeinde. Hier erfolgte der genossenschaftliche Einbruch grossen Stils in die hierarchische Anstaltsverfassung der katholischen Kirche S. 106 „Die geschichtliche Wirkung im Grossen ging von den Stadtgemeinden aus".

[3]) Der Satz: Stadtluft macht frei. P. Schütze, Die Entstehung des Rechtssatzes: Stadtluft macht frei (Hist. Studien, veröffentlicht von E. Ebering, H. XXXVI), Berlin 1903; Rietschel, Die Städtepolitik Heinrichs des Löwen, Hist. Zeitschr. Bd. 102 (1909) S. 267; Heinrich Brunner, Luft macht frei, Festgabe der Berliner juristischen Fakultät für O. Gierke (Bd. I, Staatsrecht, Verwaltungsrecht, Kirchenrecht, Lehenrecht, Breslau 1910) S. 1—47; vgl. A. v. Wretschko, in M. J. Oe. Bd. 36 (1915) S. 176 f.

als eines volkswirtschaftlichen Ganzen begründet sieht[1]). Was bei den lokalen Gewalten, vielmehr den Landesherrschaften, zu Tage tritt, auch die Kirche dem Staatsgedanken dienstbar zu machen, zeigt sich nicht minder bei den Verwaltungskörpern der Städte, ja bei ihnen, dem Nährboden der Geldwirtschaft, den Steuerherrschaften kleineren, aber geschlosseneren Gebietes, sogar deutlicher[2]). Denn jener starke Zug nach Erringung von Selbständigkeit und Machtfülle, der seit dem 13. Jahrhundert das Leben der deutschen Städtegemeinschaften beherrscht und durchdringt, ist diametral entgegengesetzt jeder konservativen Behauptung und Ausnützung alter Privilegien oder Rechtsansprüche und nicht zum wenigsten der kirchlichen Steuerimmunität. Auch vertrug sich die Abneigung des Bürgertums gegen öffentliche Lasten mit der Begünstigung der geistlichen Freiheit nicht[3]). Die Zeit der Zunftherrschaft war letzterer ohnedies nicht hold[4]). Die Steigerung der finanziellen Bedürfnisse für Reich oder Landesherrschaft und für den Stadthaushalt[5]) drängten mit Notwendigkeit zur Einschränkung oder Beseitigung der Immunität. Im tiefsten Grunde führten besonders auch volkswirtschaftliche Ursachen zum grossen

---

[1]) Schiller a. a. O. S. 203; vgl. Spangenberg, Vom Lehnstaat S. 27 f.; siehe auch H. Flamm, Der wirtschaftliche Niedergang Freiburgs i. Br. und die Lage des städtischen Grundeigentums im 14. und 15. Jahrhundert. Ein Beitrag zur Geschichte der geschlossenen Stadtwirtschaft (Volkswirtschaftl. Abhandl. der badischen Hochschulen Bd. VIII, 3. Ergbd., Karlsruhe i. B. 1905) S. 40 ff., 89 ff.

[2]) Werminghoff, Kirchenverfassung Bd. I S. 270; Verfassungsgeschichte der deutschen Kirche [2] S. 98.

[3]) A. Störmann, Die städtischen Gravamina gegen den Klerus am Ausgange des Mittelalters und in der Reformationszeit (Reformationsgeschichtliche Studien und Texte, herausg. von J. Greving, H. 24—26, Münster i. W. 1916) S. 1, 3, 17, 97, 172.

[4]) E. Nübling, Die Reichsstadt Ulm am Ausgange des Mittelalters. Ein Beitrag zur deutschen Städte- und Wirtschaftsgeschichte Bd. I (Ulm 1904) S. 2; Bd. II (1907) S. 235.

[5]) Nübling a. a. O. Bd. II S. 236.

Umschwung der Verhältnisse im 16. Jahrhundert[1]. „Den nationalen Gravamina, die auf den Reichstagen gegen den Klerus vorgebracht wurden, entsprachen städtische“[2].

An einer einzigen Stadt liesse sich schon die ganze Geschichte der kirchlichen Steuerimmunität aufzeigen[3], wie sie entweder von Anfang an da war, vor allem in den sogenannten engeren Immunitäten, den Muntaten, die das Stadtgebiet mit Hofrechtskreisen durchsetzten[4], oder wie sie erst gegeben oder willkürlich auf allen wachsenden Besitz ausgedehnt wurde, wie die Immunitätskämpfe entstanden, welchen Verlauf sie nahmen, welche Massnahmen die Städte ergriffen bei den grundsätzlichen Streitigkeiten über die Stellung der Geistlichkeit und in ihrem Streben, „die kirchliche Verwaltung und Verfassung ähnlich zu beeinflussen, wie das Laienfürstentum es erstrebte und erreichte“[5], wie die Einschränkung des Erwerbes von Gütern durch die Kirche gerade in den Städten ihren Anfang nahm.

Fassen wir unter den städtischen Abgaben in erster Linie die direkten öffentlichrechtlichen und so ziemlich in allen

---

[1] Vgl. K. Holthaus, Die Georgskommende in Münster, eine Niederlassung des deutschen Ritterordens, von ihrer Gründung bis zum Westfälischen Frieden (Münsterische phil. Diss. 1911) S. 87; Störmann a. a. O. S. 1 f., 8, 77.

[2] Störmann a. a. O. S. 1 u. 3.

[3] Da der Verfasser dies bei den schwäbischen Reichsstädten und besonders Rottweil in einer Spezialarbeit nachweisen will, sind diese Städte in der vorliegenden Arbeit nur hin und wieder berücksichtigt.

[4] Vgl. oben S. 13[3]; Hofmann, Engere Immunität S. 95 ff., Werminghoff, Verfassungsgeschichte der deutschen Kirche[2] S. 104 f. Auch die Geschichte der kirchlichen Steuerfreiheit kann Beweise liefern gegen die hofrechtliche Theorie. Vgl. gegen letztere den grundlegenden Aufsatz G. v. Belows, Zur Entstehung der deutschen Stadtverfassung, Histor. Zeitschr. Bd. 58, N. F. 22 (1887, S. 193—244), bes. S. 197, 203[1], 204 f., 229; Bd. 59, N. F. 23 (1888, S. 193—247); Derselbe, Der deutsche Staat Bd. I S. 90 ff.; Derselbe, Der Ursprung der deutschen Stadtverfassung (Düsseldorf 1892) § 6, S. 111 ff.; Derselbe, Territorium und Stadt S. 303—320.

[5] Werminghoff a. a. O. S. 98; v. Below, Hist. Zeitschr. Bd. 58 (1887) S. 453.

Städten seit dem Ende des 12. und seit dem 13. Jahrhundert hauptsächlich in der Form der Bede, des Schatzes oder Schosses auftretenden ins Auge[1]), so zeigt sich das Streben, den Klerus und die geistlichen Genossenschaften zur Zahlung heranzuziehen, in ebenso wechselvoller Weise wie die Art seiner Verwirklichung. Gewalt, Kompromisse, Einhaltung bestimmter Grundsätze wirken mit, die Immunität zu beseitigen oder allmählich niederzulegen.

In der Stadt begegnet uns das Institut der Steuer in der Art des Schosses „als etwas Fertiges"[2]), und zwar ist die Besteuerung bald ein Regierungsrecht des Rates, da die Einzelbesteuerungen aufhören und die Städte die Steuer dem König oder Landesherrn in fester Summe abliefern[3]). Die Bedefixierung war eher ein Entgegenkommen an die Stadt[4]), eine

[1]) Hartwig, Lübecker Schoss S. 1—3; Zeumer, Städtesteuern S. 4, 18 ff.; Schiller, Bürgerschaft und Geistlichkeit in Goslar S. 142 ff.; Bothe, Entwicklung der direkten Besteuerung in der Reichsstadt Frankfurt S. 16 ff.; v. Below, Art. Bede im Handwörterbuch der Staatswissenschaften II³ S. 735; O. Fahlbusch, Die Finanzverwaltung der Stadt Braunschweig seit dem grossen Aufstand im Jahre 1374 bis zum Jahre 1425. Eine städtische Finanzreform im Mittelalter (Untersuchungen zur deutschen Staats- und Rechtsgeschichte, herausg. von O. v. Gierke, 116. H., Breslau 1913) S. 102 ff.; Moll, Vermögenssteuern S. 51 ff.; H. Niese, Die Verwaltung des Reichsgutes im 13. Jahrhundert (Innsbruck 1905) S. 95 ff.

[2]) Zeumer, Städtesteuern S. 4; Schoss, vgl. A. Lübben und Chr. Walter, Mittelniederdeutsches Handwörterbuch (Norden und Leipzig 1888) S. 333.

[3]) Zur Gesamtbesteuerung Zeumer a. a. O. S. 12, 21. Bothe, Besteuerung in Frankfurt S. 21 verweist besonders auf eines der wichtigsten Aktenstücke aus staufischer Zeit, die Reichssteuermatrikel von 1241, M. G. Const. III p. 1—5, Zeumer, Quellensammlung² S. 83 f., no. 64, indem das Fehlen einer Angabe, wornach der Stadt vom König ein Teil der erhobenen Steuern zur Bestreitung des Stadtbaus belassen worden wäre, für das Regierungsrecht des Rates, die Steuer aufzubringen, spräche. H. E. Feine, Der Goslarische Rat bis zum Jahre 1400, Untersuch. z. deutschen Staats- und Rechtsgesch., herausg. von O. v. Gierke, H. 120 (Breslau 1913) S. 81.

[4]) Vgl. ausser den Werken v. Belows H. Butte, Stift und Stadt Hersfeld im 14. Jahrhundert (Marburger phil. Diss. 1911) S. 121.

Förderung ihrer Selbstverwaltung, als zugleich „eine offensichtliche Anpassung des Königtums an jenen Anspruch der Kirche, ihre Diener von jeder Abgabe an eine staatliche Gewalt frei zu wissen“ [1]). Wenn diese Rücksicht des Königtums auch nicht ganz zu leugnen ist, die tatsächliche Entwicklung der Verhältnisse war jedenfalls stärker als eine in gewissem Sinn anzunehmende idealgedachte königliche Steuergesetzgebung [2]). Gerade die festgelegte Steuerleistung als solche musste die Stadtgemeinde zur vollen Wahrung des Steuergutes veranlassen [3]). Der Wegfall der Einzelbesteuerungen musste auch den Wegfall der Einzelprivilegierungen nahelegen und den Gedanken, die Steuern gleichmässiger zu verteilen [4]). Es war ganz natürlich, dass dieses Streben vor dem Kirchengut nicht Halt machte. Da aber das Besteuerungsrecht in der Stadt nur im Bereich der städtischen Gerichtsbarkeit [5]) Geltung hatte [6]), da Schosspflicht und Bürgerrecht zusammenfielen [7]), Steuermatrikel und Bürger-

---

[1]) Werminghoff, Reichskriegssteuergesetze S. 122.

[2]) Auch hier sei verwiesen auf das oben § 5 S. 42—47 Dargelegte.

[3]) A. Kölle, Ursprung und Entwicklung der Vermögenssteuer in Ulm, Württemb. Vierteljahrshefte für Landesgesch. N. F. Bd. VII (1898, S. 1—24) S. 4; O. Hohenstatt, Die Entwicklung des Territoriums der Reichsstadt Ulm im 13. und 14. Jahrhundert (Darstellungen aus der württemb. Gesch. Bd. VI, Stuttgart 1911) S. 33.

[4]) Zeumer S. 21; Bothe S. 22 ff.

[5]) Ueber Stadtgericht und Stadt als Gerichtsbezirk R. Sohm, Die Entstehung des deutschen Städtewesens. Eine Festschrift (Leipzig 1890) S. 49—79; v. Below, Ursprung der deutschen Stadtverfassung § 5, S. 82 ff.; K. Hegel, Die Entstehung des deutschen Städtewesens (Leipzig 1898) S. 70; C. Wehrmann, Die obrigkeitliche Stellung des Rats in Lübeck, Hansische Geschichtsblätter, Jahrg. 1884 (Leipzig 1885) S. 51—73; F. Philippi, Zur Geschichte der Osnabrücker Stadtverfassung, Hansische Geschichtsblätter, Jahrg. 1889 (Leipzig 1891, S. 153 bis 193) S. 180; J. K. Kames, Die weltliche Gerichtsbarkeit der Stadt Hildesheim während des Mittelalters (Münsterische phil. Diss. 1910) S. 21.

[6]) Zeumer S. 47, bes. S. 48; Hartwig S. 14 ff.; v. Below, Histor. Zeitschr. Bd. 75 (1895) S. 425 ff.; Bd. 58 (1887) S. 203 f.; Bd. 59 (1888) S. 200 ff.

[7]) Zeumer S. 56, 71; Hartwig S. 14 f.; Schiller S. 11.; Moll S. 61.

liste[1]) sich deckten[2]), waren die Muntaten und alle geistlichen Hofrechtskreise an sich im Anfang ausserhalb der städtischen Besteuerung[3]). Sie nahmen diesen Zustand für sich als Recht in Anspruch. Dazu sah die Geistlichkeit von Anfang an den besten Schutz gegen eine Belastung in den Städten, wenn sie vom eigentlichen Steuerherrn, in Reichsstädten vom König, Spezialprivilegien hatte. Zeumer hat einen Teil solcher Exemtionsprivilegien zusammengestellt[4]). Sie konnten sehr weiten Inhaltes sein, sich nicht bloss auf den Besitz in zwei[5]), drei[6]), mehreren[7]), sondern sogar in allen Reichsstädten beziehen[8]). Gerade wenn Gesamtbesteuerung bestand und die

---

[1]) Alte Bürgerlisten vgl. E. Liesegang, Niederrheinisches Städtewesen vornehmlich im Mittelalter (Unters. z. deutsch. Staats- u. Rechtsgesch., herausg. von O. Gierke, H. 52, Breslau 1897) S. 153 ff., 154 [1].

[2]) Zeumer S. 67.

[3]) Schiller S. 57; Werminghoff, Verfassungsgeschichte der deutschen Kirche[2] S. 98 ff.; Zeumer S. 73; vor allem die Arbeiten v. Belows, bes. Der deutsche Staat Bd. I S. 90 ff. und Histor. Zeitschr. Bd. 58 (1887) S. 197 ff. gegen die Auffassungen von K. W. Nitzsch, Geschichte des deutschen Volkes bis zum Augsburger Religionsfrieden Bd. III (Leipzig 1885, 2. Aufl. von G. Matthäi, Leipzig 1892); G. v. Below, Das ältere deutsche Städtewesen und Bürgertum (Monographien zur Weltgeschichte, herausg. von Ed. Heyck, Bd. VI[2], Bielefeld u. Leipzig 1905) S. 75 ff. Hofmann, Engere Immunität S. 96 ist unklar.

[4]) Zeumer S. 111 f. Anm. 2; gewöhnlich für Pfleghöfe der Klöster, die Verwaltungszentren für die in der Nähe der Stadt gelegenen Gütermassen darstellten, Schiller S. 53.

[5]) Wirtemb. Urkundenb. III S. 155 (König Heinrich VII. 1224 für Weissenau in Ueberlingen und Ravensburg).

[6]) J. L. A. Huillard-Bréholles, Historia diplomatica Friderici secundi (Parisiis 1852 ss.) t. III p. 405 (1230 für Pairis in Kolmar, Schlettstadt und Kaisersberg).

[7]) Ebenda p. 400 (1229 für Salem in den schwäbischen Reichsstädten); v. Weech, Codex Salemitanus I p. 200, no. 170.

[8]) Cod. Moenofrancof. I[2] (ed. Böhmer-Lau) no. 102 Privileg Heinrichs (VII.) für Kloster Arnsburg (1234): ut de omnibus bonis eiusdem ecclesie in quocumque nostro oppido constitutis nullam prorsus exactionem requiramus (vgl. auch Reg. Imp. V no. 4322, Cod. Moenof. I[2] no. 166, no. 291; Reg. Imp. V no. 4559). Das requiramus spricht allerdings da-

Verteilung der Steuerlast dem Rate zustand, konnte der dadurch gegebene Steuerausfall für die Städte beträchtlich werden und war um so empfindlicher, wenn die Privilegien auch auf künftig zu erwerbenden Besitz ausgedehnt wurden [1]).

Die Zahl dieser Exemtionen ist im 13. Jahrhundert keine kleine. Selbst wenn sie Schutzmittel gegen jede etwaige Besteuerung sind, sprechen sie sehr für die grundsätzliche Steuerpflicht solcher Güter. In der Stadt, die ohnedies ihren eigenen Klerus und ihre Klöster steuerfrei sah [2]), waren durch solche Exemtionen auch fremde Klöster der Besteuerung entzogen.

So mussten gerade in den Städten die Immunitätsdekretalen Gesetze bilden, deren Wirkung ganz verschieden war: je grösser der Nutzen für den einen, desto grösser der Nachteil für den anderen Teil. Für die Kirche und ihre Diener war die Immunität die Magna Charta in jeder Steuerfrage, der Titel für gewinn- und habsüchtige Elemente unter der Geistlichkeit, die sich den Steuerpflichten entzogen, für die Städte der Inbegriff undurchführbarer Forderungen [3]). Wie die Landesherrschaften mussten auch die deutschen Städte, standen sie unter dem König, einem geistlichen oder weltlichen Landesherrn bezw. Stadtherrn, einen Weg finden, der sie der finanziellen Mithilfe auch des Kirchengutes und der Geistlichkeit zur Deckung ihrer Ausgaben insgemein, Zahlung

---

für, dass der Einzug der königlichen Steuer durch des Königs Beamte erfolgte, Bothe, Besteuerung in Frankfurt S. 21, 17; Huillard-Bréholles III p. 401 für Salem in allen Reichsstädten; Wirtemb. Urkundenb. III S. 359 für Schönthal (1235).

[1]) Wirtemb. Urkundenb. III S. 306, no. 811; IV S. 101, no. 1336; Huillard-Bréholles III p. 356 (1227 für Wettingen für ein künftig zu erwerbendes Haus in Zürich und in anderen Reichsstädten: in personis, rebus et possessionibus, quas nunc possident et in posterum poterunt adipisci).

[2]) Vgl. A. Loffing, Die soziale und wirtschaftliche Gliederung der Bevölkerung Erfurts in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts (Münsterische phil. Diss. 1911) S. 12 (Hinweis auf die Erfurter „Verrechtsbücher“).

[3]) J. Wiesehoff, Die Stellung der Bettelorden in den deutschen freien Reichsstädten im Mittelalter (Münsterische phil. Diss. 1905) S. 46.

der Jahrrente, der Gesamtbedesumme, die sie ihrem Herrn schuldeten, nicht entraten liess. Den formellen kirchlichen Rechtsansprüchen mussten die Städte die ihrigen entgegenstellen und das „Axiom der Steuerfreiheit der Kirche" durch gewisse Normen, die sich im Lauf der Jahrhunderte immer klarer entwickelten, durchbrechen. Konflikte waren unvermeidlich; ihre Lösung bildet einen grossen Teil der inneren Geschichte der deutschen Städte im Mittelalter. Die Städte haben aber da die Regelung der Verhältnisse begonnen, wo ihre Schwierigkeiten lagen, die Zeumer in seiner epochemachenden Arbeit scharf herausgestellt hat: der Vermischung und Durchdringung der Bürgerschaft mit den geistlichen Hofrechten und den häufigen Uebertragungen steuerpflichtigen Besitzes an die Geistlichkeit[1]). In ihrem Streben, ihr finanzielles Leben zu verselbständigen, drangen die Städte schrittweise ins geistliche Hofrecht ein. Zur Steuer, welcher die Bürger unterlagen, wurden von der ein volkswirtschaftlich geschlossenes Ganzes bildenden Stadt[2]) auch jene Steuerfreien zuerst verpflichtet, welchen die Teilnahme am Handel und die Freiheit vom täglichen Dienst die Merkmale für Bürgerschaft und Steuerpflicht gab[3]). Mit diesem Grundsatz, der zugleich

---

[1]) Zeumer, Städtesteuern S. 73.

[2]) Zum Begriff der Stadtwirtschaft G. Schmoller, Die Bevölkerungsbewegung der deutschen Städte von ihrem Ursprung bis ins 19. Jahrhundert, Festschrift f. O. Gierke zum 70. Geburtstag (S. 167—221, Weimar 1911) S. 220 f.; G. v. Below, Der Untergang der mittelalterlichen Stadtwirtschaft, Jahrb. f. Nationalök. u. Stat. Bd. 76, III. F. Bd. 21 (1901, S. 449 bis 473, 593—631) S. 450, 463, 627.

[3]) Zeumer S. 71, 48 (wer Kaufmannschaft trieb, unterlag, wie dem städtischen Gericht, so auch der Steuer) S. 55: „Die selbständige Teilnahme am Handel, der Betrieb offenen Kaufgeschäftes auf eigene Rechnung hat seit dem Beginn des 12. Jahrhunderts als sicheres Merkmal städtischen Bürgertums gegolten. Das ius publicum civitatis und damit des Schultheissen Gericht erstreckte sich zu Strassburg nicht über die Hörigen, welche nur für ihre Herren arbeiteten, wohl aber über alle, welche Kaufleute sein wollten": Hüllmann, Städtewesen II S. 127; mercatores ist oft gleichbedeutend mit cives, vgl. die Chroniken der deutschen Städte

eine Massregel zum Schutze von Handel und Handwerk gegen die geistliche Konkurrenz darstellte[1]), war die Bürgergemeinde hauptsächlich die Diener und Ministerialen der Geistlichen zu treffen bestrebt. Diese sind auch im oben angeführten Wormser Fürstenspruch gemeint, indem Kaiser Friedrich I. 1182 bestimmte: Alle Diener der Kirchen müssen von Abgaben frei sein, das heisst jene, qui fratribus et ecclesie cottidie in propria persona deserviant nec mercimoniis operam dant nec foro rerum venalium student. Dagegen soll steuerpflichtig sein, wer Kaufmannschaft treibt, sich am Marktverkehr beteiligt oder in den Muntaten nur einen Zufluchtsort sucht, um der Steuerpflicht zu entgehen[2]). Ueber den Wormser Fürstenspruch hinaus ging Philipp von Schwaben im Stadtrecht für Regensburg 1207: Item quicunque sive clericus sive laicus seu etiam iudeus de Ratispona peccuniam aliquam seu quodcunque commercium vel in civitate vel extra civitatem ad negociationem aliquam tradiderit, is cum aliis civibus civitatis omne onus collectarum portabit[3]). Diese zu unvermittelte Bestimmung wird im Stadtrecht Friedrichs II. eingeschränkt. Nunmehr sind die handeltreibenden Geistlichen ausgenommen; sie sollen dem Bischof übergeben werden[4]).

vom 14. bis ins 16. Jahrhundert, herausg. durch die Hist. Kommission bei der Akademie der Wissenschaften zu München unter Leitung von K. Hegel u. G. v. Below (Leipzig 1862 ff.) Bd. VIII S. 39; v. Below, Histor. Zeitschr. Bd. 58 (1887) S. 207; Derselbe, Stadtverfassung S. 45; Hegel, Entstehung des deutschen Städtewesens S. 104; Sohm, Städtewesen S. 68; H. Joachim, Gilde und Stadtgemeinde in Freiburg i. Br., Sonderabdruck, Festgabe für A. Hagedorn (Hamburg u. Leipzig 1906) S. 56. Zur weltlichen Erwerbstätigkeit geistlicher Personen und Genossenschaften vgl. Störmann, Städtische Gravamina S. 134—160. Ob Steuerpflicht der Handeltreibenden Zeichen der Heranziehung der Mobilia s. Moll, Vermögenssteuern S. 74 f.

[1]) Schultze, Stadtgemeinde und Kirche S. 100.

[2]) Siehe oben S. 48 f. und die Anm. 2 dort angegebene Literatur. Der Zusatz: nec pro subterfugio nostre collecte obsequio fratrum se applicant ist kulturhistorisch interessant.

[3]) M. Bo. LIII. N. F. VII (Regensb. Urkundenb. I) no. 48 p. 18; Moll S. 76.

[4]) Ebenda no. 57 p. 26 (1230, September Anagni): Item quicunque

Die Kirche selbst, welche der Geistlichkeit den Handel untersagte[1], verlangte in solchem Fall keine Steuerimmunität. Zeumer hat weitere Beispiele zusammengestellt, aus denen ersichtlich ist, dass Teilnahme der Immunitätsinsassen am Handel Steuerpflicht bedingt[2]. Lehrreich sind besonders die Vergleiche Bischof Hartmanns von Augsburg mit der Stadt (1251)[3] und Frankfurts mit den Deutschordensbrüdern[4]. Auch sonst finden sich Beispiele, dass der am Handel

---

emendo et vendendo ritum negociationis exercuerit, ille reddat cum civibus collectas, exceptis clericis, quos super talibus relinquimus episcopo corrigendos.

[1]) Beteiligung der Kleriker am Handel, viertes Laterankonzil, v. Hefele, Conciliengeschichte V² S. 886, c. 16, X de vita et honest. cler. III, 1; Hinschius, Kirchenrecht I S. 134; Richter-Dove-Kahl S. 367; Sägmüller, Kirchenrecht Bd. I³ S. 259 f.

[2]) Zeumer S. 75.

[3]) Urkundenbuch der Stadt Augsburg, herausg. von Chr. Meyer Bd. I, 1104—1346 (Augsburg 1874) S. 10, no. 9. Idem (ius) volumus circa officiales nostros et familiam necnon et canonicorum seu claustralium quorumlibet ipsius civitatis inviolabiliter observari adeo, ut nec collectam nec stiuram ullam persolvant, nisi forte tales fuerint, qui negotationes consueverint exercere. Ebenso die Verordnung von 1291 Chr. Meyer, Das Stadtbuch von Augsburg, insbesondere das Stadtrecht vom Jahre 1276 (Augsburg 1872) S. 314: ander geschaeft in der stat mit chauffen oder verchauffen verpflichtet zur Steuer (auch Keutgen, Ausgewählte Urkunden S. 475, no. 380) vgl. O. Leuze, Das Augsburger Domkapitel im Mittelalter. Ein Beitrag zur Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte der deutschen Domkapitel (Tübinger phil. Diss. 1908) S. 18.

[4]) Cod. Moenofrancofurt. I² (ed. Böhmer-Lau) no. 602 (1291). Enthaltung von Kaufmannschaft ist Bedingung für Gewährung von Steuerfreiheit; vgl. Bothe, Besteuerung in Frankfurt S. 24, 52, 52³; Zeumer S. 76. Betreffend die Unterscheidung von bona mobilia und bona immobilia S. Rietschel, Die Entstehung der freien Erbleihe, in Zeitschr. d. Sav.-Stiftung f. Rechtsgesch., Germ. Abt., Bd. XXII (1901, S. 181—244) S. 189; A. Heusler, Institutionen des deutschen Privatrechtes Bd. I (System. Handbuch der deutschen Rechtswissenschaft 2. Abt., 2. Teil: Bd. I, Leipzig 1885) S. 336, vgl. den Rechtssatz bei Weis-Tomaschek, Die Rechte und Freiheiten der Stadt Wien Bd. II S. 107, no. 167: das all geltbrief und setz auf ein oder meniger person und ir erben erbgüter sein; was aber geltbrief oder setz auf ein oder menigeren person und

sich beteiligende Immunitätsinsasse, ob Kleriker oder Laie, unter diesen Umständen steuern muss[1]). Sonst fiel im allge-

nicht auf ir erben san, sei varund gut. In Frankfurt ist der Grundsatz später allgemein. K. Bücher, Zwei mittelalterliche Steuerordnungen, Festschrift zum deutschen Historikertage in Leipzig, Ostern 1894 (Leipzig 1894, S. 123—163) S. 152 § 2: Item (zur Einführung der Abschnitte in den städtischen Statuten mit item vgl. M. Häberlen, Studien zur Verfassungsgeschichte der Reichsstadt Esslingen, Tübinger jur. Diss. 1911, S. 55, L. Gross, Beiträge zur städtischen Vermögensstatistik des 14. und 15. Jahrhunderts in Oesterreich, Forschungen zur inneren Geschichte Oesterreichs, herausg. von A. Dopsch, H. 10, Innsbruck 1913, S. 5, 29) obe eyns pfaffen oder ander geistlicher lude gelt oder gut inne habe und kauffmannschafft oder andern nutze damit schicke, das dass verbedet werde (Bedeordnung von 1475). Ebenso allgemein in der Bedeordnung von Freiberg bezw. im Stadtrecht, Cod. dipl. Sax. II/14 S. 32; vgl. bes. Moll, Vermögenssteuern S. 64 ff., 87 ff.; Heidenhain, Städt. Vermögenssteuern S. 23 ff. (u. S. 187 [6]).

[1]) Heidelberg: A. Koch und J. Wille, Die Regesten der Pfalzgrafen am Rhein 1214—1400 (Innsbruck 1894) no. 588. (1253) Steuerfreiheit des Klosters Schönau geniesst im Hof zu Heidelberg, wer eine geistliche Person ist und keinen Handel treibt. — Augsburg: Meyer, Urkundenb. I S. 112 (1295) Haus von Kloster Fürstenfeld: und suln auch keinen wirt drinne haben, der gescheffte hab mit kaufen noch verkaufen mit gevaerde, vgl. Redlich, Reg. Imp. VI no. 529 (1276). Ulm: Zeumer S. 76; C. Jäger, Ulms Verfassungs-, bürgerliches und commerzielles Leben im Mittelalter (Schwäb. Städtewesen im Mittelalter Bd. I, Stuttgart und Heilbronn 1831) S. 354. Heilbronn: Urkundenb. der Stadt Heilbronn Bd. I, herausg. von E. Knupfer (Württ. Geschichtsquellen Bd. V, Stuttgart 1904) no. 310, S. 132 ff. (1378) § 2: ob auch were, das der priester deheinre ligende barschaft heite, es were pfenning, golt oder silber, wil er damit kauffen oder grempen in dem jar, so sol er die auch verbeten, als von der varnden habe vorgeschriben stet. Erfurt: Urkundenb. der Stadt Erfurt Bd. I, bearb. von C. Beyer, Halle 1889 (Geschichtsquellen der Provinz Sachsen Bd. XXIII) S. 211, no. 325 (1282) Der Erzbischof von Mainz gibt dem Rat das Recht, von den handeltreibenden Beginen eine Abgabe zu erheben, cum clericis, personis ecclesiasticis ac religiosis sit negotiatio interdicta secundum canonicas sanctiones. Die Beginen sollen die onera civitatis usque ad beneplacitum des Rates tragen, vgl. auch Urkundenb. Erfurt I S. 156, no. 248. — Halberstadt: Urkundenb. I (herausg. von G. Schmidt, Geschichtsquellen der Provinz Sachsen VII, 1, Halle 1878) S. 482 (1380). — München: Zeumer S. 77 (1294 und 1324); Böhmer, Reg. Imp. 1314—1347, no. 44; in Oesterreich:

meinen da, wo die Geistlichkeit im 13. Jahrhundert steuerfrei blieb, auch die engere familia unter die Freiheit[1]). Die Privilegien nennen sie auch ganz ausdrücklich[2]).

v. Srbik S. 161 f., Urkundenbuch ob der Enns IV S. 66 f. (Herzog Albrecht 1287) für Steyr; in Friesach in Kärnten: Häuser und Hofstätten des Deutschordens sind steuerfrei; wer aber chaufmanschaft pfleigt, muss steuern; vgl. v. Myrbach, Zur Steuergeschichte Tirols a. a. O. S. 563; in Marburg (1332): v. Myrbach a. a. O. S. 564; in Wien: Weis-Tomaschek, Rechte I S. 202 f. (1391 von Herzog Albrecht III.): die in und mit der stat gewerb und handel habent, müssen mitleiden; Linz: Urkundenb. ob der Enns IV S. 220 (1336). Weitere Belege v. Srbik S. 162 Anm. 2.

[1]) Terminus familia vgl. Schiller, Bürgerschaft und Geistlichkeit in Goslar S. 163 Anm. 5 und die hier angegebene reiche Literatur, zu der neuestens noch K. Gareis, Die familia des Capitulare de villis vom Jahre 812 in der Festschrift für G. Cohn (1915) S. 261 ff. gekommen ist, vgl. auch Nübling, Reichsstadt Ulm Bd. II S. 234 f.; Leuze, Augsburger Domkapitel S. 18; Störmann, Städt. Gravamina S. 161[3]; Kl. Becker, Die Wirtschaftsverhältnisse des westfälischen Benediktinerklosters Liesborn am Ende des Mittelalters (Münsterische phil. Diss. 1909) S. 30 f. — Zu Zeumer S. 77 f.: Otto IV. für die Aachener Marienkirche; zu den vorangegangenen Ereignissen Regesten der Erzbischöfe von Köln, bearb. von R. Knipping (Bonn 1901 ff.) Bd. II no. 1544 ff.; dem Privileg ging jedenfalls ein Streit zwischen Stift und Stadt voraus, H. Hoeffler, Entwicklung der kommunalen Verfassung und Verwaltung der Stadt Aachen bis zum Jahre 1450 (Marburger phil. Diss. 1902) S. 13 ff. Zu beachten der Schlusssatz im Privileg vobis enim honor, Text bei Winkelmann, Philipp von Schwaben und Otto IV. Bd. I S. 545, Beil. II; Reg. Imp. V (Böhmer-Ficker) no. 207. — Zur Stellung der Stiftsfamilie in Konstanz E. Gothein, Wirtschaftsgeschichte des Schwarzwaldes und der angrenzenden Landschaften Bd. I, Stadt- und Gewerbegeschichte (Strassburg 1892) S. 143.

[2]) Lacomblet, Urkundenbuch für die Geschichte des Niederrheins Bd. III S. 360. Die familia domestica et cottidiana: vgl. F. Schultz, Beiträge zur Geschichte der Landeshoheit im Bistum Paderborn bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts. Die Vogtei (Tübinger phil. Diss. 1902) S. 40. Gründung eines Kollegiatstiftes in Bielefeld (1292 und 1293). Verschiedene Privilegien: ac familia vestra domestica ea emunitate seu libertate vel privilegiis gaudeant, quibus alie ecclesie collegiate, domus et curie necnon familia canonicorum de iure gaudere noscuntur; vgl. Reg. Imp. V (Böhmer-Ficker) no. 1255. — M. G. Const. II p. 228 s., no. 187;

Auf die Steuern der engeren Familie der Geistlichkeit konnte eine Stadt auch eher verzichten, mehr dagegen musste sie darauf bedacht sein, dass solche, die ihr steuerpflichtig waren, dadurch, dass sie auf geistlichem Grund ansässig wurden, die diesem eignende Freiheit nun nicht auch auf sich bezogen[1]). Wir konnten schon beobachten, welcher Unterschied in den Territorien bei ausgetanen geistlichen Gütern und solchen im Eigenbau in der Besteuerung gemacht wurde. Während hier meistens der Inhaber, nicht der Eigentümer des Gutes und Grundstücks steuerpflichtig war, mussten bei der exemten Stellung der Geistlichen in den Städten genauere Modifikationen gegeben werden, nicht zum wenigsten auch aus dem Grunde, weil ein sonst in der Stadtpflicht lebender Bürger auf einmal von allen Lasten befreit gewesen und doch weiterhin im Genuss der Bürgerrechte verblieben wäre[2]).

Kogler, Steuerwesen in Tirol a. a. O. S. 419—712); Fahlbusch, Finanzverwaltung Braunschweigs S. 115 (Blasius- und Cyriakusstift).

[1]) Vgl. Störmann, Städt. Gravamina S. 162, 163 [1] (Laien lassen sich die Tonsur und die niederen Weihen geben zum Zweck des Erwerbs der Steuerimmunität) S. 182 [3].

[2]) Das hätte auch zu ungleicher Verteilung der Bevölkerung in den Stadtregionen geführt. Das beste Beispiel liefert Bamberg. Dort feierte im Immunitätenstreit das konservative Prinzip, die unveränderte Bewahrung der alten Zustände, den vollständigsten Sieg. Die Folge war ein grösserer Zuzug in den Immunitäten: Domstift, Michaelsberger Kloster, die drei Kollegiatstifter St. Stefan, Gangolf, Jakob. Chroust, Bamberger Immunitätenstreit S. XXIV, XXVI, LXVII; zum Ganzen vgl. K. J. Beloch, Die Volkszahl als Faktor und Gradmesser der historischen Entwicklung. Antrittsvorlesung, gehalten am 11. Dezember 1912 in der Aula der Universität Leipzig, Histor. Zeitschr. Bd. 111 (1913) S. 321—337; Alfred Püschel, Das Anwachsen der deutschen Städte in der Zeit der mittelalterlichen Kolonialbewegung. Mit 15 Stadtplänen, Abhandlungen zur Verkehrs- und Seegeschichte, im Auftrag des Hans. Geschichtsvereins, herausg. von D. Schäfer, Bd. IV, Berlin 1910 (Besprechung von P. Sander in Hist. Zeitschr. Bd. 111, 1913, S. 365—370); H. Schwab, Der mittelalterliche Stadtgrundriss im nördlichen Deutschland in seiner Entwicklung zur Regelmässigkeit auf der Grundlage der Marktgestaltung, Oldenburg i. Gr.

Interessant in dieser Beziehung ist die Urkunde (1248) von Koesfeld. Das Kloster Varlar hat sich mit der Stadt durch eine jährliche Zahlung von drei Schillingen abgefunden[1]). Dafür sind die Klosterhäuser frei ab angariis et perangariis, hoc est ab omni onere personarum et rerum[2]). Diese Freiheit bedingt nicht zugleich auch eine solche der Bewohner zweier Mühlen. Wenn sie Bürger sind, unterliegen sie hinsichtlich ihres eigenen Vermögens den gewöhnlichen bürgerlichen Lasten, während dagegen ein Konverse dieselben nur teilweise zu übernehmen hat[3]). Eine grosse Verwandtschaft

---

1914; Hermann Keussen, Topographie der Stadt Köln im Mittelalter I. Bd. Gekrönte Preisschrift (Preisschriften der Mevissenstiftung, gekrönt und herausg. von der Gesellsch. f. Rhein. Geschichtskunde II) Bonn 1910; J. Hansen, Stadterweiterung, Stadtbefestigung, Stadtfreiheit im Mittelalter, Mitteilungen des Rheinischen Vereins für Denkmalpflege und Heimatschutz Jahrg. V, H. 1, Köln 1911, S. 7—32; J. Jastrow, Ueber die Volkszahl deutscher Städte am Ende des Mittelalters und zu Beginn der Neuzeit (Berlin 1886); K. Bücher, Zur mittelalterlichen Bevölkerungsstatistik mit besonderer Rücksicht auf Frankfurt a. M., Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft Bd. XXXVII (1881) S. 535—580 und Bd. XXXVIII (1882) S. 28—117; Konstanzer Häuserbuch, Festschrift zur Jahrhundertfeier der Vereinigung der Stadt Konstanz mit dem Hause Baden, herausg. von der Stadtgemeinde, II. Bd. Geschichtliche Ortsbeschreibung, 1. Hälfte: Einleitung, Bischofsburg und Niederburg, bearbeitet von K. Beyerle und A. Maurer, Heidelberg 1908. Vgl. Zeitschr. d. Sav.-Stift. f. Rechtsgeschichte, Germ. Abt., Bd. XXX (1909) S. 363—368 (Besprechung von P. Rehme); P. Knauth, Bevölkerungszahl und Bevölkerungsbewegung der Stadt Freiberg vom Ausgang des Mittelalters bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts, Neues Archiv f. Sächsische Gesch.- u. Altertumskunde Bd. XXXVI (1915) S. 300—355; Schmoller, Bevölkerungsbewegung der deutschen Städte a. a. O. S. 167—221.

[1]) Westfälisches Urkundenbuch III S. 262 f., no. 489; diese drei Schillinge werden aber nur als Geschenk an die Gemeinde angesehen. Bei Metzen, Die ordentlichen Staatssteuern S. 63 kommt die Bedeutung des Textes der Urkunde (siehe oben S. 39) nicht voll zum Ausdruck.

[2]) Dies bildet eine Bestätigung von Zeumer S. 4, dass die verschiedenen Ausdrücke gleichwertig sind.

[3]) In der Koesfelder Urkunde (vgl. Moll S. 75) heisst es nämlich weiter: eo excepto, quod inhabitantes duo molendina, si cives fuerint,

mit der Koesfelder Urkunde[1]) hat eine solche von Hameln vom 27. Juli 1276[2]). Graf Ludwig von Eberstein bestätigt die Abgabenfreiheit eines Zehnthofes, der Dotalgut der Kirche von Hameln ist. Die Kanoniker sind ad nulla subsidia civitatis nec de fundo nec de agris nec de aliquibus proventibus curie verpflichtet gewesen, quia consuetudo non est, quod a dotibus et de bonis ecclesiarum jura civilia exigantur. Ein Maier, der Bürger ist, hat aber de bonis suis propriis dumtaxat ad communem collectam et necessitatem civitatis einen Teil zu geben und ad quedam iniuncta servicia utpote in vectura beizutragen[3]). Auch in einer späteren Urkunde von 1324[4]) ist die Steuerfreiheit des Zehnthofes garantiert, diesmal nicht vom Vogt, sondern vom Rat direkt[5]). Der Maier ist nur racione propriorum suorum, non racione curie in die Schosspflicht eingestellt[6]). In Braunschweig sollte nach Vertrag des

---

cum aliis civibus talliis et exactionibus de rebus propriis subiacebunt, si autem conversus fuerit, tantum tenebitur ad vigilandum et fodiendum. Zu den letzten Lasten Hartwig, Lübecker Schoss S. 14 f.

[1]) Zeumer S. 78.

[2]) Urkundenbuch des Stiftes und der Stadt Hameln Bd. I (Quellen und Darstellungen zur Geschichte Niedersachsens Bd. II, herausg. von O. Meinardus, Hannover 1887) S. 55, no. 75 (1276, VI. 27).

[3]) Ueber die bürgerlichen Leistungen in Hameln Meinardus, Urkundenbuch Hameln, Bd. I, Einleitung S. LVII, bes. Anm. 9.

[4]) Urkundenbuch Hameln I S. 139 f., no. 206.

[5]) Die Aufbringung der Steuer ist also nun Regierungsrecht des Rates, vgl. Bothe, Besteuerung in Frankfurt S. 21. Zeumer S. 12, 20, 21, 59 ff., 61 (die Umlage der Steuer eines der ersten Geschäfte, die in den Städten der Selbstverwaltung anheimfielen) 62; vgl. Rietschel, Burggrafenamt S. 317; Fahlbusch, Finanzverwaltung Braunschweigs S. 22.

[6]) Urkundenbuch Hameln I S. 139 f., no. 206. Die Urkunde enthält auch verschiedene Bestimmungen wegen der Steuerpflicht des Maiers. Zu den hier stehenden hereditarii cives Hamelenses, vulgari nomine erefexen nuncupati, siehe Sudendorf, Urkundenbuch III S. 242, no. 360 (1368): erbexen; Westfäl. Urkundenbuch VI S. 514, no. 1607 (1298); Mayer, Deutsche und französische Verfassungsgesch. I S. 39 Anm. 107; Schröder, Rechtsgeschichte[5] S. 434[7]; C. Stüve, Geschichte des Hochstifts Osnabrück Bd. I (Jena-Osnabrück 1853) S. 76 u. 77[1];

Rates mit dem St.-Blasienstift vom 22. April 1295 ein auf stiftischen Worten wohnender Laie die Stadtpflichten wie alle anderen Bürger tun, die Kleriker allein sollten auf solchen Worten frei sein[1]). Nicht anders war es in Erfurt nach dem Vertrag des Rates mit dem Minoritenkloster vom 29. Januar 1327[2]). Ein Hof des Klosters ist frei von bürgerlichen Lasten, ebenso auch die Verwalterin[3]) für ein Vermögen von zwanzig Mark oder den Wert desselben; für alles Weitere muss sie die iura ac onera civitatis leiden[4]) wie ein anderer

---

A. Henkel, Beiträge zur Geschichte der Erbmänner in der Stadt Münster (Münsterische phil. Diss. 1910) S. 11 ff., 30, 49, 51.

[1]) H. Mack, Die Finanzverwaltung der Stadt Braunschweig bis zum Jahre 1374 (Untersuchungen zur deutschen Staats- und Rechtsgeschichte, herausg. von O. Gierke H. 32, Breslau 1889) S. 27; in späterer Zeit vgl. Fahlbusch, Finanzverwaltung Braunschweigs S. 111 ff., 115; zu „Worte" siehe Bornhak, Preussische Verwaltung I S. 92; Urkundenbuch Hameln I S. 755, no. 430, 544, 653, 664; Hartwig, Lübecker Schoss S. 89[1]; Stüve, Hochstift Osnabrück I S. 98[2]. Wortzins: Rietschel, Zeitschr. d. Sav.-Stift. f. Rechtsgesch., Germ. Abt., Bd. XXII (1901) S. 186. Genaue Scheidung von Wortzins und öffentlichrechtlichen Abgaben O. Dobenecker, Regesta diplomatica necnon epistolae historiae Thuringiae Bd. II, 1152—1227 (Jena 1900) no. 1898 (1220).

[2]) Urkundenbuch der Stadt Erfurt Bd. II (Geschichtsquellen der Provinz Sachsen und der angrenzenden Gebiete Bd. XXIV) S. 36, no. 54. Zur Besteuerung nach dem Taxwert der Selbsteinschätzung siehe Th. Neubauer, Die direkte Besteuerung in der mittelalterlichen Stadt Erfurt und die Verrechtsbücher, Mitteilungen des Vereins f. Gesch.- u. Altertumskunde von Erfurt, H. 33 (1912, S. 162—197) S. 166; vgl. auch Fr. Benary, Die Vorgeschichte der Erfurter Revolution (Rostocker phil. Diss. 1911) S. 35 (Geschoss, Finanzgebarung); Heidenhain, Städtische Vermögenssteuern S. 15.

[3]) Du Cange-Henschel V p. 468 (procuratrix); procurator vgl. P. Kluckhohn, Die Ministerialität in Südostdeutschland vom 10. bis zum Ende des 13. Jahrhunderts (Quellen u. Studien z. Verfassungsgesch. d. deutsch. Reiches in Mittelalter und Neuzeit, herausg. von K. Zeumer Bd. IV, H. 1, Weimar 1910) S. 225.

[4]) iura = Abgaben, Steuern v. Below, Territorium und Stadt S. 171[1]; v. Luschin, Oesterreichische Reichsgeschichte Bd. I[2] S. 297; Spangenberg, Vom Lehnstaat S. 13[2] f., will nova iura im Statutum in favorem principum 1231, Mai 1 (Zeumer, Quellensammlung[2] S. 51 f., no. 47; vgl. S. 55, no. 53, § 22) im weiteren Sinne fassen.

Bürger, ebenso andere den Hof bewohnende Personen[1]). In Mühlhausen muss der Bewohner des Klosters Reifenstein von seinem Eigentum gleich einem anderen Bürger steuern[2]), und in Nordhausen hat nach Ratsrevers[3]) eine secularis persona, die im Walkenrieder Hof wohnt, die exactiones civitatis de suis rebus et bonis, quas in civitate vel intra metas civitatis . . . habuerit, zu zahlen.

Im Allgemeinen kann gesagt werden, dass an der Wende des 13. Jahrhunderts entschieden darauf gedrungen wird, dass der bürgerliche inquilinus oder hospes eines geistlichen Gutes wenigstens für seinen eigenen Besitz die Steuer zahlen muss. Im 13. Jahrhundert gilt der Grundsatz auch in Augsburg[4]) und Heidelberg[5]), im 14. finden

---

[1]) Urkundenbuch der Stadt Erfurt II S. 36, no. 54: Concesserunt (consules) eciam et voluerunt, quod nos certas personas nostris necessitatibus congruentes in curia, que sita est ex opposito chori nostri . . ., quando nobis expedire videbitur, locare valeamus, sic tamen, quod de ipsa curia omnia iura civitatis debita et consueta ac eciam exactio de quadraginta marcis puri argenti, ad quas eadem curia taxata existit, integre persolvantur. Inhabitatores eciam seu inhabitatrices eiusdem curie iura et civitatis onera quemadmodum et cives alii supportabunt. Wilh. Horn, Erfurts Stadtverfassung und Stadtwirtschaft in ihrer Entwicklung bis zur Gegenwart. Ein Beispiel zur Verfassungsgeschichte und Sozialpolitik der deutschen Städte (Sammlung nationalökonomischer und statistischer Abhandlungen des staatswissenschaftlichen Seminars zu Halle a. S., herausg. von J. Conrad, 45. Bd.) Jena 1904. In Hildesheim ist der Eigentümer des Hauses, wenn er es mitbewohnt, zum Schoss verpflichtet, K. Doebner, Der Stadthaushalt von Hildesheim vor 500 Jahren (Hildesheim 1890) S. 4.

[2]) Zeumer S. 79 (1290).

[3]) Urkundenbuch des Historischen Vereins für Niedersachsen, H. 2 (Die Urkunden des Stifts Walkenried, Abt. 1, Hannover 1852) S. 349 f., no. 549 (1293).

[4]) Meyer, Urkundenbuch der Stadt Augsburg I S. 112 (Haus des Klosters Fürstenfeld).

[5]) Koch und Wille, Regesten der Pfalzgrafen am Rhein no. 588 (1253). Die Steuerfreiheit des Klosters Schönau in Heidelberg geniesst der vom Kloster bestellte Bewohner nur, wenn er eine geistliche Person

wir ihn in Quedlinburg [1]), Hannover [2]), Halberstadt [3]), Heil-

ist. Dasselbe gilt von der Mühle des Klosters, vgl. no. 773 (1265), no. 1563 (1307); später: Oberrheinische Stadtrechte, herausg. von der Badischen Historischen Kommission. Erste Abteilung: Fränkische Rechte (Heidelberg 1895 ff.), H. 5, bearb. von C. Koehne (Heidelberg 1900) S. 490, § 43 (1465); S. 502 (1471); K. Christ, Das Steuerwesen von Kurpfalz im Mittelalter. I. Die Heidelberger Schatzung von 1439, in Neues Archiv für die Geschichte der Stadt Heidelberg und der rheinischen Pfalz Bd. III (1898, S. 200—264) S. 209.

[1]) Urkundenb. der Stadt Quedlinburg Bd. I, herausg. von K. Janicke (Geschichtsquellen der Provinz Sachsen II, Halle 1873) S. 59, no. 81. (1313): quod unus tantum secularis homo, prebendarius nostre ecclesie, in der curia des Wipertsklosters frei von schot wohnen kann, vgl. Waitz V² S. 212, bes. Anm. 2. prebendarius, vgl. Urkundenbuch Quedlinburg I S. 60, no. 82 (1313); S. 148, no. 174 (1359) Hof und Konvent in Ballenstedt ledich, los und vry schotes, wachte und aller plicht sedes und rechtes, nicht frei: eyn borgher oder eyn bůr, der darinnen wohnt; I S. 156, no. 182 (1368) Hof der Aebtissin in Quedlinburg dar enschal nymant inne wonen, wanne ore brodede gesinde; ein anderer muss alle Bürgerpflichten tun; I S. 93, no. 122 u. 123 (1335) wenn die Aebtissin von Quedlinburg einen Hof vormedede, de lůde scolen schoten unde waken vor ere gud alse eyn ander unse borghere; I S. 503, no. 492 (1471) freies Haus des Franziskanerklosters, S. 504 darauf darf nach Ratsrevers nur ein Paar gesetzt werden, dat nicht scotplichtigch noch dingplichtich; vgl. auch W. Hobohm, Der städtische Haushalt Quedlinburgs in den Jahren 1459—1509. Erster Teil, Die städtischen Einnahmen (Halle-Wittenberger phil. Diss. 1912) S. 27 ³. Vgl. Urkundenbuch der Stadt Leipzig Bd. I (Cod. dipl. Sax. Reg. II/8) S. 33, no. 52 (1359): ne aliquis huius civitatis civis vel inquilinus praesumat de cetero esse procurator alicuius ordinis vel claustri ... nisi eorum sit praebendarius; kein anderer soll Vorsprache eines Ordens oder Klosters in der Stadt sein.

[2]) v. Inama-Sternegg, Deutsche Wirtschaftsgeschichte III, 1 S. 85 Anm. 3 (1308); für Lübeck gilt der Grundsatz seit dem Ende des 12. Jahrhunderts schon für die Hintersassen, vgl. Hartwig, Lübecker Schoss S. 68, für Bremen S. 68 Anm. 3 ebenda: Wer sich auf geistlichem Grund ansiedelt, muss: schatten, waken und borgerwerk doen.

[3]) Urkundenbuch I S. 372, no. 475 (1345): der Rat befreit neun Häuser und Höfe des Bonifatiusklosters. Wenn aber eines dieser Häuser locata fuerit an einen Bürger oder alteri laico, talis conductor de suis propriis rebus onera harum collectarum, exactionum, contributionum ac

bronn [1]), Paderborn [2]) und in anderen Städten [3]). Bemerkenswert ist der Schied vom 29. Januar 1368 zwischen Stift

jura civilia more et consuetudine aliorum civium nostre civitatis faciet et non de domo seu curia, quam inhabitat, sustinebit; ebenda I S. 409, no. 516 (1360): Der Rat überlässt der Nikolauskapelle zu St. Bonifaz ein Haus gegen ein anderes. Die darin wohnenden geistlichen Leute sind zu halber Wacht verpflichtet und sollen ledich wesen, vri unde los schotes, tinses unde aller plicht. ... Worde aver dat sulve hus vormedet eyneme leyen, de schal don van des huses weghen de plicht ... sunder sin ghût, dat he darinne heft, ... scal de uns vorschoten. Vgl. Urkundenb. der Deutschordenskommende Langeln (Geschichtsquellen der Provinz Sachsen XV) S. 56 (1504): in Halberstadt wird der procurator im Mietsvertrag besonders verpflichtet, die von ihm innegehabten Güter an niemand anders zu vermieten.

[1]) Urkundenbuch Heilbronn I (Württemb. Geschichtsquellen V) no. 95, S. 42 (1318); für Geislingen Wirtembergisches Urkundenbuch VIII S. 479 (1284): hoc solo dumtaxat excepto, quod ... fratres nullum de civibus nostris, qui nobis iam in servitio sunt astricti, ibidem poterunt collocare, vgl. Wirt. Urkundenbuch VII S. 146 (1271): Exemtion für ein an Salem geschenktes Haus: hoc excepto, quod quicumque hospes secularis dictam domum inhabitaverit, nisi ... procurator domus fuerit, de sua persona de rebus propriis . . . ad servitia debita sit astrictus.

[2]) A. Hübinger, Die Verfassung der Stadt Paderborn im Mittelalter (Marburger phil. Diss. 1899) S. 26 f.: einem Bürger wird vom Domkapitel ein als geistliches Gut immuner Hopfengarten überlassen; die Immunität muss aber vom Rat nochmals ausdrücklich ausgesprochen werden.

[3]) Später für Arnsburg in Arnstadt, vgl. C. A. H. Burkhardt, Urkundenbuch der Stadt Arnstadt 704—1495 (Thüringische Geschichtsquellen Bd. IV, Jena 1883) S. 272 ff., no. 495 (1443): Vergleich der Pfaffheit mit der Bürgerschaft; Chemnitzer Urkundenbuch (Cod. dipl. Sax. Reg. II/6) S. 394 ff. (1493); in Freiberg war die Schosspflicht des Mieters selbstverständlich, weil sie überhaupt allgemein war. Urkundenbuch Freiberg Bd. III (Cod. dipl. Sax. Reg. II/14) S. 30 ff.; R. Wuttke, Die Freiberger Schossordnung, in Festschrift zum 75jährigen Jubiläum des kgl. sächs. Alterumsvereins, Beiheft zum Neuen Archiv für sächsische Geschichts- und Altertumskunde Bd. 21 (1900, S. 210—217); Beispiele, dass in Freiberg Mieter den Schoss zahlen, Cod. dipl. Sax. Reg. II/14 S. 26 § 3; aus dem Gerichtsbuch I ebenda S. 406 § 203, vgl. auch S. 409; im Steuerbuch (1410) von Rostock finden sich auch Mietsleute von

und Stadt Mosbach[1]). Hier werden genaue Unterscheidungen gemacht bezüglich der an sich freien Häuser und ihrer Bewohner. Ob der Pfaffen ir wicdom frei sein soll, muss zuerst vor die Bürger gebracht werden[2]). Auf einem Haus ruht nur bis zum Tod des jetzigen Inhabers Steuerfreiheit. Die Mühle und obere Badstube der Pfaffen und, wen sie darinne setzent, sind frei, ez were danne, ob ir gesinde, daz darinne wonende were, gůt hette von in selber in der marken oder uzwendig, off dazselbe gůt mogent die burger bede setzen als gewonlich und recht ist, ob ez bedehafft ist[3]). Auch in österreichischen Städten wird die Steuerpflicht des auf städtischen Grundstücken Angesessenen und die Dienstpflicht des weltlichen Inwohners in einem geistlichen Haus ausgesprochen, sehr frühe schon in Linz[4]),

---

Klosterbuden, bodae claustri. Diese waren aber meist steuerfrei; sie unterlagen nur der Kontrolle, um eventuell zur Steuer herangezogen zu werden. H. Paasche, Die städtische Bevölkerung früherer Jahrhunderte. Nach urkundlichen Materialien aus dem Ratsarchiv der Stadt Rostock, Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. XXXIX, N. F. V (1882, S. 303—380) S. 321, 329 f., 335 u. 335 Anm. 1. — In Freiburg gaben nach der Verfassung von 1392 Mönche und Nonnen und die weltlichen Geistlichen von ihrem weltlichen Gut Steuer; v. Maurer, Städteverfassung Bd. II S. 788.

[1]) Oberrheinische Stadtrechte, 1. Abt., H. 5 S. 555 ff.

[2]) Das eigentliche Dotalgut (K. H. Schäfer, Pfarrkirche und Stift im deutschen Mittelalter. Eine kirchenrechtsgeschichtliche Untersuchung, Kirchenrechtl. Abh., herausg. von U. Stutz, 3. H., Stuttgart 1903, S. 32 ff.) blieb gewöhnlich steuerfrei (Störmann, Städtische Gravamina S. 164).

[3]) Oberrheinische Stadtrechte, 1. Abt., H. 5 S. 556 § 5; vgl. Urkundenbuch der Stadt Braunschweig, herausg. von H. Hänselmann und H. Mack (Braunschweig 1861 ff.) Bd. II S. 197 f.; E. Kober, Die Wehrverfassungen Braunschweigs und seiner Nachbarstädte Hildesheim, Göttingen und Goslar im Mittelalter (Marburger phil. Diss. 1909) S. 36, 37[1]; Mack, Finanzverwaltung Braunschweigs S. 27.

[4]) Urkundenbuch ob der Enns III S. 435 f.; Ottokar 1276 für das Haus des Salzburger Kapitels, vgl. v. Srbik S. 161.

dann in Wiener Neustadt [1]), Enns [2]) und in anderen Städten [3]).

Wo immer die Geistlichkeit und die geistlichen Institute Steuerfreiheit genossen, hielten diese an ihrer Abgabenfreiheit so fest [4]), dass sie dieselbe auch auf alles weiter erworbene Gut ausdehnten, ohne Rücksicht darauf, ob solche Güter vorher steuerpflichtig gewesen waren oder nicht. Bei dem Reichtum zumal der Klöster, die bemüht waren, in einer Stadt möglichst viel Grundeigentum zu erwerben, musste für eine Stadt der Ausfall von vorher in der Steuerpflicht gestandenen bedebaren Gütern beträchtlich und wohl fühlbar sein. Die Städte und die Landesherren, auch der König, griffen deshalb zu

---

[1]) Urkundenbuch des Cisterzienserklosters Heiligkreuz im Wiener Walde, herausg. von J. N. Weis, Font. Rer. Austr. II/11 (Wien 1856) S. 242 f. (1285).

[2]) Urkundenbuch des Stiftes Klosterneuburg Bd. I, Font. Rer. Austr. II/10 (Wien 1857) S. 117.

[3]) Zu den Städten in Oesterreich: v. Srbik S. 161, bes. Anm. 6: Font. Rer. Austr. II/10 (1857) S. 117 (1309): swenne ein steur auf die stat wirt geleit ze Ens, so soll der Inhaber daz selb hus verrichten und versteuren, als pilleich ist, vgl. auch Urkundenbuch ob der Enns VII S. 350 (1354); VIII S. 136 (1363): hiet aber derselb wirt von sein selbs wegen dhain arbait oder wandel, davon sol er mit der stat leiden, als dann pillich und recht ist nach unserr stat recht. Zu dieser Urkunde Urkundenbuch ob der Enns VII S. 708 (1360). In Tirol f. Innsbruck Kogler, Steuerwesen in Tirol S. 538; 1276 in einer Befreiungsurkunde für ein Haus des Klosters Stams: auch die darin wohnenden Schenker sollen die Freiheit haben. — Salzburg, L. Bittner, Geschichte der direkten Staatssteuern im Erzstifte Salzburg bis zur Aufhebung der Landschaft unter Wolf Dietrich. I. Die ordentlichen Steuern, Archiv für österreichische Geschichte Bd. 92 (1903, S. 485—565) S. 554 Anm. 224, Stadtrecht von Salzburg 1371: Und hat ain furst, gaistlicher oder weltlicher ain haus in der stat, der sol davon nicht steur geben, ist er selb darin, oder ob man im damit wart. Es sol aber der hauswirt steur und wacht leiden mit den purgärn. Die selben recht haben prelaten oder wer des herren behauster man ist.

[4]) Ueber die Gründe, warum das zum Teil geschah oder geschehen musste, vgl. Störmann, Städtische Gravamina S. 175, 176 [1], 176 [2].

Massregeln, die bei Uebertragung bedepflichtiger Güter an religiöse Genossenschaften und Geistliche die weitere Steuerpflicht garantieren sollten. Sie machten den Grundsatz: res transit cum onere geltend [1]). Vielfach begegnen wir ihm schon im 13. Jahrhundert. Parallel damit traten in manchen Fällen die Vorstufen der Amortisationsbestimmungen [2]) und die Amortisationsgesetze selbst auf. Das älteste bekannte Einschreiten der Art ist das von Duisburg 1213. Hier trat Otto IV. [3]) für die Erhaltung der Steuerpflicht ein [4]).

Am 5. Mai 1241 musste sich das Kloster Salem verpflichten, etwa ihm in Ueberlingen geschenkte Häuser, nachdem dieselben Jahr und Tag steuerfrei gewesen, gleich anderen gleichwertigen Häusern daselbst zu versteuern: exactionem facient in illam domum, qualis in aliam equivalentem fieri solet. Auch für einen dem Kloster geschenkten

---

[1]) Zeumer S. 81 f.; Knöpfler, Reichsstädtesteuer in Schwaben, Elsass und am Oberrhein S. 318; Freih. Franz v. Myrbach, Die Besteuerung der Gebäude und Wohnungen in Oesterreich und deren Reform. Eine finanzwissenschaftliche Studie, in Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft Bd. XL (1884, S. 546—594) S. 561 ff.; V. Ernst, Die direkten Staatssteuern in der Grafschaft Wirtemberg. I. Die ordentlichen Steuern. in Württemberg. Jahrb. für Statistik und Landeskunde, Jahrg. 1904 (1904, S. 55—90) S. 65 f.; Niese, Reichsgut S. 99 ff.

[2]) Verwaltungsmassregeln und Immobiliargesetze, Beaufsichtigung des Immobiliarerwerbes des Klerus, Prohibitivmassregeln gegen diesen Erwerb v. Srbik S. 167 ff.; Hartwig, Lübecker Schoss S. 67 ff., bes. S. 69 [2] (Literaturangaben); Schiller, Geistlichkeit und Bürgerschaft in Goslar S. 105. Die Bestimmungen sind aber nicht gleichbleibend, bald gegen, bald für die kirchliche Freiheit. „Wir haben es also mit einer Gesetzgebung zu tun, deren einzelne Bestimmungen sich wie mehrere Netze mit verschiedenen weiten Maschen übereinanderlegten“; Bothe, Besteuerung in Frankfurt S. 25.

[3]) Zu dessen städtefreundlicher Steuerpolitik Zeumer S. 102.

[4]) Der Text dieser „ersten uns bekannten Massregel zum Schutz des Steuergebietes gegen die geistlichen Exemtionsansprüche in einer königlichen Stadt“ bei Schütze, Entstehung des Rechtssatzes: Stadtluft macht frei S. 48 f.; siehe auch unten S. 175 f.

Weinberg ist nach einem Jahr die gewöhnliche Steuer zu entrichten [1]).

Formell ausgesprochen wurde der Grundsatz, dass steuerbares Gut beim Uebergang in eine andere Hand steuerbar bleiben müsse, von Rudolf von Habsburg [2]). Im Privileg für Boppard (1274) bestimmte er mit Rücksicht auf bona precariam solvere debentia, die auf kirchliche Personen oder Klöster unter dem Titel des Verkaufs oder dem Namen von Legaten und Almosen übergehen: ipsa bona transibunt cum honere, hoc est quod de ipsis bonis ab eorundem possessionibus debita et consueta non minus quam ante precaria persolvatur [3]). Auch in einem Privileg für Odernheim sagt Rudolf in der Begründung der Steuerpflicht der von der Geistlichkeit zukünftig zu erwerbenden Güter: nam res cum onere suo transit [4]) und in einem

---

[1]) Fr. Schäfer, Wirtschafts- und Finanzgeschichte der Reichsstadt Ueberlingen am Bodensee in den Jahren 1550—1628 (Untersuch. z. deutsch. Staats- u. Rechtsgesch., herausg. von O. Gierke, H. 44, Berlin 1893) S. 119 f. Anm. 1; einem etwa zu erbauenden Haus des Zisterzienserklosters Marienstadt gibt Wetzlar die Freiheit von aller Dienstbarkeit als: specialem graciam, Urkundenbuch der Stadt Wetzlar Bd. I, bearb. von E. Wiese (Veröffentl. der Hist. Kommission für Hessen und Waldeck VIII, 1, Marburg 1911) S. 22, no. 69 (1255); vgl. S. 215, no. 464, teilweise Steuerfreiheit für Kloster Altenberg gegen Ueberweisung von Zinsen an die Stadt (1300, II. 18).

[2]) Zeumer S. 80 ff.; Niese, Reichsgut S. 99 ff.

[3]) H. G. Ph. Gengler, Codex iuris municipalis Germaniae medii aevi, Regesten und Urkunden zur Verfassungs- und Rechtsgeschichte der deutschen Städte im Mittelalter Bd. I (Erlangen 1863) S. 256; Redlich, Reg. Imp. VI no. 232; Lamprecht, Deutsches Wirtschaftsleben I S. 607, von Albrecht I. 1299 wörtlich erneuert; Zeumer S. 81 macht auf die formelhafte, „wie ein allgemein anerkannter Rechtssatz" benutzte Wendung aufmerksam. Zu honere vgl. Böhmer-Lau, Cod. Moenofr. I [2] no. 858, Wirt. Urkundenb. IV S. 451.

[4]) J. Friedr. Böhmer, Acta imperii selecta, Urkunden deutscher Könige und Kaiser mit einem Anhang von Reichssachen (herausg. aus Böhmers Nachlass von J. Ficker, Innsbruck 1870) I S. 364 (1291). Das Gesetz hat Rückwirkung bis zu der Zeit, seit welcher Odernheim an das Reich überging.

solchen für Andernach: iustum est enim, quod res cum onere ad possessorem transeat emptorem[1]). In Augsburg trat Rudolf ebenso energisch für die Erhaltung der städtischen Steuerpflicht ein[2]), in gleicher Weise in Gelnhausen[3]). Adolf I. bestimmte für Goslar, dass alle mit Steuern oder Beden belasteten Grundstücke in der Stadt oder im Gebiet von Goslar durch Veräusserungen an geistliche oder weltliche Personen nicht befreit werden sollen[4]), ebenso Albrecht für Fried-

---

[1]) Lamprecht I S. 607 Anm. 1.

[2]) Meyer, Urkundenbuch von Augsburg I S. 82 (1287): quod omnes res et possessiones, que usque ad hec tempora sturam solvere consueverunt et a quibus stiura (Schmeller-Frommann, Bayerisches Wörterbuch II² Sp. 776 ff.) hactenus est exacta et requisita, in quascumque etiam personas qualicumque eciam titulo transferentur, a precarie sive stiure onere nullatenus eximantur; vgl. Gengler, Codex p. 79, aber mit 1288.

[3]) C. G. Ph. Gengler, Deutsche Stadtrechte des Mittelalters (Erlangen 1852) S. 146 (1289), vgl. Redlich, Reg. Imp. VI no. 2260; Niese S. 100.

[4]) Urkundenbuch der Stadt Goslar und der bei und in der Stadt Goslar belegenen geistlichen Stiftungen II, Halle 1896 (Geschichtsquellen der Provinz Sachsen XXX, herausg. von G. Bode) S. 476, no. 475 (1294). In Goslar beginnt die Steuerschutzgesetzgebung mit dem grossen Privileg Friedrichs II. im Jahre 1219, Urkundenbuch von Goslar I no. 401. Schiller, Bürgerschaft und Geistlichkeit stellt S. 81 f. fest, dass trotz der unbedingten Herrschaft des Rates das Privileg nicht durchgeführt wurde, vgl. Schiller S. 151. Ueberhaupt ist zu beachten, was Schiller S. 152 sagt: „Es ist nun aber keineswegs so, dass die genannte Bestimmung (Urkundenb. II no. 475 vom Jahre 1294; Urkundenb. II no. 379 vom Jahre 1290) die alte vom Jahre 1219 über die Steuerfreiheit der klerikalen Güter aufheben sollte. Vielmehr handelte es sich lediglich darum, ein Umsichgreifen der klerikalen Steuerfreiheit ins Ungemessene durch Ausdehnung auch auf alle künftighin noch zu erwerbenden Güter zu verhindern. Der Kommune sollte nur die Steuerkraft im alten Umfange erhalten werden, um sie nicht durch dauerndes Abbröckeln ihres steuerpflichtigen Gutes einer zu argen finanziellen Not entgegenzutreiben.“ S. 152[4]: Mitwirken einer Art Gerechtigkeitgefühl beim Vorgehen der Städte. S. 161 kann Schiller als Ergebnis feststellen, dass die Goslarer Geistlichkeit für alle neuentstehenden Verhältnisse bei Grundbesitz und Renten ganz dem städtischen Wirtschafts-

berg[1]), während er den Bürgern von Frankfurt diese Gnade für den Fall, dass Güter ad pia loca vermacht werden, nicht gibt[2]).

Ein Privileg im Sinne desjenigen von Friedberg gab Albrecht auch den Bürgern von Mühlhausen[3]) und Ulm[4]).

Auch Ludwig der Bayer führte den Grundsatz res transit cum onere suo durch, so in Heilbronn[5]) und Lindau[6]), Ravens-

---

leben mit seinen Bestimmungen eingefügt worden ist, vgl. auch Feine, Goslarische Rat S. 31 ff., 52, 79 ff., 87 f.

[1]) Böhmer, Reg. Imp. (1246—1313) no. 123 und Reg. Imp. (1313—1347) no. 2485 (1346, Ludwig der Bayer).

[2]) Böhmer-Lau, Cod. Moenofr. I[2] no. 737. Albrecht entscheidet (1299): ut in civitate nostra Francenfordensi antique consuetudines observentur, volumus, ut omnes illi, qui bona habent vel possident, de quibus tempore illustris quondam Friederici imperatoris, praedecessoris nostri, sture sive precarie consueverunt exsolvi, adhuc de bonis eisdem cum civibus contribuant et sturas exsolvant, nisi tunc bona huiusmodi pro possessorum remedio et salute fuerunt ad pia loca legata, de quibus nulle sture sive precarie requirentur. Frankfurt hatte schon von Richard das Privileg erhalten, dass alle bisher Reichsbede zahlenden bona et praedia ..., quomodocumque ad loca religiosa vel personas alias ecclesiasticas vel mundanas predicta bona devolvi et transferri contingat, sicut ante ad solvendam precariam bona ipsa nichilominus teneantur ibid. no. 217; vgl. Bücher, Zwei mittelalterliche Steuerordnungen S. 124. Zum Ganzen Bothe, Besteuerung in Frankfurt S. 22 ff.; vgl. auch Störmann, Städtische Gravamina S. 165.

[3]) Böhmer, Reg. Imp. (1246—1313) no. 292 (1300) und no. 385 (1302); Niese, Reichsgut S. 101.

[4]) Ulmisches Urkundenbuch, herausg. von Fr. Pressel, Bd. I (Stuttgart 1873) S. 265, no. 221; vgl. C. Mollwo, Das Rote Buch der Stadt Ulm (Württemb. Geschichtsquellen Bd. VIII, Stuttgart 1905) S. 50, no. 55; Hohenstatt, Territorium der Reichsstadt Ulm S. 122; Jäger, Ulms Verfassungsleben S. 359; Chr. Fr. v. Stälin, Wirtembergische Geschichte Bd. III (Stuttgart 1856) S. 741[1]; Störmann S. 165; Nübling, Reichsstadt Ulm Bd. II S. 235; K. O. Müller, Die oberschwäbischen Reichsstädte. Ihre Entstehung und ältere Verfassung (Darstellungen aus der württemb. Geschichte Bd. VIII, Stuttgart 1912) S. 27[3].

[5]) Böhmer, Reg. Imp. (1313—1347) no. 2562 (1347); Urkundenb. Heilbronn Bd. I S. 83, no. 185.

[6]) Knöpfler, Württ. Vierteljahrsh. N. F. Bd. XI (1902) S. 318 f.

burg[1]), Nördlingen[2]), Esslingen[3]). Wie sehr die Städte selbst auf die Durchführung desselben bedacht waren, sehen wir an Augsburg. Die Stadt liess sich Rudolfs Privileg durch Albrecht erneuern[4]). Kloster Fürstenfeld musste sein neu erkauftes Haus vor dem Rat privilegieren lassen und für allen künftig zu erwerbenden Besitz Steuerleistung versprechen[5]). Das Heiliggeistspital bekennt 1328 vor dem Rat die Steuerpflicht eines durch Schenkung ihm angefallenen Hauses[6]). Im Vergleich der Stadt Frankfurt mit den Deutschordensherren wird neben der Bestätigung ihrer jetzigen Güter die Bestimmung getroffen, dass die künftigen die exactiones et servicia zu tragen haben[7]).

Man kann das Jahr 1250 rund als die Zeitgrenze annehmen, da der Grundsatz: res transit cum onere stärker zur Geltung kommt[8]). Auch in Landstädten wird dasselbe beob-

---

[1]) Müller, Oberschwäbische Reichsstädte S. 26.

[2]) Böhmer a. a. O. S. 48, no. 815.

[3]) Ebenda no. 2436 (1345); Urkundenbuch der Stadt Esslingen Bd. I, bearb. von A. Diehl (Württemb. Geschichtsquellen Bd. IV, Stuttgart 1899) S. 405 f., no. 801; vgl. G. Steinhauser, Die Klosterpolitik der Grafen von Württemberg bis Ende des 15. Jahrhunderts (Tübinger phil. Diss. 1912) S. 47.

[4]) Meyer, Urkundenbuch Augsburg I S. 166 no. 202 (1306); ähnlich Walkenried in Goslar, vgl. Schiller S. 157 Anm. 1.

[5]) Meyer, Urkundenbuch Augsburg I S. 112, no. 146 (1295).

[6]) Meyer, Urkundenbuch Augsburg I S. 250, no. 286 (1328): daz wir ez denne den burgeren und der stat ze Augspurch alliu iar verstiuren sulen fur zwaihundert phunt Augspurger phenning darnach und die (Augsburger) burger ze ieglichem iar die stiur uf setzent.

[7]) Böhmer-Lau, Cod. Moenofranc. I² no. 602; Bothe, Besteuerung in Frankfurt S. 24 f. Anm. 6; vgl. auch S. 30 f., 50, 52, 52³, 52; Wetzlar, vgl. Urkundenb. der Stadt Wetzlar Bd. I no. 851, S. 356 (1314, XI. 14).

[8]) Zur Durchführung im allgemeinen siehe auch Aem. Friedberg, De finium inter ecclesiam et civitatem regundorum iudicio, quid medii aevi doctores et leges statuerint (Lipsiae 1861) p. 183, n. 6; Cod. Moenofranc. I² no. 951 (1312 Exemtion durch den Rat); in Goslar: Urkundenbuch der Klöster Langeln, Himmelpforten, herausg. von Ed. Jacobs (Geschichtsquellen der Provinz Sachsen XV, Halle 1882) S. 142 (1349): dat der stat von des huses unde hoves weghene nicht rechtes af ne ga.

achtet[1]), freilich im 14.[2]) und 15.[3]) Jahrhundert sind die Urkunden zahlreicher.

Ein weiteres Licht auf das Streben der Städte, die Geistlichkeit wenigstens für den neuen Besitz zur Steuer heranzuziehen, werfen auch die Spezialexemtionen, die in keiner Stadt fehlen und zugleich durch den Präzedenzfall, der statuiert wird, mehr oder weniger beweisen, dass der Grundsatz: res transit cum onere gilt. Gleich zu Anfang ist auf solche Spezialexemtionen, besonders in Reichsstädten, hingewiesen worden. Es bedeutet aber gewiss einen Fortschritt der städtischen Selbständigkeit, wenn nach den Befreiungen durch Friedrich II. und der ausserordentlichen Schwächung der Steuerkraft der

---

[1]) Ernst, Württ. Jahrb. N. F. Bd. XI (1904) S. 65.

[2]) Stendal, siehe Riedel, Cod. dipl. I/15 p. 65 (1316: ad collectam, que scoth dicitur). — Urkundenbuch Hameln I S. 324 f., no. 430 (1351), schon 1315, siehe S. 122; in Osterwiek: Urkundenbuch von Langeln und Himmelpforten S. 471 (1353: Vermerk über den vom Terminierhaus zu Osterwiek zu leistenden Vorschoss: der broder hus von der Himmelpforten gibt vorschot); für Freiberg in Sachsen Winkelmann, Acta II p. 170 no. 237 (1296). — In den österreichischen Städten wird der Grundsatz erst im 14. Jahrhundert angewendet. v. Srbik S. 162; Urkundenbuch ob der Enns V S. 217; VII S. 425; für Böhmen Reg. Imp. VIII no. 1530 (1352); Laibach: v. Myrbach, Zeitschr. f. ges. Staatswissenschaft Bd. XL (1884) S. 565; Kogler, Archiv f. österr. Geschichte Bd. 90 (1901) S. 385.

[3]) Pirna: Urkundenbuch, Cod. dipl. Sax. Reg. II/5 S. 401 ff. (1423); Hameln: Urkundenbuch II (herausg. von E. Fink, Hannover 1903) S. 422 ff., vgl. Einleitung zu Bd. II S. LIII; Arnstadt: Urkundenbuch (Thüringische Geschichtsquellen IV) S. 272 ff., no. 495 (1443); Sinsheim: Oberrheinische Stadtrechte, 1. Abt. (Fränk. Rechte), H. 4, herausg. von R. Schröder u. C. Köhne (Heidelberg 1898) S. 420 (1445); Mosbach: ebenda S. 569 § 2 (1420); Wertheim: ebenda H. 1, bearb. von R. Schröder (Heidelberg 1895) S. 19 (1410); Engen: Fürstenbergisches Urkundenbuch, Sammlung der Quellen zur Geschichte des Hauses Fürstenberg und seiner Lande in Schwaben, herausg. vom Fürstlichen Hauptarchiv in Donaueschingen, bearb. von S. Riezler und Fr. L. Baumann (Tübingen 1877 ff.) VII no. 213, S. 371; Butzbach: Ed. Otto, Die Bevölkerung der Stadt Butzbach in der Wetterau während des Mittelalters (Giessener phil. Diss. 1893) S. 21; weitere Daten Friedberg, De finium p. 195.

Städte durch Heinrich (VII.)[1]) Konrad IV. die Güter des Frauenklosters Wald in Ueberlingen von der Steuer daselbst erst eximiert, nachdem er sich vorher der Bereitwilligkeit der Bürger, die Exemtion zu beachten, vergewissert hatte[2]). Konrad IV. hat solche Privilegierungen auch sonst unter Rücksichtnahme auf die Städte gegeben, was besonders die Exemtion des Klosters Pairis[3]) in Kolmar und Kaisersberg zeigt[4]). Rudolf I. kam den Städten auf Kosten der geistlichen Freiheit ohnedies entgegen[5]), wenn freilich auch unter und nach ihm die Exemtionen nichts ganz Seltenes waren[6]). In einem

---

[1]) Zeumer S. 111; Geffcken, Niederes Kirchengut S. 68 ff. Besonders in den letzten zehn Jahren sind Heinrichs Exemtionen sehr häufig; vgl. Zeumer S. 111 f. Anm. 2. Zahlreich sind die Exemtionen de speciali gratia (was für die grundsätzliche Steuerpflicht spricht) gegeben und mit der Klausel Salva per omnia (in omnibus) imperiali iustitia. Zu der Formel: E. Mühlbacher, Kaiserurkunde und Papsturkunde, in Mitteil. d. Inst. f. österr. Geschichtsforsch. Bd. IV (1883, S. 499—518) S. 511; Fr. Thaner, Die Entstehung der Formel Salva sedis apostolicae auctoritate, Sitzungsb. d. hist.-philos. Klasse der kais. Akademie Wien LXXI (1873) S. 801; J. B. Sägmüller, Zur Entstehung und Bedeutung der Formel Salva Sedis Apostolicae auctoritate in den päpstlichen Privilegien, Tübinger Theologische Quartalschrift Bd. 89 (1907) S. 93—117. An die Dienstleute und die Bürgerschaft wenden sich die der Geistlichkeit gegebenen Privilegien im Tone strengen Befehls auf Einhaltung, vgl. Wirt. Urkundenb. III S. 306, 317, 318.

[2]) Huillard-Bréholles V p. 1203; Böhmer-Ficker, Reg. Imp. V no. 4430; Geffcken, Niederes Kirchengut S. 70. Zur Bede in Ueberlingen vgl. Müller, Oberschwäbische Reichsstädte S. 151 f.; Schäfer a. a. O. S. 119 ff.

[3]) Das Zisterzienserkloster in den Vogesen erfreute sich einer besonderen Vorliebe der Hohenstaufen. Meister, Hohenstaufen im Elsass S. 31; zur Begünstigung der Zisterzienser durch Friedrich II. vgl. Peter Opladen, Die Stellung der deutschen Könige zu den Orden im 13. Jahrhundert (Bonner phil. Diss. 1908) S. 16, 21 ff., 22 [4], 22 [5].

[4]) Huillard-Bréholles VI p. 837; Zeumer S. 115.

[5]) Redlich, Rudolf von Habsburg S. 495; Zeumer S. 147 ff.

[6]) Redlich, Reg. Imp. VI no. 109; Ehrentraut, Freistädte S. 68; Böhmer, Reg. Imp. (1246—1313) no. 203 (Adolf) no. 158 (Albrecht); Reg. Imp. (1313—1347) no. 1214 (Ludwig der Bayer). Während aber Ludwig in

Privileg für ein Haus des Klosters Herrenalb in seiner Stadt Weil sagt Rudolf ausdrücklich, dass die Bürger dazu die Einwilligung gegeben haben[1]).

Neben Privilegien des Königs für den geistlichen Besitz in den Reichsstädten[2]) haben wir in anderen Städten Privilegien der Landes- und Stadtherren und des Rates selbst. Sie beweisen, dass in den Städten eine grundsätzliche allgemeine Steuerfreiheit nicht anerkannt wurde[3]).

Besondere Vereinbarungen der Geistlichkeit und Klöster über die jährlich zu zahlende Steuerquote oder Abfindungssumme waren das beste Mittel, einerseits der Stadt die Steuer geistlichen Besitzes nicht entgehen zu lassen, anderseits das

---

Bayern selbst die geistliche Freiheit sehr begünstigte, stand er im Reich mehr auf der Seite der Städte; vgl. Knöpfler, Württ. Vierteljahrshefte, N. F. Bd. XI (1902) S. 318 ff.

[1]) Redlich, Reg. Imp. VI no. 470.

[2]) Vgl. auch Fr. Stephan, Verfassungsgeschichte der Reichsstadt Mühlhausen in Thüringen bis 1350 (Berliner phil. Diss. 1886) S. 22.

[3]) Fr. Gordes, Die direkten Steuern im kurkölnischen Herzogtum Westfalen (Münsterische phil. Diss. 1911) S. 13 f.; Sonnenkalb, Steuer im Fürstentum Lüneburg S. 15; vgl. auch H. Plönes, Die direkten Staatssteuern unter den Grafen und Herzögen von Geldern bis zur Zeit des Venloer Traktats 1543 (Münsterische phil. Diss. 1909) S. 25. Zu solchen Steuerprivilegien: Westfäl. Urkundenbuch IV S. 900, no. 1950 (1287 ex bona voluntate); IV S. 1123, no. 2493 (1298), S. 1174, no. 2609 (1300); Urkundenbuch Halberstadt I S. 53, no. 49 (1241); S. 371, no. 475 (1345); Urkundenbuch Magdeburg III S. 76, no, 154 (1471); Sudendorf, Urkundenbuch Braunschweig II S. 81, no. 135 (1345); Brennecke, Staatssteuern in Mecklenburg S. 70; Urkundenbuch Leipzig, Cod. dipl. Sax. II/9 S. 40 f., no. 52 u. 53 (1301); Tittmann, Heinrich der Erlauchte I S. 252; Urkundenbuch Arnstadt S. 60, no. 117 (1330); Urkundenbuch Dresden, Cod. dipl. Sax. Reg. II/5 S. 114; Meissen: Cod. dipl. Sax. Reg. II/4 S. 24 f. (1332); Wesel: F. Reinhold, Verfassungsgeschichte Wesels im Mittelalter (Unters. zur deutschen Staats- und Rechtsgeschichte, herausg. von O. Gierke, H. 23, Breslau 1888) S. 56 Anm. 1; Wirtemb. Urkundenbuch VI S. 42 (1241); VI S. 260; VII S. 249; v. Weech, Cod. dipl. Salemit. I p. 244 (1241); III p. 241 (1317); L. Schmid, Monumenta Hohenbergica. Urkundenbuch zur Geschichte der Grafen von Zollern-Hohenberg (Stuttgart 1862) S. 231 f., 320.

Missverhältnis zu heben, das darin bestand, dass dem von der Stadt gewährten Schutz und Recht die Leistungen an sie nicht entsprachen[1]).

Früh verglich sich die Stadt Esslingen mit den auf ihrem Grund und Boden begüterten Klöstern[2]): am 7. April 1238 mit Kloster Blaubeuren wegen der von seinem Weinberg und seinen Gütern in Esslingen zu zahlenden Bede im Betrag von zwei Pfund Heller jährlich[3]). Am 3. Februar 1257 kam es zu einem Vergleich mit dem Zisterzienserkloster Bebenhausen[4]), am 3. Februar 1281 mit Salem[5]). Auch in Rottweil bezahlt der Konvent

---

[1]) In Goslar galt der Rechtssatz: nulli ius, quo burgenses gaudent, concedatur, nisi similiter ipse ius eorum observet. Urkundenbuch Goslar I no. 401, Recht und Pflicht als Korrelata promiscue gebraucht, siehe Schiller, Bürgerschaft und Geistlichkeit S. 12 Anm. 1; Hartwig, Lübecker Schoss S. 14; vgl. Bothe, Besteuerung in Frankfurt S. 30 ff., 32, 50.; Klüver, Gemeindeorganismus in Kiel S. 10; P. Kirchhoff, Die Dortmunder Fehde von 1388/89 (Marburger phil. Diss. 1909) S. 47; B. Meisterernst, Die Grundbesitzverhältnisse in der Stadt Münster im Mittelalter (Münsterische phil. Diss. 1909) S. 55. Zu dieser Arbeit vgl. aber P. Rehme, Zeitschr. d. Sav.-Stift. f. Rechtsgesch., Germ. Abt., Bd. XXXI (1910) S. 516.

[2]) Bebenhausen wurde die königliche Exemtion bestätigt und deren Einhaltung versprochen. Wirt. Urkundenb. III S. 318 (1232); vgl. Urkundenb. von Esslingen Bd. I S. 8, no. 32.

[3]) Eingehenderes über diese Verträge: A. Diehl, Zur Verfassungs- und Finanzgeschichte der Reichsstadt Esslingen im 13. und 14. Jahrhundert, in Württ. Jahrbücher für Statistik u. Landeskunde, Jahrg. 1900 (1901, S. 41—94) S. 78—86 (Die Besteuerung geistlichen Besitzes); Wirt. Urkundenb. III S. 417 (1238). Das Kloster ad obtinendam communem libertatem de ... bonis suis annuatim de festo sancti Martini (vgl. Ernst, Württ. Jahrb.. 1904, S. 58; Knöpfler, Württ. Vierteljahrshefte N. F., Bd. XI, 1902, S. 299 f.; Zeumer S. 28) duas libras Hallensium civibus nomine precarie perpetuo presentabit, vgl. Urkundenb. von Esslingen Bd. I S. 9, no. 37. Zum Vergleich Varlar und Koesfeld Westfäl. Urkundenb. IV S. 262 f.; III S. 303; vgl. auch Niese, Reichsgut S. 101 f.

[4]) Wirt. Urkundenb. V S. 188; Urkundenb. von Esslingen Bd. I S. 18, no. 73; vgl. Mone, Zeitschr. für die Geschichte des Oberrheins VI (1855) S. 11; Zeumer S. 91; Niese S. 102.

[5]) v. Weech, Cod. dipl. Salemit. II S. 251; Urkundenb. von Ess-

Alpirsbach jährlich zwei Pfund Heller[1]), in München Kloster Schefftlarn fünfzehn Pfund Münchener Pfennige[2]). Schwankender war die jährliche Steuersumme, welche nach der Festsetzung König Adolfs von 1295 das Kloster Eberbach zu Ingelheim zu erlegen hatte, indem es von seinen Gütern je eine Mark für das die Stadt treffende Hundert zahlen musste[3]). Die Reduzierung der Steuerquote für geistlichen Besitz auf nur eine Mark Silber finden wir als eine Art von Immunitätsprivileg in Oesterreich, so für Kloster Lembach in der Stadt Krems[4]), für das Kloster St. Paul in Marburg[5]) und für Baumgartenberg in Krems[6]).

Neben solchen Steuerfixierungen[7]) und, wenn die Stadt die Geldmittel bei aussergewöhnlichen Anlässen sehr benötigte[8]),

---

lingen Bd. I S. 166 ff., no. 52; ähnliche Vergleiche Wirt. Urkundenb. VI S. 269; Urkunden des Stifts Walkenried S. 349 f. Heilbronn setzt 1378 für die Priesterschaft eine Steuerquote fest. Urkundenbuch Heilbronn I S. 132 ff. no. 310.

[1]) Urkundenb. der Stadt Rottweil Bd. I, bearb. von H. Günter (Württ. Geschichtsquellen III, Stuttgart 1896) S. 350, no. 826 (1417); zur Wahrung des Steuergutes daselbst gegenüber geistlichem Besitz siehe J. A. Merkle, Das Territorium der Reichsstadt Rottweil in seiner Entwicklung bis zum Schluss des 16. Jahrhunderts (Darstellungen aus der württemb. Geschichte Bd. XI, Stuttgart 1913) S. 123 f.

[2]) Baasch, Steuern in Bayern S. 40 und daselbst Anm. 183.

[3]) Böhmer, Acta I p. 384, no. 517 (1295); in diesem Fall wird die Heranziehung des einzelnen nach dem Vermögen proporcionaliter durchgeführt, siehe Zeumer S. 85; Bothe, Besteuerung in Frankfurt S. 30, bes. 32, 50.

[4]) Urkundenbuch ob der Enns VI S. 634 (1326). Albert und Heinrich, Herzoge von Oesterreich, ermässigen dem Kloster Lembach die Steuer für ihren Hof in Krems, dass sie niht mer ze stewer geben sullen danne eine march silbers.

[5]) v. Lichnowsky III Reg. no. 1166 (1338).

[6]) Urkundenbuch ob der Enns V S. 477 ausgehend von Rat und Stadt Krems: alle jar.

[7]) Kober, Wehrverfassungen Braunschweigs S. 36 f.; Mack, Finanzverwaltung Braunschweigs S. 23.

[8]) Diehl, Württ. Jahrb. Jahrg. 1900 (1901) S. 82.

neben einmaligen Abfindungssummen[1]), kamen in den Städten auch Einschätzungen auf eine bestimmte Summe vor. So wird in Ulm ein von Bebenhausen gekauftes Bürgerhaus 1292 für achtzig Pfund Heller Immobilienwert[2]) versteuert[3]).

Zu solchen Nachrichten, welche dartun, wie kirchlicher Besitz meist nur, soweit er zum alten hinzuerworben war, besteuert wurde, kommen noch andere Bestimmungen, welche die Steuerpflicht als generelles Gesetz auf einmal festlegen. Wir können hier ziemlich weit zurückgehen, indem wir Ottos IV. Privileg für Duisburg vom 12. Februar 1213[4]) beiziehen. Otto bestimmt, ut quilibet cuiuscunque professionis tenens praedia vel feoda sive alia quecumque bona, que vel emcione aut jure hereditario ad ipsum sint devoluta in burgo nostro Dusburc, ad communem exactionem, que ad nostrum spectat mandatum,

[1]) Esslingen 1310: Diehl a. a. O. S. 82; Walkenried für die Güter in Göttingen Urkunden des Stifts Walkenried S. 101 u. 105; Brennecke, Direkte Steuern in Mecklenburg S. 71; Mack, Finanzverwaltung Braunschweigs S. 23.

[2]) Zur Bonitierung Dopsch, M. J. Oe. Bd. XXXV (1914) S. 174 gegen Moll, Vermögenssteuern S. 25 ff. — S. 81[1] (zur Ulmer Urkunde).

[3]) Jäger, Verfassungsleben Ulms S. 355; Text der Urkunde bei Keutgen, Urkunden zur städtischen Verfassungsgeschichte S. 473, no. 376; Wilh. Kahl, Die deutschen Amortisationsgesetze (Tübingen 1879) S. 54, Anm. 70; in Wien findet sich das Kloster St. Dorothea ab, vgl. v. Myrbach in Zeitschr. f. d. ges. Staatswissenschaft Bd. XL (1884) S. 572; vgl. Cod. diplomaticus Anhaltinus t. IV, herausg. von O. v. Heinemann (Dessau 1880) p. 292 (1372). Der Rat von Dessau entlässt das grosse Haus der Barfüsser zu Zerbst von schote vorlote, bede, wachte, dorhuden, tornslapen und von aller plicht erst gegen Ueberlassung des kleinen Hauses; Codex diplomaticus Nassoicus. Nassauisches Urkundenb., herausg. von K. Menzel und W. Sauer (Wiesbaden 1885 ff.) I, 1. u. 2. Abt., S. 576 (1280: Graf Adolf von Nassau gibt dem Kloster Tiefenthal Abgabenfreiheit für Güter in Wiesbaden gegen Ueberlassung eines Klosterhofes zu Neuhof), vgl. Urkundenbuch von Quedlinburg I (Geschichtsquellen der Provinz Sachsen II, 1) S. 503 (1471); hier verzichten die Brüder des Franziskanerklosters auf die Befreiung einer Schäferei; der Rat befreit dafür ein anderes Haus von ihnen.

[4]) Schütze, Entstehung des Rechtssatzes: Stadtluft macht frei S. 48 f.

de bonis, que infra muros predicti burgi aut extra tenet, secundum priscam consuetudinem et jus civile respondeat. Das Privileg für die Stadt ist einerseits, wie oben hervorgehoben wurde, eine frühe Geltendmachung des Grundsatzes: res transit cum onere, anderseits zieht es doch schon den jetzigen Besitz in die Steuerpflicht herein und geht darum weiter, es statuiert beinahe allgemeine Steuerpflicht. Wie Zeumer richtig bemerkt, erstreckt sich die Bestimmung nicht bloss auf Lehengüter[1]), was auch eine Urkunde von 1235 beweist[2]). Und Rudolf I. gab am 2. Juni 1291 der Geistlichkeit zu Duisburg den Befehl, von allen ihren Besitzungen und Gefällen zu zahlen: precariam, scotum et collectam, — velut fieri consuevit temporibus retroactis[3]). Die Urkunde ist mit ihrem Schluss[4]), da Rudolf den renitenten Klerikern mit starken Repressalien droht, ein Beleg dafür, wie schwer die auf ihre Privilegien sich stützenden

---

[1]) Zeumer S. 105 u. 105 Anm. 2.

[2]) Bei der Schenkung eines Hauses an die Kirche wird bestimmt: quod si facienda est collecta pecunie sive ad exhibendum domino imperatori sive ad usum civitatis, müsse gesteuert werden, Schwalm im Neuen Archiv für ältere deutsche Geschichtskunde XXIII, 1898, S. 532, no. 16.

[3]) Lacomblet II S. 542, no. 910 (Text auch bei Keutgen, Urkunden zur städtischen Verfassungsgeschichte S. 471 f., vgl. Redlich, Reg. Imp. VI no. 2474): ... mandamus, quod omnes religiosi in districtu opidi de Duseburg residentes de omnibus suis possessionibus, agris, domibus, censibus et rebus quibuscumque talem solvant precariam, scotum et collectam, qualem ipsi et eorum predecessores de predictis possessionibus et rebus ab antiquo solvere consueverunt, nec ab hac precarie vel collecte solutione eos volumus absolutos esse, sed solvant et cum aliis contribuant, velut fieri consuevit temporibus retroactis. Störmann, Städtische Gravamina S. 165.

[4]) Si vero huic nostro mandato dicti religiosi renitentes fuerint vel rebelles, volumus ..., quatinus iura eis debita de eorum possessionibus per nostrum impediantur officiatum ibidem. Precipimus etiam presentium in tenore ipsi nostro officiato quicumque fuerit, dantes ei firmiter in mandatis, quatinus dictorum religiosorum redditus et possessiones taliter impediat, occupet et disturbet, ut sic eorum rebellio debito remedio compescatur; vgl. Hennes, Urkundenbuch des deutschen Ordens II S. 339, no. 391 (1313).

Kleriker sich zur Steuerleistung verstanden. Auch wirft sie auf die bisherigen Verhältnisse Licht. Jedenfalls haben sich die Kleriker auf verschiedene Weise der Steuerpflicht entziehen können. Das Duisburger Privileg hat im 13. Jahrhundert in seiner schroffen Form wenige ihm verwandte. König Adolf gab am 29. Januar 1299 ein ähnliches für Wetzlar[1]), Albrecht für Gelnhausen[2]) und Karl IV. für Nürnberg. Alle, welche Gut, Erbe, Zinsen, Häuser, Gülten oder andere Rechte in Nürnberg haben, ob unter den Herren oder in Freiungen gesessen, müssen mit der Stadt Losung und Steuern tragen gleich anderen Bürgern[3]). Auch in landesherrlichen Städten werden die geistlichen Güter in den städtischen Steuerkreis gezogen. Wichtig ist vor allem der Rechtsbrief Rudolfs I. für München vom 12. Juni 1294[4]). Hier werden alle inner- und ausserhalb von München begüterten Grund-

---

[1]) Böhmer, Reg. Imp. (1246—1313) no. 99 (1293): alle Güter, ob sie weltlichen oder geistlichen Personen gehören, müssen gleich anderen Gütern der Bürger steuern.

[2]) Ebenda no. 140 (1299).

[3]) Huber, Reg. Imp. VIII no. 1701; Chroniken der deutschen Städte II (Nürnberg) S. 462. Zur Losung in Nürnberg: P. Sander, Die reichsstädtische Haushaltung Nürnbergs, dargestellt auf Grund ihres Zustandes von 1431—1440 I. Halbbd. (Leipzig 1902) S. 98, 229, 337; vgl. auch L. Schönberg, Die Technik des Finanzhaushalts der deutschen Städte im Mittelalter (Münchener volkswirtschaftliche Studien, herausg. von L. Brentano und W. Lotz, H. 103, Stuttgart und Berlin 1910) S. 27 und 37.

[4]) Mon. Wittelsbac. II p. 45, no. 197 (Gengler, Deutsche Stadtrechte S. 294 § 1; v. Rudhart, Geschichte der Landstände in Baiern I S. 42 ff.; Baasch, Steuer im Herzogtum Baiern S. 38; Hoffmann, Geschichte der direkten Steuern in Baiern S. 9 Anm. 2, aber nicht 1214, sondern 1294); dieses älteste Münchener Stadtrechtsprivileg, das in deutscher Sprache abgefasst ist, das Rudolfinum, ist am besten gedruckt in den „Quellen und Erörterungen zur bairischen und deutschen Geschichte" Bd. VI (Mon. Witt. II) p. 44—52, no. 197 (1294, VI. 12); vgl. Rietschel, Städtepolitik Heinrichs des Löwen, Hist. Zeitschr. Bd. 102 (1909, S. 237—276); S. Riezler, Studien zur ältesten Geschichte Münchens, Abhandlungen der königl. bayerischen Akademie der Wissenschaften, philos.-phil.-hist. Kl. XXIV, 2 (München 1907) S. 282 ff.

besitzer der Besteuerung unterworfen. Sie sollen alliv div reht dulden, div si nach ir bvrckreht dulden sulen. Die Spezialexemtionen beweisen freilich, dass von dem Gesetz auch wieder Ausnahmen gemacht wurden, so 1313[1]), 1317[2]), 1325[3]). Auch im Ingolstädter Stadtrecht wurden von Herzog Ludwig alle in der Stadt Sitzenden für steuerpflichtig erklärt. Was der pfarrer, der rihter, der chastner[4]), der stat schreiber vnd vnser ratgeben vnd vnser schreiber über fünf Pfund hat, daz sol er verstivren als ein ander vnser purger[5]). Wer in Landshut bei den Bürgern sitzt, muss mit ihnen wachten und steuern[6]). In Eisenach hatten Einwohner und Fremde insgesamt mit beweglichem und unbeweglichem Besitz in der Stadt nach der Bestimmung des Landgrafen Albrecht vom 20. Juli 1291 mit der Stadt zu leiden[7]). In Dresden finden wir 1474 nur noch dreizehn geistliche Freihäuser, sieben gehören Priestern und Mönchen, drei sind Seel- und Regularhäuser[8]). In Freiberg war die Bedepflicht allgemein[9]). Nach der Verfassung von 1392 steuern die ins Bürgerrecht aufgenommenen Klöster; Regular- und Säkularklerus geben von ihrem beweglichen Gut Gewerf[10]). In Braunschweig kam am

---

1) M. Bo. XVIII p. 77. 2) M. Bo. XVIII p. 93.

3) M. Bo. XVIII p. 111.

4) M. Bo. XI p. 285: Richter und Kastner in München privilegiert.

5) Mon. Wittelsb. II no. 244 p. 204—209, p. 209 § 33 (1307 war das Klarenkloster München in Ingolstadt privilegiert worden; Baasch S. 39 Anm. 182).

6) E. Rosenthal, Beiträge zur deutschen Stadtrechtsgeschichte H. 2 (Würzburg 1883) S. 234. In der Reichsstadt Dünkelsbühl galt: Swer huslichen drî vierzehn tage oder mêr hie sitzet, der sol unde muoz swern die stiure unde dienen als ander burger, Gengler, Stadtrechte S. 85.

7) Tittmann, Heinrich der Erlauchte I S. 345.

8) O. Richter, Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte der Stadt Dresden Bd. III (Dresden 1891) S. 71.

9) Urkundenbuch Freiberg III (Cod. dipl. Sax. Reg. II/14) S. 210 f.

10) v. Maurer, Städteverfassung II S. 788; zu Gewerf vgl. Hartwig, Lübecker Schoss S. 1; R. Wackernagel, Geschichte der Stadt Basel Bd. I (Basel 1907) S. 62 f.; Oberrheinische Stadtrechte, 3. Abt.

Anfang des 15. Jahrhunderts die Steuerpflicht des Klerus zur Anwendung[1]). In Breslau mussten seit dem 14. Jahrhundert alle Auswärtigen siue sint seculares aut religiosi, cuiuscunque status, condicionis siue dignitatis existant, mit Rentenbesitz in der Stadt steuern[2]).

In Oesterreich ist vor allem die radikale Verordnung Rudolfs IV. für die Stadt Wien vom 20. Juli 1361 zu notieren. Wir nemen ab all freibrief . . . umb freiung der schatzsteur, daz die ab sein und fůrbaser kain kraft mer haben, ez seien pfaffen, můnich oder klőstergůrter[3]). Nur noch für den Umfang des eigentlichen Gebäudes, also der engeren Immunität, blieben Kirchen und Klöster abgabenfrei[4]). Rudolfs Massregel ist auf österreichischem Boden nicht vereinzelt. Sie hat eine verwandte Vorgängerin in Korneuburg, indem 1311 von Friedrich

---

(Elsässische Rechte), H. 1 u. 2 (Schlettstadter Stadtrechte, bearb. von J. Gény, Heidelberg 1902) S. 400 u. 680—689; J. Grimm, Deutsche Rechtsaltertümer, 4. Aufl., bes. von A. Heusler u. R. Hübner (Leipzig 1899) Bd. I S. 414.

[1]) Chroniken der deutschen Städte XVI S. 3 ff., vgl. Pfaffenbuch S. 19—23; Fahlbusch, Finanzverwaltung Braunschweigs S. 108 ff., 111, bes. S. 115 (zuerst im Stadtrecht von 1402 wird ein Teil des kirchlichen Privilegs aufgehoben). In Göttingen bestimmen die Statuten 1354: welk pape hir wonet eder lyt an use rechten parerne de de hir hebbet gut, eder gulde, dat se von ervetale is anghevallen, dat in der stat rechte lyt, dat scholen se vorschoten. Friedberg, Kirchenrecht[6] S. 61 Anm. 21; vgl. Friedberg, De finium p. 195 s. n. 1; anders Urkundenbuch von Magdeburg I (Geschichtsquellen der Provinz Sachsen XXVI) S. 230 no. 370 (1339: Die Schöffen erteilen dem Rat von Zerbst eine Rechtsbelehrung über Verschossbarkeit von Leibgedingen: priestere en scolen von rechtes weghene neyn lifgut vorschoten, dat sie von dem rathuse gekofft hebben, sunder leyen.

[2]) Breslauer Urkundenbuch, bearbeitet von G. Korn I (Breslau 1870) S. 141, no. 158 (1338).

[3]) v. Schwind-Dopsch, Ausgewählte Urkunden no. 106 S. 204 ff. Weis-Tomaschek, Rechte I S. 152—154; Friedberg, Kirchenrecht[6] S. 60 Anm. 12; Derselbe, De finium p. 196 s. n. 1. Zu lesen ist aber 1361 statt 1367; vgl. v. Myrbach, Zeitschr. f. d. ges. Staatswissensch. Bd. 40 (1884) S. 566 f.; v. Srbik S. 164.

[4]) Weis-Tomaschek, Rechte I S. 152 ff.; Werunsky S. 134.

dem Schönen erneuert wurde: das kain freies haus in der stat ze Neunburg markthalben ligen sol, es sulle dienen mit der andern burger heuser und auch mit den burgern davon stewrn geben[1]). 1363 gab Herzog Rudolf seinem Pfleger in Freistadt die Verordnung, allen in seinem Landgericht gelegenen Gütern eine Steuer aufzulegen, unter Umständen in seinem Namen mit Gewalt[2]). Aehnlich liegen die Verhältnisse in Klagenfurt[3]) und Laibach[4]).

Wo die Geistlichkeit mit dem gesamten oder neuerworbenen Besitz in die Steuerpflicht fiel, konnte eine Stadt Steuerexemtion in einer Weise erteilen, die der allgemeinen Pflicht wenig Eintrag tat. Man hat dann gewöhnlich die Befreiung nur für die Zeit gegeben, da das an sich steuerpflichtige Gut in geistlichem Besitz war, also ein rein persönliches Privileg erteilt, das mit dem Verkauf des privilegierten Gutes oder bei sonstigem Uebergang an andere ohne weiteres wirkungslos wurde. Dieser Grundsatz wurde 1259 von Graf Ulrich von Wirtemberg in Stuttgart dem Kloster Pfullingen gegenüber geltend gemacht[5]). Ein deutliches Beispiel haben wir an Mosbach im Freibrief Ludwigs des Bayern[6]). Die Chorherren haben in der Stadt Höfe und Häuser bettfri und steuwerfri für sich und ihr Gesinde. Wenn nun einer oder mehrere Chorherren aus Mangel der frien höffer zu Mosbach ein Haus kauft oder kaufen, darin er und sin gesind wonen wolt, so ist dieses

---

[1]) Bei v. Srbik S. 163.

[2]) Urkundenbuch ob der Enns VIII S. 144, no. 136.

[3]) Gengler, Stadtrechte S. 220 § 7 (1338, allerdings mit Einschränkung). — Die Zusammenstellung für österreichische Städte bei v. Srbik S. 164 Anm. 8.

[4]) v. Myrbach, Zeitschr. f. d. ges. Staatswissensch. Bd. 40 (1884) S. 569.

[5]) Wirt. Urkundenbuch V S. 286, no. 1519: quamdiu in ipsarum permanserint potestate; vgl. auch Urkundenb. der Stadt Stuttgart, bearb. von A. Rapp (Württemb. Geschichtsquellen Bd. XIII, Stuttgart 1912) no. 3, S. 1; siehe ferner Moll, Vermögenssteuern S. 62.

[6]) Oberrheinische Stadtrechte 1. Abt., H. 5 S. 544 ff. (1335).

Haus auch bettfri und steuwerfri, als lang biß im ein freier hoff werdt[1]). In Magdeburg wird beim Kauf eines Pfarrhofes für eine Nonne ausbedungen, dass der Pfarrhof nach dem Tode derselben schothafftich werden soll[2]). Ein Kloster in Marienfrede ist von Herzog Adolf von Cleve privilegiert: soclangh sie dair wonen, schatvry, dienstvry[3]). Eine Exemtion in Freiberg für das Haus des Klosters Altzelle lässt der Rat nicht auf den Käufer übergehen[4]). Geistliche Freihäuser in Chemnitz sollen beim Uebergang aus geistlichem Besitz alle stadtpflicht yn massen andere burger und einwoner der Stadt tun[5]). Während also sonst beim Uebergang eines steuerpflichtigen Gutes auf die Geistlichkeit der Grundsatz: res transit cum onere suo galt, wurde hier bei Uebergang eines freien geistlichen Gutes auf andere bestimmt, dass die Pflicht, die ruhte, wieder eintrete.

Ein Stiftsprivileg geht bei Verlegung des alten Stiftes auf das neue über[6]). In verwandten Fällen ist dies aber nicht allgemeine Regel, denn ein neuerbautes Haus, das an Stelle des alten erstanden ist, hat nicht ohne weiteres auch Steuerfreiheit. Wir sehen auch hier, wie die deutsche Stadt nach Möglichkeit die kirchliche Steuerimmunität einzuschränken sucht. Beleuchtet wird das durch einen Fall in Magdeburg.

---

[1]) Ebenda S. 545 § 1; in Augsburg: Meyer, Urkundenbuch I S. 230, no. 267 (1322).

[2]) Urkundenbuch des Klosters unserer lieben Frauen zu Magdeburg, bearbeitet von G. Hertel (Geschichtsquellen der Provinz Sachsen Bd. X, Halle 1878) S. 194, no. 214 (1352).

[3]) Niepmann, Die ordentlichen direkten Staatssteuern S. 1, vgl. Lacomblet IV S. 278, no. 234 (1439).

[4]) Urkundenbuch Freiberg I (Cod. dipl. Sax. Reg. II/12) S. 53: absque qualibet censuali contribucione, peticione, excubiis seu custodia civitatis et a quacumque depecuniacione (vgl. Cod. dipl. Sax. II/14 S. 608), que super civitatem evenire contigerit.

[5]) Urkundenbuch Chemnitz (Cod. dipl. Sax. Reg. II/6) S. 394 ff., no. 431 (1493): solange die geistlichen dorinnen wonen, frey gleich dem pfarrhofe und mit freyheit wie vor alders zu gebrauchen.

[6]) Lacomblet IV S. 258 ff., no. 220.

Die Hieronymitenbrüderschaft hatte ein Haus von allem borgerrechte unde borgerrechtes besweringe qwid unde fry gekauft und Jahr und Tag besessen. Als sie an der Stelle des alten Hauses ein neues baute, wurde sie vor den Rat geladen, damit sie: glik andern oren borgern schot unde andere plicht geven unde der stad wake mede don unde holden scholden[1]). Erzbischof Ernst verwandte sich beim Rat für die Brüder, dass er die Forderung von Schoss abstelle und die kirchliche Immunität als unser und unser kirchen freiheit[2]) beobachte und die Brüder den Bau vollenden lasse[3]), allein ohne Erfolg[4]).

§ 20.

Der Aufwand zu der Stadt Bau, besonders das Ungeld, und die kirchliche Immunität.

Die kirchlichen Immunitätsdekretalen sind zugleich Quellen für die Geschichte der Befestigung der Städte. Ihr Erlass und der Beginn des Mauerbaus der Städte hauptsächlich unter Barbarossa stehen in engstem Zusammenhang. Und dies deshalb, weil die unvermeidlichen Begleiterscheinungen der neuen Baupolitik die ersten städtischen Steuern sind. Das Bau-

---

[1]) Urkundenbuch Magdeburg III (Geschichtsquellen der Provinz Sachsen Bd. XXVIII) S. 394, no. 680 (1488: Die Hieronymiten begründeten ihre Ansprüche S. 395: 1. Der Verkäufer hatte die Freiheit, mit ihr hatten sie das Haus übernommen und Jahr und Tag besessen. 2. Sie seien geistlike lude unde mitsampt . . . gudern in dem verdedinge, schutte unde bescherminge der hilgen paweszliken unde keyserliken gnaden, freyheiden unde rechten allen geistliken gegewen mede begrepen. 3. Das Haus liege in einem Gerichte, wo der Rat keine Gewalt habe).

[2]) Urkundenbuch Magdeburg III S. 396, no. 681 (1488).

[3]) Ebenda S. 397: Der Erzbischof hat bereits erlaubt, dass sie den Bau weiterführen: dann wo erkand wirdet, das dasselbe hus nicht frey, sundern schossbar und anders burgerrechts belestet sein soll, wolln wir das also gescheen lassen.

[4]) Urkundenbuch Magdeburg III S. 397, no. 682.

wesen blieb in besonders engen Beziehungen zur städtischen Finanzwirtschaft[1]). Die ganz erheblichen Ausgaben „zu der

[1]) Rietschel, Burggrafenamt S. 326: „Elf (zwölf) Orte sind es, die bis zum Ende des 12. Jahrhunderts die einzigen ummauerten Städte im deutschsprachigen Gebiete des Reiches geblieben sind.“ Schröder, Rechtsgeschichte[5] S. 637 Anm. 6: Es waren die Städte (vgl. auch S. Rietschel, Die Civitas auf deutschem Boden bis zum Ausgange der Karolingerzeit. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Stadt, Leipzig 1894, S. 43 ff.) Augsburg, Basel (Wackernagel, Geschichte der Stadt Basel Bd. I S. 11, 51), Chur, Köln (vgl. Hansen, Stadterweiterung, Stadtbefestigung, Stadtfreiheit im Mittelalter a. a. O. S. 7, 10 ff., 15 ff., 21 ff.), Konstanz, Mainz, Metz, Regensburg (M. G. SS. XI p. 353 Ortsbeschreibung von 1045 von Propst Arnulf von St. Emmeram; vgl. Rietschel, Neues Archiv d. Ges. f. ält. deutsche Geschichtsk. XXIX, 1904, S. 643 ff. Hansen a. a. O. S. 13 u. S. 13[1]), Speier, Strassburg, Trier (G. Kentenich, Geschichte der Stadt Trier von ihrer Gründung bis zur Gegenwart, Trier 1915, S. 132 f., 147) und Worms. Rietschel, Burggrafenamt S. 322: „Vielleicht kaum über eine andere Frage der Stadtgeschichte bestehen so wunderliche Vorstellungen, wie über die, wann die deutschen Städte zuerst befestigt wurden.“ S. 323: „Viel später als man bisher angenommen hatte, erst unter Friedrich I., begann der Mauerbau der Städte eine regelmässigere Erscheinung zu werden.“ S. 324 f.: „Welche gewaltigen Aufwendungen eine nur einigermassen Schutz gewährende Stadtmauer erforderte, das zeigen seit dem Ende des 12. Jahrhunderts die städtischen Quellen zur Genüge. Ist doch das städtische Steuerwesen zum erheblichen Teil durchaus auf die Ausgaben für das Befestigungswesen zugeschnitten.“ S. 325: „Erst seitdem in der Stauferzeit mit dem Wachsen des Reichtums steinerne Wohnhäuser, prunkvollere Kirchen und sonstige öffentliche Gebäude auch in den kleineren Städten entstanden, trieb das Bedürfnis, dieses dem Grund und Boden anvertraute Kapital zu schützen, in den Marktansiedelungen zur Neuanlage einer Stadtmauer, während es in einigen alten Römerstädten zur Einbeziehung der Vorstädte in den Mauerring schon früher gekommen war.“ Gegen diese Aufstellung hauptsächlich wendet sich die ganze Abhandlung von W. Gerlach, Die Entstehungszeit der Stadtbefestigungen in Deutschland (Leipziger historische Abhandlungen, herausg. von E. Brandenburg, G. Seeliger, U. Wilcken, H. 34, Leipzig 1913) bes. S. 1, 7 f., 25, 29 ff. Der Verfasser lässt Rietschel aber das Verdienst des Hinweises darauf, dass die Stadtbefestigungen in reicherem Masse erst im späteren Mittelalter entstanden, vgl. S. 74, und geht darin mit ihm einig, dass erst von der Zeit der Hohenstaufen ab die Befestigungsfrage für das gesamte Städte-

Stadt Bau" wurden gedeckt durch Leistungen der Anlieger an der Stadtmauer, durch Vermögens- und Personalsteuern, die gewöhnlich kombiniert erhoben wurden, und durch die spezifisch städtische Steuer, die Akzise oder das Ungeld.

Die Sorge um der Stadt Bau bildete die Hauptveranlassung, den städtischen Klerus steuerpflichtig zu machen[1]). Die Stellungnahme des Klerus war eine verschiedene. Entweder beruft er sich streng auf die päpstlichen Immunitätsdekretalen und verlangt deren Durchführung, oder er sucht Schutz bei seinen

---

problem äusserst wichtig wird, S. 76; vgl. Bodo Ebhardt, Steinerne Zeugen, Wehrbauten Veronas (Grunewald-Berlin 1911) S. 24; J. Lahusen, Zur Entstehung der Verfassung bayerisch-österreichischer Städte (Berlin u. Leipzig 1908, Abhandl. z. mittl. u. neueren Gesch. herausg. von G. v. Below, H. Finke, Fr. Meinecke. H. 5) S. 31, 37, 45, 52, 66, 78. Für uns handelt es sich nicht um die Frage, wann die Befestigung, sondern wann der Mauerbau aus Stein einsetzt. In dieser Beziehung ist jedenfalls der Theorie Rietschels zuzustimmen, die durch die Ergebnisse der finanzwirtschaftlichen Forschung noch besonderen Halt erhält. Zum Zusammenhang zwischen Stadtbefestigung und Finanzwirtschaft: v. Below, Aelteres deutsches Städtewesen und Bürgertum[2] S. 26 ff., 83 ff.; Schröder, Rechtsgeschichte[5] S. 653, 539, 628, 654, 881[80], 887; Hansen a. a. O. S. 28; Rietschel, Burggrafenamt S. 26; Zeumer S. 3 ff., 93 ff.; vgl. auch G. Kentenich, Trierer Stadtrechnungen des Mittelalters, Trierisches Archiv, Erg.-Heft 9 (Trier 1908) S. XIV. Zur Befestigung: Erich Schrader, Das Befestigungsrecht in Deutschland von den Anfängen bis zum Beginn des 14. Jahrhunderts, Göttingen 1909 (besprochen von Alexander Coulin in Zeitschr. d. Sav.-Stift. f. Rechtsgesch., Germ. Abt. 31, 1910, S. 453—458); Alex. Coulin, Befestigungshoheit und Befestigungsrecht (Leipzig 1911); H. Meier, Deutsche Stadtmauern, Deutsche Geschichtsblätter Bd. XIV (1913) S. 67—86; vgl. auch Schönberg, Finanzhaushalt S. 89[5].

[1]) Was Herzog Wilhelm von Bayern am 11. Mai 1525 an seinen Bruder Ludwig schrieb: weil alle Stände in Einer Mauer beschlossen seien. sei es nicht unbillig. dass alle Stände gleiche Bürde miteinander tragen, war schon im Mittelalter die Ansicht der Städte, vgl. Störmann, Städtische Gravamina S. 170 f.; „die Ummauerung ein wesentliches Stück der mittelalterlichen Stadt" vgl. v. Below, Ursprung der deutschen Stadtverfassung S. 19 ff.; Wertschätzung der Befestigung aus einzelnen Stadtsiegeln erkenntlich. Ebenda S. 20; Müller, Oberschwäbische Reichsstädte S. 53.

Spezialexemtionen, die ihm der König, Landes- oder Stadtherr gegeben, oder er umgeht die Steuergesetze. Manchmal versteht er auch das Bedürfnis der Zeit und kommt in gerechter Erwägung von Recht und Pflicht der Stadt entgegen, so dass wir in solchem Fall von einer „Angleichung des kirchlichen Elementes an den weltlichen Staatsorganismus“ [1]) reden können.

Wo bei Erhebung der Stadtsteuer noch nicht die Gesamtbesteuerung durchgeführt war oder die Besteuerung noch nicht zu den Regierungsrechten des Rates gehörte, überwies der König selbst einen Teil der Steuersumme zu der Stadt Bau, so nach der Reichssteuermatrikel von 1241 [2]) in Friedberg[3]), Wiesbaden[4]), Seligenstadt[5]), Ingelheim[6]), Düren[7]), Offenburg[8]), Rottweil[9]). In Heilbronn wurde die Stadtsteuer mit Rücksicht auf die Stadtbefestigung ganz erlassen[10]). Damals galt die Herstellung der Befestigung noch als Reichsdienst[11]).

---

[1]) Schiller, Bürgerschaft und Geistlichkeit in Goslar S. 203; vgl. Hofmann, Engere Immunität S. 98.

[2]) M. G. Const. III p. 1—5; vgl. Text auch in Zeumer, Quellensammlung² S. 83, no. 64; Altmann-Bernheim, Ausgew. Urkunden⁴ no. 201, S. 424 ff. und die hier verzeichnete Literatur; J. Schwalm, Ein unbekanntes Eingangsverzeichnis von Steuern der königl. Städte. Neues Archiv d. Ges. f. ält. d. Geschichtskunde Bd. 23 (1898) S. 517—553; Zeumer, Zur Geschichte der Reichssteuern im früheren Mittelalter, Hist. Zeitschr. Bd. 81, N. F. Bd. 45 (1898) S. 24—45; A. Schulte, Zu dem neuaufgefundenen Verzeichnis der Steuern des Reichsgutes vom Jahre 1241, in Zeitschr. f. d. Gesch. d. Oberrheins N. F. Bd. XIII (1898) S. 425—440.

[3]) Reichssteuer-Matrikel 1241, no. 4.

[4]) no. 5.

[5]) no. 6; L. Seibert, Die Verfassung der Stadt Seligenstadt im Mittelalter (Giessener phil. Diss. 1910) S. 9.

[6]) no. 10. [7]) no. 14. [8]) no. 45. [9]) no. 95.

[10]) no. 49; A. Schliz, Verfassung und Verwaltung der Reichsstadt Heilbronn. Erster Teil, Die Verfassung (Tübinger phil. Diss. 1911) S. 34 Anm. 85; zum Heilbronner Mauerbau unter Friedrich II. Schliz a. a. O. S. 34; Stälin, Wirtemb. Gesch. Bd. II S. 663².; vgl. Bothe, Besteuerung in Frankfurt S. 17.

[11]) Vgl. Keussen, Topographie der Stadt Köln im Mittelalter I S. 4*; Bothe, Besteuerung in Frankfurt S. 30, 32; Schiller, Bürger-

In der Folgezeit, als sie mehr und mehr Angelegenheit der Stadt geworden war, hielt diese an dem Grundsatz fest: Wer den Schutz geniesst, soll mitleiden. Dieser Standpunkt entsprach auch der Geistlichkeit gegenüber um so mehr der Gerechtigkeit, als die Immunitäten mehr und mehr auf den militärischen Schutz durch die Stadt angewiesen waren[1]).

Zunächst verpflichtete man die Anlieger, deren Häuser an die Stadtmauer stiessen, zu einer Beisteuer zum Mauerbau, so beim Mauerbau in Koblenz. Nach einem Revers von Schultheiss und Schöffen leistet ein solcher Anlieger, ein Kleriker, den verlangten Beitrag[2]). Der auch in den Mauerring einzubeziehende Deutsche Orden widerstrebte. Als dann Papst Innozenz IV. selbst verbot, dass von dem Orden Abgaben für den Bau von Stadtmauern und Burgen gefordert werden[3]), verharrte der Orden in seiner Opposition. Als er zuletzt eine Geldsumme gab, musste der Rat den Bau der Mauer in der Umfassung des Ordens übernehmen[4]).

In Magdeburg war es wegen des Baues und der Erhaltung der Stadtmauern um 1250 zwischen dem Propst vom Kloster St. Lorenz einerseits und den Bürgern und dem Rat

---

schaft und Geistlichkeit in Goslar S. 11; Hofmann, Engere Immunität S. 97, 103 f.

[1]) Zeumer, Histor. Zeitschr. Bd. 81 (1898) S. 39; Bothe S. 17; M. Bär, Der Koblenzer Mauerbau. Rechnungen von 1276—1289 (Publikationen d. Ges. f. rhein. Geschichtskunde V, Leipzig 1888) S. 4. — Erzbischof Heinrich von Trier liess sich zur Deckung seiner Bauschulden de mandato domini pape ein voluntarium subsidium geben. Fr. Casper, Heinrich II. von Trier vornehmlich in seinen Beziehungen zu Rom und zum Territorium 1260—86 (Marburger phil. Diss. 1899) S. 76.

[2]) Hennes, Urkundenbuch des Deutschen Ordens I S. 146 (1254: quod recepta pecunia ipsius ... murum edificabimus, nichil ulterius requirentes ab eo post structuram muri); zur Sache siehe auch Schönberg, Finanzhaushalt S. 71 f.

[3]) Hennes, Urkundenbuch Bd. I S. 143: pro claudendis villis et castris ac erigendis munitionibus.

[4]) Bär, Mauerbau S. 5; Hennes, Urkundenbuch Bd. I S. 145: accepta cuiusdam pecunie quantitate, que competens videbatur.

anderseits zu einem Ausgleich gekommen. Das Verhältnis ist ein anderes als in Koblenz. Das Kloster übernimmt einen Teil des Mauerbaues, dagegen hat ihm der Rat de communitatis ipsorum collecta mit zwei Talenten und zehn Schillingen zu Hilfe zu kommen. Das Kloster kommt für die Unterhaltung der Mauer auf, erhält aber dafür vom Rat als Gegenleistung die Freiheit aller Hofstätten ab omni civili collecta, quod vulgariter dicitur scot [1]).

Wir begreifen, dass die Geistlichkeit, die von der Befestigung und Ummauerung einer Stadt auch ihren Nutzen hatte [2]), bei etwaigen Unterhandlungen entgegenkommend war. In Meissen genehmigte der Konvent von St. Afra zum Neubau der Stadtmauer hinter den Klostergärten die Hälfte der Kosten [3]). In Ingolstadt mussten alle zur Steuer für die Stadtmauer beitragen, ausser jenen, welche besondere Privilegien erhielten [4]). In Bamberg [5]) wurden sämtliche Insassen der Muntaten zur Beisteuer verpflichtet, als König Sigmund die Stadt mit einer Mauer zu umziehen befahl.

Zur Bestreitung ihrer grossen finanziellen Bedürfnisse schritten die Städte des Mittelalters zur Erhebung ausserordentlicher Vermögenssteuern, die gewöhnlich mit Personalsteuern kombiniert waren [6]). Im ersten datierten Steuerbrief Frankfurts von 1354 tritt uns eine solche Vermögenssteuer

---

[1]) Urkundenbuch Magdeburg I (Geschichtsquellen der Provinz Sachsen XXVI) S. 61, no. 116.

[2]) Vgl. Westfäl. Urkundenbuch VI S. 517, no. 1617 (1298).

[3]) Urkundenbuch Meissen (Cod. dipl. Sax. II/4) S. 9 (1285).

[4]) Böhmer, Reg. Imp. (1313—1347) no. 1424.

[5]) Gengler, Codex p. 118 (1402), vgl. p. 114 s.; Chroust, Der Immunitätenstreit S. XLVII u. 32 ff.

[6]) Moll, Vermögenssteuern S. 53—57 (reiche Spezialliteratur); Gross, Vermögensstatistik S. 6; Püschel, Anwachsen der deutschen Städte S. 51; Störmann, Städtische Gravamina S. 163; vgl. aber auch v. Below, Stadtwirtschaft S. 626 Anm. 235 (gegen Schmoller); vgl. M. E. Heidenhain, Städtische Vermögenssteuern im Mittelalter (Leipziger phil. Diss. 1906) S. 1 ff.; 13 ff.

entgegen[1]). In welcher Weise bei derartigen Steuern die Geistlichkeit „mitleidete", kann im Anschluss an das epochemachende Werk von G. Schönberg, Finanzverhältnisse der Stadt Basel im 14. und 15. Jahrhundert, Tübingen 1879, gezeigt werden[2]).

Schönberg hat, abgesehen von den Vermögenssteuern, die in den Jahren 1384/85—1386/87 und 1401/02 in Basel erhoben wurden[3]), unter den in 140 Jahren die Zahl 20 überschreitenden ausserordentlichen Steuern sechs aus den Jahren 1429 bis 1481 herausgegriffen und untersucht. Es sind die Steuern 1429, 1446, 1451, 1454—61, 1470/71—1471/72, 1475/80[4]). Das Steuergesetz von 1429[5]) eximiert die Geistlichkeit nicht, aber in den Steuerrodeln ist kein Geistlicher verzeichnet. Es ist daher anzunehmen, dass tatsächlich die Steuer sich auf die Geistlichkeit nicht erstreckte[6]). Anders ist es bei der als Vermögens- und Personalsteuer zugleich sich darstellenden Abgabe

---

[1]) Bothe, Besteuerung in Frankfurt S. 32 und Beilage I no. 3. S. 4*. Die Bedebücher mit ihrem ungewöhnlich reichen Material beginnen in Frankfurt 1320; siehe Bothe S. 2 u. 28.

[2]) Weitere Editionen zur Finanzgeschichte der Städte werden noch reiches Material bieten, vor allem die Fortführung des Werkes von B. Harms, Der Stadthaushalt Basels im ausgehenden Mittelalter, Tübingen 1909 ff., siehe oben S. 14[1]. — A. Schulte, Wer war um 1430 der reichste Bürger in Schwaben und in der Schweiz?, Deutsche Geschichtsblätter I (1909, S. 205—210) nennt S. 205 Schönbergs Werk „das Muster einer Bearbeitung von Steuerlisten".

[3]) Schönberg, Finanzverhältnisse der Stadt Basel S. 129 ff.; vgl. A. Heusler, Verfassungsgeschichte der Stadt Basel im Mittelalter (Basel 1860) S. 237 (zu der Steuer 1401/02); B. Harms, Die Steuern und Anleihen im öffentlichen Haushalt der Stadt Basel 1361—1500, Zeitschr. f. d. ges. Staatswissensch., 63. Jahrg. (1907) S. 627—681.

[4]) Schönberg a. a. O. S. 2 ff. u. 131 ff.; vgl. Wackernagel, Gesch. der Stadt Basel Bd. II, 2 S. 742 f.; II, 1 S. 3.; Schönberg, Finanzhaushalt S. 179 ff.

[5]) Schönberg S. 146—149.

[6]) Schönberg S. 168; Stellung der Klöster im Gemeinwesen siehe Wackernagel II, 2 S. 682 f.

von 1446. Hier wird eine partielle Personal-[1]) und „eine Vermögenssteuer in Form einer Klassensteuer" angeordnet. Die geistlichen Personen werden von dieser Personalsteuer nicht eximiert. Neben ihr steht eine Vermögenssteuer von allen Personen, die ein Vermögen im Wert von mindestens 30 Gulden besassen[2]). Leisten mussten sie auch die geistlichen Personen. Im Auftrag des Rates hatten in jedem Kirchspiel drei Männer von Haus zu Haus umzugehen: und alle lúte in der stadt, so 14 iare und darůber alt sint, bede wip und man, geischlich und weltlich, dienstknecht und dienstiungkfrow gehußen und, wer si sint, aneschriben und si by den Eiden[3]) frogen, was si haben[4]). Besonders aus dem Steuerbuch für Klein-Basel[5]) und dem für das Kirchspiel St. Leonhard[6]) können wir uns über die Steuerleistung der Geistlichen orientieren. Diese Steuer von 1446 wurde dreizehn Wochen lang erhoben[7]). Zu der Steuer von 1451 hat die Geistlichkeit jedenfalls tatsächlich nichts beigetragen[8]). Die Margzalsteuern in den Jahren 1453/54—1460/61 und 1470/71 und 1471/72 trafen alle in Basel ansässigen weltlichen Personen als Steuersubjekt, nicht die geistlichen[9]). Im Steuergesetz für die Margzalsteuer

---

[1]) Schönberg S. 2: „Unter Personalsteuern verstehe ich diejenigen Steuern, deren Objekt die Person als solche ist. Es sind allgemeine, wenn jede Person als solche Steuerobjekt ist, partielle, wenn nur einzelne Klassen der Bevölkerung das Objekt derselben bilden"; vgl. S. 202—207.

[2]) Schönberg S. 203—206, no. 3 u. 4 des Steuergesetzes.

[3]) Zur Einschätzung unter Eid Zeumer S. 66; in Frankfurt ein eigenes Steuergebäude, vgl. Bothe S. 48; in Nürnberg das ehemalige Schauamt, siehe K. A. Heideloff, Ornamentik des Mittelalters (Nürnberg 1838/52; 1855 f.) Bd. II, H. 7, S. 5.

[4]) Schönberg S. 206, no. 5.

[5]) Schönberg S. 215, 218, Beil. II B, 1 S. 585—587.

[6]) Schönberg S. 219 ff.

[7]) Wackernagel II, 2 S. 742 (vom Krieg bedroht und durch die Stadt beschützt, zahlte der Klerus).

[8]) Schönberg S. 272, vgl. S. 289.

[9]) Schönberg S. 337—437; nach markzale vgl. Werminghoff, Reichskriegssteuergesetze S. 64.

von 1475/76—1480/81 [1]) heisst es: Item daz ein yeglich person in der statt Basel, die eigen gůt hatt, und die in der statt zuversprechen stat, alles sin gůt ... sol wirdigen und angeben, wie lieb im das ist, und das versturen [2]). Die Geistlichen sind aber in das Steuerbuch nicht eingetragen. So sehen wir, wie es um die Steuerpflicht der Geistlichkeit in Basel im 15. Jahrhundert bestellt war. Das eine Mal steuerte sie, das andere Mal nicht. Wenn sie es aber tat, hielt sie sich rechtlich dazu nicht für verpflichtet und machte vorher Anstrengungen, sich der Steuerpflicht zu entwinden [3]). Aehnlich wie in Basel hören wir 1379 von einer ausserordentlichen Steuer in Augsburg: alle pfaffhait und clöster hie in der stat muesten versteurn alles guet, das sie hetten in der stat und in dem zehenden [4]). Ausgenommen waren nur die Chorherren. Die Pfaffheit widerstand der Steuer zum Teil und zog aus der Stadt, worauf sich die Bürger über ihren Hausrat hermachten.

Hauptsächlich zu der „Stadt Bau" schritten die Städte, die freilich nicht die ersten Erfinder der Steuern in Deutschland sind [5]), doch zur Erhebung einer ihnen eigentümlichen Steuer, der Akzise oder des Ungelds [6]). Sie ist „gewissermassen

---

[1]) Schönberg S. 448—452.

[2]) Schönberg S. 449 f.

[3]) v. Maurer, Städteverfassung II S. 787; Wackernagel II, 2 S. 742: der Klerus gibt Steuer als Geschenk oder nach freundlicher Bitte; S. 743 (vergeblicher, 1512 wiederholter Versuch des Rates bei der Kurie, die ihm gegebene Steuergewalt über den Klerus wirksam zu machen); gegenüber Störmann, Städtische Gravamina S. 163 vgl. Wackernagel II, 2 S. 743.

[4]) Chroniken der deutschen Städte V (Chronik des Burkard Zink; vgl. M. Jansen und L. Schmitz-Kallenberg, Historiographie und Quellen der deutschen Geschichte bis 1500, Meisters Grundriss der Geschichtswissensch. Reihe 1, Abt. 7², Leipzig 1914, S. 96 f.) S. 25.

[5]) v. Below, Aelteres deutsches Städtewesen² S. 83; Zeumer, Städtesteuern S. 4 ff.

[6]) v. Below, Ursprung der deutschen Stadtverfassung S. 54 Anm. 1; W. Arnold, Verfassungsgeschichte der deutschen Freistädte I S. 267; Schiller, Bürgerschaft und Geistlichkeit in Goslar S. 144⁵; Schröder,

eine Entdeckung der Stadtgemeinde" und wird das Muster der indirekten Steuern [1]). Sie ist auf der Grundlage des Zolles entstanden und darum mit ihm sehr verwandt. Indebitum und Ungeld bezeichnet etwas „Ungehöriges, zu dem pflichtmässigen alten Zollsatze Hinzukommendes" [2]). Wir können die Akzise auch als eine Verbrauchssteuer bezeichnen. Für die Bürger durfte eine Stadt die Akzise ausschreiben, nicht aber für die

---

Rechtsgeschichte[5] S. 628, 654, 881[80], 887; R. Sohm, Städtische Wirtschaft im 15. Jahrhundert, Jahrbücher für Nationalökonomie u. Statistik Bd. XXXIV (1879, S. 253—266) S. 260; v. Below, Berg. Zeitschr. Bd. 28 (1892) S. 63; Zeumer, Städtesteuern S. 91 ff.; Quellen zur Rechts- und Wirtschaftsgeschichte der rheinischen Städte (Publ. d. Ges. f. rhein. Geschichtsk. XXIX): Bergische Städte I: Siegburg, bearb. von Fr. Lau (Bonn 1907) S. 53* ff. (vgl. B. Kuske, Hist. Zeitschr. Bd. 102, 1909, S. 160—165); Berg. Städte II: Blankenberg, bearb. von E. Kaeber, Deutz, bearb. von B. Hirschfeld (Bonn 1911); Kurkölnische Städte I: Neuss, bearb. von Fr. Lau (Bonn 1907) S. 128*, 132* ff. (vgl. A. Schultze, Zeitschr. d. Sav.-Stift. f. Rechtsgesch., Germ. Abt., Bd. XXXII, 1911, S. 567); H. Enss, Die Anfänge der Bierzeise unter dem Deutschen Orden (Königsberger phil. Diss. 1908) S. 52; v. Below, Handw. d. Staatswissensch. II[3] S. 736; Spangenberg, Hist. Zeitschr. Bd. 103 (1909) S. 504; K. Fajkmayer, Ein Beitrag z. Geschichte des Wiener Ungeldes, M. J. Oe. Bd. XXIX (1908) S. 481—486 ergänzt die Ermittlungen von A. Dopsch, Die älteste Akzise in Oesterreich, M. J. Oe. Bd. XXVIII (1907) S. 651—659; v. Philippovich, Art. Accise, Handw. d. Staatsw. I[3] S. 20—25; v. Below, Stadtwirtschaft S. 626 Anm. 235, siehe oben S. 187[6]; v. Luschin I[2] S. 301[31]; K. Wagner, Das Ungeld in den schwäbischen Städten (Marburger phil. Diss. 1903); Müller, Oberschwäbische Reichsstädte S. 79, 111, 111[2]; Nübling, Reichsstadt Ulm II S. 254 ff.; Wiesehoff, Stellung der Bettelorden S. 68[1]; F. Holländer, Studien zum Aufkommen der städtischen Accisen am Niederrhein bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts (Bonner phil. Diss. 1911) S. 1 ff., 66, 82; H. Menz, Burg und Stadt Friedberg (Marburger phil. Diss. 1909) S. 80 ff.; v. Inama-Sternegg, Deutsche Wirtschaftsgeschichte III (1) S. 112; Fahlbusch, Finanzverwaltung Braunschweigs S. 39 ff., 121 ff.; Kentenich, Geschichte der Stadt Trier S. 163, 227 ff.; Liesegang, Niederrheinisches Städtewesen S. 481 ff. Ueber die Ungelter siehe Schönberg, Finanzhaushalt der deutschen Städte S. 36.

[1]) v. Below, Aelteres deutsches Städtewesen[2] S. 83.

[2]) Zeumer, Städtesteuern S. 92.

Nichtstadtangehörigen, die Beisassen und alle anderen in der Stadt Wohnenden. Dies war durch den Mainzer Reichslandfrieden Friedrichs II. von 1235 geregelt. Es wurde verordnet, dass weder die Herren noch die Städte unter dem Vorwand der Anlegung von Befestigungen oder aus irgendeinem Grunde Zölle oder Ungeld genannte Abgaben auf die nicht in der Stadt angesessenen Leute und Fremden oder ihre Güter legen dürfen. Es solle der Herr vielmehr von seinem Gut oder den Gütern seiner Leute bauen [1]. Nach dem Mainzer Reichslandfrieden ist also die Weiterausdehnung der Akzise auf alle Stadtbewohner an die Zustimmung des Inhabers der öffentlichen Gewalt gebunden. Dieser Umstand sowie der weitere, dass die Akzise oder das Ungeld, wenn auch nicht von allen erhoben, indirekt doch alle beeinträchtigen musste, barg die Möglichkeit grosser und vieler Zwiste zwischen den Städten und der Geistlichkeit in sich, auch wenn das Ungeld nur Getränke, nicht auch viele anderen Lebensmittel getroffen hätte. Die wirtschaftlichen Vorrechte des Klerus und die sich ergebenden Interessengegensätze zwischen dem Klerus und den der indirekten Besteuerung ohnehin abgeneigten [2] Bürgern führten besonders in den rheinischen Bischofsstädten und in Regensburg, also in den sogenannten Freistädten [3], sowie in Bamberg zu grossen Misshelligkeiten.

In Worms wurde 1258 unter Einführung eines kleineren Masses ein städtisches Weinungeld erhoben. Auf Verwenden des Klerus, der dagegen war [4], hob König Richard dasselbe

---

[1] M. G. Const. II p. 241—247, no. 196 § 8; Zeumer, Quellensammlung [2] no. 58B; S. 74; v. Maurer, Städteverfassung] III, S. 135 ff. Die Bestimmung nennt den schon angeführten Zweck, zu dem die Akzise meistens erhoben wurde, „zu der Stadt Bau".

[2] Störmann, Städtische Gravamina S. 90, 172, 173 [2]; Nübling, Reichsstadt Ulm II S. 256.

[3] Basel, Köln, Mainz, Regensburg, Speier, Strassburg und Worms.

[4] Boos, Urkundenbuch der Stadt Worms III (Annal. Wormat.) S. 156: anno 1258 ... ungeltum in civitate fuit mensura vini pro parte diminuta ..., de quo clerus civibus multum invidebat.

1269 auf[1]). Die Streitigkeiten waren damit nicht beigelegt. Der Appellation der Bürger von Worms steht das Bündnis des Wormser Klerus gegenüber[2]). In der Rachtung vom 11. September 1300[3]) wurden die Wormser Ungeldsverhältnisse nur einseitig geregelt, da der Klerus dem Schied widerstrebte. Am 25. Januar 1366 kam es zur vierten Rachtung, die eine genauere Ungeldsbestimmung enthält. Vom Ungeld und Zoll sind frei die Stifte und Pfaffen für das von ihren Benefizien und ihrem Eigengut Gewonnene, doch von erkaufter Frucht und von gekauftem Wein haben sie das Ungeld zu erlegen[4]). Dass sich aber die Geistlichkeit mit dieser Einräumung nicht zufrieden gab, sondern gar kein Ungeld zahlen wollte, bestätigt ein Gesetz der Stadt Worms, wodurch den Bürgern jeder Weinkauf bei der Geistlichkeit untersagt wurde[5]). Durch Karl IV. war nämlich am 24. Februar 1378 dem Rat die Befugnis eingeräumt worden, das Weinmass beliebig ändern zu dürfen[6]).

---

[1]) Boos, Urkundenbuch I S. 225, no. 346; Zeumer, Städtesteuern S. 92, der mit Recht annimmt, dass sich das Ungeld auf den Wein beschränkte. Vgl. auch Reg. Imp. V no. 5455 ff.

[2]) Boos, Urkundenbuch I S. 259, no. 402 (1283): clerus civitatis et diocesis graves passe sunt usque adeo lesiones, quod status cleri deterioris conditionis plerumque factus videatur quam tempore Pharaonis, qui legis divine noticiam non habebat, tot enim angariis et dispendiosis exactionibus affliguntur, ut eis, quod Jheremias deplorat, competere videatur: Princeps provinciarum facta est sub tributo. Die Aehnlichkeit mit den Wendungen in den Immunitätsdekretalen ist auffallend; vgl. auch Urkundenbuch Hameln I S. 144 f., no. 214 (1325).

[3]) Boos, Urkundenbuch I S. 341, no. 508; vgl. Arnold, Freistädte II S. 302. Zur ersten Rachtung Boos, Urkundenbuch I S. 123, no. 164 (1233); vgl. Arnold II S. 87 ff. — 1333 muss Ludwig der Bayer der Stadt gebieten, die Chorherren bei ihren Freiheiten zu lassen. Boos, Urkundenbuch II S. 182, no. 261; vgl. Hofmann, Engere Immunität S. 147² u. 111.

[4]) Boos, Urkundenbuch II S. 394, no. 607 § 9: waz von irn gots gaben und von irn eygen guden kummet; keuffte aber eynre oder verkeuffte ein paffe fruht oder win, da dů er von als die andern burgere.

[5]) Boos, Urkundenbuch II S. 579, no. 873.

[6]) Huber, Reg. Imp. VIII no. 5876; Arnold, Freistädte II S. 331, Boos, Urkundenbuch II S. 475, no. 738.

Der Klerus, der den Ausschank auch mit dem eingeführten kleinen Mass hätte betreiben sollen, tat dies mit dem alten und machte das Gesetz des Rates dadurch hinfällig, dass er Wenzel die Privilegien der Stadt nur unbeschadet der seinigen bestätigen liess [1]).

In den folgenden Streitigkeiten [2]) wurde Worms durch das königliche Hofgericht sogar in die Acht erklärt [3]), und Urban VI. gab den Erzbischöfen von Trier und Köln den Befehl, auf die Stadt das Interdikt zu legen [4]).

Die 1386 auf sechs Jahre geschlossene fünfte Rachtung regelt dann das Ungeld der Geistlichkeit in der Weise, dass Bischof, Stift und Pfaffheit Weine von Benefizien und Pfründengütern sowie väterlichem Erbe sieben Wochen lang von Ostern an mit dem alten Mass ausschenken, sonst aber mit dem neuen, und dass die Weine versteuert werden müssen. Für sich und ihr Gesinde dürfen sie die Weine jederzeit mit dem alten Mass ausschenken [5]). 1398 liessen sich die Stifte

---

[1]) Boos, Urkundenbuch II S. 561, no. 857: das dieselben unschedlich sein sollen und dheinen schaden bringen ... dem bischof, stifte und pfaffheit; Arnold, Freistädte II S. 335; vgl. H. Boos, Geschichte der rheinischen Städtekultur von ihren Anfängen bis zur Gegenwart mit besonderer Berücksichtigung der Stadt Worms, 2. Aufl., Berlin 1897 ff., Bd. II S. 213 f.

[2]) Boos, Urkundenbuch II S. 578, no. 873.

[3]) Boos, Urkundenbuch II S. 568, no. 867.

[4]) Boos, Urkundenbuch II S. 579, no. 873 (1386): ... cives fecerunt publice proclamari, ne aliquis laicus sub magnis penis tunc expressis vina ab aliquo eciam ab episcopo vel clero civitatis predicte nisi secundum huiusmodi eorum diminutam mensuram emere seu vendere et prefatis episcopo capitulo et clero ecclesiasticisque personis ad recolligendum, torculandum seu ducendum eorum vina aliquod auxilium prestare presumeret, et nichilominus custodes armatos non solum in viis publicis, sed etiam infra immunitates ecclesiarum ... posuerunt, qui personis vina secundum huiusmodi magnam antiquam mensuram emere volentes, ne emerent, prohiberent ...; vgl. Arnold, Freistädte II S. 336 ff.

[5]) Boos, Urkundenbuch II S. 585, no. 880, § 2; S. 677, no. 1025 (1397) Wenzel: gebieten der pfaffheit, priesterschaft und geistlichen luten zu

umb kuntliche noit und scholt, da die stat czu dieser czyt inne stůnde, zu einer Gnade herbei und versprachen, ihre Weine sechs Jahre lang mit Ausnahme von neun Wochen in einem Jahr: mit der kleinen masz zu schenken [1]).

Das 15. Jahrhundert begann wieder mit grossen Streitigkeiten der Stadt und der Pfaffheit [2]). Auch jetzt berief sich die Geistlichkeit immer noch auf die alten Freiheiten, besonders Richards Privileg von 1269 [3]), bis endlich am 9. Juli 1407 die „grosse Pfaffenrachtung" geschlossen wurde. Es wurde das Steuerverhältnis sowohl bezüglich des Wein- als des Mehlungeldes geregelt. Man unterschied zwischen Pfründenbesitz inner- und ausserhalb der Stadt. Für immer bleibt das alte Mass und die Ungeldfreiheit für den Wein, den die Pfaffen von den zu den Stiften, Pfründen, Benefizien innerhalb der Stadt gehörenden Gütern gewinnen, ebenso für einen in Worms bepfründeten Kleriker von seinen ererbten Gütern [4]). Wein von auswärtigen Pfründen und erkauften Gütern muss mit dem alten Mass geschenkt und versteuert werden [5]). Darauf folgen kleinere Bestimmungen. Domherren und andere Geistliche dürfen zum eigenen Gebrauch Wein unversteuert einführen: doch also, das ir keiner die selben win nit zu dem zapffen schencken noch sust verkauffen soll [6]). Arme Vikare und Priester, die sonst rentenlos sind, dürfen den gewonnenen guten Wein steuerlos mit dem alten verkaufen und billigeren Wein ohne Ungeld für sich eintun [7]).

Worms . . ., das sie . . . ire weyne . . . mit keinen andern massen dann mit der statmassen, als vorgeschriben stet, schenken sollen; (S. 688, no. 1038 Wenzel zugunsten der Pfaffheit, 1398).

[1]) Boos, Urkundenbuch II S. 694, no. 1046.

[2]) Boos, Geschichte der rheinischen Städtekultur Bd. II^2 S. 250 ff.

[3]) Boos, Urkundenbuch III S. 254, no. 22; vgl. I, S. 225, no. 346; Boos, Städtekultur II^2 S. 258 ff., 262 ff.

[4]) Boos, Urkundenbuch III S. 261, no. 24 Art. 2; zur grossen Pfaffenrachtung III S. 260 ff., no. 24; Boos, Städtekultur II^2 S. 262 ff.

[5]) Boos, Urkundenbuch III S. 261, no. 24 Art. 3.

[6]) Boos, Urkundenbuch III S. 261 f., no. 24 Art. 4 u. 5.

[7]) Boos, Urkundenbuch III S. 262, no. 24 Art. 6.

Betreffend das Korngeld wurde bestimmt, dass die Geistlichkeit des ersten Kaufs frei sein soll[1]). Auch vom Mehlungeld wurde die Pfaffheit befreit[2]). Die grosse Pfaffenrachtung bedeutet die Hauptregulierung der Ungeldpflicht der Geistlichkeit zu Worms, nicht aber die Beendigung aller Streitigkeiten.

Aehnliche Verhältnisse wie in Worms finden wir seit ungefähr der Mitte des 13. Jahrhunderts auch in Speier, besonders hinsichtlich der freien Ausfuhr von Wein und Korn, des Weinschanks und Weinhandels. 1262 hatte Bischof Heinrich von Speier eine fünfjährige Ungelderhebung gestattet[3]). Der Rat verlangte das Ungeld auch von der Geistlichkeit, worauf sich die Stifte gegen die nunmehr auf zehn Jahre beschlossene Erhebung verbanden, ausser wenn Privilegien von Kaiser und Reich oder aus dem geschriebenen Recht erweisen würden, dass sie zahlen müssen[4]). Der Streit nahm bald einen grösseren Umfang an. Am 9. Januar 1277 liess Papst Johann XXI. das Verbot des Rates gegen die Getreideausfuhr der Speirer Geistlichkeit untersuchen, um Massregeln zur Abstellung treffen zu können[5]), ebenso am 13. April 1279 Nikolaus III.[6]).

---

[1]) Boos, Urkundenbuch III S. 262, no. 24 Art. 8. Ruprecht gab die Interpretation: Was die Pfaffheit zu Worms Korn und andere Frucht inner und ausserhalb der Stadt führt oder verkauft: das sie adir die das erstes kauffes kauffent den burgern und der stat ... davon nichts geben sollent. Boos, Urkundenbuch III S. 267, no. 25; Boos, Städtekultur II[2] S. 263 f.

[2]) Boos, Urkundenbuch III S. 262, no. 24 Art. 8. Kulturhistorisch besonders bemerkenswert ist die Bestimmung, dass die Pfaffheit mit dem ungeldfreien Mehl und Wein ihre Hofleute nicht ablohnen soll. Boos, Urkundenbuch III S. 277, no. 32; Boos, Städtekultur II[2] S. 264. — Wiesehoff, Stellung der Bettelorden S. 97—109.

[3]) A. Hilgard, Urkunden zur Geschichte der Stadt Speyer (Strassburg 1885) S. 74 no. 102.

[4]) Ebenda S. 75/76, no. 104.

[5]) Hilgard, Urkunden S. 97, no. 133.

[6]) Ebenda S. 99, no. 137.

Wie 1279 so wurde der Klerus 1281 um ein Ungeld ersucht. Die abschlägige Antwort büsste er mit gewalttätigem Vorgehen der Bürgerschaft[1]. Am 21. Oktober 1284 entschied Rudolf I. im Streit des Bischofs und der Geistlichkeit mit der Bürgerschaft von Speier[2]. Es wurde bestimmt, falls einmal ein Verbot der Kornausfuhr notwendig werden sollte, solle sie der Dekan den heren eder den phaphen verbieten, doch wurde hinsichtlich des Ungeldes eine entscheidende Verordnung nicht gegeben[3]. Endgültig kam dieser Punkt erst am 4. Oktober 1302 durch Bischof Sigibodo zur Regelung. Nur den von Eigen und Erbe und den von den Gottesgaben gewonnenen Wein darf die Geistlichkeit trinken: also das wir noch unser gesinde den win in die stat ze Spire keime leyen verkôifent zu dem zaphen. Ausgeschenkt darf der Wein nur von Ostern bis Pfingsten werden und nur über die Strasse[4]. Da der Klerus die Ausschankszeit nicht einhielt, wurde das Gesetz von 1302 wieder eingeschärft und Nichtbeachtung bestraft, so 1323[5], und 1345 wurde der Besuch von geistlichen Schenken unter Strafe untersagt[6]. Im 15. Jahrhundert brachen die alten Streitigkeiten wieder aus[7], indem die Pfaffheit der gänzlichen Missachtung der 1302 gegebenen Bestimmungen beschuldigt wurde. Die darauf folgende Sühne dauerte nur bis 1419. Nach dem Spruch Herzog Ludwigs von der

---

[1]) K. Kaser, Politische und soziale Bewegungen im deutschen Bürgertum zu Beginn des 16. Jahrhunderts. Mit besonderer Rücksicht auf den Speyrer Aufstand im Jahre 1512 (Stuttgart 1899) S. 40.

[2]) Vgl. O. Redlich, Ein oberrheinisches Formelbuch, in Zeitschr. f. die Geschichte d. Oberrheins Bd. XI (1896, S. 1—35) S. 12; Derselbe, Reg. imp. VI no. 1865.

[3]) Hilgard, Urkunden S. 109, no. 149; vgl. S. 165, no. 211.

[4]) Ebenda S. 170, no. 218.

[5]) Ebenda S. 278, no. 346.

[6]) Hilgard, Urkunden S. 438, no. 492 (Keutgen, Urkunden zur städt. Verfassungsgeschichte S. 477, no. 384).

[7]) Kaser S. 41 ff.

Pfalz, gegen den die Stadt an Papst Martin V. appellierte, kam es zur Rachtung vom 27. Mai 1420, die durch Erzbischof Konrad von Mainz zustande kam. Korn und Wein der Geistlichen haben freie Aus- und Einfuhr. Die Geistlichen dürfen nun von ihren im Speirer Burgbann gelegenen Pfründen und Privatgütern „durch das ganze Jahr mit aufgetanen Türen und mit der alten Mass allmänniglich schenken“[1]). Nach verschiedenen Appellationen gegen diese Rachtung gab Sigmund am 24. März 1431 eine Berichtigung derselben[2]). Den Pfaffen war unbedingte Freiheit für den Weinschank gegeben[3]). Gesund waren die geschaffenen Verhältnisse nicht[4]). Die Stadt war unzufrieden, bis es zum grossen Aufstand von 1512 kam[5]).

Nicht anders als in Speier und Worms gestalteten sich die Verhältnisse in Mainz. Auch hier bildeten die Ansprüche des Klerus auf Freiheit von Ungeld von Anfang an den Anlass zu Zwiespalt zwischen Bürgerschaft und Klerus[6]). Man wollte wenigstens die Erträgnisse der Kirchengüter dem Ungeld unterwerfen. Grosse Streitigkeiten brachen zu Ende des 14. Jahrhunderts aus. Sie zogen sich in das 15. hinein und beschäf-

---

[1]) Kaser S. 46.

[2]) Ebenda S. 51; Hofmann, Engere Immunität S. 98 (zu 1444); vgl. Altmann, Reg. Imp. XI no. 8386; Störmann S. 168.

[3]) Friedrichs III. Stellung: J. Chmel, Regesta chronologico-diplomatica Friderici III. Romanorum imperatoris, regis IV. Auszug aus den Reichsregistraturbüchern von 1440—1493 (Wien 1838 und 1859) no. 781 (1442).

[4]) Vgl. Lossen, Staat und Kirche in der Pfalz S. 54.

[5]) Kaser S. 54 ff. Zu den Speirer Verhältnissen Wiesehoff, Stellung der Bettelorden S. 109—120.

[6]) J. B. Seidenberger, Die Kämpfe der Mainzer Zünfte gegen die Geistlichkeit und Geschlechter, Hist. Jahrbuch der Görresges. Bd. VIII (1887) S. 430—453, Bd. IX (1888) S. 1—27; Derselbe, Die kirchenpolitische Literatur unter Ludwig dem Bayern und die Zunftkämpfe vornehmlich in Mainz, Westdeutsche Zeitschrift Bd. VIII (1889, S. 92—118) S. 95 ff.

tigten auch das Konzil von Basel [1]). Am 7. Januar 1435 kam dann für Mainz eine Pfaffenrachtung zustande [2]). Sie war für Mainz noch nachteiliger als die von Worms jener Stadt [3]). Für pfrüchte und wyne, die zu den Stiften, Klöstern und Kirchen gehörten, und für den durch Erbe angefallenen Wein wurde Zoll- und Ungeldfreiheit festgesetzt. Solcher Wein darf auch unversteuert verkauft und ausgeschenkt werden. Auch dürfen die Pfaffheit und Stifte: wyne zu iren zappen holen laissen an alle geverde [4]). Die Pfaffen wurden durch besondere zeychen [5]) vor Abverlangung des Ungeldes gesichert. Die der Beschwerdeschrift des Basler Konzils ganz devote Rachtung, welche, um allen Streitigkeiten und Rechtsverletzungen in Zukunft entgegenzutreten, alle Jahre: von worte zu worte ane verandemrunge, ane mynnerunge und ane zusatze gelesen werden sollte [6]), hätte durch ihre Form künftigen Frieden garantieren können, wenn nicht auch in Mainz auf beiden Seiten, auf der des siegreichen Klerus durch extreme Ausnutzung, auf der der Bürgerschaft durch Unzufriedenheit, der Zwist fortgeführt worden wäre. Der Klerus, dem die Stadt in der Rachtung sichern Schirm und Frieden gelobt hatte [7]), stand ausserhalb der Pflicht, ihr in Not zu Hilfe zu kommen. So gehen die Streitigkeiten zwischen Pfaffheit und Bürgerschaft durch das 15. Jahrhundert hin weiter, werden sogar in der Mitte des Jahrhunderts wieder heftig [8]).

In Köln geschah die Bestreitung des städtischen Haus-

---

[1]) Boos, Städtekultur II² S. 266 f.; Wiesehoff, Stellung der Bettelorden S. 94.

[2]) Der Text bei Keutgen, Urkunden zur städtischen Verfassungsgeschichte S. 477 ff., no. 385.

[3]) Boos, Städtekultur II² S. 267.

[4]) Keutgen S. 478 § 1.

[5]) Keutgen S. 478 § 4.

[6]) Keutgen S. 481 § 9.

[7]) Keutgen S. 480 § 7.

[8]) Boos, Städtekultur II² S. 499; Störmann S. 167.

haltes seit dem Jahre 1370 fast vollständig durch die indirekte Besteuerung[1]. Konflikte der Stadt, die so, „wie sie uns im späteren Mittelalter entgegentritt, ein Organismus von verwickelter Struktur“[2] ist, mit dem Klerus liessen sich nicht vermeiden. Der Weinzapf in den Tavernen der Geistlichkeit, welche Freiheit vom Ungeld beanspruchte, bildete den Anlass zum Zwist. Im ersten Schied vom 28. Juni 1258 wurde über Einrichtung von Tavernen Klage geführt[3], allein weder das noch ein direktes päpstliches Mandat von 1260, das verbot, Klöster zu Tavernen zu machen, steuerte dem Unwesen[4]. Durch den Schied von 1265 wurde die Freiheit der geistlichen Personen von der Akzise ausgesprochen[5]. Daran wurde auch festgehalten, als 1271 der Erzbischof der Stadt ex gratia speciali . . . contributionem, que assisia appellatur, bewilligte; denn von dem Mehl- und Bierpfennig sollten die Güter der Kleriker und der Kirche frei bleiben[6]. Nach dem Privileg Rudolfs I.

[1]) R. Knipping, Die Kölner Stadtrechnungen des Mittelalters mit einer Darstellung der Finanzverwaltung (Publ. d. Ges. f. rhein. Geschichtsk. XV) Bd. I, Bonn 1897, S. XXII; A. Henning, Steuergeschichte von Köln in den ersten Jahrhunderten städtischer Selbständigkeit bis zum Jahre 1370 (Leipziger phil. Diss. 1891) S. 29; R. Knipping, Das Schuldenwesen der Stadt Köln im 14. und 15. Jahrhundert, Westdeutsche Zeitschr. f. Gesch. u. Kunst Bd. XIII (1894, S. 340—397) S. 342; Stieda, Städtische Finanzen im Mittelalter a. a. O. S. 26 u. 30.

[2]) Keussen, Topographie der Stadt Köln im Mittelalter Bd. I S. 55*; K. Beyerle, Die Entstehung der Stadtgemeinde Köln, in Zeitschr. d. Sav.-Stift. f. Rechtsgeschichte, Germ. Abt., Bd. 31 (1910) S. 1—67.

[3]) Lacomblet I S. 248, no. 452 § 21; auch Keutgen, Urkunden S. 165, no. 147; zum Schied siehe Schmoller, Bevölkerungsbewegung S. 177 f.

[4]) L. Ennen und G. Eckertz, Quellen zur Geschichte der Stadt Köln (Köln 1860 ff.) Bd. II S. 427 f., no. 409.

[5]) Ebenda S. 519, no. 475: Ita tamen, quod ipsi ciues de personis ecclesiasticis et religiosis denarios ceruisiales et denarios, qui dicuntur mailpenning, non recipiant, et quod huiusmodi debitis solutis de cetero assisia non recipiatur.

[6]) Vgl. vorige Anmerkung; Lacomblet II S. 357, no. 607: ab

vom 2. März 1274 durften die Kölner die Güter und Waren aller eingesessenen Bürger mit Akzise belegen, offenbar aber nicht die des Klerus [1]). Diese Akzisefreiheit des Klerus erhielt sich nicht. Die Bestätigung von Rudolfs Privileg für die Stadt durch Ludwig den Bayern gab bereits die Möglichkeit zur Aufhebung des geistlichen Vorrechtes, weil die Stadt das volle Erhebungsrecht der Akzise erhielt [2]). Das Prinzip der geistlichen Steuerfreiheit wurde allmählich durchbrochen. Aus dem Jahre 1370 stammt eine: ordinancie, die man pliet vrij zu laissen den gestichten, den cloisteren, den geordenden luden ind dem heiligen geiste zer wechgen. Meistens liess man in der Woche nur noch ein bestimmtes Quantum Frucht oder Mehl frei [3]). Dafür, dass seit ungefähr der Mitte des 14. Jahrhunderts der Klerus in Köln nicht mehr akzisefrei ist, sprechen Reverse, wie der für das Kloster Weiher, dass die Stadt die zugestandene Akzisefreiheit jederzeit widerrufen könne [4]). Hatten schon 1317 die Kapitelskirchen und Abteien der Stadt wegen der plurima scandala sich zur Beschränkung des

---

hac tamen assisia exempta esse volumus bona extraneorum clericorum et ecclesiarum in eo, quod vulgariter mailpenning et birpenning appellatur.

[1]) Lacomblet II S. 386, no. 657: super bona et merces suas et omnium concinium suorum laicorum, non extraneorum ... contributionem, que assisia vocatur; Redlich, Reg. Imp. VI no. 119; Fr. Lau, Entwicklung der kommunalen Verfassung und Verwaltung der Stadt Köln bis zum Jahre 1396 (Bonn 1898) S. 238; Ennen und Eckertz III S. 59, no. 82.

[2]) W. Stein, Akten zur Geschichte der Verfassung und Verwaltung der Stadt Köln im 14. und 15. Jahrhundert (Publik. d. Gesellsch. f. rhein. Geschichte X) Bd. II (Bonn 1895) S. 36, no. 42; vgl. Knipping, Stadtrechnungen I S. LIII; Stein, Verfassung II S. 104 bis 126; Freiheit der Geistlichkeit vom Molter S. 430, no. 280; vgl. Henning S. 48 f.

[3]) Stein, Verfassung II S. 431, no. 280.

[4]) Ennen und Eckertz, Quellen IV S. 304, no. 291; Lau. Kommunale Verfassung S. 238; vgl. Stein. Verfassung II S. 564, no. 412 und S. 654, no. 491 (axize).

Weinverkaufs zusammengetan[1]), so mussten doch auch im 15. Jahrhundert seitens der Stadt Bestimmungen wegen des Weinzapfs gegeben werden, so 1423[2]). 1476 kamen dann solche zur Beaufsichtigung des Weinzapfs der Geistlichkeit[3]). In Zeiten von: beswernisse der gemeynden liess man sich wegen Erhebung von Molter und Weinungeld in Unterhandlungen ein[4]).

In Basel gelangte das Ungeld im 14. Jahrhundert zu einer grösseren Bedeutung der städtischen Finanzwirtschaft[5]). Die Erhebung war zugleich mit Streitigkeiten mit dem Domkapitel verbunden[6]), weil dieses gegen die eigenmächtige Erhebung durch den Rat Protest erhob. Das Ungeld von 1317[7]) war eine Abgabe von allem Marktverkehr. Im Ungeldsstatut war der Klerus nicht erwähnt[8]), allein das Domkapitel machte geltend, dass durch die mit dem Ungeld gegebene Preiserhöhung auch der Klerus getroffen werde, und dass ihn das Ungeld so indirekt beeinträchtige[9]). Zuletzt schritt das Dom-

---

[1]) Lacomblet III S. 133, no. 164: Prouideat sibi quilibet, quod non per clamores vel per manipulorum positiones illud (Verkauf nach Art taberniorum) fiat, nec in domo sua nec ante domum aliquos ad bibendum sedere permittat, et vina huiusmodi per mensuram claustralem, scilicet per stopos vendantur, sicut antiquitus fuit et est obseruatum.

[2]) Stein, Verfassung II S. 227 f., no. 141, vgl. S. 302/04, no. 183.

[3]) Stein, Verfassung II S. 554, no. 394.

[4]) Stein, Verfassung II S. 558, no. 403; zu den Zuständen in Köln auch Wiesehoff, Stellung der Bettelorden S. 91—97.

[5]) Sohm, Städtische Wirtschaft im 15. Jahrhundert a. a. O. S. 260 f. Das Ungeld erscheint in Basel 1218, vgl. Böhmer-Ficker, Reg. Imp. V no. 947 ff.: König Friedrich II. verleiht dem Bischof von Basel novum theloneum, quod vulgo appellatur ungelt, B. Harms, Die Münz- und Geldpolitik der Stadt Basel im Mittelalter, Zeitschr. f. d. ges. Staatswissensch., Erg.-Heft XXIII (Tübingen 1907) S. 244 ff., 244[1].

[6]) v. Maurer, Städteverfassung III S. 137 Anm. 46.

[7]) Urkundenbuch der Stadt Basel (Basel 1890 ff.), herausg. von R. Wackernagel und R. Thommen Bd. IV S. 33 ff., no. 39.

[8]) Urkundenbuch von Basel IV S. 34, no. 39.

[9]) Urkundenbuch von Basel IV S. 34, no. 39 und Heusler, Verfas-

kapitel der Stadt gegenüber zur cessatio a divinis [1]). Wenn dagegen der Rat um Erhebung eines Ungeldes nachsuchte, so wurde dasselbe gewöhnlich nicht abgeschlagen, so 1338 [2]). Anstände gab es wieder, als der Rat 1351 ohne Genehmigung des Domkapitels Ungeld erhob [3]), ebenso 1366 [4]), in demselben Jahre, da Karl IV. der Basler Kirche ihre Freiheiten gegen den Rat sicherte [5]). Erhob der Rat mit Bewilligung des Bischofs und Domkapitels ein Ungeld, so waren nur eben sie, die Bewilligenden und die hervorragend Privilegierten, ausgenommen [6]). Die Johanniter, die Deutschordensherren und das Kloster Wettingen zahlten das halbe Ungeld [7]), andere Stifter und Klöster das volle [8]).

Auch in Strassburg bricht sich eine straffere Ungeldwirtschaft Bahn. Wir haben aus dem 15. Jahrhundert genauere Ungeldordnungen. Vom Frauenwerk wurde der heilblingezolle vom ausgeschenkten Wein verlangt [9]). Die

---

sungsgeschichte der Stadt Basel S. 164; vgl. Wackernagel, Geschichte der Stadt Basel Bd. I S. 161.

[1]) Urkundenbuch von Basel IV S. 41 ff., no. 39.

[2]) Heusler, Verfassungsgeschichte S. 258 ff.; Wackernagel, Geschichte der Stadt Basel II, 1 S. 742.

[3]) Urkundenbuch von Basel IV S. 187, no. 199; Gengler, Codex p. 131.

[4]) Urkundenbuch von Basel IV S. 274, no. 301: extorquunt, exigunt, levant et recipiunt eciam a nobis, a clero et ecclesiasticis personis dictas tallias (Ungeld), pactiones seu collectas; Harms, Steuern und Anleihen a. a. O. S. 639 [8].

[5]) Urkundenbuch von Basel IV S. 278 ff., no. 305 u. 306. Warum die Bettelorden gewöhnlich auf der Seite des Rates standen, darüber vgl. Wiesehoff, Stellung der Bettelorden S. 65, 70 ff.

[6]) Heusler, Verfassungsgeschichte S. 260.

[7]) Heusler, Verfassungsgeschichte S. 260, 261; Gengler, Codex p. 139.

[8]) Heusler, Verfassungsgeschichte S. 260. 1383 wird St. Alban zum Dank für das Schultheissengericht vom Ungeld befreit, Wackernagel, Geschichte der Stadt Basel II, 2 S. 741 f.

[9]) W. Kothe, Kirchliche Zustände Strassburgs im 14. Jahrhundert. Ein Beitrag zur Stadt- und Kulturgeschichte des Mittelalters (Freiburg i. Br. 1903) S. 65; vorher vgl. Chroniken der deutschen Städte IX

Pfaffen wurden mehr und mehr in die Akzisepflicht genommen [1]).

In Regensburg begannen die Ungeldkämpfe bereits 1230, als Friedrich II. eine Besteuerung zu der Stadt Bau auf sechs Jahre erlaubt hatte [2]). Papst Gregor IX. beauftragte den Propst und Dekan zu Freising, die gegen die kirchliche Freiheit gehende Steuerforderung zu verhindern [3]). 1259 [4]), 1293 [5]), 1295 [6]) kam es zu Vereinigungen der Regensburger Pfaffheit gegen die bürgerlichen Steueransprüche. Zuletzt verlangte der Erzbischof von Salzburg im Namen des Königs für die Geistlichkeit Immunität. Abgesandte des Rates erwiderten, wenn der Klerus nicht zur Befestigung der Stadt beisteuern wolle, so werde man sich auch nicht um dessen Schutz kümmern [7]). So wurde der Klerus zur Steuer gezwungen [8]).

Bei den Muntaten in Bamberg war die Beteiligung wie an ausserordentlichen Ausgaben überhaupt so am Ungeld [9]) weder gegen den Bischof, noch gegen die Stadt gleichmässig [10]).

(Strassburg II, Beilage VI: Das Münster S. 1013—1018) S. 1016 (Verordnung des Rates vom Jahr 1311 oder 1322).

[1]) K. Th. Eheberg, Verfassungs-, Verwaltungs- und Wirtschaftsgeschichte der Stadt Strassburg bis 1681. Bd. I: Urkunden und Akten (Strassburg 1899) S. 147, no. 39, § 37.

[2]) M. Bo. LIII (N. F. VII Regensburger Urkundenbuch I) no. 58. p. 27.

[3]) M. Bo. LIII no. 59, p. 28. [4]) M. Bo. LIII no. 94, p. 48.

[5]) M. Bo. LIII no. 159, p. 83.

[6]) M. Bo. LIII no. 167, 168, p. 87 s.: pro emunitate libertatis ecclesiastice nos communiter et viriliter opponemus.

[7]) M. Bo. LIII no. 170, p. 89.

[8]) Vgl. M. Bo. LIII no. 258, p. 153 (König Heinrich erlaubt 1310 den Regensburger Bürgern ein Ungeld auf Getränke und Waren); no. 388, p. 216 s. (1320 Bürgermeister, Rat und Gemeinde von Regensburg verordnen, dass alle in der Stadt Ansässigen mit den Bürgern steuern sollen); no. 632, p. 354 s. (König Ludwig gestattet 1331 ein Ungeld) ebenso 1344, vgl. no. 1063, p. 587; Eingehendes über die Steuerkämpfe in Regensburg siehe Wiesehoff, Stellung der Bettelorden S. 75—83.

[9]) Chroust, Chronik des Bamberger Immunitätenstreites von 1430—1435, S. XXXI: das newe ungelt (1264).

[10]) Ebenda S. XXXIV, XXXVI, XXXVII ff.

Im grossen Muntatenstreit im 15. Jahrhundert trug die Geistlichkeit einen vollen Sieg davon [1]).

Die Besteuerung auf dem Wege des Ungeldes war auch sonst in den Städten des Mittelalters verschieden, so bei einer neuen Akzise in Trier [2]) und in Koblenz, das zu einem neuen Mauerbau ein Ungeld erheben durfte [3]). Im Gegensatz zu Trier, wo die Geistlichkeit nur bei Betrieb von Kleinhandel mit Wein steuerpflichtig erschien, war sie in Koblenz offenbar nicht frei [4]). Die Stadtrechte sprechen für die privilegierte Stellung des Klerus gegenüber dem Ungeld [5]). Das 13. Jahrhundert stellt aber auch gewisse Normen heraus, unter denen die Pfaffheit vom Ungeld befreit oder dazu verpflichtet ist. Für gewöhnlich hält man sich daran, dass der auf Pfründengütern gewachsene Wein in den Stiftshäusern ausgeschenkt werden darf mit der alten mass und ohne Ungeld [6]). In einem Laienhaus müssen Kanoniker und Vikare das neue Mass nehmen [7]). Bezeichnend ist, dass die Regelung der Ungeld-

---

[1]) Chroust a. a. O. S. LXVII.

[2]) Urkundenbuch zur Geschichte der jetzt die Preussischen Regierungsbezirke Coblenz und Trier bildenden mittelrheinischen Territorien, bearbeitet von G. Beyer, L. Eltester, A. Goerz (Coblenz 1860—74) III S. 700, no. 932; 1248 Akzise auf vier Jahre: Clerici vero et ecclesiastice persone, milites et ministeriales ad nulla tenebuntur, nisi vinum vendifaciant per mensuras minutas. Vgl. Kentenich, Geschichte der Stadt Trier S. 162 (die Akzise von 1248), S. 228 (das Ungeld von 1309 unter Erzbischof Balduin).

[3]) Bär, Mauerbau S. 2; dass der Klerus frei sein soll, steht im Akzisebr iefnicht.

[4]) Ebenda S. 7 f.

[5]) Gaupp, Deutsche Stadtrechte II S. 47 § 16. Die Berner Handfeste von 1218; S. 86 § 20 Freiburg im Uechtland; S. 30 § 34 Freiburg i. Br.: Monachus seu clericus vel ministeriales domini non dabunt theloneum in civitate; Chroust, Immunitätenstreit S. XXIX und Gengler, Codex p. 109 s.

[6]) Oberrheinische Stadtrechte, 1. Abt., S. 545 § 6 (1335 Mosbach), S. 13 (1351 Wertheim).

[7]) Ebenda S. 63 ff., S. 64 § 2 (1300 Wimpfen).

abgaben gewöhnlich durch vorangegangene Streitigkeiten veranlasst ist [1]), wie wir solche am Ausgang des 14. Jahrhunderts in Frankfurt haben [2]). Die verschiedene und schwankende Behandlung der Ungeldsverhältnisse zieht sich fort. Ruprecht stellt 1404 für Wimpfen einen Ungeldsbrief aus, doch sollen Pfaffen und Edelleute nicht beschwert werden [3]), während das der Stadt Obernehenheim bewilligte Ungeld edel oder burger, geistlich oder werntlich, nyeman ussgenommen belasten soll [4]). Teilweise gelang es auch dem Rat, die Ungeldfreiheit der Geistlichkeit für weiteren Besitz zu unterbinden. So bestimmte der Rat von Jena wegen eines Hofes des Klosters Pforte, dass darin nicht geschenkt werden darf ane der stad willen und loube [5]). Schärfere Bestimmungen hatte Augsburg am 15. Juli 1295 wegen eines vom Kloster Fürstenfeld gekauften Hauses getroffen [6]).

Im 15. Jahrhundert ist das Ungeld da, wo es früher schon erhoben wurde, vielfach zu einer ordentlichen Einnahme des Stadthaushaltes geworden. Die Ungeldpflicht wird genauer geregelt, denn der schlimme Einfluss der Immunitäten oder Muntaten hatte sich deutlicher gezeigt [7]). Milde Ungeldbestim-

---

[1]) Ebenda S. 215 ff. (1344 Amorbach).

[2]) G. L. Kriegk, Frankfurter Bürgerzwiste und Zustände im Mittelalter. Ein auf urkundlichen Forschungen beruhender Beitrag zur Geschichte des deutschen Bürgertums (Frankfurt a. M. 1862) S. 109. Diese Beobachtung findet sich gewöhnlich bei Privilegien; vgl. v. Below, Landtagsakten I S. 5.

[3]) J. Chmel, Regesta chronologico-diplomatica Ruperti regis Romanorum. Auszüge aus den Registraturbüchern vom Jahre 1400—1410 (Frankfurt a. M. 1834) no. 1790; Ungeld in Konstanz: Gengler, Codex p. 641 (1357); Huber, Reg. imp. VIII no. 2702; in Ueberlingen: Schäfer, Wirtschafts- und Finanzgeschichte S. 147.

[4]) Chmel, Reg. Ruperti no. 2066 (1405).

[5]) Keutgen, Urkunden S. 473 f., no. 377.

[6]) Meyer, Urkundenbuch Augsburg I S. 112, no. 146.

[7]) Reinhold, Verfassungsgeschichte Wesels S. 56 (die Geistlichkeit von allem frei, ausgenommen von der Akzise); für bayerisches Sprachgebiet vgl. Rosenthal, Beiträge, H. 1, S. 31 f. (Landshut), H. 2, S. 236

mungen für die Geistlichkeit enthält die Heidelberger Stadtordnung von 1465 [1]). Die Pfaffen von Friedberg wurden 1442 von Friedrich III. noch in den Reichsschutz genommen und von ungewöhnlichem Zoll und Ungeld befreit. Sie sollen zu geben swerlich furgenomen werden anders dann pillich vnd recht vnd das von alders herkomen sey, da etwas Derartiges gegen die Karolina verstosse [2]). Für die Stadt Aachen dagegen trat Friedrich energisch gegen die Chorherren des Marienstiftes ein. Nach der wichtigen Fürstensentenz von 1287 waren diese nur für Weine aus ihren Zehnten und Gütern frei von Ungeld und sonstigen Abgaben (assisia) [3]). Als sie nun auch sonst Wein kauften und: solich wein durch ihr gesinde vnd ander in kandten, flaschen vnd anderm gefesse auszwendig in die stat verkauffen und bringen lassen, verordnete Friedrich, dass: die korhern vnd alle ander briesterschaft zu Ache von allen weinen, so sy kauffn, den vngelt als ander inwoner daselbs on widerrede dauon geben vnd bezalen [4]).

In den sächsischen Städten wurde der Geistlichkeit weniger der Verkauf von Bier oder Wein, als vielmehr die Einfuhr und der Verkauf von fremdem Bier [5]) verboten; denn der Ver-

---

(Straubing): vgl. Chroniken der deutschen Städte XV (Regensburg, Landshut, Mühldorf, München, Einl. zur Landshuter Ratschronik 1439—1505 von K. Th. Heigel) S. 249 ff., 258. In Würzburg begegnet uns Ungeld schon im 13. Jahrhundert. M. Bo. XXXVII p. 429; V. Gramich, Verfassung und Verwaltung der Stadt Würzburg vom 13. bis 15. Jahrhundert (Festgabe zur dritten Säkularfeier der Julius-Maximilians-Universität zu Würzburg, Würzburg 1882) S. 13.

[1]) Oberrheinische Stadtrechte 1. Abt., S. 483 ff. (1465), S. 515, 517 f. (1478).

[2]) Chmel, Reg. Friderici no. 1065 (1442).

[3]) Lacomblet II S. 489, no. 824 (Bestätigung der Fürstensentenz durch König Rudolf vom Jahr 1287); vgl. Redlich, Reg. Imp. VI no. 2092.

[4]) Chmel, Reg. Friderici no. 5236 (1467).

[5]) Vgl. auch Urkundenbuch ob der Enns VIII S. 400, no. 405 (1368 Herzog Albrecht gestattet den Bürgern von Enns, welsche Weine ein-

kauf fremden Biers war ausschliesslich das Recht des Rates; so in Dresden[1], in Leipzig[2] und in Freiberg[3]. Nur mit besonderen Freiheitsbriefen ausgestattet durften Geistliche auch fremdes Bier verkaufen[4]. Was die Abgabe von Wein und Bier betrifft, so ist in Leipzig die Geistlichkeit nach Ratsbeschlüssen privilegiert[5]. In Dresden wurde das Verbot von fremdem Bier- und Weinimport von der Geistlichkeit nicht beachtet. Daraufhin wurde ihr 1520 jeder Ausschank von Bier und Wein an Laien und weltliche Häuser untersagt[6]. In Freiberg finden wir, dass wegen Nichtbeobachtung von Ratswillküren betreffend den Ausschank von fremdem Bier und Wein[7] immer Laien bestraft wurden[8], allein auch in

---

zuführen), vgl. Hans Enss, Die Anfänge der Bier-Zeise unter dem Deutschen Orden (Diss. Königsberg i. Pr. 1908).

[1]) Richter, Verfassungsgeschichte II S. 206.

[2]) Cod. dipl. Sax. Reg. II/8 S. 342, no. 408 (1466 Ratsbeschluss).

[3]) Cod. dipl. Sax. Reg. II/12 S. 127, no. 172 § 7 (1413 ff.); S. 141, no. 195 (1429).

[4]) Vgl. Richter, Verfassungsgeschichte II S. 265; Cod. dipl. Sax. Reg. II/5 S. 221, no. 295 (1460), S. 244, no. 335 (1468). — Zu den Baustreitigkeiten in Schlesien, vor allem in Breslau, siehe Dix, Interdikt S. 16 ff., besonders S. 18; Störmann, Städtische Gravamina S. 168.

[5]) Cod. dipl. Sax. Reg. II/8 S. 351 ff., no. 424 (1469 in Artikel: auff die fremden heisst es S. 352: item vormerckt, die geistlichen vnd erbarn lute sein mit dieser satzung vnd ordenung (Abgabe wegen Weinhandels) nicht beladen, wenn sie geben nichts. Vgl. die sonstigen Beschlüsse über Abgabe von Wein und Met im Cod. dipl. Sax. II/8 S. 233, no. 289. — Die Stadt Eisenach durfte 1422 sechs Jahre lang Ungeld erheben. Von geistlichen und weltlichen Leuten war niemand ausgenommen. Reinhard, Meditationes de iure principum Germaniae p. 206 § 15.

[6]) Richter, Verfassungsgeschichte II S. 266 (III. Beilage I S. 337 ff., bes. S. 340) Bd. III S. 341 ff.

[7]) Cod. dipl. Sax. Reg. II/12 S. 126 ff., no. 172 (1413); S. 141, no. 195 (1429).

[8]) Cod. dipl. Sax. Reg. II/14 S. 180, 182, 184, 186, 200, besonders deutlich S. 220, 227, 229, 233, 305; vgl. Wortregister II/14 S. 602 unter: bier,

dieser Stadt ist Ende des 15. Jahrhunderts geistlichen Häusern nicht mehr volle Freiheit gelassen [1].

Ein besonderes Interesse bei der Untersuchung der Ungeldverhältnisse beansprucht Magdeburg. Ende des 15. Jahrhunderts war zwischen Erzbischof Ernst und der Stadt ein Zwist ausgebrochen [2], besonders wegen: zceise unnd ufsatze uff das korn, bier und kaufmanschatz zu setzen, wegkpfenninge, brugkengelt unnd ander exaction und aufsatz und sunderlich uff die geweythen und geistlichen personen, yre unnd der kirchen guter aufzusettzen [3]. Als Recht wurde geltend gemacht, dass zeitliche Güter, mit denen nicht Handel getrieben werde, keine: zcol, gabella noch geleite, ader eynicher ander uffsatz unnd exaction geben müssen [4]. Der Rat berief sich auf Unvordenklichkeit [5]. Am 24. Januar 1497 kam es über die strittigen Punkte zwischen dem Erzbischof und der Stadt zu einem Vergleich [6]. Von ausserstädtischem, besonders Zerbster Bier wird Ziese genommen [7]. Wein und Bier für den eigenen Haushalt der Geistlichen bleiben steuerfrei [8].

In österreichischen Städten beginnt der Kampf gegen die geistliche Ungeldfreiheit ziemlich früh. Schon 1319 erneuert Friedrich der Schöne das alte Recht des Klosters Neuburg,

[1] Cod. dipl. Sax. Reg. II/12 S. 447 ff. (1496).

[2] Urkundenbuch Magdeburg III S. 508 ff., no. 907 (1494); zum Streit im Jahre 1366 vgl. Dix, Interdikt S. 18.

[3] Urkundenbuch Magdeburg S. 509, no. 907.

[4] Urkundenbuch Magdeburg III S. 518, no. 907 § 11.

[5] Urkundenbuch Magdeburg III S. 533, no. 915 § 9. § 10: vom Brückengeld seien ausgeschlossen gewesen die rittermessigen und geistlichen, ab die selbst uber solche brucken zcugen mit iren knechten ..., aber nicht der geistlichen leyhisch gemytt gesynde, knechte, pferde und habe in abeweszen yrer herrn.

[6] Urkundenbuch Magdeburg III S. 602 ff., no. 1028.

[7] Urkundenbuch Magdeburg III S. 610, no. 1026.

[8] Urkundenbuch Magdeburg III S. 611, no. 1026: geistlichen und geweihten personen, vgl. schon die Schutzrede des Rates (1495) S. 532 ff., no. 915; ebenso in Braunschweig, vgl. Fahlbusch, Finanzverwaltung Braunschweigs S. 41 [5].

in der Stadt zu Enns nur fünfzehn Fuder Weins zu verkaufen und auszuschenken [1]. Mit der allgemeineren Einführung des Ungeldes ist eine grössere und häufigere Durchbrechung der geistlichen Freiheit an sich gegeben. In Wien müssen 1383 auch alle Pfaffen, Mönche und Nonnen die Weinsteuer bezahlen [2]. Im Gegensatz dazu steht dann ein Schiedspruch Albrechts V. zwischen den Klöstern in Wien und der Stadt bezüglich der Weineinfuhr und des Weinschanks vom 2. Oktober 1422 [3] nach beiden Seiten hin nachgebend und in den einzelnen Paragraphen den Rachtungen in den Bischofsstädten am Rhein ziemlich verwandt [4], allein die Milderungen bestanden nicht lange.

---

[1] Urkundenbuch ob der Enns V S. 240 (1319). Das Kloster sollte gegen die Stadt geschützt sein; für Oesterreich vgl. v. Myrbach, Zeitschrift f. d. ges. Staatswissensch. Bd. 40 (1884) S. 564.

[2] v. Srbik S. 166 Anm. 5.

[3] Weis-Tomaschek, Rechte und Freiheiten der Stadt Wien II S. 32 f., no. CXXVIII.

[4] Der Gottesgaben-Wein ist steuerfrei. Die Bürger sollen da nicht Irrung noch Hindernis tun, noch Steuer davon nehmen, da sie ihn doch selber durch Gottes Willen gegeben haben. S. 32: Wollen sie von gekauften Weingärten Wein in die Stadt bringen, so sollen sie es tun mit des Bürgermeisters und des Rats Wissen und Steuer davon geben. S. 32: Die Bettelorden müssen mit Wein Gewerbe treibend Steuer leiden.

Dritte Abteilung.

Beschränkung des kirchlichen Erwerbs, vor allem durch die Amortisationsgesetzgebung.

Neuntes Kapitel.

§ 21.

Rechtsgeschichtliche Entwicklung der Beschränkung des kirchlichen Immobiliarerwerbs. Begriff der Amortisationsgesetzgebung.

Von sich aus verstand sich die Geistlichkeit im Mittelalter nur hie und da zu öffentlichrechtlichen Leistungen an die Steuerberechtigten. Meist übersah sie die Bedürfnisse und finanziellen Nöte der Landes- und Stadtherrschaften und wollte das privilegium immunitatis realis und personalis auch auf neuerworbenen Besitz ausdehnen, auf Güter, die vorher immer steuerpflichtig gewesen waren. Gerade dieser Anspruch liess die volks- und staatswirtschaftlichen Momente deutlich zutage treten, die eine Stellungnahme von Territorium und Stadt gegen die kirchliche Gesetzgebung [1]) und

---

[1]) Vor allem sind zu nennen das kanonische Verbot der Veräusserung von Kirchengut (Sägmüller, Kirchenrecht II³ S. 457 ff.; K. Kormann, Die kirchenrechtlichen Veräusserungsbeschränkungen beim kath. Kirchengut und das bürgerliche Recht, Kirchenrechtl. Abhandl., herausg. von U. Stutz, H. 42, Stuttgart 1907 behandelt nur das heute geltende Recht und will laut Vorwort S. VI keine geschichtliche Entwicklung

gegen die kirchlichen Ansprüche in Hinsicht auf das Kirchenvermögen im Interesse einer gesunden Weiterentwicklung des wirtschaftlichen Lebens [1]) mit Notwendigkeit [2]) erheischten.

Nicht unvermittelt tritt die schärfste Massregel gegen die Erwerbsfreiheit der Kirche auf. Wir haben die Steigerung: Beaufsichtigung des Immobiliarerwerbes des Klerus, Prohibitivmassregeln gegen den kirchlichen Erwerb, dann die volle Amortisationsgesetzgebung als schärfste Form [3]), welche die grosse Säkularisation des Kirchengutes im 16. Jahrhundert vorbereitet [4]). Ein Vorläufer von allem ist der Grundsatz: res transit cum onere, unstreitig die gerechteste Schutzmassregel,

---

geben) und die geistliche Gerichtsbarkeit in Testamentsachen, zumal kanonischrechtlich nach c. 11 X de testam. III, 26 schon zwei bis drei Zeugen zum Beweis einer letztwilligen Verfügung für die Kirche genügten. Vgl. Bened. Baron v. Stempell, Die ewigen Renten und ihre Ablösung. Zur mittleren Wirtschaftsgeschichte Deutschlands (Leipziger phil. Diss. 1910) S. 28: Die Stiftungen wurden erleichtert, indem für letztwillige Verfügungen ad pias causas abweichend vom deutschen Recht keine strenge Form verlangt wurde. Die blosse Geneigtheit des Willens genügte; Wiesehoff, Stellung der Bettelorden S. 40, 44; v. Srbik S. 167 u. 187; Weissbach, Staat und Kirche in Mecklenburg a. a. O. S. 98; Richter-Dove-Kahl, Kirchenrecht § 322 S. 1371 ff.; Schultze, Stadtgemeinde und Kirche a. a. O. S. 111 ff.; Störmann S. 115; A. Schultze, Ueber Gästerecht und Gastgerichte in den deutschen Städten des Mittelalters (Richard Schröder zum 19. Juni 1908 gewidmet), Hist. Zeitschr. Bd. 101 (1908, S. 473—528) S. 492; O. Loening, Das Testament im Gebiet des Magdeburger Stadtrechtes (Untersuchungen zur deutschen Staats- und Rechtsgeschichte, herausg. von O. Gierke, 82. H., Breslau 1906) S. 88 ff. lässt die Testamente nicht aus den deutschrechtlichen Vergabungen hervorgehen, sondern beantwortet das Problem dahin, dass das Vorhandensein der Testamente auf den Einfluss des römischen und kanonischen Rechtes unter Begünstigung der Geistlichkeit zurückgehe, vgl. Hist. Zeitschr. Bd. 102 (1909) S. 168. Zum Laientestament Lamprecht, Deutsches Wirtschaftsleben I (1) S. 639 ff.

[1]) Störmann S. 99 ff., 107.

[2]) Derselbe S. 102 ff. (fortifikatorische Rücksichten).

[3]) v. Srbik S. 171; Störmann S. 110.

[4]) Störmann S. 121 u. 121 [5] (Lit.).

bei der es aber nicht blieb, da sie sich nicht allgemeine Geltung errang[1]).

Während auf dem platten Land die Güterschenkungen an die Klöster seit dem 13. Jahrhundert nachliessen und diese durch vielfache Güterveräusserungen ihren ökonomischen Zerfall da und dort beschleunigten[2]), waren in den Städten[3]), wie zum Beispiel in Köln[4]), die Vergabungen an kirchliche Anstalten, vor allem an die jetzt auftretenden Bettelorden sehr häufig. Ja, infolge des verheerenden Auftretens von Seuchen und des schwarzen Todes steigerten sie sich ins Masslose. Ganze Strassen gingen in den Besitz von Kirchen und Klöstern über, so in Freiburg i. Br.[5]). Es wurden Zustände geschaffen, bei denen vor allem in der deutschen Stadtgemeinde als einer Grundbesitzer- oder Realgemeinde[6]) alte Rechtsansprüche gegen fortgeschrittene Entwicklung standen[7]). In der Abwägung der beiden gegen einander

---

[1]) K. Köster, Zur Vermögensverwaltung des Stifts Meschede im Mittelalter (Münsterische phil. Diss. 1909) S. 19.

[2]) Z. B. in Hirsau und Reichenau, zum letzteren vgl. A. Schulte, Ueber freiherrliche Klöster in Baden im Festprogramm der Universität Freiburg zur Feier des 70. Geburtstages von Grossherzog Friedrich (Freiburg i. Br. 1896) S. 101—146; Derselbe, Adel und die deutsche Kirche S. 4.

[3]) H. Henrici, Ueber Schenkungen an die Kirche. Akademische Antrittsvorlesung (Weimar 1916) S. 24 ff.

[4]) Werminghoff, Verfassungsgeschichte der deutschen Kirche[2] S. 101. Für Trier siehe Kentenich, Geschichte der Stadt Trier S. 178 ff.

[5]) Flamm, Wirtschaftlicher Niedergang Freiburgs S. 118 ff., S. 158 f. (Schreiben des Rates 1495 an den Generalprior der Augustiner); Störmann S. 98 ff.; vgl. Schultze, Stadtgemeinde und Kirche S. 111.

[6]) Schultze, Ueber Gästerecht S. 491; v. Below, Landtagsakten I S. 144; Derselbe, Stadtverfassung S. 46; Schliz, Verfassung von Heilbronn S. 71; Störmann S. 99.

[7]) S. Rietschel, Markt und Stadt in ihrem rechtlichen Verhältnis. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Stadtverfassung (Leipzig 1897) S. 189 f.: „Es sind im wesentlichen dieselben Tendenzen der Entwickelung, die in allen Marktansiedlungen zu Tage treten, und die ihren

ist die Literatur allerdings zum Teil einseitig, so Kahl [1]), so dass man meinen könnte, der Kirche des Mittelalters

Grund haben in den besonderen wirtschaftlichen Verhältnissen der letzteren. In einer Handel und Gewerbe treibenden Bevölkerung, deren Lebensberuf sich nicht auf den Besitz von Ackerland gründete, musste der Grundbesitz immer mehr von seiner alten Stellung als Grundlage der gesamten rechtlichen, sozialen und wirtschaftlichen Existenz des einzelnen herabsinken und zu einem der freien Verfügung des Besitzers unterstehenden, einfachen Vermögensobjekte werden. Mit der Bedeutung des Grundbesitzes musste aber . . . unter einer kaufmännisch-gewerblichen Bevölkerung das alte, auf naturalwirtschaftliche Verhältnisse berechnete Volksrecht immer mehr einem der vorgeschrittenen wirtschaftlichen Entwicklung angepassten Rechte weichen, welches besonders im Obligationen- und Pfandrechte gewaltige Verschiedenheiten aufwies.“ Vgl. Rietschel, Entstehung der freien Erbleihe, Zeitschr. d. Sav.-Stift. f. Rechtsgeschichte, Germ. Abt., Bd. XXII (1901) S. 181—244; v. Stempell, Ewige Renten S. 28: „Sobald die mittelalterliche Stadt als ein selbständiger und in eigener Weise interessierter Wirtschaftskörper sich hinreichend gekräftigt hatte, entstand der unvermeidliche Gegensatz weltlichökonomischer Erfordernisse und geistlicher Sonderstellung, der vor allem dort einsetzte, wo die Stadt die Stütze ihrer Macht und die Quelle ihrer Einkünfte hatte: am städtischen Grundeigentum. Es folgt die Zeit der typischen Kämpfe zwischen der manus mortua und der Stadt. Der Gegenstand dieser Kämpfe ist die von jener beanspruchte Steuerfreiheit.“ Vgl. Redlich, Jülich-Bergische Kirchenpolitik I S. 37*.

[1]) Kahl, Amortisationsgesetze S. 42 f.: „Die nachteiligen Folgen des Zusammenwirkens dieser drei Momente (vgl. Derselbe, Handwörterbuch der Staatswissenschaft I³ S. 431), der einseitigen Begünstigung des kirchlichen Erwerbes, der unverhältnismässigen Vermehrung des Kirchenvermögens und endlich der wirtschaftlichen Isolierung desselben durch seine stetige, das Nationalvermögen und den lebendigen Verkehr beeinträchtigende Erhaltung, wurden beim Beginne der zweiten Hälfte des Mittelalters in allen Schichten der Gesellschaft, von den Landes- und Lehensherren bis herab in die Kreise der gewerbetreibenden Bürger der Städte empfindlich gefühlt. Das gesellschaftliche Gleichgewicht schien gestört. Ausser ihrem geistigen Uebergewicht hatte die Kirche nunmehr jeder neben ihr aufstrebenden Macht auch noch das ökonomische Uebergewicht entgegenzusetzen. Die Landeshoheit war durch die Verminderung der territorialen Steuerkraft im tatkräftigen Emporstreben gehemmt. Die Lehensverpflichtungen litten

gebühre die Bezeichnung manus mortua in vollberechtigtem Sinne[1]). Es wird übersehen, dass auch noch vom 13. Jahrhundert an, wenn schon nicht mehr ausschliesslich oder ganz hervorragend, die Kirche die Sorge für Armen- und Krankenpflege und für die Schule auf sich nahm[2]).

---

durch die kirchliche Immunität. Die Städte waren in der Möglichkeit, die Früchte und Errungenschaften ihres Fleisses gewinnbringend anzulegen und einträglich zu verwerten, beschränkt. Die gesamte Steuerlast konzentrierte sich auf die weltlichen Korporationen. Ihre Leistungsfähigkeit aber verminderte sich in eben dem Verhältnisse, als umgekehrt das Mass der öffentlichen Lasten und Verpflichtungen wuchs. Die Familien endlich und die einzelnen, deren Hoffnung auf zukünftiges Vermögen durch Oeffnen und Schliessen der toten Hand vernichtet war, fühlten sich in ihren natürlichsten Rechten gekränkt und ohne genügenden Rechtsschutz gegenüber der alles beherrschenden Kirche. Eine Reaktion gegen diese Uebelstände war notwendig und unausbleiblich.“ Besser abgewogen ist neuerdings das Urteil von Henrici, Schenkungen an die Kirche S. 26; Störmann S. 98 f.; vgl. auch W. Arnold, Zur Geschichte des Eigentums in den deutschen Städten (Basel 1861) S. 57.

[1]) Zu manus mortua (1281 in einem Erfurter Statut) vgl. Werminghoff, Geschichte der Kirchenverfassung Bd. I S. 264[2] nach Ch. G. Haltaus, Glossarium Germanicum, Lipsiae 1758, p. 1792; Friedberg, De finium p. 191 ss.; J. Haller in der Besprechung von K. Kaser, Deutsche Geschichte im Ausgange des Mittelalters (1438 bis 1519) Bd. II, Stuttgart u. Berlin 1912, in Hist. Zeitschr. Bd. 111 (1913) S. 381: „Wie die Dinge in Wirklichkeit lagen, ist doch gar nicht zu verkennen. Die historische und wohlverbriefte Vorzugsstellung des Klerus im Staat, die libertas ecclesiastica, ist um 1500 schon auf der ganzen Linie zurückgedrängt, durchbrochen, vielfach bereits vom Staat erobert.“ S. 382: „Auch die Unveräusserlichkeit des Kirchengutes . . . und die Entziehung der Güter der toten Hand aus dem wirtschaftlichen Verkehr hat in der Praxis nie bestanden. Sie ist ein Märchengespenst, das sich allerdings am hellen Tag herumtreiben kann, weil die darstellenden Historiker es verschmähen, einmal eines der vielen klösterlichen und stiftischen Urkundenbücher daraufhin anzusehen.“

[2]) v. Below, Aelteres deutsches Städtewesen[2] S. 115 f.; v. Schubert, Kirchengeschichte Schleswig-Holsteins I S. 319, 366 ff.; Gröll, Elemente des kirchlichen Freiungsrechtes S. 7 über die irdische Mission der Kirche: „Diese allgemeine soziale Mission der Kirche, so machtvoll im Altertum einsetzend, behauptet ihre überragende Bedeu-

Dabei soll nicht verschwiegen werden, dass Missstände da waren, gegen welche sich die Reaktion in der Form der Amortisationsgesetze wandte. Sie beruhen wie der Grundsatz: res transit cum onere nicht auf dem gleichen Prinzip, sind nicht Erscheinungen des gemeinen Rechts [1], sind an verschiedenen Orten durch verschiedene Ursachen bedingt und lassen sich, da „der Charakter der mittelalterlichen Erwerbsbeschränkungen kein einheitlicher ist", nicht „begrifflich durch eine für alle Fälle passende Formel erschöpfen" [2]. Kahl definiert: „Amortisationsgesetze im staatskirchenrechtlichen Sinne sind Gesetze, welche die Beschränkung der Vermögens- und Erwerbsfähigkeit der Kirchengesellschaften und kirchlichen Anstalten zum Inhalt haben" [3].

§ 22.

Die Amortisationsgesetzgebung und ihre Durchführung.

In der Festlegung des Zeitpunktes der Ausübung des staatlichen Amortisationsrechtes gehen die Forscher ausein-

---

tung vor jeder anderen, namentlich der staatlichen Fürsorgetätigkeit während der fränkischen Zeit und des ganzen Mittelalters"; vgl. auch Störmann S. 98 f., 127; Gierke, Genossenschaftsrecht II S. 740 ff.

[1]) Kahl a. a. O. S. III.

[2]) Kahl a. a. O. S. 43; Störmann S. 107.

[3]) Kahl in Handwörterbuch der Staatswissensch. I[3] S. 431; Stutz, Kirchenrecht[2] § 105 S. 457 f., S. 347 (Lit.); v. Below, Art. „Bürger" in Handwörterbuch d. Staatswissensch. II[3] S. 327; Du Cange, Glossarium mediae et infimae latinitatis tom. I, Niort 1883, p. 86: admortizatio = praediorum translatio in manum mortuam, seu praediorum acquisitio facta a monasteriis et collegiis religiosis, vel etiam laicis, quae semel acquisita in commercio, mutationibus aliisque praediorum oneribus obnoxia esse desinunt nec adventitia feudorum commoda producunt. Kahl, Amortisationsgesetze S. 1: admortizare = zueignen von Vermögensstücken an die manus mortua; durch admortizatio ist ausgedrückt, „dass die Zuwendung von Gütern an die Kirche ein Akt der Tötung für den Weltverkehr war." Verbot einer solchen Zuwendung: lex de non admortizando.

ander [1]). Die ausserdeutschen Städte und Länder laufen in der Amortisationsgesetzgebung den deutschen voran [2]). Die Dekretale Quia nonnulli, erlassen am 28. März 1256 von Alexander IV. [3]), wendet sich in erster Linie gegen Frankreich, gegen die in regno Franciae befindlichen communiae, scabini seu consules et alii domini temporales et ii, qui iurisdictionem in ipsis communiis, civitatibus, castris et villis temporalem exercent, vel quibus in illis commissa est executio iustitiae secularis. Sie enthält neben dem Verbot der Besteuerung auch die Verwerfung der Amortisationsgesetzgebung. Nec etiam liceat illis ipas ecclesias vel personas ad distrahendum vel alienandum aut extra manum suam ponendum acquisita iam, vel quae deinceps acquirent, aliquatenus coarctare. In England haben wir schon 1225 von Heinrich III. ein Gesetz über die Veräusserung an die Mortmain [4]); in Frankreich brachte Philipp der Schöne das Amortisationsrecht wiederholt zur Anwendung [5]). Die von der königlichen Partei ausgegangene Schrift Quaestio in utramque partem vom Jahre 1302 enthält zum erstenmal die Verwerfung der Bulle Quia nonnulli Alexanders IV. [6]). In Deutschland begegnen im 13. Jahrhundert noch keine landes-

---

[1]) Kahl, Amortisationsgesetze S. 45; die Auslegung der Erlaubnis Ottos III. 988 an die dänischen Bischöfe bei Friedr. Schulte, System des allgemeinen katholischen Kirchenrechts (Das kath. Kirchenrecht Teil II) Giessen 1856, § 93, S. 476, no. 1 trifft nicht zu. Vgl. auch Friedberg, De finium p. 191 ss.

[2]) Kahl S. 11 f.

[3]) c. 1 de immun. eccl. in VIto III, 23 (vgl. oben S. 23 mit Anm. 3); 1250 erklärte Innozenz IV. eine Verordnung rheinischer Städte gegen fromme Vermächtnisse für ungültig, siehe Flamm S. 157 mit Hinweis auf H. Finke, Die Freiburger Dominikaner und der Münsterbau, Zeitschr. d. Ges. f. Beförd. d. Gesch.-, Altertums- und Volkskunde von Freiburg Bd. XVII (1901) S. 173.

[4]) Richter-Dove-Kahl S. 1281 [2]; Hatschek, Englische Verfassungsgesch. S. 171 (1279); vgl. unten S. 235 [4]; Friedberg, Gränzen S. 732, 732 [1].

[5]) Scholz, Publizistik S. 248.

[6]) Ebenda S. 247 f.

herrlichen Amortisationsgesetze [1]). Auch hier sind wie in anderen Ländern die Städte in der Erwerbsbeschränkung der Kirchen und kirchlichen Personen den territorialen Gewalten vorangegangen [2]).

Die Stadt Lübeck verordnete schon 1225: nemini quidem licet immobilia sua conferre ecclesiis, quin vendat pro argento et illud conferat illis [3]). Auf das ganz allgemein gegen die Kirchen gehende Verbot folgte 1247 ein anderes, das dem Klerus und den Ordensgeistlichen den Ankauf neuer Wohnungen in der Stadt untersagte. 1260 durften die Bürger an die Pfaffen oder geistlichen Leute kein Erbgut verkaufen. Von Anfang an kam es zu Zusammenstössen zwischen Kirche und Stadt. Die Stadt hat in ihrem Kampf „öfter die Methode gewechselt". Anderseits ist zu beachten, dass die Konflikte nie einen chronischen Charakter annahmen und die Kirche ihren Widerstand gegen die Immobiliargesetze äusserlich immer bald aufgegeben hat. Dies schon darum, weil sie einsah, dass man auf städtischer Seite den Zweck wollte, „nicht das Mittel. Der Zweck war aber die Erhaltung der städtischen Steuerkraft, nicht Kampf gegen die Kirche an sich" [4]).

---

[1]) v. Below, Städtische Verwaltung des Mittelalters als Vorbild der späteren Territorialverwaltung, a. a. O. S. 455 [1].

[2]) v. Below, Bergische Zeitschr. Bd. 26 (1890) S. 14 Anm. 5 und die Literatur dort; v. Srbik S. 171 f.; K. Körber, Die kirchenrechtliche Theorie von der Verwaltung und Verwendung der Kirchengüter und die mittelalterliche Praxis (Heidelberger phil. Diss. 1912) S. 14; Redlich, Jülich-Bergische Kirchenpolitik I S. 38*; Henrici S. 26, 34; Störmann S. 107 ff., 110; Loening, Testament S. 128.

[3]) Urkundenb. d. Stadt Lübeck I S. 41; vgl. Hartwig, Lübecker Schoss S. 70; D. Schomburg, Die Dominikaner im Erzbistum Bremen während des 13. Jahrhunderts (Jenaer phil. Diss. 1910) S. 25.

[4]) Hartwig, Lübecker Schoss S. 77; überhaupt ebenda S. 67 bis 87. Der Rat wollte eben die auf den Gütern ruhenden onera retten. Das lag auch der Ratswillkür von 1296 zugrunde, vgl. O. Loening, Grunderwerb und Treuhand in Lübeck (Untersuchungen zur deutschen Staats- und Rechtsgeschichte, herausg. von O. Gierke, H. 93, Breslau 1907) S. 20 und die Besprechung des Buches von A. Schultze,

Aehnlich wie in Lübeck lagen die Verhältnisse in anderen Städten, so in Goslar [1]), Hannover [2]) und Erfurt [3]). Die die Kreise ihrer Autonomie immer weiter ziehende deutsche Stadt, die aus einer Realgemeinde eine Personalgemeinde wurde [4]), suchte die Besitzübertragung, die an die Kirche durch Kauf, Schenkung oder Erbgang geschah, auf die verschiedenste Weise einzuschränken. „Wir haben es mit einer Gesetzgebung zu tun, davon einzelne Bestimmungen sich wie mehrere Netze mit verschieden weiten Maschen über einander legten. Versagte die eine Bestimmung, so musste die andere helfen, drang man mit der radikalen Bestimmung nicht durch, so griff man zu den anderen" [5]). Die Tendenz ging schliesslich auf Beseitigung des Anteils der Geistlichkeit an der freiwilligen Gerichtsbarkeit und Abschaffung der geistlichen Gerichtsbarkeit über Testamentsachen [6]).

---

in Zeitschr. d. Sav.-Stift. f. Rechtsgesch., Germ. Abt., Bd. 29 (1908, S. 440—446) S. 441 ff.; v. Below, Landtagsakten I S. 145: Fahlbusch, Finanzverwaltung Braunschweigs S. 111 u. Anm. 6; Störmann S. 101.

[1]) Schiller, Bürgerschaft und Geistlichkeit S. 78 ff., bis 105.

[2]) Keutgen, Urkunden S. 295, no. 215, § 25. Die ältesten Statuten von 1302—1312 verbieten die Vermehrung des geistlichen Grundbesitzes und gestatten nur Vergabungen in Geld an den Klerus: quod nullus burgensium vel hospitum debet vel potest alicui hominum spiritualium vel religiosorum suam hereditatem amplius vendere vel gratis vel propter Deum donare; sed in paratis denariis quilibet, quantum vult, potest eis largiri.

[3]) Keutgen, Urkunden S. 472 f., no. 375 b.

[4]) Hartwig, Lübecker Schoss S. 18; besonders seit der Zulassung des Einkaufs durch Zahlung eines Bürgergeldes erscheint die Stadt als Personalgemeinde, vgl. S. 14 ff.; Flamm S. 99; Wackernagel, Geschichte der Stadt Basel II, 1 S. 353 ff.; Gierke, Genossenschaftsrecht II S. 691 ff.; K. O. Müller, Das Bürgerrecht in den oberschwäbischen Reichsstädten, Württ. Vierteljahrsh. f. Landesgesch., N. F. XXV. Jahrg., Festband Sr. M. König Wilhelm II. zum Regierungsjubiläum dargebracht (1916, S. 163—192) S. 172 ff.

[5]) Schiller a. a. O. S. 105; Störmann S. 117, 120.

[6]) Die Beurkundung vor dem Rat und unter Stadtsiegel, die Genehmigung der „Geschäfte" durch den Rat bekommt einen reicheren

Vor allem brach sich bei kirchlichem Neuerwerb der Grundsatz Bahn: Veräusserung binnen Jahr und Tag. Nur fahrende Habe sollten Kirche und Klerus empfangen. Auch von Uebertragung von Renten, die man zu den Immobilien zählte, waren die kirchlichen Personen ausgeschlossen. Ein Blick in die Urkundenbücher lehrt, wie vom 13. Jahrhundert an [1]) dieser Rechtsstandpunkt zutage tritt. Noch mehr zeigt sich das Eingreifen des Rates in die Erwerbsfähigkeit der

---

Inhalt. Es entstehen die Stadtbücher. Vgl. besonders Paul Rehme, Ueber die Breslauer Stadtbücher. Ein Beitrag zur Geschichte des Urkundenwesens, zugleich der städtischen Verwaltung und Rechtspflege. Mit einem Urkundenbuche. Stadtrechtsforschungen, 2. Teil, Halle a. S. 1909. Vgl. die Besprechung durch H. Meyer, in Zeitschr. d. Sav.-Stift. f. Rechtsgesch., Germ. Abt., Bd. 31 (1910) S. 605—610: Breslau ist zu dem Paradigma geworden, an dem wir in Zukunft das Werden und Wachsen der öffentlichen Bücher für alle Städte Deutschlands werden studieren müssen. Siehe auch K. Beyerle, Die deutschen Stadtbücher, Deutsche Geschichtsblätter Bd. XI (1910) S. 145—200; Rehme, Stadtbücher als Geschichtsquelle S. 14 ff.; Püschel, Anwachsen d. deutschen Städte S. 11 f.; Störmann S. 118; Th. Goerlitz, Die Uebertragung liegenden Gutes in der mittelalterlichen und neuzeitlichen Stadt Breslau, Deutschrechtl. Beiträge, herausg. von K. Beyerle Bd. I, H. 2 (Heidelberg 1906) S. 13 bezw. S. 85. In Strassburg erhielt sich die Geistlichkeit einen Anteil an der freiwilligen Gerichtsbarkeit; deshalb fehlen die Stadtbücher, vgl. O. Schreiber, Die Geschichte der Erbleihe in der Stadt Strassburg im Elsass, Deutschrechtl. Beiträge, herausg. von K. Beyerle Bd. III, H. 3 (Heidelberg 1909) S. 65 bezw. S. 225; Werminghoff, Verfassungsgeschichte d. deutschen Kirche [2] S. 104. Zur geistlichen Gerichtsbarkeit vgl. Gess, Akten und Briefe zur Kirchenpolitik Herzog Georgs von Sachsen Bd. I S. LIII ff.; Fahlbusch, Finanzverwaltung Braunschweigs S. 112. — Gesetze gegen das Erbrecht der Toten Hand Störmann S. 110 ff., 113 ff. (Angriffe auf die Testierfreiheit geistlicher Personen), 115 f. (Abschaffung der Aufnahme von Testamenten durch geistliche Personen); Loening, Testament S. 88 ff., 124.

[1]) Z. B. Isny schon 1219, vgl. Kahl, Amortisationsgesetze S. 50[70]; Goslar: Schiller S. 80 (1219); Reutlingen: Wirtemb. Urkundenb. VI S. 298 (1267); Rüdesheim: Cod. dipl. Nass. 1. u. 2. Abt. S. 512, no. 859 (1274); Stendal: Riedel, Cod. dipl. I/15, p. 19 no. 27 (1272); vgl. Müller, Oberschwäbische Reichsstädte S. 26 f.

Kirche im 14. Jahrhundert[1]). Dabei darf nicht übersehen werden, dass die Amortisationsgesetzgebung oft ein Teil des Rechtes ist, das man gegen die Gäste überhaupt anwandte.

[1]) Hameln: Keutgen, Urkunden S. 297, no. 216, § 46 (aus dem Stadtbuch Donat, aus dem 14. Jahrhundert stammend), vgl. v. Srbik S. 171[2] (wo es aber aus Versehen Hamburg heisst); Urkundenbuch Hameln I S. 122, no. 177; Quedlinburg: Urkundenbuch Quedlinburg I S. 66, no. 87 und S. 87, no. 115; Arnstadt: Urkundenbuch Arnstadt S. 66, no. 123 (1332 der Augustinerkonvent darf seinen Besitz nicht vermehren); Bremen im Jahre 1303: v. Stempell, Ewige Renten S. 28; Goslar: Urkundenbuch Goslar III S. 659, no. 996 (1334); Halberstadt: Urkundenbuch Halberstadt I S. 482, no. 594 § 3 (1380); Braunschweig: Chroniken XVI S. XXVII ff.; Kober, Wehrverfassungen Braunschweigs S. 35 f.; Fahlbusch, Finanzverwaltung S. 112; Landshut: 1333 stellt der Rat alle Testamente unter seine Kontrolle, 1334 Verbot, daz fürbaz ewichlichen nieman in der stat weder gen spital, gen klôster oder uf dhain gotzhaws dhainen zins weder uf hâwsern, hofstetten, gårten und wisen, daz in dem purkvrid (vgl. Rietschel, Markt und Stadt S. 177) gelegen ist, schaffe, siehe Rosenthal, Beiträge S. 173, 186, 147; für Straubing im 15. Jahrhundert ebenda S. 131 (Anhang XLVI § 2) und v. Stempell, Ewige Renten S. 29. Weitere Amortisationsgesetze z. B. 1315 Augsburg: Meyer, Urkundenb. I S. 194/95, no. 223; Rottweil: Urkundenb. I S. 112, no. 259 (1353); S. 175, no. 444 (1378); S. 350, no. 826 (1417): deutlich besonders im Vertrag der Stadt Heilbronn mit den Priestern an der Pfarrkirche 1378, VI. 5 Urkundenbuch Heilbronn I S. 134, no. 310 § 6. Kauf von liegenden Gütern in der Stadtmark durch die Priester ist nur mit urlaub und willen des Rates möglich. § 7. An die Präsenz fallende Immobilien sind in Jahresfrist zu veräussern. Bei Anfall von erbe und eygen ist den Präsenzherren entweder Verkauf vorgeschrieben oder sie müssen wie die anderen Bürger die stûre und bet geben. — Zum Ganzen Schultze, Ueber Gästerecht, a. a. O. S. 487: „Als einer der wichtigsten gästerechtlichen Sätze wird gewöhnlich der Satz ausgesprochen: Gäste dürfen Grundstücke, die dem Stadtrecht und Stadtgericht unterliegen, nicht erwerben. Dieser Satz galt in weiter Verbreitung bis lange über das Mittelalter hinaus. Zuweilen war nicht bloss der Erwerb des Grundstücks, der Erwerb einer Weichbildrente, also der Rentenkauf, sondern auch wie in Lübeck der Erwerb eines Pfandrechts an dem Grundstück, weil die Pfandverstrickung unter Umständen zum Pfandverfall hätte führen können, verboten. Erbte ein Gast von einem Bürger eine städtische Liegenschaft, so war, wenn er nicht in die Stadt ziehen und

Die Amortisationsgesetzgebung geht aber nicht immer vom Rate direkt aus. „Manche von den alten städtischen Amortisationsgesetzen sind Privilegien, die der Stadtherr erteilt; aber sie werden eben nur für das Gebiet der Stadt erteilt und müssen deshalb als städtische, nicht als territoriale Amortisationsgesetze angesehen werden“ [1]).

Ein Beispiel bildet Goslar mit dem Verbot jeder Veräusserung von Bürgereigen an die Geistlichkeit, 1219 von Friedrich II. erlassen. Nur das vom angefallenen und dann verkauften Gut erlöste Geld kommt der Kirche zu [2]). Diesen Freibrief bestätigte Rudolf I. 1275; er ging auch in die Statuten über [3]). Da aber diese königlichen Verordnungen bereits wieder durch königliche Privilegien durchbrochen wurden [4]), blieb das Verbot unausführbar, obwohl in Goslar der Rat die freiwillige Gerichtsbarkeit übte, vor allem in Sachen des Grundstücksverkehrs [5]). Darum ging 1294 Adolf I. zum Grundsatz: res transit cum onere über [6]). Erst später machte die Bürgerschaft wieder die strengeren Verordnungen geltend [7]).

Auch sonst erteilte der König Städten Amortisationsgesetze in mehr oder weniger ausgesprochenem Sinn, so für

---

Bürger werden wollte, das mindeste, dass er sie einem Bürger verkaufen und sich mit dem Erlös begnügen musste.“ Vgl. Spangenberg, Vom Lehnstaat S. 28; Störmann S. 110 ff., 113, 115 f., 118 ff.

[1]) v. Below, Hist. Zeitschr. Bd. 75 (1895) S. 454 [8]; danach dürfte Redlich, Jülich-Bergische Kirchenpolitik I S. 42* und bes. Anm. 1 korrigiert werden.

[2]) Urkundenbuch Goslar I S. 408 f., no. 401; Zeumer, Städtesteuern S. 80; Friedberg, De finium p. 184 s.; Feine, Goslarischer Rat S. 31 ff., 52, 87 f.; Henrici, Schenkungen an die Kirche S. 26; Störmann S. 108.

[3]) Urkundenbuch Goslar II S. 249, no. 212; Schiller a. a. O. S. 81; Feine, Goslarischer Rat S. 146.

[4]) Huillard-Bréholles IV p. 667.

[5]) Schiller a. a. O. S. 14.

[6]) Urkundenbuch Goslar II S. 476, no. 475; Feine, Goslarischer Rat S. 129.

[7]) Urkundenbuch Goslar III S. 659, no. 996 (1334).

Mühlhausen [1]), Memmingen [2]), Kaufbeuren [3]), Buchhorn [4]), Esslingen [5]), Ulm [6]). Die Häufung der kaiserlichen Amortisationsprivilegien lässt, wie Schiller richtig bemerkt, nicht auf einen besonders grossen Notstand der Städte schliessen, sondern in erster Linie auf eine für die Städte günstige Konstellation. Vielfach haben wir zuerst die Ratsordnung, dann die kaiserliche Bestätigung [7]).

---

[1]) Redlich, Reg. Imp. VI no. 1112 (1279 Mühlhausen); no. 2035 (1286 Diessenhofen); vgl. auch R. Steinert, Das Territorium der Reichsstadt Mühlhausen i. Th., Forschungen zur Erwerbung, Verwaltung und Verfassung der Mühlhäuser Dörfer, Leipziger historische Abhandlungen, H. 23 (Leipzig 1910) S. 15.

[2]) Redlich no. 1966 (1286); zu den oberschwäbischen Königsstädten vgl. Müller, Oberschwäb. Reichsstädte S. 26 f. (Das Privileg Rudolfs für alle oberschwäb. Reichsstädte gegenüber der Toten Hand) S. 90, 93, 93 [3] (Ravensburg); S. 249 (Biberach); S. 253 (Lindau).

[3]) Redlich no. 1989 (1286).

[4]) Böhmer, Reg. Imp. 1246—1313 no. 154.

[5]) Ludwig der Bayer ging aber selbst wieder zum Grundsatz: res transit cum onere über. Böhmer, Reg. Imp. 1314—47, no. 1102 (1330 Amortisationsgesetz für Esslingen, Urkundenbuch Esslingen Bd. I S. 289 f., no. 592) und no. 2436 (1345 der Grundsatz: res transit cum onere, Urkundenbuch Esslingen Bd. I S. 405, no. 801), no. 2562 (1347 für Heilbronn Urkundenbuch Heilbronn Bd. I S. 83, no. 185). In Wetzlar verbot Ludwig der Bayer bei gleichzeitiger Bestätigung des Ungeldes zur Befestigung der Stadt der pfaffheit (zur Bezeichnung Werminghoff, Verfassungsgeschichte d. deutschen Kirche [2] S. 99 [1]), dem Reich bisher steuerpflichtige Güter innerhalb und ausserhalb der Stadt zu erwerben, vgl. Urkundenbuch der Stadt Wetzlar S. 475 ff. no. 1169 (1330, VI. 3).

[6]) Jäger, Verfassungsgeschichte S. 363; vgl. auch Nübling, Reichsstadt Ulm II S. 246. I S. 3; warum sie in Ulm, dem „deutschen Mailand“, erfolglos waren, siehe Kallen, Die oberschwäbischen Pfründen S. 139 u. 262.

[7]) Schiller a. a. O. S. 151. Es dürfe nicht heissen: „Wo etwa das kirchliche Uebergewicht bereits so drückend und fühlbar geworden war, dass die Städte nicht aus eigener Initiative zu reagieren wagten, erbaten sich dieselben kaiserliche oder landesherrliche Amortisationsprivilegien“ (so Kahl S. 51 f.), sondern es müsse eher heissen: „Wo

Landesherrliche Städte bieten, wie bereits angedeutet wurde, kein anderes Bild als die Reichsstädte. Die Einschränkung des kirchlichen Erwerbes und die Amortisation beginnt auch in ihnen bereits im 13. Jahrhundert und nimmt in den folgenden eine immer grössere Ausdehnung an [1]). Der

---

das erdrückende Uebergewicht der Kirche immer noch bestand und die Städte noch nicht zu ihrer vollen Kraftentfaltung gelangt waren, wandten sie sich an den Schirmherrn des Rechtes.“ Dies beweisen auch die Belegstellen bei Kahl S. 46—58; Körber, Kirchenrechtliche Theorie S. 14 sieht darin einen „Akt der Notwehr“, dass die Städte sich kaiserliche oder landesherrliche Amortisationsgesetze geben liessen.

[1]) Altenburg: Gengler, Stadtrechte S. 7 § 23 (1256: Heinrich d. Erl. von Meissen gebietet die Veräusserung von testamentarisch an die Kirche gefallenen Bürgergütern binnen Jahr und Tag; gilt 1356 noch, siehe Gengler, Codex p. 27 § 21); Dresden (Cod. dipl. Sax. Reg. II/5 S. 3, no. 5) erhält 1285 einen gegen die Tote Hand gerichteten Freibrief, der sich aber nicht volle Geltung errang, Richter, Verfassungsgeschichte Dresdens II S. 36 u. 63 ff.; III S. 74; Tittmann, Heinrich d. Erl. I S. 344; Leipzig: Cod. d. Sax. Reg. II/8 S. 25 no. 36 (1345 Ratswillkür von geheyze des Markgrafen von Meissen, das kayn geystlich ordo noch kayn geystlich man Erbe und Güter im Weichbild [Rietschel, Markt und Stadt S. 177 ff.] von Leipzig über Jahr und Tag habe); Lösnitz (1287) siehe Tittmann a. a. O. I S. 345; Gotha: Reinhard, De jure p. 230 s., 233; in Jena können mit Erlaubnis des Herzogs Wilhelm von Sachsen (1450) die Bürger alle Geistlichen zur Veräusserung der der Stadt bisher schossbaren Güter bewegen: Welchir aber so torstig were, dass er es nicht tut, kann durch Wegnahme sollicher schossbaren gutere gezwungen werden, Urkundenbuch Jena II S. 199 f., no. 455; S. 288, 333 f., 345 f.; Breslau: Korn, Urkundenbuch Breslau I S. 140 (1338), vgl. Görlitz, Die Uebertragung liegenden Gutes a. a. O. und Stutz, in Zeitschr. d. Sav.-Stift. f. Rechtsgeschichte Bd. 28 (1907) S. 585 f.; Braunschweig und Helmstadt: Sudendorf, Urkundenbuch II S. 59 f. u. S. 75; dazu F. Frensdorff, Das Braunschweigische Stadtrecht bis zur Rezeption, in Zeitschr. d. Sav.-Stift. f. Rechtsgesch. Bd. 26 (1905) S. 195—257, bes. 230 f.; Wipperfürth: Keutgen, Urkunden S. 154 ff., no. 145; v. Below, Berg. Zeitschr. Bd. 22 (1886) S. 40; Redlich, Jül.-Berg. Kirchenpolitik I S. 42*; Villingen: Oberrheinische Stadtrechte, II. Abt. (Schwäb. Rechte), H. 1: Villingen, bearb. von Chr. Roder (Heidelberg 1909) S. 49, no. 26 (Stadtrecht II, erneuert 1371, VII. 6) § 51.

Stadt Pforzheim hatte Markgraf Hermann VII. von Baden gegeben: preceptum generale, ut quecumque claustra cuuscumque ordinis possessiones et redditus, quos habent vel sunt in posterum habitura in terminis civitatis nostre Phorzheim, venditioni exponerent infra mensem, alioquin ad extunc ad manum nostri dominii volverentur. Nur dem Zisterzienserkloster Herrenalb, der Stiftung seiner Vorgänger, gab er ob reverentiam gloriose virginis et propter gratiam specialem et favorem die Erlaubnis: ut quascumque possessiones seu redditus . . . monasterium in Alba usque ad presentem diem habuit vel habet de cetero, possideat libere, licete et quiete. Er fügte aber bei: si vero de cetero aliqua huiusmodi in predictis terminis acquirere contingerit (!) vel habere, sub prescripto claustrorum titulo generali possideat, nisi largiorem licentiam obtineat de nostra et nostrorum successorum speciali gratia et favore [1]). Das gilt auch von den bayerischen und österreichischen Städten, wo ohnedies die Steuerexemtionen selten waren. Im Münchener Stadtrecht, das für weitere Bezirke, besonders für ganz Oberbayern von Bedeutung ward, bestimmte Ludwig der Bayer 1333 oder 1334: daz niement fürbaz nimmermer chain haus, chain hofstat, chain gilt, wie den genannt ist, chainerley garten noch aecker, die in der stat ze Munichen ligent oder in der stat gericht, chainem closter . . . sol ze chauffen geben [2]). Ja, 1345 verordnet er, dass alles seit

[1]) Wirt. Urkundenb. Bd. IX S. 129 f., no. 3622 (1287, III. 30); vgl. Wirt. Urkundenb. Bd. IX S. 149, no. 3657 (1287. VII. 28): Die Grafen Konrad und Heinrich von Vaihingen erlauben den Predigernonnen zu Pforzheim die Erwerbung einer Hofstatt in Vaihingen. Dieselbe ist steuerfrei. Was sie weiter bauen, sol bete geben. Erhalten sie durch got deheinerslahte gůt, so soll es in Jahresfrist an Bürger verkauft werden; ähnlich die Abmachung von Ammann, Rat und Bürgerschaft zu Mengen mit den Wilhelmiten wegen einer Hofstatt infra muros. Ruhig besitzen dürfen sie die als Seelgerät extra muros erhaltenen Güter und Immobilien sowie die letzteren infra muros vel extra. Wirt. Urkundenb. Bd. IX S. 148, no. 3656 (1287, VII. 23).

[2]) Kahl S. 190 f., 191 [5]; vgl. Schultze, Gästerecht a. a. O. S. 492.

zehn Jahren auf Eigen und Erb bestellte Seelgerät[1]) von den Gotteshäusern an die Bürger verkauft werden solle[2]). Für die österreichischen Städte weist v. Srbik nach, dass auch hier die Amortisationsgesetzgebung der Initiative der Bürgerschaft zuzuschreiben ist und der territorialen vorangeht[3]). Von der grössten Bedeutung musste Wiens Stellung gegenüber der Toten Hand werden, weil sein „Recht gerade im 14. Jahrhundert durch Uebertragung auf andere Städte, ja durch Eindringen selbst ins flache Land zur Bildung eines einheitlichen Territorialrechtes beizutragen beginnt“[4]). Seit Ende des 13. Jahrhunderts ging in Wien den geistlichen Grundherrschaften von der Immunitäts- und Hofgerichtsbarkeit Stück um Stück verloren[5]). Im Wiener Stadtrecht Albrechts II., in der Handfeste vom 24. Juli 1340 ist das Wiener Amortisationsstatut erneuert und verschärft. Die Vergabung liegender Güter im Stadtgebiet ist nur vor dem Rat oder den Genannten zulässig. Ererbtes Gut ist von einem Kloster in Jahresfrist zu veräussern. Unmündige, ins Kloster Gehende müssen ihre Sache durch die nächsten Erben vor den Rat bringen lassen[6]). Rudolf IV. lässt

---

[1]) Ueber das Seelgerät vgl. jetzt besonders Henrici, Schenkungen an die Kirche S. 22 f.; zur Lit. S. 50 Anm. 76; S. 27 (die Mobilien, die „bescheidenen“ Seelgeräte in den Städten); S. 36 und S. 60 Anm. 140 (Hinweis auf Heinrich Brunner, Zur Geschichte der ältesten deutschen Erbschaftssteuer, Festschrift für v. Martitz, Berlin 1911, S. 20, Ursprung der Erbschaftssteuer im Institut des Seelgeräts), S. 49 f. Anm. 73a (die Wachszinsigkeit, „Seelgeräte unter Lebenden“).

[2]) Böhmer, Reg. Imp. (1314—1347) no. 2429.

[3]) v. Srbik S. 168, 171 f., was er über die Beurkundung von Rechtsgeschäften sagt, muss noch genauer untersucht werden; vgl. K. Uhlirz, Hist. Zeitschr. Bd. 94 (1905) S. 151.

[4]) v. Srbik S. 182.

[5]) v. Srbik S. 179 ff.; Werminghoff, Verfassungsgeschichte d. deutschen Kirche² S. 104.

[6]) Weis-Tomaschek I S. 104 ff., no. XXXVII; S. 111 Art. 54; Werunsky, Reichs- und Rechtsgeschichte S. 134; v. Srbik S. 172 f.

am 20. Juli 1361 jedes Vermächtnis an Gotteshäuser, Klöster, Mönche, Nonnen, Pfaffen vor dem Rat abschliessen. Im nächsten Jahr muss das Vergabte an eine Person in Wien verkauft werden, die mit der Stadt leidet und dient [1]). Die Bürgerschaft ist aber mit dem ihr vom Herzog Zugestandenen noch nicht zufrieden. Sie geht von der Einschränkung des unentgeltlichen Erwerbes über zu der des entgeltlichen [2]).

Schliesslich bildet noch der Hinweis auf die rheinischen Bischofstädte eine gute Illustration der Entwicklung der städtischen Amortisationsgesetzgebung in Deutschland. In Köln beginnt sie den Klöstern gegenüber, da immer neue Gründungen vorkamen und diese nebst den alten für einen beträchtlichen Teil des städtischen Bodens dem bürgerlichen Erwerb Konkurrenz machten und der städtischen Steuer und Wehrpflicht entfremdeten [3]). Das Minoritenkloster [4]) und die Augustiner [5]) gingen auf die Forderungen des Rates ein. Aber die Dominikaner schritten in ihrer Opposition zur Anwendung von Zwangsmassregeln. Deshalb der scharfe Ausspruch im Mai 1347: quod fratres ordinis praedicatorum non sunt capaces ad tenendum

---

[1]) Weis-Tomaschek I S. 152—154, no. LXIV; auch v. Schwind-Dopsch, Ausgewählte Urkunden S. 202 ff., bes. S. 204, no. 106 (20. Juli 1361); v. Myrbach, Besteuerung der Gebäude a. a. O. S. 567 f.; K. Wahle, Die Wiener „Genannten“ als Urkundspersonen, M. J. Oe. Bd. 34 (1913, S. 636—652) S. 651; zu den „Genannten“ vgl. v. Luschin I² S. 321; vgl. auch A. Winiarz, Erbleihe und Rentenkauf in Oesterreich ob und unter der Enns im Mittelalter, Untersuchungen zur deutschen Staats- und Rechtsgesch., herausg. von O. Gierke, H. 80 (Breslau 1906) S. 63 ff. (Die rudolfinischen Ablösungsgesetze); zum Vergleich siehe Schreiber, Erbleihe in der Stadt Strassburg S. 197 f., 232 ff., 243. Zur Vergleichung mit der Handfeste Albrechts II. siehe Werunsky S. 134.

[2]) v. Srbik S. 173.

[3]) Keussen, Topographie I S. 5*; Lau, Kommunale Verfassung S. 240.

[4]) Ennen u. Eckertz, Quellen IV S. 292, no. 280; vgl. Henning, Steuergeschichte von Köln S. 21.

[5]) Lacomblet III S. 336, no. 424; vgl. Lau, Kommunale Verfassung S. 240.

possessiones, domos, redditus vel census nec in proprio nec in communi. Die Morgensprache lautete sogar dahin, dass hereditates, domus, census vel redditus in proprio vel communi erunt exnunc casse, irrite, extincte [1]). Eine Urkunde vom Mai 1350 lehrt, dass das Karmeliterkloster schon 1346 mit der Stadt einen Vertrag abgeschlossen hatte und nun zwecks Vergrösserung seiner Klosterbauten einen genau begrenzten Distrikt erwerben durfte [2]). Aus dem grossen Vergleich mit dem Karmeliterkonvent vom 21. Juli 1356 ist besonders bemerkenswert: Der gegenwärtige Besitzstand ist auf den Verbleib eines genügenden Einkommens für das Kloster einzuschränken. Weiterer Erwerb von Grund und Boden in der Stadt durch die Karmeliter hört auf. Vermächtnisse können zum Zweck baldigster Veräusserung angenommen werden [3]). Die am 13. September 1359 auf die Klagen der Kapitel der Kirchen Magdeburg, Mainz und Köln hin erlassene Karolina [4]) hemmte Kölns Amortisationspolitik nicht. Das neue Gesetz vom 2. Oktober 1385 dehnte die Amortisation sogar bedeutend aus [5]). Bisher waren die Klöster betroffen gewesen. Nun darf keine weltliche Person an: eyngen gestichten, goitzhusen, conventen, hospitalen, heilgemgeysthûse, paffen, moengen, nûnnen of eynger anderre geystliger personen eynich erve, erfrente of erfzijnse in irgend einer Weise bringen. Die Busse wird der Höhe des Wertes des Gegebenen gleich gesetzt [6]). Leibgedinge müssen in

---

[1]) Ennen u. Eckertz, Quellen IV S. 305, no. 292; vgl. Chroniken der deutschen Städte Bd. XIV (Cöln III, Allgem. Einleitung von Carl Hegel) S. CLXIII [3].

[2]) Ennen u. Eckertz, Quellen IV S. 327 ff., no. 317; Henning, Steuergeschichte von Köln S. 21 ff.

[3]) Ennen u. Eckertz, Quellen IV S. 423, no. 383.

[4]) Huber, Reg. Imp. VIII no. 3006.

[5]) Stein, Verfassung und Verwaltung von Köln I S. 130—133; Wiesehoff, Stellung der Bettelorden S. 54 u. 54 [1]; Chroniken der deutschen Städte Bd. XIV S. CLXIII f.

[6]) Stein, Verfassung und Verwaltung I 132, § 1.

Jahresfrist laisiert werden [1]). Von erve und erfrente der Geistlichen gilt dasselbe. Andernfalls müssen, die zurzeit darin sitzen, danuss varen und dat erve ledich laissen stain [2]). Die Tendenz geht also auf Einschränkung des Besitztums der ganzen Geistlichkeit [3]). Hegel sagt mit Recht: „Eine andere Frage ist freilich, ob und inwieweit der Rat auch imstande war, solches Verbot gegenüber der Geistlichkeit aufrecht zu erhalten und durchzuführen. Denn es ist mit Grund zu bezweifeln, dass die Zwangsmittel, welche in dem Ratsbeschluss selbst enthalten sind, wirksam und ausreichend waren“ [4]). Es war nicht anders zu erwarten, als dass das Gesetz vom 2. Oktober 1385 umgangen wurde, besonders als noch 1437 strenge Verordnungen über Vermächtnisse und Testamente an die Tote Hand erlassen worden waren [5]). Besonders die Beginen

---

[1]) Ebenda § 2.

[2]) Ebenda § 3.

[3]) Stein, Verfassung und Verwaltung I S. 211—219 und die dortigen Angaben aus den Eidbüchern.

[4]) Chroniken der deutschen Städte Bd. XIV S. CLXIV.

[5]) Vgl. Keussen, Topographie a. a. O. (über ihn Beyerle, Entstehung der Stadtgemeinde Köln S. 3: „Keussen, Der gründlichste Kenner der historischen Topographie von Köln“) I S. 5* (vgl. auch S. 145*) 1385: „Die einschneidendste Massregel. Der Rat erliess das endgültige städtische Gesetz gegen die tote Hand, das in die grundlegende Statutenverfassung von 1437 Aufnahme fand. Es ist stets in Kraft geblieben, freilich nicht immer mit Energie und Zielbewusstsein zur Ausführung gelangt. Aber der richtige Zeitpunkt zur Abwehr war im 14. Jahrhundert schon längst überschritten. Die Vorherrschaft der toten Hand ist einer der Hauptgründe zum Stillstand und damit auch zum Rückschritt der einstens grössten Stadt Deutschlands geworden.“ Wiesehoff, Stellung der Bettelorden S. 54 f.: „Doch alle diese Bestimmungen, die den Uebergang von bürgerlichem Gut an die tote Hand hindern sollten, liessen sich umgehen. Wer sein Gut einem der Bettelorden zuwenden wollte, konnte Kapitalien des Klosters aufnehmen und so sein Gut, das dem Gläubiger als Sicherheit diente, mit Hypotheken (vair) belasten. Im Einverständnis mit dem Darleiher stellte er dann die Zinszahlung ein und liess das hypothekarisch verschuldete Gut dem Kloster verfallen. Um diesen Weg der Zuwendung abzuschneiden,

mussten, weil sie das Gesetz umgehen wollten, überwacht werden. 1487 wurde die Einsetzung einer Kommission zur Verhütung neuer Bauten an Beginenhäusern notwendig[1]).

---

verbot der Rat den Bürgern, ihr Erbe auf diese Weise verfallen zu lassen, und setzte auf Vergehen dieser Art eine Busse fest, die dem Werte des Gutes gleichkam.' Er bestimmte aber auch ferner, alle Hypothekenschulden der Bürger sollten abgelöst werden." Vgl. Stein a. a. O. I S. 133 § 6 u. 7.

[1]) Stein, Verfassung und Verwaltung II S. 624, no. 463; II S. 571: Wiederherstellung des früheren Zustands in zwei umgebauten Konventen. Die Beginen hatten ohne Erlaubnis des Rates zwei Häuser: ineyn gebrochen ind eyne unverdeilte wonynge ader convent davan mit eynre capellen ind kirchvynsteren haint understanden upzurucken ind zo machen, damit dieselve huysere understanden geistlich convente ind goitzhuysere zo machen ind also uyss den werentlichen henden zo brengen. Stein II S. 594, no. 457: Befehl an die Steinmetzen und Zimmerleute, keine Neubauten von oder an Begarden- und Beginenhäusern vorzunehmen. Auf die Beginen wurde auch sonst in Steuersachen ein Druck ausgeübt. Gierke, Genossenschaftsrecht I S. 435; H. Finke, Konzilienstudien zur Geschichte des 13. Jahrhunderts. Ergänzungen und Berichtigungen zu Hefele-Knöpfler, Konziliengeschichte Bd. V u. VI (Münster 1891) S. 39; vgl. K. Bücher, Die Frauenfrage im Mittelalter² (Tübingen 1909). In Köln sind die Beginen steuerpflichtig: Ennen u. Eckertz, Quellen II S. 270, no. 270 (1247); ebenso in Lübeck, Hartwig, Lübecker Schoss S. 52 f.; in Erfurt, vgl. Urkundenbuch I S. 211, no. 325 (1282); in der Frankfurter Schossordnung sind sie in die Steuerpflicht eingestellt. Bücher, Zwei mittelalterliche Steuerordnungen S. 155, Art. 56; eine Exemtion für Beginen Wirt. Urkundenb. VIII S. 479 (1284). Zur Stellung der Beginen vgl. noch H. Höhn, Geschichte der württemb. Stadt Grötzingen unter Berücksichtigung der Aemter Nürtingen und Neuffen bis 1700 (Tübinger phil. Diss. 1907) S. 32; J. Biergans, Die Wohlfahrtspflege der Stadt Aachen in den letzten Jahrhunderten des Mittelalters (Münsterische phil. Diss. 1909) S. 12; J. K. Heidenreich, Das Armenwesen der Stadt Warburg bis zum 19. Jahrhundert mit Berücksichtigung der wichtigsten fürstbischöflich-paderbornischen Bettelordnungen (Münsterische phil. Diss. 1909) S. 18 f.; M. Heimbucher, Die Orden und Kongregationen der katholischen Kirche Bd. II² (Paderborn 1907) S. 182, 495, 500; Henrici, Schenkungen an die Kirche S. 28 und S. 52 Anm. 100 (zu der gegen monic eder beghine nicht freundlich gesinnten Glosse des Sachsenspiegels S. 28).

Worms beklagt sich 1407 und 1410 [1]) vor dem König über die Ausdehnung des geistlichen Besitzes. Die vorher bedehaften Güter sollen wieder in Laienhände kommen [2]). Am 1. Mai 1455 erhält die Stadt von Kaiser Friedrich III. mit der Bestätigung der städtischen Freiheiten ein Amortisationsgesetz [3]).

Mainz hatte 1355 (1356) das Vermächtnis von Immobilien, Zinsen und Gülten an kirchliche Institute verboten. 1366 wurde das Verbot dahin modifiziert, dass das Vergabte in Jahresfrist zu veräussern sei. In Speier verstummen seit dem 14. Jahrhundert die Klagen über das Anwachsen des kirchlichen und klösterlichen Besitzes nicht [4]).

Besonders interessant ist das Verhalten Strassburgs. In der Erweiterung zum vierten Stadtrecht (5. Dezember 1276) wurde die Errichtung neuer Klöster in der Stadt verboten. Die ausserhalb der Stadt liegenden dürfen nicht in sie hereingebaut werden [5]). Die letzte Bestimmung war gegen die Dominikaner gerichtet, die ihre Niederlassung 1249 in die Stadt verlegen wollten [6]). Im Verlauf der Streitigkeiten beriefen sie sich auf päpstliche Briefe in ihrem Willen, das sü möhtent ire vatter und můter und ire fründe erben also

---

[1]) Boos, Städtekultur II [2] S. 258.

[2]) Boos, Urkundenb. III S. 270 f., no. 30.

[3]) Chmel, Regesta Friderici no. 3360; zur Forderung der Wormser gegen die Sonderstellung des Klerus im Jahr 1525 siehe Störmann S. 160.

[4]) Für Mainz und Speier Seidenberger, Kämpfe der Mainzer Zünfte gegen Geistlichkeit und Geschlechter, Hist. Jahrb. Bd. VIII (1887) S. 449 ff., Bd. IX (1888) S. 10 ff.; für Mainz vgl. die von Werminghoff, Reichskriegssteuergesetze S. 206 [1] angegebene Literatur, ebenso Störmann S. 70 u. 102, für Speier Störmann S. 71.

[5]) Urkundenbuch Strassburg (Strassburg 1897 ff.) Bd. IV (2), bearb. von A. Schulte und G. Wolfram S. 11; Keutgen, Urkunden S. 471, no. 372.

[6]) Kothe, Kirchliche Zustände Strassburgs S. 67; Wiesehoff, Stellung der Bettelorden S. 47 u. 47 [2].

weltliche lüte [1]. Als der Rat energisch auf Befolgung der alten Gesetze drängte, mieden sie die Stadt drei Jahre lang [2]. Die Stadt wurde mit dem Interdikt belegt, der Rat exkommuniziert (1287) [3]. Schliesslich wurde der Streit zuungunsten Strassburgs entschieden. In den 48 erhaltenen Testamenten von 1289—1332 sind die Dominikaner nicht weniger als vierundzwanzigmal bedacht, darunter zehnmal als die stark bevorzugten Erben [4].

Basel verfährt in der Eindämmung der wirtschaftlichen Macht des Klerus, in der Sicherung des Wohlstandes der weltlichen Einwohnerschaft mit Zurückhaltung. „Wie es später und mässiger als andere Städte Bestimmungen gegen die Häufung von Immobilien in der Hand der Kirche trifft, so sehen wir auch hier, dass der Rat dem Klerus, den er im

---

[1] Chroniken der deutschen Städte Bd. IX (Strassburg II, Chronik des Jacob Twinger von Königshofen) S. 734 (Jahr 1277), S. 972 (Beilage III, Recht der Geistlichkeit und der Klosterorden): im Jahr 1283 haben die Minoriten auf das Erbe von Bürgergütern verzichtet.

[2] Ebenda S. 734: hie zwüschent wůs lang ror und gras und nesseln in ire kirchen und lichofe. Die deutschen Texte vergleichen die flüchtigen Kleriker gern mit Vögeln, die ihr warmes Nest verlassen müssen. Dix, Interdikt S. 62, 65[5] (Hinweis auf eine von Chroust, Immunitätenstreit S. 112 mitgeteilte Stelle).

[3] Chroniken Bd. IX S. 971, vgl. Urkundenbuch Strassburg II (bearb. von W. Wiegand) S. 69 ff., no. 113—118.

[4] Zur Erbschleicherei der Dominikaner in Strassburg Urkundenbuch Strassburg II S. 78, no. 120; Wiesehoff a. a. O. S. 49 f.; Martha Goldberg, Das Armen- und Krankenwesen des mittelalterlichen Strassburg (phil. Diss. von Freiburg i. Br. 1909); Kothe a. a. O. im 2. Abschnitt; Störmann S. 115. Zur Erbschleicherei in Landshut Rosenthal, Beiträge Anh. Beil. XVII no. 1; Dresden, Richter, Verfassungsgesch. III S. 326; Vorbeugung gegen Erbschleicherei in Braunschweig siehe Fahlbusch, Finanzverwaltung S. 112. Zur gewalttätigen Aneignung des Nachlasses durch Geistliche in Basel und zu den Verhältnissen in Zürich siehe Henrici, Schenkungen an die Kirche S. 29 und S. 53 Anm. 104 u. 105, vgl. auch S. 32 (Angriffe gegen das Gütersammeln der Kirche an Sterbebetten).

Politischen meistert, im Finanziellen nicht allzu wehe tun will"[1]).

In den deutschen Territorien setzte die Amortisationsgesetzgebung später ein als in den Städten[2]). Letztere hatten für die ersteren in dieser Hinsicht die Rolle des Wegbereiters[3]) gespielt. Aus Gründen, die oben angedeutet wurden, waren die Städte dazu gezwungen. Die deutsche Stadt, von Haus aus eine Realgemeinde, musste auf ihrem kleinen Gebiet eine konsequente Bodenpolitik verfolgen und konnte im modernen Zug ihrer Eingemeindungs- und Einungsbestrebungen Grundsätzen, die immer mehr veralteten und von der ganzen Entwicklung überholt wurden, nicht einen noch volleren inneren und äusseren Inhalt leihen. Daran musste sie um so mehr festhalten, als gerade sie, die Stadt, von den im 13. Jahrhundert entstandenen Orden, vor allem den Bettelorden und dem der Prediger, als Feld für deren Gründungen erwählt wurde, und als sich diese der Gebefreudigkeit vor allem der Besitzenden unter dem Bürgertum erfreuen durften[4]), während

---

[1]) Wackernagel, Geschichte der Stadt Basel II, 2 S. 929, zur städtischen Amortisationsgesetzgebung S. 926—929. Es gilt auch mindestens zum Teil, was Henrici, Schenkungen an die Kirche S. 52 Anm. 104 mit Recht bemerkt, dass „dem Geiste dieser Gesetzgebung gemäss der Kirche damit zu verstehen gegeben wurde, dass ihr Zustand und ihre Leistungen nicht mehr befriedigten, dass die Meinung vieler eine andere geworden sei".

[2]) v. Below, Zeitschr. d. Berg. Gesch.-Ver. Bd. 26 (1890) S. 14 Anm. 5; v. Srbik S. 171; v. Below, Untergang der Stadtwirtschaft S. 472 Anm. 86a; Derselbe, Städtische Verwaltung als Vorbild der Territorialverwaltung S. 454 f.

[3]) Schiller, Bürgerschaft und Geistlichkeit in Goslar S. 204; vgl. G. v. Below, Art. Grundsteuer in älterer Zeit, Handwörterbuch d. Staatswissensch. V (1910) S. 198; Derselbe, Untergang der Stadtwirtschaft S. 595, 595 Anm. 101.

[4]) Vgl. Flamm, Wirtschaftl. Niedergang Freiburgs i. Br. S. 118 ff.; Henrici, Schenkungen an die Kirche S. 25 f. Hingewiesen sei hier besonders auf H. Hefele, Die Bettelorden und das religiöse Volksleben Ober- und Mittelitaliens im 13. Jahrhundert (Beiträge zur Kulturge

die alten Orden, Benediktiner und Zisterzienser, auf dem platten Lande ihre Grossgrundherrschaften hatten. Henrici stellt fest: „Mit dem Aufkommen der Städte überwiegen naturgemäss die dort abgeschlossenen Rechtsgeschäfte immer mehr, und ganz augenscheinlich verlegt sich der Schwerpunkt von den Kirchen und Klöstern auf dem platten Land auf die Kirchen und Klöster in der Stadt. Nun sind sie an der Reihe, und an ihnen macht sich gewissermaßen eine Renaissance jenes gebefreudigen Geistes geltend, dem die älteren Anstalten draussen früher ihren so reichen Besitz verdankt hatten" [1].

Im 13. Jahrhundert fehlen die territorialen Amortisationsgesetze noch ganz [2]. Das erste des 14. Jahrhunderts stammt aus Oesterreich, wo der Klerus doch nur eine ziemlich bedingte Steuerfreiheit besass [3]. Rudolf III. erliess 1302 oder 1303 ein allgemeines Verbot, kein Kleriker, ob Regular- oder Säkulargeistlicher, dürfe ohne seine Erlaubnis Realitäten oder Einkünfte in seinen Ländern entgeltlich oder unentgeltlich erwerben [4]. Dieses Gesetz wurde nun vor allem von den Städten durchgeführt [5] und blieb sicher in der

schichte des Mittelalters und der Renaissance, herausg. von Walter Goetz (Leipzig und Berlin 1910).

[1]) Henrici, Schenkungen an die Kirche S. 24. 25, vgl. S. 14.

[2]) Zur Literatur über die Amortisationsgesetzgebung vgl. Stutz, Kirchenrecht [2] S. 347; Friedberg, Kirchenrecht [6] S. 556 [15]; Sägmüller, Kirchenrecht II [3] S. 437 [4]; von der von Henrici S. 62 Anm. 156 verzeichneten Literatur Chr. Meurer, Art. Amortisationsrecht, Wörterbuch des deutschen Staats- und Verwaltungsrechts, herausg. von Max Fleischmann, Bd. I [2] (Tübingen 1911) S. 92—101; J. Biederlack, Art. Tote Hand, Staatslexikon der Görresgesellschaft Bd. II [4] (Freiburg 1911) Sp. 1015—1023.

[3]) v. Srbik S. 173 f.; nicht 1311, wie es bei Kahl S. 315 u. 226 zu lesen ist.

[4]) v. Srbik S. 174 [2]; es muss aber heissen F. R. Austr. II/3 (1851) S. 337 f. Falls das oben S. 225 angeführte preceptum generale des Markgrafen Hermann VII. von Baden (Wirt. Urkundenbuch Bd. IX S. 129 f., no. 3622) für weiteres Gebiet gegolten hätte, wäre dieses als erstes uns bekanntes territoriales Amortisationsgesetz zu betrachten.

[5]) v. Srbik S. 175; Stiftungsbuch von Zwettl, F. R. Austr. II/3 S. 472.

unmittelbar folgenden Zeit in Kraft [1]. Bei Uebereignung von Gütern kehrt die Formel wieder: statuto nostro, quo cavetur et inhibetur, ne clerici religiosi vel ecclesiasticae personae (exnunc inantea) praeter nostram licenciam possessiones et redditus in terris nostris debeant comparare, aliquatenus non obstante [2]. In solch allgemeiner Fassung war das Amortisationsgesetz wirkungslos und unausführbar. Ein neues erliess Rudolf III. nicht, dieses kam nach zehn Jahren ausser Uebung [3].

In anderen Territorien sind allgemeine Amortisationsgesetze oder kirchliche Erwerbsbeschränkungen vor der Reformation noch ziemlich selten. Die von Kahl gegebene chronologische Uebersicht [4] dürfte Einzelbestimmungen zu leicht eine allgemeine Geltung beilegen. Man mag sie aber strenger oder milder werten, „es ist Tatsache, dass in den

---

[1] v. Srbik S. 175 [5].

[2] v. Srbik S. 176; Urkundenbuch ob der Enns VI S. 611 f. Anh. no. 49; S. 604 Anh. no. 39.

[3] v. Srbik S. 175.

[4] Kahl, Amortisationsgesetze S. 315. Das Amortisationsgesetz des Herzogs Wilhelm für Jülich von 1511, gedruckt bei v. Below, Landtagsakten I S. 163 f. § 4; vgl. Redlich, Jül.-Berg. Kirchenpolitik I no. 190 S. 187 u. S. 110. Nach K. Holder, Beiträge zur Geschichte der Amortisationsgesetzgebung unter der Regierung der Kaiserin Maria Theresia (1740—80), Archiv für katholisches Kirchenrecht Bd. 84, 3. F. Bd. 8 (1904, S. 283—298) S. 284, 284 [1], 285 haben wir die ersten Amortisationsgesetze in den Niederlanden zu suchen; zum Gesetz König Johanns von Böhmen für Stadt und Territorium Breslau siehe Störmann S. 70. Für Frankreich siehe Holtzmann, Franz. Verfassungsgesch. S. 46, 167, 256, 291 f. (der Erwerb von Allodien durch die Kirche seit 1275 von der Zahlung einer Abgabe an den Fiskus abhängig gemacht); für England siehe Hatschek, Englische Verfassungsgesch. S. 180 (Gesetz gegen die Tote Hand, Statutum de viris religiosis 1279), S. 206, 319 f. Zum Gesetz 1498 für das Siegerland, wo übrigens „der geistliche Besitz nur einen recht geringen Teil des Landes ausmachte", vgl. K. Sterzenbach, Das Steuerwesen des Siegerlandes im Mittelalter (Münsterische phil. Diss. 1911) S. 9; Ansätze zu Amortisationsgesetzen in Württemberg Wülk und Funk, Kirchenpolitik der Grafen von Württemberg S. 39.

geistlichen Territorien stets die häufigsten und einschneidendsten Amortisationsgesetze erlassen worden sind" [1]).

Das Letztere schon tut dar, dass wir in der genannten Gesetzgebung nicht lediglich, wie es scheinen könnte, einen Akt der Opposition gegen die Kirche sehen dürfen [2]). In der reichen Zuwendung von Seelgeräten und in der Vergabung von Gütern durch Testament sprach sich der der Kirche ergebene Sinn des Bürgers aus [3]); in ihrer Gesetzgebung musste die

---

[1]) Kahl a. a. O. S. 9 (Kurköln 1385, sonst hauptsächlich in der Neuzeit); zum katholischen Staatswesen Bayern, wo „das allgemeine Landesinteresse" ebenfalls „den Sieg über das kirchliche Prinzip gewinnen musste", Kahl, Art. Amortisationsgesetze, Handwörterbuch der Staatswissenschaften I³ S. 435; Friedberg, Gränzen S. 236.

[2]) Vgl. Schiller a. a. O. S. 203; Fahlbusch, Finanzverwaltung S. 111⁵; Werminghoff, Reichskriegssteuergesetze S. 3: „Die Auseinandersetzung der Bürgerschaften mit dem Klerus innerhalb der städtischen Mauern" war aus wirtschaftlichen Gründen unausbleiblich. Hingewiesen sei auf die Begründung des Verbots von Vergabungen an Ewigkeiten im dritten Ueberlinger Stadtrecht vom Jahr 1520, siehe Oberrheinische Stadtrechte, II. Abt. (Schwäb. Rechte), H. 2: Ueberlingen, bearb. von Fritz Geier (Heidelberg 1908) no. 46 § 81 S. 309. Es heisst, dass durch ewige ergebungen und der frembden eintringen lestlich der mererthail der besten und gelegnesten güeter von der statt und den gerichten ... nit mit geringem nachthail und schaden, andern aber zů grossem vorthail und gutem gezogen werden, und letstlich mit beschwerden widerumb zů erlangen sein möchten. Die Wormser machen 1525 gegen die Sonderstellung des Klerus geltend, sie sei: widder dieser stadt oberkeit und herligkeit, dem heiligen reich zu nachteil, siehe Störmann S. 160.

[3]) Körber, Kirchenrechtliche Theorie S. 14: Die Amortisationsgesetze standen „letzthin doch im Widerspruch zu dem sittlich-religiösen Bewusstsein des Volkes, das in den Zuwendungen an die Kirche ein Gott gefälliges Werk erblickte. Allen Amortisationsgesetzen zum Trotz ist die Zahl der frommen Stiftungen gerade in den Städten während des 14. und 15. Jahrhunderts noch gewachsen ..."; Schultze, Stadtgemeinde und Kirche S. 111; Schiller a. a. O. S. 106²: „Das wird man von vornherein sagen dürfen, dass man sich in dieser Frage vor Verallgemeinerungen aus Verordnungen zu hüten hat. Die radikalen Erlasse der städtischen Behörden sind — wenigstens in Goslar — keines-

Bürgergemeinde vor allem auf die Erhaltung ihres ökonomischen Bestandes[1]) Bedacht nehmen, die „ständische Teilung des wirtschaftlichen Daseins“ [2]) durchführen und ihre Forderungen um so strenger und in verschiedenen Formen stellen [3]), je weniger sie mit ihnen durchdrang [4]). Denn bestenfalls er-

---

wegs immer so gedacht, wie sie klingen. Denn sie sollten ja nicht dazu dienen, die Geistlichkeit in ihrer Existenz zu bedrohen, sondern sie sollten nur verhindern, dass die Städte dem Klerus wehrlos ausgeliefert werden. Ueberhaupt ist es nicht ganz ratsam, bei Ermittlung solcher und ähnlicher Beziehungen den Klagen der Stadt und den Ratsverordnungen allzu hohen Wert beizumessen; den ersteren nicht, weil sie es wohl nicht an Uebertreibungen fehlen liessen, den letzteren nicht, weil sie zumeist ganz allgemein gehalten sind, ohne ihren Gegner genau zu bezeichnen und fast immer als das Produkt eines besonders kritischen Augenblicks sich darstellen, mit den einer Kampfesgesetzgebung eigentümlichen Merkmalen. Das wirkliche Leben aber auch in der Rechtsgestaltung zwischen Bürgerschaft und Geistlichkeit floss voller und ruhiger dahin“; vgl. Störmann S. 118 f.; vgl. allgemein F. Frensdorff, Das Wiedererstehen des deutschen Rechts. Zum 100jährigen Jubiläum von K. F. Eichhorns Rechtsgeschichte. Zeitschr. d. Sav.-Stift. f. Rechtsgesch., Germ. Abt., Bd. 29 (1908, S. 1—78) S. 20.

[1]) Vgl. E. S. Dyckerhoff, Die Entstehung des Grundeigentums und die Entwicklung der gerichtlichen Eigentumsübertragung an Grundstücken in der Reichsstadt Dortmund, Deutschrechtl. Beiträge, herausg. von K. Beyerle, Bd. III, H. 1 (Heidelberg 1909) S. 92 f.

[2]) v. Below, Landtagsakten I S. 139.

[3]) Die Wiederholung ein Beweis ihrer Erfolglosigkeit, v. Stempell, Ewige Renten S. 31; vgl. oben S. 229 u. 236; frühere Amortisationsgesetze in Ueberlingen, vgl. Oberrh. Stadtrechte, II. Abt., H. 2 no. 1 § 76 S. 19; no. 22 § 80 S. 71.

[4]) Kahl S. 24: „Aus der Geschichte der eigentlichen Amortisationsgesetzes tritt uns mit überwältigender Bestimmtheit die Tatsache entgegen, dass diese seltener etwas genützt, öfters ihren Zweck vollkommen verfehlt haben. Die deutsche Rechtsgeschichte allein hat viele Hunderte von Amortisationsgesetzen aufzuweisen, denen gewissermassen zum Trotz die Reichtümer der Kirche sich dergestalt vermehrten, dass die Beseitigung ihres ökonomischen Uebergewichtes im Anfange dieses Jahrhunderts nur durch die Gewalttat der Säkularisationen (zu S. 21 f. Anm. 5 oben vgl. auch Henrici, Schenkungen an die Kirche S. 13, 15, 46 f. Anm. 43, Lit.; Sägmüller, Kirchenrecht II³ S. 436⁵ f.) erreichbar erschien.

zielte sie nur Teilerfolge, die ihr oft genug durch Umgehung der Gesetze, vor allem die Treuhänderschaft [1]), entwunden werden

In der Umgehung der Amortisationsgesetze war man überall erfinderisch. Für die Verheimlichung unerlaubt gewonnenen Güterbesitzes fanden sich stets Mittel und Wege. Bei den Amortisationsgesetzen wurde die tote Hand reich. Diese Erfahrung haben alle Staaten gleichmässig gemacht." Ueber die Inkonsequenz bei Gesetzgebung und Durchführung besonders Redlich, Jül.-Berg. Kirchenpolitik I S. 43*; vgl. bes. Störmann S. 120 f.: „Es war ein grosser Gesetzesapparat, der in den deutschen Städten von den Magistraten gegen den kirchlichen Güterbesitz aufgeboten wurde. In einzelnen Fällen erwiesen sich diese Ausnahmegesetze trotz aller Mühe bei ihrer Abfassung und Handhabung als stumpfe Waffen. Dazu trug das Bürgertum selbst nicht wenig bei. Während es nämlich einerseits Amortisationsgesetze gegen den kirchlichen Besitz erliess, mehrte es diesen anderseits durch bedeutende Schenkungen. Die Geschenkgeber gehörten den besitzenden Klassen an. Zwischen den unteren Volksklassen und dem Klerus entstand unter diesen Umständen verschiedentlich eine gefährliche Spannung, die in der Reformationszeit durch Flugschriften verschärft wurde"; vgl. auch J. Asen, Das Leprosenhaus Melaten bei Köln (Bonner phil. Diss. 1908) S. 36; Kaser, Deutsche Geschichte Bd. II S. 370.

[1]) Uebernommen wurde die wirtschaftliche Nutzung des Grundstücks oder Gutes, ein Bürger behielt rechtlich das Eigentum und damit die Erfüllung der daran hängenden Verpflichtungen gegen die Stadt. Schultze, Gästerecht a. a. O. S. 491; Derselbe, Vorgeschichte unserer heutigen Kirchengemeinden, Internationale Monatsschrift für Wissenschaft, Kunst und Technik, 8. Jahrg. no. 7 (April 1914, Sp. 785—812) Sp. 798 ff. Den Geistlichen gelang es eher als den Gästen, Bürger für die Rolle der Treuhänder zu gewinnen, so in Konstanz, ebenda S. 493, vgl. v. Stempell, Ewige Renten S. 27; K. Beyerle, Grundeigentumsverhältnisse und Bürgerrecht im mittelalterlichen Konstanz Bd. I, 1. Teil, Das Salmannenrecht (Heidelberg 1900) S. 11 ff. (Die ältere Treuhand) 13, 22 ff. (Das neuere Salmannenrecht), 33, 35 ff., bes. 68 ff. (Geistliche, Klöster, Kirchen), 69 f. (Beginen); Bd. II, Die Konstanzer Grundeigentumsurkunden der Jahre 1152—1371 (Heidelberg 1902) S. 75, no. 68, S. 34, no. 27; vgl. auch K. Beyerle, Die Geschichte des Chorstifts und der Pfarrei St. Johann zu Konstanz (Freiburg i. Br. 1908) S. 72 f., 74 f., 78 f., 82, 187, 292; Loening, Grunderwerb und Treuhand in Lübeck S. 9 ff.; vgl. Besprechung des Buches durch Schultze, in Zeitschr. d. Sav.-Stift. f. Rechtsgesch. Bd. 29 (1908) S. 440—446, bes. S. 441, wo ausgeführt wird, dass die Amortisationsverbote nicht so sehr in der

wollten. Nicht darf vergessen werden, dass die bürgerlichen Amortisationsgesetze teilweise eine Auslegung der Ordensverfassung nach dem Buchstaben oder besondere päpstliche Bestimmungen und Privilegien für einzelne Kirchen und Klöster veranlassten[1]), so dass erst dadurch der Streit ein grundsätzlicher wurde.

Auf indirektem Weg hätten die Amortisationsgesetze eine „sehr wesentliche Einschränkung der Steuerfreiheit“[2]) erreichen können. Da aber ihr direkter Erfolg ausblieb, war auch das mittelbare Ergebnis kein wesentliches. Doch muss man sagen, die Entwicklungsstufen der Amortisationsgesetze haben immer mehr zum Aufsichtsrecht der Territorien und, in unserer Periode, noch mehr der Städte, über den kirchlichen Gütererwerb geführt, oder, wo ein solches schon bestand, es erweitert und so ihren Anteil genommen an der

---

Abneigung gegen die Güteranhäufung in der Toten Hand als vielmehr im Bestreben begründet waren, die dem Stadtrecht unterworfenen Grundstücke dem Stadtrecht, der Stadtgerichtsbarkeit und vor allem der städtischen Steuer, der Schosspflicht, zu erhalten, der sie sonst durch das klerikale Steuerfreiheitsprivileg entzogen worden wären; vgl. Goerlitz, Uebertragung liegenden Gutes in der mittelalterlichen und neuzeitlichen Stadt Breslau S. 5 u. 22. — Moritz Stern, Das zweite Kieler Rentebuch (1487—1586). Mitteilungen der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte, H. 21, Kiel 1904, Besprechung von Julius Gierke, in Zeitschr. d. Sav.-Stift. f. Rechtsgeschichte Bd. 26 (1905) S. 302. Auch in Kiel wird das Verbot des Verkaufes von Renten an Geistliche und Gotteshäuser durch Bestellung eines Treuhänders umgangen; Winiarz, Erbleihe und Rentenkauf in Oesterreich S. 63 ff.; zur Treuhänderschaft bes. Schultze, Stadtgemeinde und Kirche S. 115 ff.; Derselbe, Die langobardische Treuhand und ihre Umbildung zur Testamentsvollstreckung (Untersuchung zur deutschen Staats- und Rechtsgeschichte, herausg. von O. Gierke, H. 49, Breslau 1899) S. 47 f.; für England siehe Hatschek. Englische Verfassungsgeschichte S. 320 u. 320[1].

[1]) So in Köln und Strassburg, vgl. Wiesehoff, Stellung der Bettelorden S. 62 mit Daten, wie sich die Päpste für Verkauf von Klostergut die Genehmigung vorbehalten.

[2]) v. Below, Aelteres deutsches Städtewesen[2] S. 114.

Vorbereitung des Staatskirchentums und der späteren Landeskirchen [1]).

Es kann erinnert werden an Henricis Wort: „Im allgemeinen darf . . . gesagt sein, dass die Amortisationsgesetze sich überlebt haben; in ihren verschiedenen Ausgestaltungen ermöglichen sie dem Staat eine gewisse Kontrolle über den Erwerb der toten Hand; das ist aber auch alles; den Charakter als Kampfgesetze haben sie jedenfalls verloren . . . Das moderne Recht ist paritätisch, fast indifferent geworden; es fördert weder durch Ausnahmebestimmungen eine freiwillig erzwungene Wohltätigkeit, noch sucht es den frommen Eifer der Gläubigen durch Präventivmassnahmen zu zügeln. Nun darf es auch nicht mehr heissen wie in jener Spottschrift von der Wende des 15. zum 16. Jahrhundert, an der Schwelle der Reformation: Was nicht nimmt Christus, das nimmt der Fiskus, sondern: Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist; das ist eigentlich das Leitmotiv unseres Rechts von heute" [2]).

---

[1]) v. Srbik S. 17; Werminghoff, Verfassungsgeschichte der deutschen Kirche [2] S. 81 [1]; Derselbe, Neuere Arbeiten S. 175 wollen mit Recht die Bezeichnung „vorreformatorische Landeskirchen" vermieden wissen.

[2]) Henrici, Schenkungen an die Kirche S. 38 f. und S. 62 Anm. 159.

Schlussbemerkung.

„Eine weltgeschichtliche Entscheidung" war durch die praktische Lösung der Rechtsfrage bedingt, „ob bloss der Papst das Recht der geistlichen Besteuerung habe, oder ob dieses Recht auch dem Landesherrn zustehe" [1]. Was Deutschland anlangt, so hat die Untersuchung gezeigt, dass die päpstliche Gesetzgebung und deren Verwirklichung einander diametral entgegengesetzt waren [2]. Bei der grossen Rechtszersplitterung, unter der Deutschland litt [3], weist die Tatsache verschiedene Formen auf. Sie sind durch lokale Bedingungen und zeitliche Verhältnisse gegeben. Die Tatsache selbst findet in der Gesamtentwicklung der Verhältnisse ihre Erklärung, denn man kann sie nicht loslösen vom allgemeinen Gang der Dinge.

Nach „der grossen Zeit des Königskirchentums" [4] bot sich die Papstkirche des 13. Jahrhunderts „als ein einziges Herrschaftsgebiet dem Eingreifen der Kurie in Verfassung und Verwaltung, in Rechtsprechung und Gesetzgebung" dar [5]. „Das ganze System wurde unterstützt durch ein Rechts-

---

[1]) Gottlob, Kreuzzugssteuern S. 134.

[2]) Ebenda, bes. S. 135 ff.; Friedberg, Kirchenrecht[6] S. 559; Derselbe, De finium p. 183 ss. Die Hussitensteuern führten dann zur allgemeinen Besteuerung der Geistlichkeit, siehe Werminghoff, Reichskriegssteuergesetze S. 45. 64, 76, 92, bes. 95, 104, 106 f. (Gründe des Misserfolges des Unternehmens beim Klerus), 108 ff., 115, 125.

[3]) v. Below, Rezeption des Römischen Rechts S. 163.

[4]) Werminghoff, Reichskriegssteuergesetze S. 3.

[5]) Derselbe, Nationalkirchliche Bestrebungen S. 23.

buch voller Anpassung an die Doktrin von dem keinem Richter unterworfenen Papsttum" [1]). Die Päpste führten den Kampf um die päpstliche Eigenkirche [2]) fort und betrachteten sich als Obereigentümer des gesamten Kirchengutes, alle kirchlichen Personen aber als ihre Untertanen. Der Staatsbegriff ging so im Kirchenbegriff unter. Auf Grund der obersten Jurisdiktion nahm das Papsttum das Alleinbesteuerungsrecht des Kirchengutes und der kirchlichen Personen für sich in Anspruch. Tatsächlich besteuerte es die Kirche in einzigartiger Weise und untersagte ganz logisch gleichzeitig deren Besteuerung durch andere Gewalten. Dadurch, dass es selbst Steuern erhob, ging es wie diese mit der ganzen Zeitentwicklung, durch das Verbot dagegen hielt es an Verhältnissen fest, die gerade jetzt überwunden wurden [3]),

---

[1]) Ebenda S. 24; Werner, Landesherrliche Kirchenpolitik S. 144; Gierke, Genossenschaftsrecht Bd. III S. 290 ff., 526 ff.

[2]) Siehe oben S. 43 [2]; Henrici, Schenkungen an die Kirche S. 41 Anm. 1; U. Stutz, Das Münster zu Freiburg i. Br. im Lichte rechtsgeschichtlicher Betrachtung. Rede (Tübingen und Leipzig 1901) S. 16 f.

[3]) Vgl. die grosszügige Darstellung bei Werminghoff, Reichskriegssteuergesetze S. 3 ff., vor allem S. 3 f. Er schreibt: „Schier unübersehbar sind, wie man weiss, die älteren und neueren Arbeiten, die sich mit dem Verhältnis zwischen Staat und Kirche im deutschen Reiche des Mittelalters beschäftigt haben. Die grosse Zeit des Königskirchentums bis zum Wormser Konkordat des Jahres 1122, die allmähliche Preisgabe der noch übrigen kirchlichen Herrschaftsrechte über die einzelnen Reichskirchen im Zeitalter der Hohenstaufen, das zukunftssichere Emporsteigen der landesherrlichen Gewalten über die Kirchen ihrer Gebiete, die Auseinandersetzung der Bürgerschaften mit dem Klerus innerhalb der städtischen Mauern — alles dies war und ist der Gegenstand zahlreicher Abhandlungen und Einzelschriften, so dass vermutet werden darf, weitere Forschungen würden das schon jetzt erzielte Gesamtbild nicht so sehr umgestalten als nur um solche Linien vermehren, die den allgemeinen Umrissen stärkeren Halt, festere Grenzen gewährleisten. Wir kennen die rechtlichen Grundlagen und die tatsächlichen Wirkungen der weltlichen und kirchlichen Herrschaft des deutschen Königtums über die Reichseigenkirchen, begleiten den Prozess der Abdrängung des Königtums von der kirchlichen Herrschaft über die Reichs-

„in jener Uebergangszeit, da die staatliche Ordnung in ihrer alten Form zu Grunde ging, und mit eindringender Geld- und Kreditwirtschaft das öffentliche und private Leben sich von Grund aus umgestaltete“ [1]).

---

kirchen, folgen den Reichsfürsten auf dem Wege zur Vorbereitung räumlich umschriebener Landeskirchen und nehmen teil an den Massnahmen der Städte, ihrer Bewohner und ihrer Organe, um die Tätigkeit der Geistlichen, ihre Pflichten gegenüber den sie schützenden Gemeinden, ihre Seelsorge und sonstiges Wirken an den Laien unter den Willen einer weltlichen Instanz zu beugen.

Die Reihenfolge der angedeuteten Forschungsgebiete entspricht dem zeitlichen Nacheinander der von ihnen erfassten Einzelerscheinungen. Die kirchliche und weltliche Herrschaft des Königtums über die Reichseigenkirchen (10. bis 12. Jahrhundert) wurde eingeengt auf die weltliche Herrschaft des Königtums über den Besitz der Reichskirchen (12. bis 15. Jahrhundert); Ansätze landeskirchlicher Bildungen als des Zieles weitblickender Territorialherren treten seit dem Ausgang des 12. Jahrhunderts entgegen, und wenig jünger nur sind die Tendenzen städtischer Obrigkeiten nach Einfluss auf den Klerus im Weichbild der bürgerlichen Gemeinden. Vier Versuche also, Staat und Kirche auf deutschem Boden in wechselseitige Beziehungen zu setzen und diese wiederum jeweils nach Massgabe der sich wandelnden Bedürfnisse zu gestalten, lassen sich aufdecken: immer stellt sich der zeitlich jüngere dem älteren zur Seite, ohne dass von einer vollständigen Ablösung der früheren Schöpfungen und Richtungen durch die späteren gesprochen werden darf.“ Vgl. v. Below, Der deutsche Staat Bd. I S. 251; siehe auch Desselben, Untergang der Stadtwirtschaft S. 463; zu G. Schmoller, Strassburgs Blüte und die volkswirtschaftliche Revolution im 13. Jahrhundert, Quellen und Forschungen zur Sprach- und Kulturgeschichte der germanischen Völker, herausg. von B. Ten Brink und W. Scherer, Bd. VI (1875, S. 1—35) v. Below, Der deutsche Staat Bd. I S. 61 f.

[1]) Spangenberg, Vom Lehnstaat S. 86; vgl. S. 34 f., 131 ff.; v. Pflugk-Harttung, Vergehen und Entstehen S. 37 ff.; W. Roscher, System der Volkswirtschaft Bd. I (Grundlagen der Nationalökonomie, 24. Aufl., bes. von R. Pöhlmann, Stuttgart und Berlin 1906) S. 244; vgl. auch H. Sieveking, Die mittelalterliche Stadt. Ein Beitrag zur Theorie der Wirtschaftsgeschichte, Vierteljahrsschr. f. Soz. u. Wirtschaftsgesch. Bd. II (1904, S. 177—218) S. 211 (der moderne Staat

Durch die Festlegung ihres Rechtsanspruches in ihrem Rechtsbuch gerade zur Zeit des werdenden modernen Staates, ob er sich uns als Landesherrschaft oder Stadtgemeinde zeigt, hat die Kirche ihr Verhältnis zu dessen finanziellen Bedürfnissen allgemein regeln wollen. Gelungen ist ihr das nicht. Das Neue, von der Not Geforderte [1]), liess sich nicht einzig auf der Grundlage des Alten, ohne wesentliche Berücksichtigung des Neuen und sofort bei seinem Beginn, regeln. Möglich wäre nur eine relative Regelung gewesen, eine von Fall zu Fall, unter Berücksichtigung der besonderen lokalen und politischen Verhältnisse [2]). Die grundsätzliche und allgemeine

---

beruhend auf dem Kapitalismus); W. Sombart, Der moderne Kapitalismus Bd. I (Leipzig 1902) S. 445 ff.

[1]) Zeumer, Städtesteuern S. 45; Spangenberg a. a. O. S. 131 ff.; Gordes, Steuern in Westfalen S. 12; Schönberg, Technik des Finanzhaushalts S. 104.

[2]) Vgl. das von Werminghoff, Reichskriegssteuergesetze S. 104 über das Reichskriegssteuergesetz von 1427 Gesagte: „Jedem Gesetz wohnt von Natur die Neigung inne, seine Bestimmungen in der Weise zu treffen, dass sie hinsichtlich des Kreises von Menschen, für die sie gelten, im Hinblick des Gegenstandes, den sie sich unterwerfen, und in Ansehung ihrer Durchführung eine gewisse Gleichartigkeit voraussetzen und als erreichbar in Rechnung stellen. Die Wirklichkeit des Lebens dagegen zeitigt neben tausend Befolgungen der gesetzlichen Vorschriften ebenso viele Anpassungen an sie, also Veränderungen, und nicht weniger Widersprüche, also Uebertretungen. Jedes Gesetz nivelliert, das Leben differenziert. Trifft dies für Gesetze im straffsten Einheitsstaate und aus Zeiten höchstentwickelter legislatorischer Technik zu, wieviel mehr für ein Gesetz im deutschen Reiche des späteren Mittelalters, in einem Staatswesen mit schier unbestimmbaren Grenzen nach aussen, mit der gewaltigen Zahl politischer Bildungen aller Art und Ausdehnung, mit der ebenso grossen Zahl kirchlicher Verwaltungsbezirke und Einzelanstalten. Kein Territorium, keine Stadt entbehrte der Herrschaftsansprüche gegenüber Geistlichen und Kirchen; kein Bistum, keine Abtei war ohne laikale Untertanen oder Hintersassen. Kleriker und Laien waren aufeinander angewiesen, und gleichwohl trennte sie der unüberbrückbare Gegensatz des Berufs, der gegenseitigen Achtung, der Wertung jener beiden Lebensformen, des Staates und der Kirche, in die hinein sie gestellt waren. Kleriker und Laien bildeten keineswegs je eine in

Regelung hat aber vom Investiturstreit zum Immunitätskampf, vom Kampf um die päpstliche Eigenkirche zum Kampf um die kirchliche Freiheit weitergeführt. Zur Aufrechterhaltung der plenitudo potestatis, die „der Glaube des Jahrhunderts" [1]) war, wäre der Sieg im letzteren nötig gewesen. Beide hätten einander bedingt. Das Gegenteil ist eingetreten. Der Pontifikat Bonifaz VIII. mit dem krassesten Besteuerungsverbot bezeichnet den Gipfel und Zusammenbruch der päpstlichen Machtfülle, wie sie seit Alexander III. geworden war und bestanden hatte.

Damit, dass das Gesetz des höchsten kirchlichen Anspruches und das Rechtsdenkmal des päpstlichen Rückzuges nach der Niederlage ins kanonische Recht Aufnahme fand, war selbst das Prinzip, trotzdem es tatsächlich nicht aufgegeben wurde, gefallen. Als das Papsttum von der weltlichen Gewalt abhängig geworden war (1305), hatte die kirchliche Immunität ihren stärksten Schützer verloren. Sie konnte nicht einmal durch Spezialprivilegien gerettet werden.

Sollte der Schutz von Immunitätsgesetzen und -privilegien mehr als bloss pergamenten sein, so hatte ihn eine Macht zu übernehmen. Diese war einst das Kaisertum [2]), das über die Kirche die Schirmvogtei übte. Eine Aenderung, war unausbleiblich, als das Reich immer mehr zu einer unlebendigen

---

sich selbst gleiche Schicht der Bevölkerung. Unterschiede der sozialen Stellung und des sie erfassenden Rechts waren allenthalben am Werke. Ueberall waren ihre Beziehungen zu den übergeordneten Gewalten, sei es weltlicher sei es geistlicher Prägung, abweichend gestaltet."

[1]) Haller, Papsttum und Kirchenreform Bd. I S. 40 u. 40 [2]. Die Päpste der Reihe Alexander III. bis Bonifaz VIII. sind die Immunitätsgesetzgeber. Klemens V., „dem hässlichsten aller Simonisten" nach Dantes Urteil (Haller S. 44 u. 44 [4]), wurde dann von Frankreich diktiert. Vgl. auch L. Pastor, Geschichte der Päpste im Zeitalter der Renaissance bis zur Wahl Pius II., Bd. I [3 u. 4] (Freiburg i. Br. 1901) S. 67; Wenck, Kirche und Staat am Ausgang des Mittelalters a. a. O. S. 596.

[2]) Mario Krammer, Der Reichsgedanke des staufischen Kaiserhauses, Untersuchungen zur Deutschen Staats- und Rechtsgesch., herausg. von O. Gierke, H. 95 (Breslau 1908) S. 77 ff.

Idee ward[1]), und das Reichsrecht durch das lokale Recht abgelöst wurde. Kirchen, Klöster und Kleriker mussten sich mehr oder weniger an den weltlichen Arm anlehnen. In die Allgemeinentwicklung des Fortschritts vom Lehnstaat zum Ständestaat fortgerissen[2]), konnten sie sich den finanziellen Bedürfnissen ihrer Schutzherrschaften gegenüber nicht rein passiv verhalten. Wo die Einsicht in das Bedürfnis der Zeit und genügendes Gerechtigkeitsgefühl[3]) vorhanden war, kam es in der Tat zu einer „Angleichung des kirchlichen Elementes an den weltlichen Staatsorganismus“ und an die besonders durch die Geldwirtschaft veränderten Verhältnisse. Sie hat ja „schliesslich für unser ganzes Recht eine Aenderung notwendig“ gemacht, um W. Arnolds Worte zu gebrauchen[4]), der als Erster mit Energie den Zusammenhang zwischen Recht und Wirtschaft betont hat[5]). In besonderen Fällen verstanden sich die kirchlichen Elemente zu Modifikationen, für welche die Universalkirche nur unter der Voraussetzung der Konsultation des Papstes eine so bedingte Freiheit gelassen hatte. Diese Beobachtung lässt sich in Deutschland mit seiner staatlichen Unfertigkeit fast rund hundert Jahre später[6]) als in dem zentralisierten Frankreich und England machen[7]).

[1]) G. v. Below, Die Reichsreform (Im Morgenrot der Reformation S. 119—162) S. 121 ff.; W. Friedensburg, Fürstenhöfe, Bürger und Bauern (ebenda S. 162—206) S. 166; Derselbe, Franz von Sickingen (ebenda S. 555—666) S. 557.

[2]) Vgl. bes. Spangenberg a. a. O. S. 192 f.

[3]) Werminghoff, Reichskriegssteuergesetze S. 52 erinnert an das Wort des Augsburger Chronisten Burkard Zink: Jedermann sucht seinen eigenen Nutzen, und wenige sind, die einen gemeinen Nutzen suchen (Chroniken d. deutschen Städte Bd. V S. 97).

[4]) v. Below, Rezeption S. 10.

[5]) v. Below, Hist. Zeitschr. Bd. 81 (1898) S. 259.

[6]) Unsere staatliche Unfertigkeit machte die Reichsbede zu einer Utopie, Werminghoff, Reichskriegssteuergesetze S. 114, vgl. v. Below, Der deutsche Staat Bd. I S. 238; Derselbe, Reichsreform S. 123; Werminghoff stellt S. 105 Einst und Jetzt in schönem Gedankengang einander gegenüber.

[7]) Gottlob, Kreuzzugssteuern S. 157 f. Gegenüber der allerdings

Das Papsttum selbst ist es, das am Gange der vom Schisma an sehr raschen Entwicklung[1]) seinen Teil hat. Die Verweltlichung und der zeitweise übertriebene Luxus des päpstlichen Hofes haben die starke päpstliche Besteuerung notwendig gemacht. „Das kuriale Abgabenwesen, welches zur Untergrabung des päpstlichen Ansehens weit mehr beigetragen hat, als man gewöhnlich annimmt, hat den Angriff der Opposition gegen das Papsttum selbst wesentlich erleichtert" [2]).

---

verfrühten Gründung eines modernen Staatswesens durch Friedrich II. in Sizilien (siehe oben S. 11 [3] und v. Pflugk-Harttung, Vergehen und Entstehen S. 26) haben wir in Deutschland selbst im Mittelalter nur im Deutschordensstaate Preussen „einen zentralisierten (vgl. G. Schmoller, Umrisse und Untersuchungen zur Verfassungs-, Verwaltungs- und Wirtschaftsgeschichte, bes. des preuss. Staates im 17. und 18. Jahrhundert, Leipzig 1898, S. 14, 168 f.) Verwaltungsstaat von fast modernem Aussehen" (A. Klein, Die zentrale Finanzverwaltung im Deutschordensstaate Preussen am Anfang des 15. Jahrhunderts, Staats- und sozialwissenschaftl. Forschungen, herausg. von G. Schmoller und M. Sering, Bd. XXIII, H. 2, Leipzig 1904, S. 2. Weniger gewürdigt ist noch die Ballei Elsass-Schwaben-Burgund, vgl. K. O. Müller, Das Finanzwesen der Deutschordensballei Elsass-Schwaben-Burgund, Hist. Jahrbuch der Görresgesellschaft, Bd. XXXIV, 1913, S. 781—823, S. 782). Anders ist es in Frankreich, das „den selbstbewussten Nationalstaat" (v. Pflugk-Harttung S. 26; siehe auch oben S. 7 [1], 139 [1]; Werminghoff, Reichskriegssteuergesetze S. 82, 82 [1], 129) ausbildete, ebenso in England, wo auch die Geistlichkeit in vollem Umfang zu den Lasten des Staates herangezogen wurde, vgl. Hermann Junghanns, Zur Geschichte der englischen Kirchenpolitik von 1399—1413 (phil. Diss. von Freiburg i. Br. 1915) S. 95.

[1]) v. Schubert, Kirchengeschichte Schleswig-Holsteins I S. 230.

[2]) Pastor, Geschichte der Päpste I [3 u. 4] S. 71; die Literatur zur päpstlichen Finanzverwaltung ebenda S. 69; Störmann S. 4, 51 ff. (Die Abgaben an die Kurie in Rom). Auch die Kirchenbesteuerung zu Kreuzzugszwecken, wie sie im 13. Jahrhundert aufkam (Gottlob, Kreuzzugssteuern S. 18 ff.; Hennig, Päpstliche Zehnten S. 2; Störmann S. 40) verfolgte nicht immer ideale Ziele. Die Kreuzzugsgelder wurden auch in den Dienst der päpstlichen Politik überhaupt gestellt, so der Lyoner Zehnte von 1274 (S. Steinherz, Die Einhebung des Lyoner Zehnten im Erzbistum Salzburg, M. J. Oe. Bd. XIV, 1893, S. 1—87). Unter Klemens V. ist die Besteuerung des deutschen Klerus

Das Schisma hatte die Völker daran gewöhnt, von den

---

durch die römische Kurie eine derartige, dass Mosers Wort nicht übertrieben ist: „Die Päpste — haben Teutschland für eines ihrer besten Bergwerke angesehen“ (vgl. Haller S. 43 ff.). Der Unwille des Klerus gegen solche Besteuerung ist begreiflich. Gottlob, Kreuzzugssteuern S. 166: „Im 14. und noch mehr im 15. Jahrhundert wurden die reichen Deutschen und auch die nordischen Kirchen in stärkerem Masse (als Frankreich und England) sowohl für die Bedürfnisse der päpstlichen Kasse, als auch für die Hussiten- und Türkenkriege herangezogen. Da das nun aber schon unter veränderten religiösen, wissenschaftlichen, sozialen und nationalen Verhältnissen geschah, da ferner das System vielfach zu wirklich gehässigen Formen sich auswuchs, da Druck und Missbrauch sich häuften, so bereitet sich hier eine mächtigere, tiefergehende Gährung vor, als sie die päpstlichen Kreuzzugssteuern des 13. Jahrhunderts erzeugt hatten. Rom verscherzte sich im allgemeinen die Liebe seiner eigenen Geistlichkeit, und deshalb stand es der Revolution nachher ohnmächtig gegenüber.“ J. Janssen, Geschichte des deutschen Volkes seit dem Ausgang des Mittelalters Bd. I [19 u. 20], besorgt durch L. v. Pastor (Freiburg i. Br. 1913) S. 788 lässt die Ansicht Finkes (Lit. S. 788 [2]), dass eine tiefere Kenntnis des päpstlichen Steuerwesens vielfach eine Apologie desselben bringen werde, dahingestellt, urteilt aber: „Sicher ist, dass man in sehr weiten Kreisen Deutschlands der Ansicht war, die römische Kurie übe einen übermässigen finanziellen Druck“; vgl. dazu die Belege bei Werminghoff, Reichskriegssteuergesetze S. 98 [1], ferner Störmann S. 41 ff. (Die Stellung der Städte gegenüber den päpstlichen Steuern), S. 97. Wie im 13. Jahrhundert die Dichter, vgl. Walther von der Vogelweide, herausg. von Fr. Pfeiffer (Deutsche Klassiker des Mittelalters Bd. I, Leipzig 1880) no. 116 S. 222 (Sagt an, hêr stoc, hat iuch der bâbest her gesendet), trugen jetzt Flugschriften die Missstimmung weiter, die sich auch gegen die Abgaben an den Klerus im Inlande (Störmann S. 51—97) wandte, zumal dessen Ansehen seit dem grossen Schisma, „der gewaltigsten Krisis in der Geschichte der katholischen Kirche vor der Reformation“ (Werminghoff a. a. O. S. 7), wesentlich zu sinken begonnen hatte. Zum Erfolg der päpstlichen Steuern in Deutschland vgl. A. Schulte, Geschichte des mittelalterlichen Handels und Verkehrs zwischen Westdeutschland und Italien mit Ausschluss von Venedig Bd. I (Leipzig 1900) S. 273. Auch die Bischöfe forderten vom Klerus immer reichlichere Subsidien (F. Curschmann, Die Diözese Brandenburg, Veröffentlichungen des Vereins für Geschichte der Mark Brandenburg, Leipzig 1906, S. 300 ff.; G. Knetsch, Die landständische Verfassung im Kurstaate Trier, vornehmlich im

Fürsten Hilfe zu erhoffen [1]. Auf die letzteren waren die Päpste, wenn sie ihre eigene Besteuerung gesichert sehen wollten [2], selbst hingewiesen und wurden es noch mehr durch den Kampf gegen den Konziliarismus [3], bei dessen Niederringen sich der päpstliche Absolutismus mit den partikularen Mächten, den gross gewordenen Landesherrschaften,

16. Jahrhundert, Bonner phil. Diss. 1909, S. 15; A. Ott, Die Abgaben an den Bischof bezw. Archidiakon in der Diözese Konstanz bis zum 14. Jahrhundert, Tübinger phil. Diss. 1907, S. 56 ff.); der Klerus vereinigte sich zu Bündnissen, vgl. Lacomblet III S. 627, no. 732 (1372); Cod. dipl. Sax. Reg. II/4 S. 160, no. 222 und S. 325, no. 433; Urkundenbuch Hameln I S. 144 f., no. 214 (1325). Der niedere Klerus war der doppelten Belastung nicht gewachsen, Kaser, Deutsche Geschichte Bd. II S. 368.

[1] Lossen, Staat und Kirche in der Pfalz S. 7; Gottlob S. 165, 165 [1], 166.

[2] Wie in Frankreich konnte auch das Hinausfliessen des Landesreichtums verhütet werden. Lossen a. a. O. S. 117. Der Landesfürst konnte seinen landsässigen Klerus wie gegen Besteuerung durch auswärtige kirchliche Vorgesetzte so gegen den Papst selbst in Schutz nehmen. 1367 befahlen Herzog Stephan und seine Söhne Stephan III. und Friedrich anlässlich einer päpstlichen Besteuerung auf den deutschen Klerus dem Bistum Freising und den anderen: daz ir yemant von des pabstes wegen dhain stewer, gült oder gelt nicht gebet offenleichen oder heimleichen in dhain weis, wann unserew land freyew land sind. Mon. Wittelsb. II no. 354 p. 490 s.; Riezler, Geschichte Baierns Bd. III S. 815; Werminghoff, Geschichte der deutschen Kirchenverfassung [2] S. 95. — Gegenüber der bischöflichen Besteuerung v. Srbik S. 155; Friedberg, De finium p. 292; Derselbe, Gränzen S. 63. — Es kann auch daran erinnert werden, dass die Hussitensteuern nicht überall erhoben wurden (v. Below, Berg. Zeitschr. Bd. 26, 1890, S. 61), dass der Bischof von Eichstätt 1469 mit seiner Geistlichkeit und anderen Bischöfen bei Aufstellung von Opferstöcken sich der Unterstützung der päpstlichen Legaten versichert, in Voraussicht, dass die Fürsten die Aufstellung als Eingriff in ihre Rechte auffassen. Albrecht Achilles hat die Aufstellung der Opferstöcke in der Tat nicht geduldet, v. Minutoli, Das kaiserl. Buch S. 351 f.

[3] 6. April 1415 in Konstanz festgelegt, in Basel 15. Februar 1432 erneuert, vgl. Werminghoff, Nationalkirchliche Bestrebungen S. 25 (Hinweis auf Mansi, Sacr. Conc. coll. XXVII col. 590 s.; XXIX col. 23).

verband. Damit war das Fiasko der päpstlichen Immunitätsgesetzgebung gegeben.

Einst hatte sich das Papsttum die kirchliche Steuerfreiheit gegen die lokalen Gewalten, an deren Emporkommen es indirekt schuld war, vom Kaiser garantieren lassen. Noch Karl IV. hatte in seinen Gesetzen über die kirchliche Freiheit [1]), die Sigmund zum Teil erneuerte [2]), das hierokratische Rechtssystem retten wollen. Ihr Scheitern war jetzt gerade durch die territorialen Mächte bedingt [3]). Hinter deren Finanzhaushalt war das Reichsfinanzwesen weit zurückgeblieben [4]). Von diesen Mächten schloss das Papsttum mit Oesterreich und Brandenburg ein Konkordat [5]). Es verteidigte mindestens indirekt nicht mehr die Einzelkirchen gegen die weltliche Gewalt, welche den Klerus mehr und mehr in das staatliche Untertanenverhältnis hineinzog, sondern gab sie befreundeten Fürsten in die Hand [6]). Das bedeutete die ganze

---

[1]) Siehe oben S. 52 [1] und Huber, Reg. Imp. VIII no. 3006, 1718; Hofmann, Engere Immunität S. 124; Zieschang, Anfänge eines landesherrlichen Kirchenregiments S. 6.

[2]) Altmann, Reg. Imp. XI no. 9428 (1433).

[3]) Einige derselben hatten durch die Goldene Bulle 1356 grössere Rechte erlangt. K. Zeumer, Quellen und Studien zur Verfassungsgeschichte des deutschen Reiches in Mittelalter und Neuzeit (Weimar 1905 ff.) Bd. II, H. 1: Die Goldene Bulle Kaiser Karls IV. (Weimar 1908) S. 10—109; H. 2 (2. Teil), Text der Goldenen Bulle (Weimar 1908); Mario Kramer, Das Kurfürstenkolleg von seinen Anfängen bis zum Zusammenschluss im Renser Kurverein d. J. 1338 (Quell. u. Stud. von K. Zeumer Bd. V, H. 1, Weimar 1913) S. 314.

[4]) Werminghoff, Reichskriegssteuergesetze S. 18, bes. 19, 51, 79, 122; vgl. Schmoller, Umrisse S. 118.

[5]) Siehe oben und Werminghoff, Nationalkirchliche Bestrebungen S. 92 u. Anm. 1. Der Anschluss der Kirche an den Staat ist vor allem in Ostdeutschland zu beobachten. Gründe s. bei Zieschang, Anfänge eines landesherrlichen Kirchenregiments S. 8. Auf das Konkordat folgten dann die grossen Privilegien. Seither hatte der Klerus wie in Frankreich und England (Gottlob S. 162) auch rechtlich anerkannt zwei Steuerherren.

[6]) Werminghoff, Nationalkirchliche Bestrebungen S. 92: „Dies

durch die Entwicklung immer deutlicher erfolgende Um-

Papsttum trug kein Bedenken, die Stimmen der in Deutschland ausschlaggebenden Fürsten zu gewinnen durch Zugeständnisse an ihre territoriale und partikularistische Macht gegenüber der kirchlichen Verfassung und Verwaltung im Umkreis der landesherrlichen Einzelgebiete." Dies Urteil dürfte zu scharf sein, denn für das Papsttum selbst waren die Abmachungen doch auch wieder in gewissem Sinn „ein erster und grosser Erfolg" in der Politik der vorsichtigen Rückeroberung. Vgl. J. Haller, England und Rom unter Martin V., Quellen u. Forschungen aus italien. Archiven u. Biblioth. Bd. VIII (Rom 1905, S. 248—304) S. 248; Hennig, Kirchenpol. d. ält. Hohenzollern S. 5. Ebenda S. 8. Der Verbindung des Territoriums Brandenburg mit der Kurie zum Zweck der Stärkung des eigenen Kirchenregiments kommt typische Bedeutung für die deutsche Vorreformationsgeschichte überhaupt zu. Dem Beispiel, das die beiden Grenzmarken des Reichs, Oesterreich und Brandenburg, gaben, sind die anderen bedeutenderen Territorien Deutschlands in der zweiten Hälfte des 15. und im Anfang des 16. Jahrhunderts gefolgt und haben dafür je nach dem Grad ihrer politischen Macht und dem Stadium ihrer inneren Entwicklung päpstliche Privilegien grösseren oder geringeren Wertes zur selbständigen Ordnung ihres Kirchenwesens erhalten. — Zu den Konkordaten vgl. Schröder, Rechtsgeschichte[5] S. 673; Stutz, Kirchenrecht[2] S. 342; Hinschius III S. 410 f., 412, 415. Das sog. Fürstenkonkordat 1447, Neue und vollständige Sammlung der Reichsabschiede . . . sammt den wichtigsten Reichsschlüssen, Franckfurt am Mayn 1774, I. Teil, S. 174 ff. Konkordat Eugens IV. mit Kaiser Friedrich, den Markgrafen von Brandenburg etc. 17. Februar 1448. Das sog. Wiener Konkordat (Concordata inter Fridericum III. et Nicolaum V. conclusa; Text C. Mirbt, Quellen zur Geschichte des Papsttums und des römischen Katholizismus[3], Tübingen 1911, S. 178—180, no. 327; Altmann-Bernheim, Ausgewählte Urkunden[4], S. 144 ff., no. 72; Zeumer, Quellensammlung[2] S. 266 ff., no. 168) nahm allerdings „auf Friedrich III. und seine österreichischen Lande alle Rücksicht", enttäuschte „sonst aber die Hoffnungen der deutschen Fürsten auf Erfüllung ihrer Wünsche völlig". Lossen S. 27. Dann wurden Oesterreich und Brandenburg durch Privilegien gewonnen, Lossen S. 27[2]; Hennig S. 20 f., 23; Derselbe, Päpstliche Zehnten S. 3 f.; zu Baden früher siehe Werminghoff, Reichskriegssteuergesetze S. 46[3]; Württemberg siehe Wülk und Funk, Kirchenpolitik der Grafen von Württemberg S. 8, Cleve und Mark siehe Friedberg, Gränzen S. 106; allgemein Kaser, Deutsche Geschichte Bd. II S. 369.

wandlung des früheren Kirchenstaatstums [1]) in ein Staatskirchentum [2]), welchem durch die Literatur und Publizistik [3]), vor allem durch den Defensor pacis des Marsilius von Padua 1324/26 [4]), überhaupt das Vordringen der Volkssouveränität [5]) vorgearbeitet war. Ueberall regte sich „das

---

[1]) „Der Staat eingeschlossen, umklammert vom Kirchentum." Kahl, Lehrsystem des Kirchenrechts S. 256.

[2]) „Die Kirchen eingeschlossen, umklammert vom Staatstum." Ebenda S. 261; Redlich, Jülich-Bergische Kirchenpolitik S. 1*; v. Schubert, Kirchengeschichte Schleswig-Holsteins Bd. I S. 332 (Landeshoheit ohne Kirchenhoheit war bei der breiten materiellen Grundlage der Kirche, der wesentlich finanziell-wirtschaftlichen Seite ihres inneren Lebens, nicht möglich). Im Jahr 1427 billigte es die oberste Instanz der Kirche, dass auch der Klerus die Abgabe entrichte, genau wie sie im Jahre 1422 gegen seine Besteuerung keinen grundsätzlichen Einspruch angemeldet hatte; Werminghoff a. a. O. S. 117 und S. 124 (Der Anteil der weltlichen Gewalt an der Steuerhoheit des Leiters der ganzen Kirche). Das Staatskirchentum ein Ergebnis der tatsächlichen Entwicklung, siehe E. Troeltsch, Protestantisches Christentum und Kirche in der Neuzeit (Die Kultur der Gegenwart. Teil 1, Abt. IV, 2. Aufl., Leipzig 1909, S. 431—755) S. 448.

[3]) O. Gierke, Johannes Althusius und die Entwicklung der naturrechtlichen Staatstheorien. Zugleich ein Beitrag zur Geschichte der Rechtssystematik (Unters. z. deutschen Staats- u. Rechtsgesch., herausg. von O. Gierke, H. 7, 3. Aufl., Breslau 1913) S. 123—210 (Die Lehre von der Volkssouveränität), S. 125 u. 139 f.; P. Hinschius, Allgemeine Darstellung der Verhältnisse von Staat und Kirche, Handb. d. öffentl. Rechts der Gegenwart in Monographien, herausg. von Heinr. Marquardsen, Bd. I (S. 187—380, Freiburg i. Br. 1887) S. 198; Scholz, Publizistik an verschiedenen Stellen.

[4]) Pastor, Geschichte der Päpste I[3 u. 4] S. 90; Zieschang, Anfänge eines landesherrlichen Kirchenregiments S. 5; Friedberg, Zeitschr. f. Kirchenrecht VIII (1869) S. 76; Derselbe, Kirchenrecht[6] S. 60[19]; Stutz, Kirchenrecht[2] S. 340; Wenck, Zeitschr. f. allgem. Geschichte Bd. I (1884) S. 598; v. Schubert, Roms Kampf um die Weltherrschaft. Eine kirchengeschichtliche Studie (Schr. d. Ver. f. Ref.-Gesch. Jahrg. 1888 bis 1889, Bd. VI, H. 23, Halle 1888) S. 34; Riezler, Lit. Widersacher S. 198 ff.; vgl. Haller, Conc. Bas. I p. 28 (Einl.).

[5]) Zum Zusammenhang zwischer konziliarer Theorie und konstitutionellen Grundsätzen vgl. Junghanns, Englische Kirchenpolitik S. 1 f.

Laientum, sprengte die Bande der Kirche und gab der Welt eine veränderte Richtung. Die Jahrhunderte des ausgehenden Mittelalters kennzeichnen sich durch diese Wendung, durch das Vordringen der Laienkultur" [1]). Sie beherrschte die öffentliche Meinung, besonders in den Städten [2]). Hier vor allem ward es deutlich, dass die Immunitätsschutzgesetzgebung für die Pfaffheit, den Welt- und Ordensklerus, kein Segen war. Einerseits wurde allerdings der Zusammenhalt und das Gemeinschaftsgefühl der Geistlichkeit verstärkt, anderseits waren seine Ansprüche, die er als Stand erhob, nicht mehr vereinbar mit seinen Pflichten gegen die Laienwelt und in Verbindung mit ihr gegen dasselbe Gemeinwesen, dem sie ange-

---

[1]) v. Pflugk-Harttung, Vergehen und Entstehen S. 27.

[2]) O. Kopelke, Beiträge zur Geschichte der öffentlichen Meinung über die Kirche in den deutschen Städten von 1420—1460 (Halle-Wittenberger phil. Diss. 1910) berührt die Stellung der Städte zur kirchlichen Steuerfreiheit nicht. Vgl. Henrici, Schenkungen an die Kirche S. 33 f.: „Solche ohne viel Lärm sich vollziehenden Kämpfe um an sich Unbedeutendes und Kleinliches wie die Testamente dürfen doch als Faktoren für die damalige Rechtsbildung, nicht zuletzt in den sich jetzt langsam kristallisierenden Stadtverfassungen, nicht übersehen werden; ich meine, die dadurch eröffneten Perspektiven auf den Jahrhunderte vor der Reformation einsetzenden Kampf, dessen religiöse Seite vom politischen Einschlag zum mindesten aufgewogen wird, auf das Ringen zwischen geistlicher Macht und allmählich sich bildenden autonomen Gewalten um die Einflusssphäre auf das einzelne Individuum in kleinen und kleinsten Dingen. Dass es gerade die Städte sind, die jede auf eigene Faust, sich auf solchen an sich unkirchlichen Gebieten von der Kirche freizumachen suchen, ja umgekehrt es geradezu unternehmen, die Kirche mit ihren Angehörigen in diesen Fragen in Abhängigkeit und unter die eigene Gerichtsbarkeit zu bringen, darf nicht wundernehmen." Vgl. auch Schultze, Vorgeschichte unserer heutigen Kirchengemeinden a. a. O. Sp. 792 ff., bes. 794 ff., 811 f.; ferner J. Niedner, Die Entwicklung des städtischen Patronats in der Mark Brandenburg, Kirchenrechtl. Abhandlungen, herausg. von U. Stutz, H. 73 u. 74 (Stuttgart 1911) S. 6 ff.; Kaser, Deutsche Geschichte Bd. II S. 353. Zum Ganzen siehe die Werminghoff, Verfassungsgeschichte der deutschen Kirche [2] S. 97 angegebene Literatur.

hörten. Die Spannung zwischen den Interessen der beiden Stände und ihnen selbst war gegeben [1]). Deutlich zeigt sich, wie die grosse Frage nach dem Verhältnis zwischen Kirche und Staat und ihre Teilfrage nach der kirchlichen Steuerimmunität eine politische, ja eine Machtfrage wird. Während früher Territorien und Städte in erster Linie um materieller Interessen willen und nicht in eigentlich kirchenfeindlichem Geist [2]) gegen die Immunität gekämpft und in diesem Kampf

[1]) Zu diesen Ausführungen vor allem A. Hauck, Kirchengeschichte Deutschlands V.[1 u. 2], 1. Hälfte (Leipzig 1911) S. 175 ff., bes. 178 u. 179; vgl. auch Kaser, Deutsche Geschichte Bd. II S. 350, 367 ff.; Arnold, Geschichte des Eigentums S. 297. Zu einer „Art Arbeitsteilung zwischen einer mit Geldmitteln operierenden Regierung und einer steuer- und kapitalkräftigen wirtschaftenden Bevölkerung“, siehe Sieveking, Mittelalterliche Stadt S. 211, bes. 212; vgl. Stutz, Kirchenrecht [2] S. 347.

[2]) Vgl. das durch v. Below, Rezeption S. 12 zitierte Wort von Arnold: „Es geht ja bei den meisten geschichtlichen Bewegungen so, dass der grösste Teil der Zeitgenossen nicht einmal weiss, um was es sich handelt, bis endlich die Resultate der Bewegung jedem handgreiflich nahe treten“; vgl. auch Waitz, Deutsche Verfassungsgeschichte Bd. V[2] S. 278; vgl. Sieveking, Mittelalterliche Stadt S. 218; Schultze, Stadtgemeinde und Kirche S. 105 u. 108. Schiller, Bürgerschaft und Geistlichkeit S. VIII sieht in den Auseinandersetzungen eine Phase im Bestreben der Laien, sich von der geistlichen Vormundschaft loszumachen; sie ging zunächst nicht aus persönlich bewusster Opposition gegen die Geistlichkeit als solche hervor; die Massnahme beruhte auf rein materiellen Interessen, aber jeden Augenblick konnte das persönliche Moment geweckt werden; wie es in der Reformation der Fall war; vgl. auch Henrici, Schenkungen an die Kirche S. 33; Quellen zur Rechts- und Wirtschaftsgesch. d. rhein. Städte, Kurkölnische Städte, I. Neuss, bearb. von Fr. Lau (Publik. d. Ges. f. rhein. Geschichtsk. XXIX, Bonn 1907) S. 69 f.*; Lossen S. 182 spricht von einem „nicht im geringsten kirchenfeindlichen“ Geist. Man ist sich nicht bewusst, dass man in fremdes Gebiet eingreift; dafür erscheint alles zu sehr selbstverständlich und wünschenswert. Vgl. Schiller S. 202 u. 203: „Auch in anderen Städten ist die zeitweilige Anpassung an die Forderungen der weltlichen Obrigkeit in viel stärkerer und ruhigerer Weise vonstatten gegangen, als es die extrem gehaltenen Aeusserungen aus heisser Kampfeszeit wahrscheinlich machen möchten.“ v. Below, Aelteres deutsches Städtewesen [2]

nur Teilerfolge errungen hatten, kam jetzt der Streit um „den“ Erfolg. Die umstrittenen Fragen finden ihre Lösung auf friedliche Weise nur zum Teil, vollständiger durch Gewalt, nicht aber auf dem Wege des formalen Rechtes [1]). Was durch die ganze Entwicklung „vorbereitet“ ist, wird jetzt, da einzelne Gebiete sich von der Universalkirche lostrennen, zur Tatsache: das Institut der Landeskirchen [2]). „An die Landesherrschaft, die auch die volle Kirchenherrschaft zu übernehmen im Begriffe stand, ging die grosse Frage der Zukunft“ [3]). Bei der Einfügung der Kirche in den Staat sind unter den jeweiligen Verhältnissen die Landesfürsten hinsichtlich des Umfangs und der Stärke hervorragender beteiligt als die Städte, die vorher „in der Verstaatlichung der Kirche in vielen Stücken die Rolle des Wegbereiters gespielt“ hatten [4]).

Das Reich, das, statt die Reform zu erhalten, die es brauchte [5]), in ein jahrhundertelanges „Ringen um eine neue

---

S. 115: „Trotz aller Schärfe des Konflikts wollte der Bürger den Segen der Kirche nicht missen. Irgend eine innere Entfremdung trat nicht ein. . . . Dieselben Bürger, welche geschlossen die Privilegien des Klerus bekämpften, halfen die hohen Dome bauen . . . So blieben bei allem äusseren Kampf Kirche und Bürgertum im Mittelalter doch innerlich vereinigt“; vgl. auch Störmann S. 1 f., 8. 77. Zum Vergleich können die tiefsten Gründe des Hussitismus dienen, siehe Werminghoff, Reichskriegssteuergesetze S. 17, 21 f.

[1]) Chroust, Immunitätenstreit S. XCIX. „Solche Konflikte können entweder durch friedlichen Vergleich oder durch Gewalt ihre Lösung finden, nie aber auf dem Wege des formalen Rechtes.“

[2]) Siehe schon oben. Eigentliche Landeskirchen haben wir vor der Reformation noch nicht.

[3]) v. Schubert, Kirchengeschichte Schleswig-Holsteins I S. 399 (Schlusssatz); vgl. Werminghoff, Reichskriegssteuergesetze S. 13.

[4]) Schiller a. a. O. S. 203; S. 166. Sie waren in Erhaltung ihrer Steuertüchtigkeit den Fürsten und Herren weit voraus (Hartwig, Lübecker Schoss S. 89 [2]; Werminghoff, Reichskriegssteuergesetze S. 95 u. 110); ebenso in der Amortisationsgesetzgebung.

[5]) v. Below, Der deutsche Staat Bd. I S. 240; Derselbe, Reichsreform S. 121 ff.; R. Smend, Das Reichskammergericht, Erster Teil (Quell. u. Stud. von K. Zeumer Bd. IV, H. 3, Weimar 1913) S. VI [2].

Form des deutschen Staates[1]) eintrat, hatte seit den Reichskriegssteuergesetzen so wie nie zuvor stillschweigend die Unmöglichkeit der Aufrechterhaltung der Reichsimmunitätsgesetze zugestehen müssen. Ebenso war es beim Papsttum. Die vorhandenen „wirtschaftlichen und sozialen Strömungen" [2]) waren auch durch die kirchliche Steuerfreiheit bedingt. Die „Gärungsstoffe" [3]) führten zur Katastrophe. Sie begann nicht bei den grossen Garanten der kirchlichen Steuerimmunität. Was längst und langsam vorbereitet und geworden war, erhielt durch Luther neue Ideen[4]), drang über die enge Immunität des Klosters im Sturm in Stadt und Territorium und auf die Burg, durchbrach als reif gewordenes gemeindliches Element die alte hierarchische Ordnung[5]), machte vor dem grossen Gebiet nicht halt, in dem einst Sacerdotium et Imperium allein geherrscht hatten, und stellte in Theorie und Praxis der alten Frage nach dem Verhältnis zwischen Kirche und Staat[6]) neue Probleme[7]). Sie lösen sich nicht einseitig, sondern im Zu-

---

[1]) Werminghoff, Reichskriegssteuergesetze S. 127.

[2]) Kaser, Deutsche Geschichte Bd. II S. 435—527.

[3]) Hartmann Grisar, Luther Bd. III[1 u. 2] (Freiburg i. Br. 1911) S. 869.

[4]) Vgl. Flamm, Wirtschaftlicher Niedergang Freiburgs S. 7 f. (Hinweis auf die Besprechung von Janssen, Geschichte des deutschen Volkes Bd. I, 2. Abt. u. Bd. II durch Fr. X. Funk, Theol. Quartalschrift Tübingen Bd. 60 (1878, S. 691—698) S. 693, Bd. 62 (1880, S. 660—681) S. 662; Störmann S. 174, 177 f.

[5]) Schultze, Vorgeschichte unserer heutigen Kirchengemeinden Sp. 812.

[6]) Vgl. die oben S. 27 und S. 50[3] angeführten Werke von Hergenröther und Friedberg; zum letzteren vgl. Festgabe der deutschen Juristenzeitung zum 500jährigen Jubiläum der Universität Leipzig, herausg. von O. Liebmann (Berlin 1909) S. 166; J. Kreutzer, Zwinglis Lehre von der Obrigkeit, Kirchenrechtl. Abh., herausg. von U. Stutz, H. 57 (Stuttgart 1909) S. 48 ff., 64, 94; O. Kayser, Die Anschauungen der grossen Reformatoren (Luther, Melanchthon, Zwingli, Calvin) von der Staatsgewalt (Breslauer phil. Diss. 1912) berührt die Steuerleistung der Kirche an den Staat nicht.

[7]) Sägmüller, Kirchenrecht I[3] S. 68 f.

sammenwirken der Lebenselemente der beiden [1]). Heute liefert uns das Leben [2]) den Beweis dafür. In unserer harten Zeit bringen Staat und Kirchen [3]) für das Reich, das Vaterland, im Ringen um seinen Bestand, seine Grösse, seine kulturelle Vormachtstellung in Europa, dessen Herz es ist [4]), beispiellose Opfer. Dies ist auch eine Gewähr des Sieges draussen und drinnen. „Stolzen Mutes froh hebt heute der Deutsche sein Haupt, erschaut er die gewaltigen Leistungen seines geeinten Volkes zur Verteidigung gegen eine Welt von Feinden. Jeder ist getragen und getrieben von dem Bewusstsein und damit dem eisernen Zwang, dem Ganzen nach dem Mass seiner Kräfte zu dienen. Er erlebt die Bereitschaft aller Volksgenossen, Wollen und Handeln für die Gesamtheit auf den höchsten Grad der Verantwortung und Verantwortungsfreudigkeit einzustellen. Um solches zu erreichen, bedurfte es langer Jahrhunderte der Schulung und Prüfung; konnte auch nur von ferne Aehnliches in einem Zeitalter sich offenbaren, in dem unsere Entwicklung an einer klippenreichen, bedrohlichen Tiefe staatlichen Gemeinschaftsgefühls angelangt war" [5])? Werminghoffs letzte Frage gilt für das 16. Jahrhundert noch mehr als für das 15. An unserer staatlichen Unfertigkeit damals hat die kirchliche Steuerimmunität auch ihren Teil. Und sicher kann ihre Untersuchung auch die religiös-soziale Um-

---

[1]) Vgl. Henrici, Schenkungen an die Kirche S. 40.

[2]) Sieveking, Mittelalterliche Stadt S. 218: „Wie wir den menschlichen Körper ganz nur begreifen, wenn wir den lebendig atmenden betrachten, so muss mit dem Studium der Wirtschaftsgeschichte das des pulsierenden Lebens Hand in Hand gehen."

[3]) Vgl. Werminghoff, Reichskriegssteuergesetze S. 131 (anknüpfend an das Gesetz von 1427).

[4]) Schäfer, Deutsche Geschichte I [3] S. 1—13 (Einleitung); Lasson, Deutsche Art und deutsche Bildung S. 15 ff.; W. Kahl, Vom Recht zum Kriege und vom Siegespreis, Rede vom 9. Oktober 1914. Deutsche Reden in schwerer Zeit 6 (Berlin 1914) S. 21 f.

[5]) Werminghoff, Reichskriegssteuergesetze S. 105.

wälzung[1]), Reformation genannt, als ein Werk grosser geschichtlicher Entwicklung[2]) tiefer verständlich machen und vor allem deren wirtschaftlichen und staatsrechtlichen Ursachen aufhellen.

---

[1]) Vgl. v. Funk-Bihlmeyer, Kirchengeschichte[6] S. 576, 578; Flamm S. 168.

[2]) Grisar, Luther III[1 u. 2] S. 869: „Die Entwicklung seiner (Luthers) Abfallspredigt war allerdings sehr gross. Aber zunächst stand diese Wirkung nicht einzig als Errungenschaft des einen Mannes da, sondern war ungleich mehr ein Ergebnis der Umstände, unter denen er gelebt hat, ein Erzeugnis von mancherlei Faktoren der Zeitgeschichte. . . . Mit Angst beobachteten die Zeitgenossen, wie Luthers gänzlich neue Lehre und seine Umgestaltung der Religion alle diese Elemente verstärkte und neue ähnliche entfesselte, die den Erfolg an sein Werk ketten mussten. Aber die Gärungsstoffe, ohne die er nichts vermocht haben würde, hatte er nicht zusammengebracht"; vgl. auch Alfred Dove, Ausgewählte Schriftchen vornehmlich historischen Inhalts (Leipzig 1898, S. 333—341. Die Säkularperioden in der deutschen Geschichte) S. 339.

Register.

Die kleineren Ziffern am Kopf der die Seitenzahlen angebenden bezeichnen die betreffende Fussnote. Die Namen der Autoren sind durch Schrägschrift gekennzeichnet. Die darauf folgenden Zahlen verweisen auf die Seiten, welche im Text Stellung nehmen oder in den Anmerkungen den vollständigen Buchtitel enthalten.

A.

B.

F.

G.

H.

J (I).

K.

L.

M.

N.

S.

T.

U.

V.

Z.



